

**Einreicher:innen:**  
Die Linke Sachsen-Anhalt  
Landesvorstand

10. März 2026

**Antrag  
an die 2. Tagung des 10. Landesparteitages  
der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt  
am 14. März 2026 in Naumburg (Saale)**

**Wir sind der Pol der Hoffnung**

**(Entwurf des Landtagswahlprogramms  
mit Änderungsanträgen)**

Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Abstimmungsheft ist nur der Entwurf des Landtagwahlprogramms enthalten.

Der Landesvorstand hat am 9. und 10. März 2026 zu den eingereichten Änderungsanträgen beraten und übernimmt einige Änderungsanträge komplett oder teilweise – dies ist unter dem jeweiligen Änderungsantrag dokumentiert. Diese müssen nicht mehr abgestimmt werden, es sei denn, es erhebt sich Widerspruch dagegen.

Die Änderungsanträge, die nicht übernommen wurden, sind hellgrau unterlegt und müssen abgestimmt werden.

Alle Änderungsanträge stehen wenn möglich immer vor den zu ändernden Textpassagen.

1	<b>Inhalt</b>	
2	Wir sind der Pol der Hoffnung.....	1
3	Präambel.....	10
4	1. Frieden .....	21
5	<i>Der Frieden ist nicht alles, aber Alles ist ohne den Frieden nichts (W.</i>	
6	<i>Brandt)</i> .....	25
7	Für eine freie Religionsausübung in Sachsen-Anhalt .....	27
8	2. Demokratie.....	29
9	Haltung zeigen – Für Zusammenhalt. Gegen rechte Hetze.....	29
10	Mehr Engagement für den Erhalt unserer Demokratie .....	29
11	Ehrenamt wertschätzen und systematisch unterstützen.....	31
12	Politische Bildung ausbauen.....	32
13	Rechtsextremismus entwaffnen – Demokratiestärkung vor Ort.....	32
14	Demokratische Beteiligung durch Petitionen .....	33
15	3. Gerechte Finanzen für ein starkes Sachsen-Anhalt .....	34
16	Gerechte Steuern, gerechte Chancen .....	34
17	Demokratische Investitionen für Sachsen-Anhalt .....	35
18	4. Gleichstellung aller Geschlechter als Herzensangelegenheit.....	37
19	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	38
20	Kein Mensch soll von Gewalt betroffen sein .....	45
21	Queeres Leben in Sachsen-Anhalt.....	47
22	5. Eine starke Bildungslandschaft für Sachsen-Anhalt .....	59
23	Bildung für alle – von Anfang an.....	59
24	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	60
25	Bildungsgerechtigkeit schaffen .....	67
26	Unser Zwölf-Punkte-Programm gegen den Personalmangel .....	67
27	Schule als ganztägigen Lern- und Lebensort – Horte ins Schulgesetz .....	69
28	Inklusion an den Schulen voranbringen.....	69
29	Länger gemeinsam Lernen .....	70
30	Digitale Bildung lehren .....	70
31	Berufsbildende Schulen .....	71
32	Eigenverantwortung und Schuldemanokratie .....	72

33	Was wir gegen Schulschließungen und für Neu- oder Erweiterungsbauten	
34	tun wollen.....	72
35	Studieren. Forschen. Bleiben.....	72
36	Finanzierung sichern und Strukturen stärken .....	73
37	Gute Arbeit in der Wissenschaft .....	77
38	Forschung, faire Kooperationen und digitale Souveränität.....	80
39	Wissenschaft und Hochschulen: Partizipativ – offen – transparent .....	81
40	Lehramt stark machen – Praxissemester und Schulkooperationen .....	82
41	6. Soziales (Armut, Kinder und Jugend, Senioren, Alleinerziehende/Familien,	
42	Gesundheit, Pflege, Sport) .....	82
43	Sozialer Frieden braucht soziale Gerechtigkeit .....	83
44	Sachsen-Anhalt armutsfrei.....	83
45	Für ein solidarisches Leben .....	85
46	Für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt.....	88
47	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	88
48	Familienfreundlich vom Bund ins Land .....	88
49	Flächendeckende medizinische Versorgung.....	90
50	Stationäre Versorgung in öffentliche Hand .....	90
51	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	90
52	Auskömmliche kommunale Gesundheitsfinanzierung .....	91
53	Notaufnahmen an allen Standorten .....	92
54	Bessere Arbeitsbedingungen für das Personal.....	93
55	Kooperative Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend .....	95
56	Künftige Versorgung im ländlichen Raum .....	96
57	Ambulante Versorgung im gesamten Land gewährleisten .....	97
58	Ein würdevolles Leben im Alter .....	101
59	Wohnen .....	102
60	ÖPNV .....	102
61	Soziale Isolation.....	103
62	Digitalisierung .....	103
63	Kinder- und Jugendarmut bekämpfen.....	104
64	Gesundheit und Schutz zuerst .....	104
65	Kinderrechte und Beteiligung verbindlich .....	und105

66	Freiräume sichern und erweitern .....	106
67	Materielle und digitale Teilhabe – mit Kindergrundsicherung und	
68	Landeshebel .....	107
69	Wege und Nähe – mobil und sicher erreichbar .....	107
70	Transparenz, Präventionsketten und Kinderrechts-Budget .....	108
71	Für ein attraktives und aktives Sportland Sachsen-Anhalt .....	110
72	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	111
73	Unsere Ziele für das Sportland Sachsen-Anhalt.....	111
74	7. Kultur und Medien .....	113
75	Kulturpolitik für Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt .....	113
76	Konkret. Vielfältig. Solidarisch.....	114
77	Kulturpolitik in Zeiten des Rechtsrucks .....	114
78	Schutz von Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden .....	115
79	Kultur für alle und überall.....	116
80	Verteidigung und Ausbau der Kulturgesetze .....	117
81	Stärkung öffentlicher Kulturförderung.....	117
82	Medienpolitik - Vierte Gewalt für die Demokratie .....	118
83	Die Krise der Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt .....	119
84	Soziale Gerechtigkeit in der Rundfunkfinanzierung.....	119
85	Regionale Medienvielfalt und MDR-Stärkung .....	119
86	Kampf gegen Medienkonzentration.....	120
87	Demokratische Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.....	120
88	Kinder- und Jugendmedien als Demokratie-Schule .....	120
89	Finanzierungsplan: 100 Millionen Euro Medien-Offensive .....	121
90	Medien im demografischen Wandel .....	121
91	Medien als Wirtschafts- und Kulturfaktor .....	121
92	Partizipation und Bürgerbeteiligung .....	121
93	Der Pol der Hoffnung für demokratische Medien .....	121
94	8. Kommunalpolitik und Wohnen.....	122
95	Soziale Gerechtigkeit in jeder Region .....	122
96	Unsere Vision: Starke Kommunen für ein solidarisches Miteinander.....	122
97	Mehr Beteiligung der Kommunen im Gesetzgebungsprozess .....	123

98	Lebendige Demokratie durch echte Bürgerbeteiligung .....	124
99	Vertrauensvolle Förderung statt Bürokratiemonster .....	125
100	Stärkung der kommunalen Finanzen .....	126
101	Die Kommune der Zukunft – lebendig, gerecht und zukunftsfähig .....	129
102	Schöner Wohnen in Sachsen-Anhalt .....	130
103	Bezahlbares und barrierefreies Wohnen .....	130
104	Mietkosten senken und sozialen Wohnungsbau fördern .....	131
105	Wohngeld .....	131
106	Landeswohnungsbaugesellschaft .....	132
107	Junges Wohnen.....	133
108	Städtebau und Leerstand .....	133
109	9. Industriepolitik/ Wirtschaftspolitik .....	135
110	Gute Arbeit, starke Rechte, demokratische Mitbestimmung .....	135
111	Arbeit, die schützt, stärkt und würdigt .....	136
112	Tarifbindung stärken - faire Löhne sichern.....	137
113	Mitbestimmung - Demokratie im Betrieb.....	137
114	Demokratische Wirtschaft - Zukunft gemeinsam gestalten .....	138
115	Faire Arbeitsmigration und Schutz vor Ausbeutung.....	139
116	Sachsen-Anhalts Wirtschaft neu denken .....	140
117	Transformation und Strukturwandel – Industriepolitik .....	140
118	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	141
119	Investitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau. ....	142
120	Strukturwandel demokratisch gestalten .....	143
121	Automobilindustrie stärken – Innovation und Arbeit sichern .....	144
122	Chemie- und Grundstoffindustrie - Transformation sichern, Zukunft	
123	gestalten .....	145
124	Handwerk - Rückgrat der Transformation, Herz der Regionen .....	145
125	Tourismus und Gastronomie – Stark, resilient und regional verwurzelt.....	146
126	Maschinenbau als Innovationsmotor - Regional, souverän, gerecht .....	147
127	10. Sachsen-Anhalt in der Europäischen Union.....	148
128	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	148
129	11. Migration.....	149

130	Der Abwanderung entgegenzutreten – Zukunft hier gestalten .....	149
131	Für ein offenes und chancenreiches Sachsen-Anhalt.....	153
132	Vielfalt als Überlebensfrage und Chancenfaktor .....	154
133	Integration als Investition statt Furcht.....	157
134	Integration und Arbeitsmarkt .....	161
135	12. Verkehrspolitik .....	163
136	Gute Mobilität in Sachsen-Anhalt.....	163
137	Wir setzen hauptsächlich auf Bahnen und Busse .....	164
138	Attraktiver ÖPNV zum Nulltarif.....	164
139	Schienenverkehr – Revitalisierung und Ausbau statt weiterer Stilllegungen	
140	.....	165
141	Gütertransporte von der Straße auf die Schiene – für Umwelt und	
142	Verkehrssicherheit .....	166
143	Rad- und Fußverkehr ausbauen.....	166
144	Verkehrssicherheit erhöhen – Verkehrswachten unterstützen .....	167
145	Keine neuen Autobahnen.....	168
146	Flughafenpolitik.....	168
147	13. Energie .....	169
148	Energie für Sachsen-Anhalt: Gerecht und gemeinwohlorientiert .....	169
149	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	169
150	Energiepreise senken und öffentliche Verantwortung stärken .....	169
151	Erneuerbare Energien ausbauen .....	170
152	Energiewende: Kommunal, digital und in Bürgerhand.....	171
153	Die Infrastruktur der Zukunft.....	171
154	14. Landwirtschaft .....	172
155	Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tierschutz .....	172
156	Stand der Dinge.....	173
157	Zugang zu Land für die Menschen, die es bewirtschaften .....	174
158	Faire Märkte und regionale Wertschöpfung.....	175
159	Tierwohl und artgerechte Tierhaltung .....	176
160	Herdenschutz und Weidetierhaltung .....	177
161	Sachsen-Anhalts Landwirtschaft klimafit machen .....	178
162	Böden schützen und entsiegeln.....	178

163	Ökolandbau und Artenvielfalt stärken .....	178
164	Mehr Zeit für Stall und Feld .....	179
165	Ländliche Räume, Imkerei, Angler und Kleingärten fördern.....	179
166	Unsere Wälder sind unser Schatz.....	180
167	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	182
168	Unsere Wälder- klimafit und artenreich.....	182
169	Gute Forstverwaltung für einen modernen Wald.....	182
170	Wälder nutzen, schützen und brandsicher machen .....	183
171	Tierschutz ist Staatsaufgabe .....	185
172	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	186
173	Tierheime finanziell fördern.....	187
174	Wirksamer Tierschutz braucht Struktur.....	187
175	Tiere können nicht klagen, also müssen es Menschen für sie tun .....	189
176	15. Umwelt und Klima .....	190
177	Klima und Natur in Sachsen-Anhalt schützen .....	190
178	Stand der Dinge – Herausforderungen .....	191
179	Klimaneutral bis 2035 .....	191
180	Das Klima schützen vor Ort .....	192
181	Nur Frieden schafft ein gutes Klima.....	192
182	Natur und Arten schützen .....	193
183	Im Kreislauf wirtschaften heißt Ressourcen erhalten .....	193
184	Wasser in Sachsen-Anhalt: ökologisch und gerecht .....	195
185	Stand der Dinge - Herausforderungen .....	196
186	Gewässerschutz und ökologische Entwicklung.....	196
187	Großprojekte, Industriebedarf und regionale Wassersicherheit.....	197
188	Abwasserpolitik modernisieren .....	197
189	Klimaanpassung in Städten .....	198
190	16. Innenpolitik .....	199
191	Moderne Kriminalitätsbekämpfung – den Tätern einen Schritt voraus .....	199
192	Bürgerrechte als Bürgermacht – Sie bestimmen mit .....	199
193	Vertrauen durch Transparenz .....	200
194	Sicherheit durch Solidarität .....	200

195	Eine Polizei, die den Menschen dient – mehr Sicherheit durch mehr	
196	Menschlichkeit.....	200
197	Transparenz schafft Vertrauen .....	200
198	Digitale Grundrechte – Freiheit in der digitalen Welt.....	201
199	Innovation für Sicherheit, nicht gegen Freiheit.....	201
200	Demokratie verteidigen statt Geheimdienst ausbauen .....	201
201	Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz.....	202
202	Feuerwehr, THW und Rettungsdienste sind unsere Rettungsanker .....	202
203	Eigenvorsorge und kommunale Vorsorge – die beste Prävention.....	203
204	Transparente Koordination mit Infrastrukturbetreibern .....	203
205	Besonders schutzbedürftige Menschen schützen .....	203
206	Feuerwehren stärken – Rückgrat des Bevölkerungsschutzes.....	203
207	Verlässliche Finanzierung statt Förderlotterie .....	204
208	Kleine Wehren schützen – Strukturen im ländlichen Raum erhalten .....	204
209	Feuerwehr braucht Menschen – Ehrenamt und Berufsfeuerwehr attraktiv	
210	gestalten .....	204
211	Praxisnahe Ausrüstung und solide Standards .....	205
212	Klimagerechte Feuerwehr – fit für Extremwetter und neue Brandsituationen	
213	.....	205
214	Landeseinheitliche Standards für Bedarfsplanung.....	205
215	Soziale Sicherheit als Fundament – Prävention ist die beste Polizei.....	206
216	Ländliche Räume stärken.....	206
217	Begegnungen fördern .....	206
218	Unser Versprechen: Eine andere Sicherheitspolitik ist möglich .....	206
219	17. Justiz.....	207
220	Sachsen-Anhalts Justiz bürgernah .....	207
221	Sachsen-Anhalts Justiz unter Druck .....	207
222	Rechtsschutz sichern – bürgernah und gerecht.....	208
223	Mehr Personal für eine funktionsfähige Justiz.....	208
224	Digitalisierung der Justiz .....	209
225	Mediation statt langer Gerichtsverfahren .....	209
226	Neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften .....	210
227	Reform des Strafrechts.....	211

228	Opferschutz und Opferhilfe .....	211
229	Täter-Opfer-Ausgleich und Resozialisierung .....	212
230	Jugendstrafrecht und Jugendarrest .....	213
231	Justizvollzugsstandorte und Rechtsmedizin.....	213
232	18. Digitalisierung.....	214
233	Für eine sichere und gemeinwohlorientierte Digitalisierung .....	214
234	Cybersicherheit statt Überwachung.....	214
235	Verwaltungsdigitalisierung braucht konsequentes Umdenken .....	216
236	Digitalisierung für Menschen – nicht gegen Beschäftigte.....	217
237	Digitalisierung als Chance für besseren öffentlichen Dienst begreifen .....	219
238	Kompetente und neugierige Verwaltungsmitarbeitende gestalten aktiv den	
239	digitalen Wandel.....	219
240	Die Verwaltung durch Anschluss an den technologischen Wandel nicht	
241	verlieren .....	219
242	Systematischer Kompetenzaufbau und attraktive Arbeitsbedingungen für	
243	IT-Personal .....	219
244	Digitale Souveränität ist eine Frage der Zukunft von Verwaltungen.....	220
245	Eigene souveräne digitale Infrastrukturen für Verwaltungen .....	221
246	Geld sparen – Bestehende Lösungen nachnutzen .....	223
247	Gemeinsame Standards, offene Schnittstellen, zentrale Plattformen .....	223
248	Digitale Teilhabe für alle .....	223
249	Schluss mit der digitalen Spaltung nach Geldbeutel, Wissen und Alter ....	224
250	Digitale Gesundheitsvorsorge .....	224
251	Entwicklung einer Sachsen-Anhaltinischen Strategie für eine digitale	
252	Gesundheitsversorgung .....	224
253	Sachsen-Anhalt ist mehr wert .....	225
254		
255		
256		
257		
258		
259		

260

261

262

263

**Antragsteller:innen**

KV Saalekreis, KV Wittenberg, Janina Böttger (SV Halle), Julia Mayer (KV Saalekreis), Tim Preuß (SV Halle), Anna Roch (SV Halle), Jutta Walther (KV Saalekreis), Doreen Hainich (KV Wittenberg), Yannick Ecker (SV Halle)

**Änderungsantrag Nr. 25**

*Zeilen 263–363 werden wie folgt ersetzt:*

**Präambel****Sachsen-Anhalt kann mehr – mit links!**

Hallo und schön, dass Sie hier sind! Offenbar gehören Sie zu den Menschen, die sich lieber selbst einen Eindruck verschaffen, statt alles zu glauben, was man Ihnen sagt. Herzlich Willkommen – Sie sind in guter Gesellschaft.

Wir glauben an Sachsen-Anhalt. An die Menschen, die hier mit Herz, Hand und trotz aller Sorgen füreinander da sind. An die alleinerziehende Mutter, die in Teilzeit arbeitet, um nachmittags für ihre Kinder da zu sein. An den Azubi, der für den älteren Mann aus der Nachbarschaft einkaufen geht. An die Reinigungskraft, die immer wieder dafür sorgt, dass es im Hausflur sauber ist und wir uns im Büro wieder wohl fühlen. An die Familie nebenan, die sich abends ehrenamtlich in der Integrationshilfe engagiert, damit alle Menschen hier sicher ankommen. Wir glauben an die Vielfalt in unserem wunderschönen Bundesland. An alle, die unser Leben Tag für Tag am Laufen halten. All diese Menschen sind die wahre Superkraft dieses Landes.

Sachsen-Anhalt ist mehr als Schlagzeilen über Probleme. Es ist ein Land voller Ideen, Vielfalt und Zusammenhalt. Lassen wir uns dieses Land nicht schlechtreden, sondern machen wir es besser.

Dazu brauchen wir eine Politik, die nicht auf Kürzungen setzt, sondern die hinschaut, die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ernst nimmt. Armut, Ausgrenzung und verhinderte Bildungschancen führen zu Angst, Wut und Misstrauen. Sachsen-Anhalt hat mehr verdient und kann auch mehr. Es braucht Investitionen in starke Wirtschaft und Infrastruktur, demokratische Beteiligung und Zukunftsperspektiven und vor allem braucht es dafür alle Menschen in unserem Land.

Stellen wir uns ein Sachsen-Anhalt vor, in dem niemand Angst haben muss, bei Krankheit nicht ausreichend versorgt zu werden, weil es überall erreichbare gesundheitliche Versorgung gibt – in der Stadt und auf dem Land. Ein Sachsen-Anhalt, in dem Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sondern von Neugier, Entdeckerfreude und engagierten Menschen. Ein Sachsen-Anhalt, in dem niemand Angst haben muss, wegen Geschlecht, Aussehen, sexueller Orientierung, Herkunft oder

Überzeugung bedroht zu werden. Ein demokratisches Sachsen-Anhalt, in dem man bleiben möchte, weil man hier eine Zukunft und Perspektive hat.

Wir wollen, dass Arbeit gerecht entlohnt wird, Wohnen bezahlbar bleibt und ein lebendiges Vereinswesen kein Luxusgut ist. Wir setzen uns dafür ein, dass alle eine gute Rente erhalten und dass Kinder in Sicherheit und Geborgenheit groß werden, ohne Armut, ohne Bürokratie-Dschungel mit guter Bildung und gleichen Chancen. Wir wissen, dass Geld nicht vom Himmel fällt. Darum wollen wir, dass alle ihren gerechten Beitrag leisten – besonders die, die schon sehr, sehr viel haben. So funktioniert Gemeinschaft: Alle tragen bei, was sie können. Dafür bekommen alle, was sie brauchen.

Wir wissen auch: Zukunft passiert nicht einfach. Sie wird von denen gestaltet, die nicht nur meckern, sondern tatkräftig anpacken. Genau das tun wir – Die Linke. Mit Mut, Gerechtigkeitssinn und einem klaren Ziel: Ein gutes Leben für alle, nicht nur für wenige.

Wir sind Die Linke. Wir sind die, die hinsehen, zuhören, beherzt loslegen und weitermachen. Wir gehen die wirklichen Probleme im Land an. Wir gestalten Politik anders. Wir stehen an der Seite der Menschen im Land, zusammen stellen wir uns dem Rechtsruck und Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegen. Das heißt für uns, dass wir uns für all diese Vorhaben im Parlament einsetzen, für alle Menschen in Sachsen-Anhalt. Wir unterstützen vor Ort, begleiten sie und freuen uns mit ihnen über Erfolge und schöne Momente.

Politik kann Spaß machen – besonders, wenn sie etwas bewegt. Für uns bedeutet es soziale Gerechtigkeit mit Herz und Verstand. Und ja, auch mit einem Augenzwinkern: Denn wer sagt, dass Solidarität keine Freude macht?

Alle wollen regieren. Wir wollen aktiv verändern und unser Land zukunftsfähig machen. Zusammen mit den Menschen in Sachsen-Anhalt.

Klingt gut? Dann schnappen Sie sich eine rote Fassbrause und lesen Sie weiter, gerne jede einzelne Zeile, doch wir freuen uns schon, wenn Sie die Kapitel lesen, die Ihnen besonders am Herzen liegen.

Sie werden merken: **Wir sind der Pol der Hoffnung** – und Hoffnung und gute Laune können ziemlich ansteckend sein.

#### Begründung:

Mit unserem Ersetzungsantrag wollen wir keine Fundamentalkritik leisten, sondern unsere Superkraft deutlich und verständlich herausstellen: Wir machen Politik für die Vielen im Land, mit ihnen zusammen entwickeln wir echte Lösungen. Die Präambel ist einer der voraussichtlich am meisten gelesenen Bausteine des Programms – hier dürfen wir keinen Zweifel an unseren Standpunkten lassen.

Wir sind mehr als nur Nicht-die-AfD. Deswegen sollte die Präambel unseres Wahlprogramms nicht zu einem Drittel aus AfD-Kritik bestehen. Auf keinen Fall sollten wir den Nützlichkeitsrassismus der anderen Parteien reproduzieren, der sich im Entwurf

des Wahlprogramms deutlich zeigt. Es hat sich dagegen bewährt, unsere besseren Standpunkte selbstbewusst zu vertreten.

Daraus folgt, dass unsere Präambel anders aufgebaut werden sollte, wobei wir wesentliche inhaltliche und stilistische Merkmale übernehmen, sie klarer herausarbeiten und teils kommunikativ vereinfachen. So zeigen wir deutlich, dass wir eine solidarische Politik wollen, die den meisten Menschen im Land zugute kommt und dass wir diese Politik mit den Menschen zusammen machen.

Wir wollen klipp und klar zeigen: Wir sind mehr als Nicht-nur-AfD. Wir sind eine demokratisch-sozialistische und antifaschistische Partei und das ist für uns mehr als nur Lippenbekenntnis, das setzen wir jeden Tag in die Tat um. Das zeigt unser Programm, das zeigen wir alltäglich im Parlament, auf der Straße und in unserer weiteren politischen Arbeit. Das zeigt aber unsere Präambel noch nicht deutlich genug. Das soll unsere Ersetzung unmissverständlich zeigen.

### **Eigener Antrag des Landesvorstandes**

#### **ÄA-Nr. 49**

Antragsteller:in: Jacob Pfeifer (Kreisverband Die Linke Wittenberg)

Die Zeilen 263 – 363 sollen wie folgt geändert werden:

#### **Präambel**

##### **Herzlichen Glückwunsch!**

~~Sie sind ein selbst denkender Mensch, der sich eine eigene Meinung bilden will und unser Wahlprogramm liest. Das ist so wichtig, denn es ist fünf vor 1933. Aber noch ist es nicht zu spät, noch können wir gemeinsam verhindern, dass Sachsen-Anhalt von Rechtsextremen regiert wird.~~

~~Mit den Ängsten der Menschen zu spielen, Hass und Hetze zu schüren, unsere Gesellschaft weiter zu spalten, ist keine Alternative. Die AfD setzt vor allem auf ein Thema, auf die Migration. Sie will am liebsten alle „Ausländer“ aus Sachsen-Anhalt jagen. Aber würde es uns besser gehen, wenn der Lieblingsdönerladen zumacht, der syrische Arzt nicht mehr da ist und die Onlinebestellungen nicht mehr ausgeliefert werden? Ganz sicher nicht. Das sind Menschen, die wir dringend brauchen, die hier Steuern zahlen und hilfsbereite Nachbar:innen geworden sind.~~

~~Einige Menschen sagen: „Lass die AfD mal machen, sie wird sich schon selbst entzaubern.“ Wir halten davon gar nichts, denn nicht jedes Unrecht lässt sich reparieren. Rassistische Gewalt, antidemokratische Hetze, die Zerstörung der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Kunst, die Einschränkung der Grundrechte sowie die Vertreibung und Abschreckung von Migrant:innen – das wird uns allen dauerhaft schaden.~~

*Liebe Wählerin\*, lieber Wähler\*,  
die Menschen in Sachsen-Anhalt – das heißt, auch Du – halten dieses Land am Laufen.*

*Sie stehen morgens früh auf, bringen die Kinder in die Kita, pflegen ihre Eltern. Sie arbeiten als Erzieher\*innen und in der Pflege, stehen am Band oder an der Kasse,*

*liefern Pakete und Essen aus. Sie engagieren sich in Vereinen, im Chor, bei der Feuerwehr – oft trotz voller Arbeitswochen und knapper Zeit. Ob mit oder ohne Beschäftigung, ob gesund oder krank, ob alleinerziehend oder nicht – alle tragen Verantwortung und leisten Beiträge für die Gesellschaft in unserem Land.*

*Ohne die Menschen im Land - ohne Dich - gäbe es keine Industrie, ohne Dich wären unsere Kühlschränke leer und die Kinderbetreuung nicht organisiert. Menschen, wie Du, erarbeiten den Reichtum in diesem Land und trotzdem können sich viele ihre Miete nicht mehr leisten. Sie sind die Menschen, die dieses Land ausmachen und sich viel zu oft abgehängt fühlen, weil der Bus nicht mehr in den Ort fährt, der letzte Laden im Dorf geschlossen hat und der Arzt seit Monaten keinen freien Termin hat. Arbeitnehmer\*innen, Menschen ohne Wohnung, Menschen mit Behinderungen oder schweren Erkrankungen, Familien und Alleinerziehende brauchen verlässliche Perspektiven und Unterstützung.*

*Die Politik macht Versprechungen, aber Verbesserungen sind für die große Mehrheit im Land keine in Sicht. Seit über 20 Jahren wird das Land von der CDU im Wechsel mit SPD, FDP und Grünen regiert.*

*Die Regierung macht ihren Job im Interesse der Unternehmen und Konzerne abhängig, gegen die Beschäftigten und erwartet von den Menschen, dass sie länger arbeiten und später in Rente gehen. Immer mehr Menschen können sich im Alltag immer weniger leisten, während sich der Reichtum in den Händen von einigen wenigen konzentriert. Viele Menschen, die unser Land tragen, werden nicht gerecht am Reichtum dieser Gesellschaft beteiligt, den sie selbst erarbeiten. Die Chancen junger Menschen und ihr Bildungserfolg hängen stärker vom Elternhaus als von der eigenen Leistung ab. Wer nicht erbt, kann von einem Eigenheim nur träumen.*

*Die Menschen in Sachsen-Anhalt werden von dieser Politik nicht gesehen und nicht gehört. Diese Menschen werden im Landtag von keiner Partei vertreten, aber sie sind nicht alleine. Wir sind wie viele Menschen in diesem Land davon überzeugt: Sachsen-Anhalt braucht Veränderungen.*

### **~~Aber nun genug der Horrorvisionen. Jetzt kommt Die Linke:~~**

Wir sind die soziale Alternative und damit die Hoffnung für über zwei Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt. Wir sind wieder da. Im letzten Jahr sind alleine hunderte neue Mitglieder in unseren Landesverband eingetreten. In vielen Regionen Ostdeutschlands sind wir bereits die Mitgliederstärkste Partei. Das liegt an unserer Superkraft. Das ist die soziale Gerechtigkeit für alle Menschen, in der Stadt und auf dem Land. Wir sind bei den Menschen und machen Politik mit den Menschen. Wir sind jeden Tag im Land unterwegs, gucken hin und hören zu:

- Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Wir wollen kommunale Gesundheitszentren in allen Regionen mit Haus- und Fachärzt:innen unter einem Dach kurze Wege und gute Erreichbarkeit. Gesundheit darf kein Luxus sein.
- Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir wollen gebührenfreie Bildung – von der Kita bis zur Ausbildung und Uni. Alle Kinder sollen ein

warmes kostenfreies Mittagessen bekommen. Wir brauchen mehr Pädagog:innen und multiprofessionelle Teams durch Schulsozialarbeit in jeder Einrichtung. Bildung für Alle – von Anfang an.

- Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine echte Perspektive. Wir wollen die Zukunft für die junge Generation sichern. Dazu gehören zum Beispiel Ausbildungsgarantien in der Heimat mit einer guten Ausbildungsvergütung. Jugendclubs und Vereine sollen gefördert werden. Junge Menschen brauchen Zukunftschancen statt Unsicherheit und neuer Pflichten. Sie brauchen eine bezahlbare warme Wohnung und ganz sicher keine Wehrpflicht.

Mit sozialer Gerechtigkeit schaffen wir den sozialen Frieden. Wir kämpfen jeden Tag dafür, dass sich alle Menschen ein gutes Leben leisten können. Auf Bundesebene wollen wir zum Beispiel:

- Eine armutsfeste Mindestrente in Höhe von 1.400 Euro und eine Kindergrundsicherung ohne Bürokratiemonster.
- Einen Mindestlohn von mindestens 15 Euro pro Stunde. Armut trotz Arbeit darf es nicht mehr geben.
- Keine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Hygieneartikel und Bus- und Bahntickets. (Wir wollen auch das 9-Euro-Ticket zurück. Für Schüler:innen, Azubis, Studierende und Senior:innen wollen wir ein 0-Euro-Ticket.)

Das waren ja jeweils nur drei Vorhaben auf einmal. Keine Sorge, wir wollen noch viel mehr. ~~Nehmen Sie sich einen großen Becher rote Fassbrause und genießen Sie unser Wahlprogramm. Sie werden es lieben.~~

Und falls Sie mal gefragt werden sollten, wovon Die Linke das alles bezahlen will: Hier haben wir tatsächlich eine ganz einfache Antwort. Durch ein Sozialsystem, in das alle einzahlen (auch Politiker:innen, Beamt:innen und Reiche) und ein gerechtes Steuersystem. Überreiche, die so viel Geld haben, dass es selbst Generationen von Erben nach ihnen nicht schaffen würden, es auszugeben, sollen der Gesellschaft wieder etwas davon zurückgeben. Denn sie haben ihren Reichtum ja auch nicht selbst erarbeitet, sondern haben andere für ihr Geld arbeiten lassen. Keine Sorge, sie bleiben trotzdem sehr reich und einige betteln sogar selbst schon nach gerechter Besteuerung.

Sachsen-Anhalt ist so viel mehr wert, als es bisher von meist CDU-geführten Landesregierungen bekommen hat. Wir brauchen endlich eine Regierung, die nicht auf Kürzungen setzt, sondern die hinschaut und soziale Sicherheit ernst nimmt. Armut, Ausgrenzung und verpasste Bildungschancen führen zu Angst, Wut und Misstrauen gegenüber der Politik. Das spielt nur einer Partei in die Karten, der AfD. Die in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei bietet aber keine Lösungen an, sie würde arme Menschen noch ärmer machen, Freiheitsrechte bekämpfen und vielleicht sogar die Schulpflicht abschaffen. Das alles würde nur dazu dienen, die eigene Propaganda noch effektiver verbreiten zu können. Wir stellen uns dem Rechtsruck entschlossen entgegen und bieten echte Lösungen für unser Bundesland an.

*Nur gemeinsam können wir diese ungerechten Verhältnisse ändern!*

*Wir wollen eine Politik für die Menschen in den Landtag von Sachsen-Anhalt bringen:*

*Eine Politik, die nicht spaltet, sondern die Probleme angeht. Eine Politik, die wirklich zuhört.*

*Eine Politik, die sich mit den Konzernen und Aktionären anlegt, die sich auf unsere Kosten bereichern, und sich glaubhaft für konkrete Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen einsetzt.*

*Wir sind davon überzeugt, dass es keinen Unterschied machen darf, wo Du herkommst, welches Geschlecht Du hast und ob du eine Behinderung hast oder nicht. Alle Menschen sollten die gleichen Chancen auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben in Würde und Frieden haben.*

*Wir wollen ein Sachsen-Anhalt für alle!*

*Das heißt für uns, dass jeder Mensch sozial abgesichert sein und keine Angst vor der Zukunft haben muss. Jeder Mensch hat das Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz und eine bezahlbare und sichere Wohnung.*

*Wir sind überzeugt, dass die Ursache von Arbeitsplatzvernichtung, Betriebsschließungen, Klimakatastrophe, Kriegen, Flucht, Hunger und Elend ihre Ursache im krisenhaften und zerstörerischen kapitalistischen System liegen. Es beruht auf Profitproduktion und Konkurrenzkampf. Deshalb verbinden wir die Gegenwehr gegen Angriffe von Seiten des Kapitals und seiner Parteien mit dem Kampf für die Überwindung des Kapitalismus. Unser Ziel ist eine sozialistische Demokratie. Banken und Konzerne müssen in Gemeineigentum überführt werden. Diejenigen, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten, müssen demokratisch über Produktion und Verteilung entscheiden. Statt um den Profit geht es dann um die Bedürfnisse von Mensch und Natur. Statt Konkurrenzkampf gibt es Kooperation und Solidarität.*

*Wir blicken mit großer Sorge auf den Rechtsruck im Land. Rechte Politik bedroht unsere Leben und die Demokratie. Sie macht Dein Leben nicht besser, sondern nutzt nur den Reichen. Die Menschen hier haben viele Sorgen und haben Angst und Unsicherheit, wenn sie an die Zukunft denken.*

### **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.

Deshalb sind wir bereit, mit allen demokratischen Kräften gemeinsam zu kämpfen.

Unsere Spitzenkandidatin, Eva von Angern, sagt:

„Wir werden unser Land, die Menschen in Sachsen-Anhalt, nicht der AfD opfern!“

### **Danken Sie uns später!**

#### Begründung:

Die Strategie der Partei kann nicht darauf beruhen, mit der Angstmacherei über andere Parteien erfolgreich zu sein, sondern es müssen eigene Inhalte gesetzt und auf kapitalistische Widersprüche aufmerksam gemacht werden. Gleichzeitig scheint es der Präambel teils an Ernsthaftigkeit zu mangeln. Eine klare Benennung der kapitalistischen Widersprüche mit mehr Ernsthaftigkeit sieht dieser Änderungsvorschlag vor.

Auch ist es nicht tragbar, dass die Präambel Menschen nach ihrer Wirtschaftlichkeit bemisst, indem man sich auf den syrischen Arzt und den Fahrradkurier bezieht, als Begründung, warum man Menschen mit Migrationshintergrund nicht abschieben soll. Das ist eine Diskussion über die Wirtschaftlichkeit und damit über die Wertigkeit von Menschen. Und solche Diskussionen, sollten wir nicht führen und auf keinen Fall eröffnen. In diesen Diskussionen wird dann gern, wie hier der Dönerladen von nebenan aufgeführt, der sein eigenes Geschäft gegründet hat. Auf der anderen Seite werden dagegen aber auch immer die Geschichten von Menschen gehalten, welche dem Staat angeblich „nur auf der Tasche liegen“, weil sie nicht arbeiten würden wollen. Schlussendlich endet das Ganze dann damit, dass die die arbeiten und für das deutsche Kapital „wertiger“ sind, bleiben dürfen und die, die nicht arbeiten, gehen müssen, weil sie der Logik folgend „minderwertiger“ sind. Es endet also mit einer Einteilung in „wertige“ und „unwertigere“ Menschen. Daher ist eine solche Diskussion grundlegend abzulehnen und wir sollten uns weder auf sie einlassen, noch eröffnen. Sozialismus bemisst den Menschen nicht nach Wert, sondern nach seinen Bedürfnissen. Und Menschen, die selbst oder in deren Familie sie eine Flucht auf sich genommen haben und alles aufgeben haben- das ist einer der höchsten Formen der Bedürftigkeit. Daher sollten wir Solidarität mit ihnen zeigen und uns für sie einsetzen. - solche Punkte braucht das Programm und nicht die Übernahme von solch populistischen Diskussionsansätzen.

Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen wirkliche Veränderungen, nach über 20 Jahren CDU-Regierung. In ihrer Suche fühlen sich viele zur AfD hingezogen, welche sich als vermeintliche Oppositionskraft gibt. Doch Faschismus und Kapitalismus gehen Hand in Hand. „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (Max Horkheimer).

Wir können die AfD „entzaubern“, indem wir klar deutlich machen, dass diese eben keine Politik für die „einfachen“ Menschen macht, sondern auch nur im Interesse der Reichen handelt und dabei nur arme und ärmere Menschen gegeneinander ausspielt. So deutlich wie wir den Faschismus in Form der AfD benennen, so deutlich müssen wir auch die kapitalistischen Kräfte, die sie groß gemacht haben, nennen. Als Partei müssen wir uns als echte Oppositionskraft bei den Menschen etablieren. Wir wollen nicht die minimalen Änderungen, sondern echte Veränderungen im Interesse von allen Schüler\*innen, Studierenden, Erwerbslosen, Lohnabhängigen, Geflüchteten und Rentner\*innen.

Eine bessere Welt, für alle, ist möglich, aber die findet sich nicht im Kapitalismus. So ehrlich müssen wir sein und so klar müssen wir das auch machen. Der Mensch und seine Bedürfnisse und nicht Profit müssen in den Mittelpunkt des Handelns stehen. Und dafür setzen wir uns ein: Weil wir wissen, dass es auch anders geht. Für diese Ideen müssen wir die Menschen gewinnen, und sie nicht von ihrer Angst getrieben irgendwo hinrennen lassen.

**Ist mit der Übernahme des Antrages Nr. 25 erledigt.**

264

265 **Präambel**

266

267 **Herzlichen Glückwunsch!**

268 Sie sind ein selbst denkender Mensch, der sich eine eigene Meinung bilden will  
269 und unser Wahlprogramm liest. Das ist so wichtig, denn es ist fünf vor 1933.  
270 Aber noch ist es nicht zu spät, noch können wir gemeinsam verhindern, dass  
271 Sachsen-Anhalt von Rechtsextremen regiert wird.  
272

**ÄA-Nr. 57.1. bis 57.11.**

Antragsteller:innen: André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung), Lisa Tuchen (KV Börde)

**Änderungsantrag Nr. 57.1.** – Ersetzung Zeile 271 – 284

Mit den Ängsten der Menschen zu spielen, Hass und Hetze zu schüren, unsere Gesellschaft weiter zu spalten und zeitgleiche keine Lösungen zu bieten, ist keine Alternative. Sachsen-Anhalt für eine Legislatur einer gesichert rechtsextremen Partei mit Clanstrukturen zu überlassen nicht die Lösung. Wenn Strukturen in der Kinder- und Jugendhilfe, der Bildung, der Wissenschaft und Wirtschaft einmal zerstört sind können sie nur schwer wieder hergestellt werden. Damit verbunden sind unweigerlich die Einschränkung von Grundrechten und die Abwanderung von Menschen – das wird uns allen dauerhaft schaden!

**Änderungsantrag Nr. 57.2.** – Streichungen Zeile 288:

„Wir sind wieder da.“

**Änderungsantrag Nr. 57.3.** – Streichung Zeile 290/291:

„Das liegt an unserer Superkraft.“

**Änderungsantrag Nr. 57.4.** – Ergänzung Zeile 304:

„Kita- und Schulsozialarbeit“

**Änderungsantrag Nr. 57.5.** – Änderung Zeile 309:

„Jugendclubs und Vereine sollen gefördert werden.“ in  
„Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie Vereine müssen unbürokratisch gefördert werden.“

**Änderungsantrag Nr. 57.6.** – Änderung Zeile 316:

„wollen“ in  
„fordern“

**Änderungsantrag Nr. 57.7.** – Streichung Zeile 327 bis 329

**Änderungsantrag Nr. 57.8.** – Änderung Zeile 331/332:

„Und falls Sie mal gefragt werden sollten, wovon Die Linke das alles bezahlen will:“ in

„Wie haben viel vor und bringen den Vorschlag zur Finanzierung gleich mit:“

**Änderungsantrag Nr. 57.9.** – Änderung Zeile 344/345:

„...soziale Sicherheit ernst nimmt.“ in  
„... soziale Sicherheit investiert.“

**Änderungsantrag Nr. 57.10.** – Änderung Zeile 349/350:  
„... und vielleicht sogar die Schulpflicht abschaffen.“ in  
„... und die Chancengleichheit in der Bildung abschaffen.“

**Änderungsantrag Nr. 57.11.** – Streichung Zeile 363

**Ist mit der Übernahme des Antrages Nr. 25 erledigt.**

273 Mit den Ängsten der Menschen zu spielen, Hass und Hetze zu schüren, unsere  
274 Gesellschaft weiter zu spalten, ist keine Alternative. Die AfD setzt vor allem auf  
275 ein Thema, auf die Migration. Sie will am liebsten alle „Ausländer“ aus Sachsen-  
276 Anhalt jagen. Aber würde es uns besser gehen, wenn der Lieblingsdönerladen  
277 zumacht, der syrische Arzt nicht mehr da ist und die Onlinebestellungen nicht  
278 mehr ausgeliefert werden? Ganz sicher nicht. Das sind Menschen, die wir  
279 dringend brauchen, die hier Steuern zahlen und hilfsbereite Nachbar:innen  
280 geworden sind.

281 Einige Menschen sagen: „Lass die AfD mal machen, sie wird sich schon selbst  
282 entzaubern.“ Wir halten davon gar nichts, denn nicht jedes Unrecht lässt sich  
283 reparieren. Rassistische Gewalt, antidemokratische Hetze, die Zerstörung der  
284 Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Kunst, die Einschränkung der  
285 Grundrechte sowie die Vertreibung und Abschreckung von Migrant:innen – das  
286 wird uns allen dauerhaft schaden.

287

288 **Aber nun genug der Horrorvisionen. Jetzt kommt Die Linke:**

289 Wir sind die soziale Alternative und damit die Hoffnung für über zwei Millionen  
290 Menschen in Sachsen-Anhalt. Wir sind wieder da. Im letzten Jahr sind alleine  
291 hunderte neue Mitglieder in unseren Landesverband eingetreten. In vielen  
292 Regionen Ostdeutschlands sind wir bereits die Mitgliederstärkste Partei. Das  
293 liegt an unserer Superkraft. Das ist die soziale Gerechtigkeit für alle Menschen,  
294 in der Stadt und auf dem Land. Wir sind bei den Menschen und machen Politik  
295 mit den Menschen. Wir sind jeden Tag im Land unterwegs, gucken hin und  
296 hören zu:

297

- 298 • Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine flächendeckende Gesund-  
299 heitsversorgung. Wir wollen kommunale Gesundheitszentren in allen Re-  
300 gionen mit Haus- und Fachärzt:innen unter einem Dach kurze Wege und  
301 gute Erreichbarkeit. Gesundheit darf kein Luxus sein.

**ÄA-Nr. 6.1.**

Antragstellerin: Dr. Viola Schubert Lehnhardt (Stadtverband Halle)

Zeile 299

soll wie folgt ergänzt werden:

- Dazu gehören auch die verpflichtende Vorhaltung von Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch in Wohnortnähe und die verpflichtende

Aufnahme des Themas Schwangerschaftsabbruch ins Curriculum der ärztlichen Ausbildung.

**Landesvorstand übernimmt teilweise – Verschiebung in Zeile 2176**

- 302
- 303
- 304
- 305
- 306
- 307
- 308
- 309
- 310
- 311
- 312
- 313
- 314
- 315
- Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir wollen gebührenfreie Bildung – von der Kita bis zur Ausbildung und Uni. Alle Kinder sollen ein warmes kostenfreies Mittagessen bekommen. Wir brauchen mehr Pädagog:innen und multiprofessionelle Teams durch Schulsozialarbeit in jeder Einrichtung. Bildung für Alle – von Anfang an.
  - Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine echte Perspektive. Wir wollen die Zukunft für die junge Generation sichern. Dazu gehören zum Beispiel Ausbildungsgarantien in der Heimat mit einer guten Ausbildungsvergütung. Jugendclubs und Vereine sollen gefördert werden. Junge Menschen brauchen Zukunftschancen statt Unsicherheit und neuer Pflichten. Sie brauchen eine bezahlbare warme Wohnung und ganz sicher keine Wehrpflicht.

316 Mit sozialer Gerechtigkeit schaffen wir den sozialen Frieden. Wir kämpfen jeden  
317 Tag dafür, dass sich alle Menschen ein gutes Leben leisten können. Auf  
318 Bundesebene wollen wir zum Beispiel:  
319

**ÄA-Nr. 45.9.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale)

Ergänzung im gesamten Dokument:

*Alle €-Angaben sind Bruttowerte bzw. hinter jeden Betrag (brutto) einfügen.*

- 320
- 321
- 322
- 323
- 324
- Eine armutsfeste Mindestrente in Höhe von 1.400 Euro und eine Kindergrundsicherung ohne Bürokratiemonster.
  - Einen Mindestlohn von mindestens 15 Euro pro Stunde. Armut trotz Arbeit darf es nicht mehr geben.
  - Keine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Hygieneartikel und Bus-

**ÄA-Nr. 19.1.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis

Zeile 323-325

Wie folgt ändern und ergänzen:

[...] (Wir wollen auch ein 29-Euro-Ticket. Für Schüler:innen, Azubis, Studierende, Freiwilligendienstleistende, Sozialleistungsempfänger:innen und Senior:innen wollen wir ein 0-Euro-Ticket.)

Begründung: (für die Anträge 19.1. bis 19.4.)

An verschiedenen Stellen im Text geht es um die Kosten für ÖPNV-Tickets. Teilweise wird hier mit unterschiedlichen Aussagen und Zielgruppen gearbeitet. Um einheitliche Angaben im Wahlprogramm zu hinterlassen, sollten diese Anpassungen vorgenommen werden. Ein weiterer Grund für die Änderungen ist die Glaubwürdigkeit einer realistischen Finanzierung innerhalb der Legislaturperiode. Mit einem 29-Euro-Ticket setzen wir ein starkes Signal. Hinzu kommt, dass wir einerseits den Ausbau

von ÖPNV vor allem im ländlichen Raum fordern und gleichzeitig die Einnahmen aus dem Ticketverkauf drastisch reduzieren. Auch hier steht die Glaubwürdigkeit einer realistischen Finanzierung im Raum. Wir empfehlen diese Variante als realisierbaren und glaubhaften Mittelweg und Zwischenschritt zum kostenfreien ÖPNV für alle.

**Ist mit der Übernahme des Antrages Nr. 25 erledigt.**

325 und Bahntickets. (Wir wollen auch das 9-Euro-Ticket zurück. Für Schü-  
326 ler:innen, Azubis, Studierende und Senior:innen wollen wir ein 0-Euro-Ti-  
327 cket.)

328  
329 Das waren ja jeweils nur drei Vorhaben auf einmal. Keine Sorge, wir wollen noch  
330 viel mehr. Nehmen Sie sich einen großen Becher rote Fassbrause und genießen  
331 Sie unser Wahlprogramm. Sie werden es lieben.

332  
333 Und falls Sie mal gefragt werden sollten, wovon Die Linke das alles bezahlen  
334 will:

335 Hier haben wir tatsächlich eine ganz einfache Antwort. Durch ein Sozialsystem,  
336 in das alle einzahlen (auch Politiker:innen, Beamt:innen und Reiche) und ein  
337 gerechtes Steuersystem. Überreiche, die so viel Geld haben, dass es selbst  
338 Generationen von Erben nach ihnen nicht schaffen würden, es auszugeben,  
339 sollen der Gesellschaft wieder etwas davon zurückgeben. Denn sie haben ihren  
340 Reichtum ja auch nicht selbst erarbeitet, sondern haben andere für ihr Geld  
341 arbeiten lassen. Keine Sorge, sie bleiben trotzdem sehr reich und einige betteln  
342 sogar selbst schon nach gerechter Besteuerung.

343  
344 Sachsen-Anhalt ist so viel mehr wert, als es bisher von meist CDU-geführten  
345 Landesregierungen bekommen hat. Wir brauchen endlich eine Regierung, die  
346 nicht auf Kürzungen setzt, sondern die hinschaut und soziale Sicherheit ernst  
347 nimmt. Armut, Ausgrenzung und verpasste Bildungschancen führen zu Angst,  
348 Wut und Misstrauen gegenüber der Politik. Das spielt nur einer Partei in die  
349 Karten, der AfD. Die in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem eingestufte  
350 Partei bietet aber keine Lösungen an, sie würde arme Menschen noch ärmer  
351 machen, Freiheitsrechte bekämpfen und vielleicht sogar die Schulpflicht  
352 abschaffen. Das alles würde nur dazu dienen, die eigene Propaganda noch  
353 effektiver verbreiten zu können. Wir stellen uns dem Rechtsruck entschlossen  
354 entgegen und bieten echte Lösungen für unser Bundesland an.

355

**ÄA-Nr. 64**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-  
Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Beantragt ist die Streichung der Formulierung „Wir sind der Pol der Hoffnung“  
In unten aufgeführten Zeilen:

Zeilen:

354 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~

565 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~

676 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~

964 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
1529 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
1708 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
1827 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
1913 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
2186 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
2278 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
2584 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
2729 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
2880 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
2890f ~~Wir sind der Pol der Hoffnung und stehen...~~  
3167 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
3307 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
3705 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
3755 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
3959 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
4169 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
4337 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
4752 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
5033 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
5156 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
5349 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
5634 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~  
5937 ~~Wir sind der Pol der Hoffnung.~~

Begründung:

Siehe Titel, siehe viele Teilabschnitte und alle ganzen Abschnitte. Denkt doch mal an die Bäume! Und den armen Drucker. Eine gewisse Zahl bewusst umgangen, da wir keine Faschos mögen.

356 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

357

358 Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.

359 Deshalb sind wir bereit, mit allen demokratischen Kräften gemeinsam zu  
360 kämpfen.

361 Unsere Spitzenkandidatin, Eva von Angern, sagt:

362 „Wir werden unser Land, die Menschen in Sachsen-Anhalt, nicht der AfD  
363 opfern!“

364

365 **Danken Sie uns später!**

366

367

368 **1. Frieden**

369

**ÄA-Nr. 32**

Antragsteller:innen: Yannick Ecker (SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Lukas Wanke (SV Halle)

Zeile 368 wird gestrichen (analog im Inhaltsverzeichnis):

~~Der Frieden ist nicht alles, aber Alles ist ohne den Frieden nichts (W. Brandt)~~

Begründung:

Die Rede Friedenssehnsucht und Friedenspolitik (1981), der dieses Zitat entstammt, referiert sozialdemokratische Selbstverständnisse vor Hintergrund der Friedensfrage in der Zeit des ‚Kalten Krieges‘. In ihr spricht Brandt sich nicht, wie man vermuten könnte, für unbedingte Abrüstung und gegen jegliche Militarisierung aus, sondern unterstreicht für beides, abseits von Atomwaffen, ein angeblich nötiges ‚Augenmaß‘. Nicht zuletzt betont er die Notwendigkeit transatlantischer Zusammenarbeit mit den USA.

Es scheint uns fraglich, ob wir so prominent im Wahlprogramm auf derartige, teils aus der Zeit gefallene Überlegungen verweisen wollen, die sich hinter dem scheinbar griffigen Spruch verstecken. Zudem wird hier unsauber zitiert: Die Berliner Brandt-Ausgabe dokumentiert wie folgt: „alles“, nicht „Alles“ sei ohne den Frieden nichts.

Auch wenn man den näheren Zusammenhang mit der Rede nicht kennt, bleibt strittig, ob wir uns so herausgehoben auf jemanden berufen wollen, der leider nicht als ehemaliger Widerstandskämpfer in der kollektiven Erinnerung verankert ist, sondern vor allem als westdeutscher Sozialdemokrat, der über eine Stasi-Affäre gestolpert ist und heute zum folkloristischen Traditionsgut der SPD zurechtgestutzt wurde – einer Partei immerhin, die sich bis in die jüngste Vergangenheit vor allem in einer Sache treu bleibt: darin, dass in Friedensfragen kein Verlass auf sie ist.

- Vor und nach dem ersten friedenspolitischen Versagen der SPD 1914 haben zahlreiche Denker:innen konsequent sozialistische und kommunistische Überlegungen zum Thema vorgebracht und dabei Motti geprägt, auf die eine sozialistisch-demokratische Partei eher zurückgreifen könnte. Ehe wir uns hierzu aber in kleinteilige Erbe-Diskussionen begeben, möchten wir vorschlagen, auf Kopfsätze im Wahlprogramm einheitlich zu verzichten. Die Vorrangstellung des Friedenskapitels spricht für sich und bedarf keiner weiteren, in diesem Fall zudem problematischen Anreicherung.

**ÄA-Nr. 50.**

Antragsteller:in: Jacob Pfeifer (Kreisverband Die Linke Wittenberg)

Die Zeilen 368 – 397 sollen wie folgt geändert werden:

~~Der Frieden ist nicht alles, aber Alles ist ohne den Frieden nichts (W. Brandt)~~  
*Kapitalismus ist Krieg; Sozialismus ist Frieden. (Karl Liebknecht)*

Bei vielen Menschen in Sachsen-Anhalt hat die Angst vor einem Krieg zu einer großen Verunsicherung geführt.

Die Welt scheint aus den Fugen.

Ob Russland oder die *NATO mit den USA an vorderster Front* – der Krieg wird wieder als legitimes Mittel nationaler Interessen propagiert und eingesetzt. Die Antwort von AfD über SPD bis Grünen ist aber nicht der Einsatz für das Völkerrecht, Abrüstung und Interessenausgleich, sondern die Herstellung einer nationalen Kriegstüchtigkeit.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass dieser Weg weder Europa noch Sachsen-Anhalt sicherer werden lässt, sondern uns in eine immer gefährlicher werdende Spirale von Militarisierung, Aufrüstung und Bedrohung hineinzieht. Eine solche Politik raubt uns auch die Mittel für die soziale Sicherung, eine bessere Bildung und den Umbau der Industrie.

*Als Linke setzen wir uns daher für eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik ein. Wir wollen zivile Freiräume stärken.*

*Wir stehen für freie und zivile Bildung und Forschung, die den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker fördern!*

*Die Linke will Krieg und Militarisierung überwinden und lehnt Einsätze der Bundeswehr im Inland und Ausland konsequent ab.*

Deshalb streiten wir:

- gegen die Erhöhung der Militärausgaben auf 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die nicht die Sicherheit, sondern lediglich die Profitrate von deutschen und amerikanischen Rüstungskonzernen verbessert.
- gegen die schrittweise Einführung der Wehrpflicht, die die jungen Menschen ihrer Freiheit beraubt und ihre Kraft und Energie, die dringend für die Lösung der wichtigen Menschheitsfragen gebraucht werden, sinnlos verschleudert.
- weiterhin für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide und positionieren uns gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle, sowie gegen *militärische Nutzung des Standorts Holzdorf*.
- für die Unterzeichnung des ICAN-Appell (für ein atomwaffenfreies Sachsen-Anhalt), wie in Bremen, Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz analog bereits geschehen.
- für den sofortigen Stopp von Anwerbe-Versuchen der Bundeswehr in Schulen, Hochschulen, bei Ausbildungsmessen und Arbeitsagenturen. *Bundeswehr raus aus den Schulen und Bildungseinrichtungen!*
- gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. *Nein zur Wehrerfassung junger Menschen und zu allen Zwangsdiensten! Stattdessen wollen wir zivile und gesellschaftliche sinnvolle Formen von Freiwilligendiensten, die gut finanziell ausgestattet sind und fachlich begleitet werden.*
- *Im Rahmen des sogenannten Operationsplans Deutschland sollen auch Bundesländer und Kommunen fit gemacht werden für einen Kriegsfall und für den Aufmarsch von NATO-Militärs Richtung Osten. Dafür soll systematisch ziviles Personal und zivile Infrastruktur (von Brücken bis Krankenhäuser) für die militärische Mobilisierung vorbereitet werden.*

*Die Linke lehnt eine Indienststellung ziviler Ressourcen fürs Militär ab und fordert Aktionspläne für rein zivile Konfliktbearbeitung.*

~~Eine friedliche Welt ist möglich und wir stehen bei unserem Einsatz dafür nicht allein. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn nicht das Kapital, sondern der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt des Handelns stehen. Uns ist bewusst, dass Kriege so lange geführt werden, wie sie Profit bringen. Wir wissen, dass Krieg und Kapital untrennbar miteinander verbunden sind. Ebenso klar ist uns, dass Frieden und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden sind.~~

~~Keine sogenannte „neue globale Architektur“ kann den Völkern Frieden und Sicherheit garantieren. Die Lösung liegt in der Stärkung einer antimilitaristischen Politik und der Stärkung der Arbeiter\*innen, um sich gegen Kriege zu stellen und das System infrage zu stellen, dass sie hervorbringt: den Kapitalismus.~~

~~Die Friedenssehnsucht der übergroßen Zahl der Menschen in unserem Land können wir für eine antimilitaristische Politik mobilisieren.~~

#### Begründung:

Das Wahlprogramm benennt völlig richtig die Aufrüstung und den gegenwärtig Versuch der Regierung, Deutschland kriegstüchtig zu machen. Es ist Aufgabe der Partei Die Linke, antimilitaristische Politik zu betreiben und sich konsequent für Abrüstung und Frieden einzusetzen.

Dabei stützt sich Aufrüstung auf zwei Grundpfeiler:

Einerseits auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht zur Beschaffung der nötigen menschlichen Ressourcen und andererseits auf die Erhöhung der Rüstungsausgaben. Beidem gilt es entschieden zu widersprechen.

Eine Welt ohne Krieg kennt auch keine kapitalistischen Interessen mehr.

Demnach ist die Analyse im Wahlprogramm bisher unvollständig. Denn eine friedliche Welt ist nur möglich, wenn eine Welt möglich ist, in der die Bedürfnisse der Menschen nicht dem Kapital untergeordnet werden. Solange bei Rheinmetall und Co. die Gewinne steigen und die Sektkorken knallen, wird es Kriege geben.

Am Ende stehen sich an der Front Menschen gegenüber, die mehr miteinander gemeinsam haben als mit den Menschen, die sie dorthin geschickt haben. Denn es sind nicht die großen Staatsmänner und Konzernchef, die an die Front gehen, sondern die einfachen Menschen. Kriege und Militarismus müssen daher im Zusammenhang mit dem Kapitalismus analysiert werden. Auf diese wirtschaftliche Komponente muss hingewiesen und sich den wirtschaftlichen Ursprüngen genauso entschieden als Partei entgegengestellt werden, wie der Aufrüstung des Landes.

Folgt man dieser Analyse, lässt sich die Schlussfolgerung mit den Worten Karl Liebknechts zusammenfassen: „Kapitalismus ist Krieg; Sozialismus ist Frieden.“

Ein Wahlprogramm für die nächsten Jahre ist unvollständig, wenn es dies ausblendet.

370 **Der Frieden ist nicht alles, aber Alles ist ohne den Frieden nichts (W. Brandt)**

371 Bei vielen Menschen in Sachsen-Anhalt hat die Angst vor einem Krieg zu einer  
372 großen Verunsicherung geführt. Die Welt scheint aus den Fugen. Ob Russland  
373 oder die USA – der Krieg wird wieder als legitimes Mittel nationaler Interessen  
374 propagiert und eingesetzt. Die Antwort von AfD bis Grünen ist aber nicht der  
375 Einsatz für das Völkerrecht, Abrüstung und Interessensausgleich, sondern die  
376 Herstellung einer nationalen Kriegstüchtigkeit. Es ist unsere feste Überzeugung,  
377 dass dieser Weg weder Europa noch Sachsen-Anhalt sicherer werden lässt,  
378 sondern uns in eine immer gefährlicher werdende Spirale von Militarisierung,  
379 Aufrüstung und Bedrohung hineinzieht.

380

381 Eine solche Politik raubt uns auch die Mittel für die soziale Sicherung, eine bes-  
382 sere Bildung und den Umbau der Industrie.

383

384 Deshalb streiten wir:

**ÄA-Nr. 52.1.**

Antragsteller:innen: André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung), Lisa Tuchen (KV Börde)

Zeile 383/384 die Worte streichen:

„auf 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes“

Zeile 385 die Worte streichen:

„deutschen und amerikanischen“

**Der Landesvorstand übernimmt.**

385

- gegen die Erhöhung der Militärausgaben auf 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die nicht die Sicherheit, sondern lediglich die Profitrate von deutschen und amerikanischen Rüstungskonzernen verbessert.

386

387

**ÄA-Nr. 52.2.**

Antragsteller:innen: André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung), Lisa Tuchen (KV Börde)

Zeilen 386 – 389 wie folgt ändern:

- *„gegen die Rückkehr der Wehrpflicht, unabhängig der Form ihrer Einführung und für die Möglichkeit eines freiwilligen Wehrdienstes im Sinne unseres Grundgesetzes und unter angemessenen Bedingungen.“*

388

389

390

391

- gegen die schrittweise Einführung der Wehrpflicht, die die jungen Menschen ihrer Freiheit beraubt und ihre Kraft und Energie, die dringend für die Lösung der wichtigen Menschheitsfragen gebraucht werden, sinnlos verschleudert.

**ÄA-Nr. 9**

Antragsteller:innen:

Die Linke Kreisverband Wittenberg

Die Linke Stadtverband Dessau-Roßlau

Zeilen 390-392 – Anstrich erweitern

- weiterhin für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide und positionieren uns gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle sowie gegen die weitere Hochrüstung des Standorts Holzdorf.

Begründung:

Unser Wahlprogramm benennt völlig richtig die Colbitz-Letzlinger Heide und den Flughafen Leipzig/Halle. Aber wir haben eine gefährliche Leerstelle: den Fliegerhorst Holzdorf.

Während wir hier tagen, wird Holzdorf zum massivsten militärischen Drehkreuz im Osten hochgerüstet. Dort werden künftig fast alle neuen schweren Transporthubschrauber der Bundeswehr stationiert und mit dem gebauten System Arrow 3 eine neue Stufe der Aufrüstung gezündet.

Wir müssen Holzdorf aus drei Gründen in das Programm aufnehmen:

Glaubwürdigkeit vor Ort: Die Menschen im Kreis Wittenberg und der gesamten Region erleben die Militarisierung direkt vor ihrer Haustür. Wenn wir als Friedenspartei diesen Standort totschweigen, verlieren wir unsere Sprachfähigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Sicherheitsrisiko: Durch den massiven Ausbau wird Sachsen-Anhalt im Ernstfall zu einem primären strategischen Angriffsziel. Das müssen wir klar als Gefahr für unser Land benennen.

Fehlgeleitete Ressourcen: In Holzdorf werden Milliarden für die Aufrüstung ausgegeben, die uns in Sachsen-Anhalt für Schulen, Krankenhäuser und den ÖPNV fehlen. Ein Wahlprogramm für die nächsten Jahre ist unvollständig, wenn es die größte militärische Baustelle des Landes ignoriert.

Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

**ÄA-Nr. 52.3.**

Antragsteller:innen: André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung), Lisa Tuchen (KV Börde)

Zeilen 390 – 392 wie folgt ändern:

- „weiterhin für die friedliche Nutzung *der Naturlandschaften (z.B. Colbitz-Letzlinger Heide)* im Land und positionieren uns gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle.“

**Der Landesvorstand übernimmt.**

392  
393  
394  
395

- weiterhin für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide und positionieren uns gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle.

**ÄA-Nr. 52.4.**

Antragsteller:innen: André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung), Lisa Tuchen (KV Börde)

Zeilen 394 – 397 wie folgt ändern:

*„Eine friedliche Welt ist möglich! Wir lassen die übergroße Zahl der Menschen mit Friedenssehnsucht nicht allein und stehen an ihrer Seite.“*

396  
397  
398  
399

Eine friedliche Welt ist möglich und wir stehen bei unserem Einsatz dafür nicht allein.  
Die Friedenssehnsucht der übergroßen Zahl der Menschen in unserem Land können wir für eine antimilitaristische Politik mobilisieren.

**ÄA-Nr. 12**

**Antragstellerin:** Lydia Roloff (Stadtverband Halle, Delegierte LAG Senior:innenpolitik)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Zeilen 399 bis 432 werden im Punkt **1. Frieden** gestrichen und als Zeilen 564 ff als letzter Absatz im Punkt **2. Demokratie** eingefügt.

Begründung:

Inhaltlich ist der Absatz „Für eine freie Religionsausübung in Sachsen-Anhalt“ wichtig, passt aber nicht unter den Punkt 1. Frieden.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

## 401 **Für eine freie Religionsausübung in Sachsen-Anhalt**

402

403 Die Religionsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt sind ein unverzichtbarer Be-  
 404 standteil der Zivilgesellschaft in unserem Land. Sie organisieren gesellschaftli-  
 405 chen Zusammenhalt und sind ein wichtiger Anker für die Mitglieder in einer Welt  
 406 des Wandels und der gesellschaftlichen Verunsicherung. Das trifft nicht nur auf  
 407 die katholische und protestantische Kirche zu, sondern auch auf jüdische und  
 408 muslimische Gemeinden. Wir sind uns bewusst, dass die Religionsgemeinschaf-  
 409 ten immer dann, wenn sie sich gesellschaftlich engagieren, zunehmend unter  
 410 Druck geraten. Die Kirchen werden massiv von Rechten und nationalistischen  
 411 Kräften angegriffen, wenn sie sich für Solidarität und Weltoffenheit einsetzen.  
 412 Die jüdischen Gemeinschaften sehen sich einem immer offeneren und radikale-  
 413 ren Antisemitismus ausgesetzt. Die Verbreitung eines antimuslimischen Rassis-  
 414 mus und die Diffamierung der muslimischen Gemeinden reichen weit in die  
 415 Mitte der Gesellschaft und stellen eine Bedrohung für Demokratie, Integration  
 416 und gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Sie drohen eine gefährliche Spirale  
 417 von Isolation und Selbstisolation in Gang zu setzen.

418

419 Die Linke setzt sich dafür ein:

420

- dass alle Religionsgemeinschaften gleichberechtigt ohne Angst vor Re-  
 421 pressionen ihr Gemeindeleben ausgestalten und in unserer Gesellschaft  
 422 darüber hinaus aktiv werden können,

423

- ihre Möglichkeiten und Ideen zur Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben  
 424 aufgegriffen werden, um mit ihnen gemeinsam an der Entwicklung unse-  
 425 res Landes zu arbeiten,

**ÄA-Nr. 17**

**Antragsteller:innen:** KV Burgenlandkreis, Michael Niklesz (Burgenlandkreis)

Die Zeilen 424/425

Wir beantragen die ersatzlose Streichung:

- „den Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatskirchenleistungen zu thematisie-  
 1 ren und auf der Landesebene voranzubringen,“

Begründung:

– Die afd will [wenn sie in Sachsen-Anhalt regiert] die Staatsleistungen für die  
 evangelische und die katholische Kirche sofort und ohne Kompensation beenden.

Die AfD greift die Kirchen offen an. Die Kirchenleitungen haben sich klar gegen die AfD geäußert und sie als „für Christen nicht wählbar“ erklärt.

- Die Partei Die Linke soll sich auch in diesem Punkt deutlich von der AfD unterscheiden!
- Die Christen und Christinnen sind unsere Bündnispartner, unsere Freunde im Kampf gegen Krieg und Faschismus und für eine gerechte, menschliche Gesellschaft, wir wollen solidarisch mit ihnen sein.
- Die Staatsleistungen sind in Sachsen-Anhalt in den Kirchenstaatsverträgen des Landes festgelegt. Sie werden vor allem als Entschädigungen für die staatliche Enteignung kirchlicher Güter, Wälder und Stiftungen im 19. Jahrhundert sowie während der Bodenreform in den Jahren 1945 bis 1950 geleistet.
- Die Kirchen benötigen diese Gelder für ihre zahlreichen sozialen Aufgaben, aber auch für den Erhalt hunderter kirchlicher Baudenkmäler in unserem Land. Kirchen, Pfarreien und Klöster müssten ohne diese staatlichen Gelder dem Verfall preisgegeben werden.

#### **ÄA-Nr. 6.2.**

Antragstellerin: Dr. Viola Schubert Lehnardt (Stadtverband Halle)

Zeilen 424/425

diesen Punkt wie folgt ändern:

- an der seit langem von ihr geforderten Ablösung der Staatskirchenleistungen festzuhalten,

#### **Der Landesvorstand übernimmt.**

#### **ÄA-Nr. 10.1.**

Antragsteller:innen:

Die Linke Kreisverband Wittenberg

Zeile 424-425 – Anstrich erweitern

- *als einzig konsequente Kraft* den Verfassungsauftrag zur Ablösung der *historischen* Staatskirchenleistungen *in dieser Legislaturperiode* zu erfüllen und auf der Landesebene *aktiv umzusetzen*,

#### Begründung:

Wir müssen hier sprachfähig sein, denn auch die AfD schreibt sich das Thema inzwischen auf ihre Fahnen.

Aber es gibt einen gewaltigen Unterschied: Rechtssicherheit statt Populismus: Wir als Linke fordern die Einlösung des Verfassungsauftrags. Das bedeutet: Eine faire, rechtssichere Ablösung, damit das Thema ein für alle Mal rechtlich sauber beendet ist.

Wir beantragen diese Präzisierung aus zwei Gründen:

Der Zusatz ‚als einzig konsequente Kraft‘ ist wichtig, weil wir uns hier klar von SPD und Grünen abgrenzen. Die reden zwar auch über Trennung von Staat und Kirche, aber wenn es konkret wird, kneifen sie. Wir sind das Original bei diesem Thema.

Wir wollen nicht nur ‚thematizieren‘. Wir wollen erfüllen und umsetzen. Sachsen-Anhalt zahlt jedes Jahr über 35 Millionen Euro an Staatsleistungen – das ist Geld der Steuerzahler, das wir für die soziale Infrastruktur brauchen. Nach über 100 Jahren Verfassungsauftrag ist es Zeit für Taten.

Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.

- den Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatskirchenleistungen zu thematisieren und auf der Landesebene voranzubringen,

#### **ÄA-Nr. 52.5.**

426  
427

Antragsteller:innen: André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung), Lisa Tuchen (KV Börde)

Zeilen 426/427 wie folgt ändern:

- *„ein konfessionsübergreifender Religionsunterricht, der gleichberechtigt alle 5 Weltreligionen behandelt und somit wertfrei allen Schüler:innen näher gebracht wird.“*

- 428
- 429
- 430
- 431
- 432
- 433
- 434
- 435
- 436
- 437
- 438
- 439
- 440
- 441
- 442
- die Möglichkeit zu schaffen, dass Religionsunterrichts für alle Religionsgemeinschaften in gleicher Art und Weise eröffnet wird,
  - einen kontinuierlichen Dialog mit den Kirchen, den jüdischen und muslimischen Gemeinden auf der politischen Ebene zu organisieren,
  - dass religiöser Fundamentalismus, sei er christlich-evangelikaler oder jihadistischer Prägung, durch Intervention, Aufklärungsarbeit, Prävention und zivilgesellschaftliche Initiativen entschieden bekämpft wird.

## 2. Demokratie

### Haltung zeigen – Für Zusammenhalt. Gegen rechte Hetze.

#### Mehr Engagement für den Erhalt unserer Demokratie

Um die Menschen in unserem Land an politischen Gestaltungsprozessen aktiv und erfolgreich zu beteiligen, sind die rechtlichen Grundlagen bisher unzureichend. Das wollen wir ändern.

Die Linke will:

#### ÄA-Nr. 10.2.

Antragsteller:innen:  
Die Linke Kreisverband Wittenberg

#### Änderungsantrag 10.2.

Zeilen 452-464 – die ersten vier Anstriche erweitern

- die Anwendung aller Formen direkter Demokratie außerhalb von Wahlen deutlich erleichtern und erweitern, *sowie durch ein landesweites, barrierefreies Bürgerportal zur digitalen Herzkammer der Demokratie auszubauen,*
- dass bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden die Quoren zum Teil weiter abgesenkt werden, *die Absenkung der Hürde ist mit Einführung rechtssicherer digitaler Unterschrift zu verknüpfen, um die Beteiligung zeitgemäß zu revolutionieren,*

- vor allem aber die Bedingungen für die Initiator:innen, diese Quoren auch erreichen zu können, durchgreifend verbessern. *Dazu gehört die Nutzungspflicht des Bürgerportals für alle Kommunen, damit digitale Mitbestimmung landesweit zum Standard wird.* Darüber hinaus sollen sich künftig auch Fachausschüsse des Landtags mit Anliegen befassen müssen, wenn dies mindestens 1.000 Einwohner:innen fordern (neues Element: die Einwohnerinitiative).
- die Zustimmungsquoren für Einwohneranträge auf maximal ein Prozent der stimmberechtigten Einwohner:innen, für Bürgerbegehren auf maximal fünf Prozent der wahlberechtigten Bürger:innen senken. Auch das Quorum für den Bürgerentscheid ist zukünftig abzusenken. *Darüber hinaus wollen wir den Einwohnerantrag zu einem echten Mitbestimmungsrecht und die Einwohnerbefragung zu einem eigenständigen Initiativrecht ausbauen.*

Begründung:

Wir müssen direkte Demokratie vom Kopf auf die Füße stellen. Niedrige Quoren allein nützen nichts, wenn der Weg zur Unterschrift eine bürokratische Hürde bleibt. Wir fordern ein landesweites Bürgerportal mit Nutzungspflicht für alle Kommunen. Mitbestimmung darf nicht vom Wohnort abhängen. Durch rechtssichere digitale Unterschriften machen wir Beteiligung so einfach wie Online-Banking und erreichen auch die Jugend.

Schluss mit der Demokratie-Simulation: In Wittenberg wurden 540 Unterschriften für einen Einwohnerantrag gesammelt, nur damit der Stadtrat am Ende einfach ‚Nein‘ sagt. Das entwertet das Engagement hunderter Bürger!

Ein gültiger Einwohnerantrag darf keine bloße Bitte sein. Wenn die Unterschriften vorliegen, muss das Anliegen verbindlich umgesetzt werden. Lehnt der Stadtrat ab, muss zwingend ein Bürgerentscheid folgen.

Bisher ist die Einwohnerbefragung in Sachsen-Anhalt eine Einbahnstraße: Nur der Stadtrat darf entscheiden, ob und worüber die Menschen befragt werden. Das ist Bevormundung von oben.

Das letzte Wort in Sachsen-Anhalt müssen die Bürger haben, nicht die Fraktionen im Rathaus!

Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu diesen Ergänzungen.

- 454
- 455
- 456
- 457
- 458
- 459
- 460
- 461
- 462
- 463
- 464
- 465
- 466
- 467
- 468
- 469
- die Anwendung aller Formen direkter Demokratie außerhalb von Wahlen deutlich erleichtern und erweitern,
  - dass bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden die Quoren zum Teil weiter abgesenkt werden,
  - vor allem aber die Bedingungen für die Initiator:innen, diese Quoren auch erreichen zu können, durchgreifend verbessern. Darüber hinaus sollen sich künftig auch Fachausschüsse des Landtags mit Anliegen befassen müssen, wenn dies mindestens 1.000 Einwohner:innen fordern (neues Element: die Einwohnerinitiative).
  - die Zustimmungsquoren für Einwohneranträge auf maximal ein Prozent der stimmberechtigten Einwohner:innen, für Bürgerbegehren auf maximal fünf Prozent der wahlberechtigten Bürger:innen senken. Auch das Quorum für den Bürgerentscheid ist zukünftig abzusenken.
  - dass das aktive Wahlalter auf kommunaler und Landesebene auf 14 Jahre gesenkt wird.

470 **Ehrenamt wertschätzen und systematisch unterstützen**

471 Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unseres  
472 Gemeinwesens. Der Beitrag, der durch Hunderttausende Menschen in  
473 Freiwilligenagenturen und Nachbarschaftshilfen, in Freiwilligen Feuerwehren  
474 und beim Bevölkerungsschutz sowie in den zahlreichen Organisationen des  
475 Sports, der Kultur, der Landschaftspflege für das Funktionieren und den  
476 Zusammenhalt der Gesellschaft geleistet wird, ist unbezahlbar.

477  
478 Diese gemeinnützige Arbeit benötigt verlässliche und verbesserte Grundlagen,  
479 zu denen u.a. die einfache Erstattung von Auslagen und die Absicherung bei  
480 Schäden, mehr Wertschätzung und mehr hauptamtliche Unterstützung zählen.  
481 Die spezifischen Herausforderungen und Barrieren für Frauen und Menschen  
482 mit Beeinträchtigungen in Ehrenämtern sind uns bewusst. Wir setzen uns daher  
483 auf allen Ebenen für eine Verbesserung ihrer Beteiligungsmöglichkeiten ein.

484  
485  
486  
487

Die Linke will:

**ÄA-Nr. 44.7.**

Antragsteller:innen: Stine Rummel-Strebelow, Oliver Farr, SV Dessau-Roßlau

Zeilen 486-493 ersetzen durch:

- *Dafür ein „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts“, um den rechtlichen Rahmen zu schaffen*
- *Ein Kommunalbudget zur Förderung von Projekten und Maßnahmen aus dem bürgerlichen Engagement*
- *Langfristige und hauptamtliche Strukturen zur Förderung des Ehrenamtes, finanziell sicherstellen*

Begründung:

Aus aktueller Diskussion, sollten wir mit Geldforderungen für Fraktionen vorsichtig sein. Beim letzten Anstrich, sind Fraktionen miteingeschlossen!

- 488
- dafür in einem „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts den rechtlichen
- 489 Rahmen schaffen und einen Ehrenamtsfonds zur Förderung einzelner
- 490 Maßnahmen und Projekte sowie ein Kommunalbudget zur Schaffung von
- 491 kommunalen Strukturen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen
- 492 Engagements einrichten,

**ÄA-Nr. 10.3.**

Antragsteller:innen:

Die Linke Kreisverband Wittenberg

Zeilen 491-493 – Anstrich erweitern

- dass Ehrenamtliche Mitglieder der kommunalen Vertretungen (Fraktionen) zudem aus Haushaltsmitteln Zuwendungen erhalten sowie eine angemessene sächliche und auch personelle Ausstattung. *Die Leistungen sind von einem bloßen Rechtsanspruch zu einer gesetzlich garantierten Pflichtaufgabe weiterzuentwickeln.*

Begründung:

Genossen, wir müssen über die Arbeitsbedingungen der ehrenamtlichen Mitglieder in den Kommunalvertretungen sprechen.

Schaut in § 4 und § 45 KVG LSA! Dort steht: Ein Bürgermeister/Oberbürgermeister darf ohne den Stadtrat faktisch nichts bewegen. Die Kommunalvertreter sind ein gesetzlich vorgeschriebenes Hauptorgan. Es ist ein demokratischer Konstruktionsfehler, dass der Gesetzgeber uns diese Arbeit vorschreibt, aber unsere finanzielle Ausstattung in den Fraktionen nicht als Pflichtaufgabe absichert. Wer parlamentarische Kontrolle durch ehrenamtliche Mitglieder verlangt, muss diese auch gesetzlich garantiert und fair finanzieren!

Wenn wir die Ausstattung der Fraktionen zur gesetzlichen Pflichtaufgabe im KVG LSA machen, greift das Konnexitätsprinzip. Das Land Sachsen-Anhalt muss diese Kosten durch höhere Zuweisungen an die Städte und Gemeinden ausgleichen.

Nur so sichern wir ab, dass das Ehrenamt der hauptamtlichen Verwaltung mit eigenem Fachpersonal auf Augenhöhe begegnen kann.

Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.

- 493
- dass Ehrenamtliche Mitglieder der kommunalen Vertretungen
- 494 (Fraktionen) zudem aus Haushaltsmitteln Zuwendungen erhalten sowie
- 495 eine angemessene sächliche und auch personelle Ausstattung.
- 496

497

### **Politische Bildung ausbauen**

498 Die politische Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt steht vor großen Heraus-

499 forderungen. Neben einer grundlegenden Demokratiebildung hat die

500 Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus erheblich an

501 Bedeutung gewonnen. Anhaltenden Veränderungen globalen, gesamtgesell-

502 schaftlichen oder lokalen Ausmaßes wie der Klimawandel, die zunehmenden

503 kriegerischen Konflikte, das Erstarken von autoritären und rechtsextremen

504 Bewegungen, die Auswirkungen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz

505 oder der Strukturwandel erfordern die Begleitung durch die Institutionen der

506 politischen Bildung. Insbesondere der ländliche Raum muss entsprechende

507 Angebote erhalten. Außerdem müssen verstärkt Online-Angebote entwickelt

508 werden, um mehr junge Leute zu interessieren. Die Linke will erreichen, dass

509 jeder Jugendliche bis zum Ende der allgemeinbildenden Schulzeit mindestens

510 einmal eine Gedenkstätte der NS-Diktatur besuchen kann und die Wahr-

511 nehmung von Angeboten der politischen Bildung durch das neue Bildungszeit-

512 gesetz ermöglicht und unterstützt wird. Dafür ist eine deutliche Erhöhung der

513 Mittel für die politische Bildungsarbeit nötig. Dies betrifft sowohl die Landes-

514 zentrale für politische Bildung als auch die demokratischen politischen

515 Landesstiftungen in Sachsen-Anhalt und die freien Träger zur Stärkung der

516 Zivilgesellschaft und der Demokratie.

517

### **Rechtsextremismus entwaffnen – Demokratiestärkung vor Ort**

519 Den braunen Sumpf trocknen wir nicht mit immer mehr Überwachung aus,

520 sondern mit lebendiger Demokratie vor Ort. Mobile Beratungsteams

521 unterstützen Kommunen beim Umgang mit rechtsextremen Umtrieben und

522 helfen, lokale Strukturen gegen Radikalisierung zu schützen. Jede Gemeinde

523 erhält Unterstützung beim Aufbau demokratischer Beteiligungsstrukturen –

524 denn Demokratie ist kein Luxus, sie ist der beste Schutz für uns alle. Vereine  
525 und Verbände werden gestärkt, damit antidemokratische Gruppen keinen Platz  
526 finden, weil die Zivilgesellschaft stark und präsent ist.

527

528 Wir schützen Bürgermeister:innen, Ehrenamtliche und Engagierte – nicht allein  
529 durch Personenschutz, sondern durch starke demokratische Strukturen,  
530 Gesetze sowie Polizei und Justiz, die als feste Säulen an ihrer Seite stehen und  
531 ihre Arbeit für die Demokratie unterstützen.

### 532 **Demokratische Beteiligung durch Petitionen**

533 Petitionen sind ein wichtiges Instrument der demokratischen Teilhabe. Sie  
534 ermöglichen es Bürger:innen, ihre Anliegen direkt an die politischen  
535 Entscheidungsträger heranzutragen. Durch das Einreichen von Petitionen  
536 können Individuen und Gemeinschaften Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse  
537 nehmen und wichtige Themen in die öffentliche Diskussion bringen.

538

539 Sachsen-Anhalt hat bundesweit eines der bürgerfreundlichsten Petitionswesen.  
540 Bürger:innen können ihre Anliegen, seien es Bitten oder Beschwerden, an den  
541 Landtag herantragen. In Sachsen-Anhalt dürfen sie bei der Beratung ihrer  
542 Petitionen dabei sein und sich aktiv einbringen. Auch Fahrtkosten werden unter  
543 Umständen erstattet.

544

545 Um den Bedürfnissen und Anliegen unserer Bürger:innen noch effektiver  
546 gerecht zu werden, planen wir neben dem Petitionsausschuss

547

#### **ÄA-Nr. 13.1.**

Antragstellerin: Martina Felchner (KV Harz)

Zeile: 546ff

Präzisierung:

[...] um eine direkte Schnittstelle zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung herzustellen. *Der:die Bürgerbeauftragte* wird als *Ansprechpartner:in* fungieren, *der:die* Sorgen und Anregungen aufnimmt und entsprechende Maßnahmen initiiert.

Begründung:

In Zeile 681ff sprechen wir über die Gleichstellung der Geschlechter und gendern im gesamten Wahlprogramm – selbst in Zeile 543. Dies sollten wir auch in der anschließenden Forderung nach Bürgerbeauftragten tun.

#### **Der Landesvorstand übernimmt.**

548

- die Einführung eines Bürgerbeauftragten. Diese Position wird geschaffen, um eine direkte Schnittstelle zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung herzustellen. Der Bürgerbeauftragte wird als Ansprechpartner fungieren, der Sorgen und Anregungen aufnimmt und entsprechende Maßnahmen initiiert.

549

550

551

552

553

554

555

556

Dies umfasst sowohl individuelle Anfragen als auch systematische Probleme, die in der Verwaltung auftreten können. Wenn Menschen

557            sehen, dass ihre Stimmen Gehör finden und Probleme tatsächlich  
558            angegangen werden, stärkt dies das Gemeinschaftsgefühl und die  
559            Identifikation mit der Demokratie.

560  
561 In einer Zeit, in der viele Bürger:innen bezüglich der Politik skeptisch sind, sind  
562 Petitionsausschüsse und Bürgerbeauftragte von großer Bedeutung. Sie zeigen,  
563 dass Demokratie nicht nur ein abstraktes Konzept ist, sondern konkrete  
564 Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen hat. Die Stärkung des  
565 Petitionsausschusses und der Bürgerbeauftragten ist daher ein wichtiger  
566 Schritt hin zu einer lebendigen, aktiven und zufriedenen Zivilgesellschaft.

567 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

568  
569

### 570        **3. Gerechte Finanzen für ein starkes Sachsen-** 571        **Anhalt**

572  
573 Sachsen-Anhalt braucht eine Finanzpolitik, die Zukunft gestaltet und nicht eine,  
574 die resigniert und kapituliert. Zu lange wurde gespart, gekürzt und privatisiert.  
575 Zu lange wurden die öffentlichen Kassen durch Steuergeschenke geplündert  
576 und das Gemeinwesen durch fehlende öffentliche Investitionen und Umver-  
577 teilung von unten nach oben geschwächt. Wir sagen: Damit muss Schluss sein.  
578 Unser Land darf sich nicht weiter kaputtsparen. Wir müssen jetzt investieren für  
579 die Menschen, für die Zukunft unseres Landes! Die Linke steht für eine  
580 gerechte Finanzpolitik, die da investiert, wo es am wichtigsten ist und die  
581 Menschen direkt profitieren: in gute Arbeit, moderne Schulen, funktionierende  
582 Krankenhäuser, in einen starken öffentlichen Nahverkehr und in attraktive  
583 Städte und Dörfer.

584

#### 585 **Gerechte Steuern, gerechte Chancen**

586 Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben nach der Abwicklung der Treuhand  
587 enorme wirtschaftliche Verluste hinnehmen müssen. Wir wollen diesen  
588 historischen Bruch nicht hinnehmen, sondern korrigieren. Wer Millionen besitzt,  
589 kann und soll einen gerechten Beitrag leisten – damit alle in Sachsen-Anhalt von  
590 einem handlungsfähigen Staat profitieren. Durch den Abbau der Ungleichheit  
591 schützen wir nicht nur die Bevölkerung vor Armut, sondern entlasten auch  
592 zukünftige Generationen und stärken die Wirtschaft.

593

594 Dafür wollen wir:

- 595        ▪ Eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer –  
596        Große Vermögen müssen endlich wieder ihren gerechten Beitrag zur  
597        Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten. Eine Vermögenssteuer von 1  
598        Prozent auf Vermögen über einer Million Euro würde Sachsen-Anhalt  
599        jedes Jahr bis zu 2,0 Milliarden Euro bringen – Geld, das unseren Städten,  
600        Gemeinden und der sozialen Infrastruktur zugutekommt.

- 601       ▪ Die Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer - Heute wächst der  
602       Reichtum in wenigen Händen, während viele Menschen kaum noch  
603       Vermögen aufbauen können. Wir setzen uns ein für gerechte Beiträge,  
604       damit Vermögenskonzentration abnimmt und Chancen wachsen – für ein  
605       Land, in dem Leistung zählt, nicht Erbe.  
606       ▪ Die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer - Die heutige Gewerbesteuer erfasst nur einen Teil der selbst-  
607       ständigen wirtschaftlichen Tätigkeiten – viele Solo-Selbstständige und  
608       kleine Dienstleistungsunternehmen bleiben unberücksichtigt. Das führt  
609       zu ungerechten Belastungen zwischen unterschiedlichen Erwerbsformen  
610       und schwächt die Finanzkraft der Kommunen. Mit der Gemeindegewer-  
611       besteuer wollen wir diese Lücke schließen und das System fairer  
612       machen: Alle selbstständig erwirtschafteten Einkommen werden  
613       einbezogen – mit einem einheitlichen Freibetrag von 24.500 Euro, damit  
614       kleine Existenzen geschützt und Bürokratie minimiert wird.  
615

616  
617 Durch gezielte Umverteilung schaffen wir Gerechtigkeit für die Region und  
618 Bevölkerung. Unser Ziel ist ein neues finanzielles Gleichgewicht zwischen Arm  
619 und Reich, zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West.  
620

## 621 **Demokratische Investitionen für Sachsen-Anhalt**

622 Sachsen-Anhalt braucht eine Investitionsbank, die mehr ist als ein Verwalter  
623 von Fördermitteln und Fonds. Wir kämpfen für eine solche Bank, die Menschen,  
624 Regionen und Unternehmen zusammenbringt, die Kapital demokratisch steuert  
625 und es in nachhaltige Zukunftsinvestitionen und Innovation lenkt.  
626

627 Wir wollen:

- 628       • die demokratische Steuerung von Investitionsmitteln durch  
629       gleichberechtigte Partner:innen aus Wirtschaft, Bürger:innenschaft und  
630       Kommunen zur transparenten Legitimation von großen Entscheidungen,  
631       • einen Regional-Investitionsfonds zur Beteiligung lokaler Strukturen und  
632       Personen an der Wirtschaft. Dies stärkt auch die Standortbindung, die  
633       Mitbestimmung für Beschäftigte und ermöglicht Rückflüsse in lokale  
634       Teilhabeprojekte.  
635       • Projekte fördern, die langfristig Arbeitsplätze und Wertschöpfung  
636       sichern, umwelt- und bildungswirksam sind.  
637

638 Sachsen-Anhalt kann ein Land sein, in dem Bildung, soziale Teilhabe,  
639 Klimaschutz und Schwimmbäder nicht auf Sparlisten verschwinden, sondern  
640 aktive Projekte der Zukunft werden. Die Linke steht dafür, dass wir die  
641 Transformation unseres Landes selbst gestalten, zusammen und solidarisch mit  
642 den Menschen vor Ort.  
643

644 Auch wenn die Zinsen heute höher als in der Niedrigzinsphase sind, bleibt eine  
645 kreditfinanzierte Investition in Bildung, soziale Infrastruktur und Klimaschutz

646 sinnvoll. Mit einer durchdachten Risiko- und Kostenbewertung, langfristiger  
647 Tilgungsplanung und strategischem Einsatz der Mittel können wir antizyklisch  
648 handeln, die Wirtschaft stabilisieren und die Zukunft Sachsens-Anhalts aktiv  
649 gestalten. So gestalten wir die Zukunft unseres Landes aktiv, solidarisch und  
650 für alle Menschen sichtbar.

651  
652 Wir wollen:

- 653 • ein Investitionsprogramm „Zukunft Sachsen-Anhalt“ auflegen für die  
654 Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und soziale Teilhabe,
- 655 • Investitionen in Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungen  
656 erhöhen,
- 657 • den Ausbau von Pflege- und Gesundheitsangeboten,
- 658 • mehr Geld in die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Senior:innen  
659 investieren,
- 660 • erneuerbare Energien, Energiesanierungen und nachhaltige Mobilität für  
661 alle, weil davon Mensch und Umwelt profitieren,
- 662 • in nachhaltiges Bauen und mehr Stadtgrün investieren.

663  
664 Mit der Linken als Pol der Hoffnung wird Sachsen-Anhalt zu einem Land, in dem  
665 Chancen, Gerechtigkeit und nachhaltige Lebensqualität für alle Wirklichkeit  
666 werden. Wir glauben an die Stärke unserer Regionen, unserer Menschen und  
667 unserer Solidarität – und wir handeln, damit Hoffnung greifbar wird.

668 Eine kurzfristige höhere Verschuldung wird durch unsere steuerpolitischen  
669 Änderungen und die Förderung der Binnenwirtschaft langfristig kompensiert.  
670 Kürzungen in den Bereichen Soziales und Umwelt wird es mit uns nicht geben,  
671 ebenso wenig den Abbau öffentlicher Infrastruktur oder Personalabbau im  
672 öffentlichen Dienst.

673

**ÄA-Nr. 10.4.**

Antragsteller:innen:

Die Linke Kreisverband Wittenberg

**Änderungsantrag 10.4.**

Zeilen 672-674 - erweitern

Grundlage unserer Finanzpolitik ist die bedingungslose Ablehnung der  
Privatisierung öffentlichen Eigentums. *Wir setzen uns aktiv für die Rekommunalisie-  
rung strategischer Infrastruktur ein.* Wir investieren in das, was wirklich zählt:

Begründung

Genossen, die ‚bedingungslose Ablehnung der Privatisierung‘ ist als Schutzschild  
wichtig, aber als politisches Angebot zu wenig. Wenn wir nur ablehnen, ohne Alternativen zu bieten, wirken wir defensiv.

Wir in Sachsen-Anhalt haben schmerzhaft gelernt, dass der Markt nichts heilt, sondern Infrastruktur zerstört. Aber wir dürfen nicht beim Jammern stehen bleiben. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern offensiv anbieten, die Kontrolle über die Daseinsvorsorge zurückzuholen. Ob Energieversorgung, Wasser oder Krankenhäuser – das gehört in öffentliche Hand!

Ein aktuelles Beispiel ist der Rückkauf von ehemals privatisierten Wohnbeständen. Wenn wir nur Privatisierung ablehnen, retten wir keine Mieter vor Spekulanten. Wir müssen den Kommunen die finanziellen Mittel geben, um Wohnraum zurückzukaufen und dauerhaft sozial zu sichern.

Damit Kommunen nicht aus purer Not (Haushaltskonsolidierung) verkaufen müssen, brauchen wir ein Rückholprogramm für Sachsen-Anhalt.

Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.

#### **Der Landesvorstand übernimmt.**

674 Grundlage unserer Finanzpolitik ist die bedingungslose Ablehnung der  
675 Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wir investieren in das, was wirklich zählt:  
676 Menschen, Chancen und Zusammenhalt. So schaffen wir ein Sachsen-Anhalt,  
677 das niemanden zurücklässt – solidarisch, gerecht und stark.

#### **ÄA-Nr. 55.3.**

Antragsteller:innen: Kreisvorstand Jerichower Land

Vor Zeile 676 soll folgender Text eingefügt werden:

*Wir Linken setzen uns insbesondere gegen die Privatisierung von Grund und Boden ein. Wir wollen nicht nur keine weitere Privatisierung von städtischem Boden und landwirtschaftlichen Flächen, sondern sogar eine schrittweise Kommunalisierung des Bodeneigentums, indem zum Beispiel Privateigentum an Grund und Boden in Nutzungsrechte (z.B. Erbbaurecht) umgewandelt wird. Diese Umwandlung soll schrittweise erfolgen für Kleingrundstücke auf freiwilliger Basis. Die Großeigentümer von Wohnungsunternehmen, die ihren Modernisierungs- und Instandhaltungspflichten nicht nachkommen, sollen enteignet werden.*

678 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

679

680

## **4. Gleichstellung als Herzensangelegenheit**

681

682

#### **ÄA-Nr. 59**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Stine Rummel – Strebelow, Die Linke.queer Dessau- Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

681 ~~Frauen und Männer~~ Menschen aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten  
690 ~~Frauen~~ FLINTA\* (Frauen, Lesben, Inter, Nicht binär, Trans\*, Agender, \* (alle nicht

mitgenannten) - Personen

692 ~~Frauen~~ alle Geschlechter

698 ~~Frauen~~ FLINTA\* - Personen

704 ~~Frauen~~ FLINTA\* - Personen

722 ~~Frauen~~ FLINTA\* - Personen

733 ~~Frauen~~ FLINTA\* - Personen

734 ~~Frauen~~ FLINTA\* - Personen

758 ~~Frauen~~ alle Geschlechter

761 ~~auch Frauen~~ alle Geschlechter

795 ~~Mädchen und Frauen~~ FLINTA\* - Personen

801 ~~Frauen~~ FLINTA\* - Personen

~~808ff von Frauen, Männern und Menschen ohne, bzw. mit dem Eintrag divers aller Menschen~~

Begründung zu dieser Änderung: Einfache Sprache? Jetzt ja.

~~809ff Dass Frauen und Männer Menschen spezifischer Geschlechter~~

~~813 Frauen FLINTA\* - Personen~~

~~814 Frauen FLINTA\* - Personen~~

~~820 Frauen FLINTA\* - Personen~~

Begründung:

Wir als Die Linke erkennen alle Geschlechter an. Wenn wir die Gleichstellung als Herzensangelegenheit beschrieben müssen wir das auch konsequent für alle Personen so durchziehen.

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise in Zeilen 795 und 801.**

683 Frauen und Männer sollen nicht nur laut dem Gesetz die gleichen Rechte und  
684 Pflichten haben. Sie sollen auch im Alltag gleichberechtigt leben können. Die  
685 Linke will eine Politik, die die Bedürfnisse von Frauen ernst nimmt und ihre  
686 Probleme konsequent löst.

687

## 688 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

689

690 Noch immer ist der gesellschaftliche Standard der Mann. An ihm werden  
691 Rettungsgurte erprobt, Medikamente getestet und gesellschaftliche Erfolge  
692 gemessen. Frauen werden oft auch eher schlechter als Männer bezahlt und  
693 müssen Berufe annehmen, für die sie oft überqualifiziert sind. Wir wollen, dass  
694 Frauen die gleichen Chancen, Rechte und Zugänge haben wie Männer – nicht  
695 mehr und nicht weniger.

696

697 Unser Anspruch ist es, allen in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen ein gutes  
698 Leben zu ermöglichen. Dafür wollen wir die Fehlentwicklungen der  
699 vergangenen Jahre aufarbeiten und zu einer echten Verbesserung für das  
700 Leben von Frauen beitragen. Sachsen-Anhalt soll kein Land sein, das die  
701 Lebenschancen bestimmter Menschen von vornherein einschränkt. Die Linke  
702 will, dass sich alle Menschen in ihrer gesamten Vielfalt entwickeln können.  
703 Hierbei wollen wir sie unterstützen.

704

705 Wir wollen:

- 706 • Frauen bei der Berufssuche stärken und sie ermutigen, sich auf  
707 verantwortungsvolle Stellen zu bewerben. Die Arbeit in Kitas, Schulen,

### **ÄA-Nr. 60.1.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Stine Rummel – Strebelow,  
Die Linke.queer Dessau- Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

### **Änderungsantrag Nr. 60.1.**

Zeilen 704ff streichen:

~~Die Arbeit in Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeheimen muss aufgewertet  
und besser bezahlt werden, da sie für das Funktionieren unserer Gesellschaft sorgt.~~

- 708 • Krankenhäusern und Pflegeheimen muss aufgewertet und besser bezahlt  
 709 werden, da sie für das Funktionieren unserer Gesellschaft sorgt.  
 710 • Nicht nur, dass die „sozialen“ Berufe mehr Anerkennung erfahren,

**ÄA-Nr. 60.2.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeilen 708ff streichen:

~~Nicht nur, dass die „sozialen“ Berufe mehr Anerkennung erfahren, sondern dass sich diese Anerkennung auch in den Arbeitsbedingungen wiederfindet.~~

Kommentar zu 704ff: Nur der gestrichene Satz wird entfernt. Der vorhergehende wird von diesem Änderungsantrag nicht berührt

- 711 • sondern dass sich diese Anerkennung auch in den Arbeitsbedingungen  
 712 wiederfindet.  
 713

714 Schon seit 1997 sieht das Frauenfördergesetz von Sachsen-Anhalt vor, dass  
 715 der öffentliche Dienst, die Kommunen, die Landesbetriebe sowie „alle der  
 716 Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen  
 717 des öffentlichen Rechts“ darauf hinwirken sollen, alle Gremien zur Hälfte mit  
 718 Frauen zu besetzen.  
 719

720 Wir wollen:

**ÄA-Nr. 61.1.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeile 719ff wie folgt geändert:

zusä. dass aktuell gültige Frauenfördergesetz in ein modernes Gleichstellungsgesetz fortschreiben, das alle Geschlechtsidentitäten berücksichtigt,

~~719 dass Frauenförderung nach dem Frauenfördergesetz konsequent~~

~~719 umgesetzt wird,~~

~~719ff dass Gleichstellung nach dem aktualisierten Gleichstellungsgesetz konsequent umgesetzt wird.~~

~~einen Anspruch auf 24 Monate Elterngeld erhalten, dass Betriebe Alleinerziehenden im Falle einer Notfallbetreuung eine Freistellung bei Lohnfortzahlung ermöglichen und Bund und Länder diese Maßnahmen finanziell unterstützen.~~

- 721 • dass Frauenförderung nach dem Frauenfördergesetz konsequent  
 722 umgesetzt wird,  
 723 • die beruflichen Chancen sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der  
 724 Wirtschaft für Frauen erheblich verbessern. Hierbei sind die unter dem  
 725 Dach des Landesfrauenrats entwickelten Empfehlungen für ein  
 726 Gleichstellungsgesetz in Sachsen-Anhalt eine geeignete Grundlage.  
 727 • Gleichberechtigung bei der Besetzung von politischen Führungs-

**ÄA-Nr. 61.2.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeile 726 wie folgt ändern:

Paritégesetz Gleichstellungsgesetz

Begründung: Ein Gleichstellungsgesetz reicht. Wir benötigen leicht verständliche Begriffe!

- 728 positionen. Deswegen wollen wir mit einem Paritégesetz für Sachsen-  
729 Anhalt dafür sorgen, dass mindestens die Hälfte der Landtagsmandate  
730 und der Mitglieder der Landesregierung weiblich sind.
- 731 • das „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“  
732 unter Beteiligung der gleichstellungspolitischen Interessenvertretungen  
733 fortschreiben und für die Landesbehörden verbindlich machen.

734  
735 Frauen sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt. Jede fünfte Familie in  
736 Sachsen-Anhalt besteht aus einem Elternteil, die meisten davon sind Frauen.  
737 Für sie ist das Risiko, in Armut zu geraten, um ein Vielfaches höher.  
738

**ÄA-Nr. 60.3.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeilen 737ff streichen:

~~Wir wollen: dass zur finanziellen Absicherung von Einelternfamilien und ihren Kindern der Unterhaltsvorschuss bedingungslos für alle verfügbar sein muss, die ihn benötigen, die Anrechnung des Kindergelds auf den Unterhaltsvorschuss abschaffen und dass die Kürzung des Elterngelds zurückgenommen wird, dass Alleinerziehende einen Anspruch auf 24 Monate Elterngeld erhalten, dass Betriebe Alleinerziehenden im Falle einer Notfallbetreuung eine Freistellung bei Lohnfortzahlung ermöglichen und Bund und Länder diese Maßnahmen finanziell unterstützen.~~

739 Wir wollen:

- 740 • dass zur finanziellen Absicherung von Einelternfamilien und ihren Kindern  
741 der Unterhaltsvorschuss bedingungslos für alle verfügbar sein muss, die  
742 ihn benötigen,
- 743 • die Anrechnung des Kindergelds auf den Unterhaltsvorschuss abschaffen  
744 und dass die Kürzung des Elterngelds zurückgenommen wird,
- 745 • dass Alleinerziehende einen Anspruch auf 24 Monate Elterngeld erhalten,
- 746 • dass Betriebe Alleinerziehenden im Falle einer Notfallbetreuung eine  
747 Freistellung bei Lohnfortzahlung ermöglichen und Bund und Länder diese  
748 Maßnahmen finanziell unterstützen.

749

**ÄA-Nr. 61.3.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Um es mit den Worten meiner Deutschlehrerin zu sagen: Wortwahl ist wichtig!

Zeilen 748ff wie folgt ändern:

Sachsen-Anhalt verfügt über eine breitgefächerte Forschungslandschaft. Längst finden Diskussionen über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern *aller Geschlechter* nicht mehr in der Wissenschaft *statt*, sondern im Herzen unserer Gesell-

schaft statt. Als Linke wollen wir, dass wir weiterhin auf eine diverse Forschungslandschaft setzen können – dazu gehört auch, die geschlechtliche Vielfalt in der Wissenschaft zu fördern.

Begründung: Wir als Die Linke erkennen alle Geschlechter an. Wenn wir die Gleichstellung als Herzensangelegenheit beschrieben müssen wir das auch konsequent für alle Personen so durchziehen. Des Weiteren wird die Diversität bereits im darunter liegenden „Wir wollen“ Block gefordert. Nicht das Herz unserer Gesellschaft führt Diskussionen über das Ausbleiben von Gleichberechtigung, sondern der zu bekämpfende rechte, blau-braune Rand.

750 Sachsen-Anhalt verfügt über eine breitgefächerte Forschungslandschaft.  
751 Längst finden Diskussionen über die Gleichberechtigung von Frauen und  
752 Männern nicht mehr in der Wissenschaft, sondern im Herzen unserer

**ÄA-Nr. 55.1.**

Antragsteller:innen: Kreisvorstand Jerichower Land

Zeilen 751 – 753 sollen gestrichen werden.

Begründung:

- Der Satz wiederholt sich in der nächsten Zeile. Da die Stichpunkte eher gelesen werden, schlagen wir die Streichung des Satzes im Fließtext vor.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

753 Gesellschaft statt. Als Linke wollen wir, dass wir weiterhin auf eine diverse  
754 Forschungslandschaft setzen können – dazu gehört auch, die geschlechtliche  
755 Vielfalt in der Wissenschaft zu fördern.

756 Wir wollen:

- 757 • dass wir weiterhin auf eine diverse Forschungslandschaft setzen können  
758 – dazu gehört auch, die geschlechtliche Vielfalt in der Wissenschaft zu  
759 fördern.
- 760 • dass Frauen einen gleichberechtigten Zugang zum Studium, aber ebenso  
761 zu Stellen in der wissenschaftlichen Forschung erhalten. Diese Parität soll  
762 auch für die Führungsebene der Hochschulen gelten.
- 763 • auch Frauen in Handwerksberufen und in der Ausbildung fördern, wo der  
764 Bedarf besteht, denn Wissenschaft meint für uns nicht nur die reine  
765 Forschung, sondern auch die Umsetzung.

766  
767 Die Gewalt im eigenen Heim, in der Beziehung oder nach einer Trennung nimmt  
768 in Deutschland wieder zu. Frauen werden häufig aufgrund niedriger Beweg-  
769 gründe Opfer einer Straftat. In den vergangenen Jahren ist der Begriff „Femizid“  
770 Ausdruck der Handlung geworden, Frauen aufgrund ihres Frauseins zu töten.  
771 Dieser Begriff drückt aus, worin sich die extremste Form von Frauenfeind-  
772 lichkeit zeigt – in der Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Diesen  
773 und weiteren Formen von Frauenfeindlichkeit setzt Die Linke entschieden  
774 politisches Handeln entgegen.

**ÄA-Nr. 61.4.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeilen 774ff wie folgt ändern:

Wir wollen:

Zusätzlichen Punkt nach dem ersten aufnehmen

- die Akzeptanz von Trans\*- Frauen in Schutzräumen.

Begründung: Trans\*- Frauen werden häufig in Schutzräumen abgelehnt, da sie von den Stellen, aber auch in der Gesellschaft häufig nicht als „richtige Frauen“ angesehen werden.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

775 Wir wollen:

- 776 • die Frauenberatungsstellen im Land stärken und zudem den Eigenanteil  
777 für Frauen, die Hilfe in einem Frauenschutzhaus suchen, abschaffen,  
778 • insbesondere im Online-Bereich die Verfasser von Hassnachrichten vor

**ÄA-Nr. 62.1.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeilen 777ff. streichen:

- ~~insbesondere im Online-Bereich die Verfasser von Hassnachrichten vor Konsequenzen stellen und solche verachtenden Taten verhindern. Deswegen stärken wir die Beratungsstellen gegen Hass im Netz.~~

Begründung: Sehr guter und wichtiger Punkt. Er sollte aber nach Innenpolitik bewegt werden. Siehe auch unseren anderen Anträgen zur Umpositionierung.

779 Konsequenzen stellen und solche verachtenden Taten verhindern.

780 Deswegen stärken wir die Beratungsstellen gegen Hass im Netz.

- 781 • für alle Gewaltschutzprojekte eine institutionalisierte Förderung.

782 Außerdem muss die Eingruppierung der Mitarbeitenden überprüft

783 werden, um eine Schlechterstellung zu vermeiden.

- 784 • dass Gewaltschutzprojekte Angebote für Kinder vorhalten, die von

785 Gewalt mitbetroffen sind.

786

**ÄA-Nr. 60.4.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeilen 786ff streichen:

~~Der Körper eines jeden Menschen ist einzigartig. Die meisten Körper bewegen sich in der Spannbreite zwischen einer männlichen und weiblichen Einordnung, wobei es auch Körper gibt, sie sich außerhalb dessen bewegen. Dies veranschaulicht, dass nicht alle Körper auf die gleiche Weise funktionieren. Jahrhundertlang wurde die Forschung an weiblichen und intergeschlechtlichen Körpern vernachlässigt. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass viele Medikamente bei Frauen anders wirken und zum Teil destruktiv sein können. Daher unterstützen wir die geschlechtersensible Forschung und wollen diese ausbauen.~~

787 Der Körper eines jeden Menschen ist einzigartig. Die meisten Körper bewegen

788 sich in der Spannbreite zwischen einer männlichen und weiblichen Einordnung,

789 wobei es auch Körper gibt, sie sich außerhalb dessen bewegen. Dies

790 veranschaulicht, dass nicht alle Körper auf die gleiche Weise funktionieren.

791 Jahrhundertlang wurde die Forschung an weiblichen und intergeschlecht-  
792 lichen Körpern vernachlässigt. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass viele  
793 Medikamente bei Frauen anders wirken und zum Teil destruktiv sein können.  
794 Daher unterstützen wir die geschlechtersensible Forschung und wollen diese  
795 ausbauen.

**ÄA-Nr. 60.5.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-  
Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeile 795 wie folgt ändern:

~~mit Beeinträchtigungen~~ mit Behinderungen

Begründung zu dieser Änderung: Es ist ableistisch, Menschen mit Behinderungen als  
Menschen mit Beeinträchtigungen zu bezeichnen, weil dies die Identität der Person  
auf die Behinderung reduziert.

796 Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen und solche mit Migrations-  
797 geschichte zählen zu den besonders verletzlichen Gruppen.

798

799

800

801

802 Wir wollen:

- 803 • die rechtlichen Voraussetzungen verbessern, um auch Frauen ohne  
804 gesicherten Aufenthaltstitel vor geschlechtsspezifischer und häuslicher  
805 Gewalt zu schützen,
- 806 • zur Kontrolle der Umsetzung der Istanbul-Konvention die Einrichtung  
807 einer staatlichen unabhängigen Monitoringstelle vorschlagen sowie eines  
808 Runden Tisches, an dem alle relevanten NGOs vertreten sind.

809

810 Die Gleichstellung von Frauen, Männern und Menschen ohne bzw. mit dem  
811 Eintrag divers zählt zu unseren Kernanliegen. Dass Frauen und Männer in  
812 bestimmten Bereichen tendenziell bevorzugt oder benachteiligt werden, ist  
813 eine der sichtbarsten Konfliktlinien in unserer Gesellschaft. Für Die Linke heißt  
814 das: Gleichstellung ist Querschnittsthema! Bei all unseren Anliegen werden wir  
815 Frauen nicht nur mitdenken, sondern unsere Politik gezielt auf sie abstimmen.  
816 Neben der Sichtweise und den Bedürfnissen von Männern werden Frauen  
817 immer ein gleichberechtigter Teil unserer Politik sein.

818

819 Erwerbsarbeit, Familienarbeit und gesellschaftliches politisches Engagement  
820 sind gleichermaßen wichtige Bereiche gesellschaftlicher Arbeit. Insbesondere  
821 die – unbezahlte – Familienarbeit liegt zum übergroßen Teil immer noch bei den  
822 Frauen. Besonders im Bereich Gesundheit und Pflege wird Arbeit oft freiwillig

**ÄA-Nr. 62.2.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-  
Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeilen 821ff sollen wie folgt gestrichen werden:

~~Auch wenn wir auf dieses Engagement nicht verzichten wollen und können, gilt es doch zu verhindern, dass über diesen Weg bezahlte Arbeit verdrängt oder ersetzt wird.~~

~~Begründung: Wir mussten diesen Schachtelsatz mehrfach lesen, um ihn nur im Ansatz zu durchdringen. Er ist zu unverständlich, er liest sich schlecht.~~

823 und unbezahlt geleistet. Auch wenn wir auf dieses Engagement nicht  
824 verzichten wollen und können, gilt es doch zu verhindern, dass über diesen  
825 Weg bezahlte Arbeit verdrängt oder ersetzt wird.  
826

**ÄA-Nr. 62.3.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeilen 825ff wie folgt ändern:

Wir wollen:

- dafür sorgen, dass *gesellschaftliche Arbeit* für Männer und Frauen *alle Geschlechter* gleichermaßen besser miteinander vereinbar werden wird. Heute erbringen Frauen mehr als die Hälfte der gesellschaftlichen Arbeit.
- die Sorgearbeit aufwerten. Wer Kranke pflegt, soll deswegen keinen Nachteil erleiden, sondern ein abgesichertes Leben führen können. Wer anschließend wieder in die Erwerbsarbeit eintreten will, soll hierbei durch gezielte Förderprogramme unterstützt werden.
- bereits früh Kinder und Jugendliche für alltägliche Aufgaben sensibilisieren, so dass die Sorgearbeit besser verteilt wird. Hierfür wollen wir auch die Kindertagesbetreuung und den Hort ausbauen, damit Elternteile wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen können.

Begründung: Die entfernten Punkte gehören in die Sozialpolitik.

827 Wir wollen:

- 828 • dafür sorgen, dass sie für Männer und Frauen gleichermaßen besser  
829 miteinander vereinbar werden. Heute erbringen Frauen mehr als die  
830 Hälfte der gesellschaftlichen Arbeit.
- 831 • die Sorgearbeit aufwerten. Wer Kranke pflegt, soll deswegen keinen  
832 Nachteil erleiden, sondern ein abgesichertes Leben führen können. Wer  
833 anschließend wieder in die Erwerbsarbeit eintreten will, soll hierbei durch  
834 gezielte Förderprogramme unterstützt werden.
- 835 • bereits früh Kinder und Jugendliche für alltägliche Aufgaben  
836 sensibilisieren, so dass die Sorgearbeit besser verteilt wird. Hierfür  
837 wollen wir auch die Kindertagesbetreuung und den Hort ausbauen, damit  
838 Elternteile wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen können.

**ÄA-Nr. 31**

Antragsteller:innen: Kreisvorstand Die Linke Salzlandkreis

Zeilen 837 bis 845  
sind zu streichen.

Begründung:

- Sie erzeugen aus unserer Sicht eher Missverständnisse und sind für die inhaltliche Darlegung nicht notwendig.

**ÄA-Nr. 63.1.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeilen 837 ff sollen wie folgt ersetzt werden.

~~Uns ist bewusst, dass es auch Menschen gibt, die sich nicht dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen. Wir haben uns in diesem Kapitel auf die Gleichstellung von Frauen und Männern konzentriert, um unsere Punkte sprachlich möglichst einfach zu halten. Wir wollen andere Gruppen nicht vernachlässigen, weswegen wir in unserer Politik auch Gruppen ohne männlichem oder weiblichen Geschlecht mit einbeziehen werden. Als Linke stehen wir für Inklusion. Wir spielen gesellschaftliche Gruppen nicht gegeneinander aus. Deswegen finden sich weitere Gedanken beim Thema Queer.~~

*Der Körper eines jeden Menschen ist einzigartig. Die meisten Körper bewegen sich in der Spannbreite zwischen einer männlichen und weiblichen Einordnung, wobei es auch Körper gibt, sie sich außerhalb dessen bewegen. Dies veranschaulicht, dass nicht alle Körper auf die gleiche Weise funktionieren. Jahrhundertlang wurde die Forschung an Körper außerhalb des CIS-Männlichen vernachlässigt. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass viele Medikamente bei nicht cis- männlichen Personen anders wirken und zum Teil destruktiv sein können. Daher unterstützen wir die geschlechtersensible Forschung und wollen diese ausbauen.*

839 Uns ist bewusst, dass es auch Menschen gibt, die sich nicht dem männlichen  
840 oder weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen. Wir haben uns in diesem Kapitel  
841 auf die Gleichstellung von Frauen und Männern konzentriert, um unsere Punkte  
842 sprachlich möglichst einfach zu halten. Wir wollen andere Gruppen nicht  
843 vernachlässigen, weswegen wir in unserer Politik auch Gruppen ohne  
844 männlichem oder weiblichen Geschlecht mit einbeziehen werden. Als Linke  
845 stehen wir für Inklusion. Wir spielen gesellschaftliche Gruppen nicht  
846 gegeneinander aus. Deswegen finden sich weitere Gedanken beim Thema  
847 Queer.

**ÄA-Nr. 63.2.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeilen 846 - 897

Den gesamten Abschnitt „Kein Mensch soll von Gewalt betroffen sein“ zu 6. Soziales (...), als Unter- Abschnitt zu „Für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt“ zwischen Zeile 1913 und 1914 verschieben.

Begründung:

Zur Familienfreundlichkeit zählt auch die Gewaltfreiheit.

848 **Kein Mensch soll von Gewalt betroffen sein**

849  
850 Mit dem Begriff „Häusliche Gewalt“ wird eine Straftat verharmlosend  
851 beschrieben. Die meisten Menschen denken dabei vielleicht als erstes an einen  
852 Mann, der seine Frau im Streit schlägt. Häusliche Gewalt beschreibt aber mehr:  
853 Die ständige Überwachung durch den Partner; wiederkehrende körperliche  
854 Verletzungen durch die Großmutter, aggressives Verhalten der eigenen Kinder.  
855 Den Betroffenen fällt es oft sehr schwer, Hilfe zu suchen oder anzunehmen. Die

856 finanzielle Abhängigkeit vom Partner oder der Partnerin spielt dabei eine  
857 ebenso große Rolle wie die psychische Abhängigkeit.

858

859 Wir setzen uns für eine Welt ein, in der Familien frei von Gewalt, Angst und  
860 Manipulation in Sicherheit und gegenseitigem Respekt leben können.

861

862 Wir wollen:

- 863 • eine mobile Beratungsstruktur schaffen, die Betroffene von häuslicher  
864 Gewalt proaktiv aufsucht. Zum Beispiel könnten Beratungen an  
865 öffentlichen Orten oder in Fahrzeugen stattfinden. Diese soll Betroffene  
866 aufsuchen und ihnen Unterstützung anbieten.
- 867 • dass das Thema nicht von der Tagesordnung verschwindet, sondern  
868 stattdessen Verbindlichkeit erhält. Das wollen wir mit einem Aktionsplan  
869 gegen Gewalt umsetzen. Hierdurch soll insbesondere professionelles  
870 Personal geschult werden, das proaktiv Gewalt vorbeugt und Betroffene  
871 berät.
- 872 • eine Koordinierungsstelle etablieren, um verschiedene Projekte zu  
873 koordinieren, zusammenzuführen und zu evaluieren. Sie soll sicherstellen,  
874 dass die Ziele der Istanbul-Konvention umgesetzt werden. Aufklärungs-  
875 und Sensibilisierungskampagnen gegen häusliche Gewalt können  
876 zusätzlich präventiv helfen.
- 877 • einen Rechtsanspruch auf Hilfe für Gewaltopfer, der allen zur Verfügung  
878 steht – ganz unabhängig von Geschlecht, geografischer oder sozialer  
879 Herkunft, Gesundheitszustand oder Aufenthaltstitel,
- 880 • verpflichtende Fortbildungen und Schulungen für die Polizei,  
881 Richterschaft und Staatsanwaltschaft, damit Fälle Häuslicher Gewalt von  
882 den Behörden als solche erkannt werden. Sie sollen unter anderem dafür  
883 Sorge tragen, verpflichtende Anti-Gewalt-Programme für gewaltauffällige  
884 Personen als Auflagen zu verhängen. Weiterhin sollen die staatlichen  
885 Institutionen mit Nichtregierungsorganisationen besser zusammen-  
886 arbeiten.
- 887 • für von Gewalt betroffene Menschen Frauenhausplätze und  
888 Zufluchtswohnungen ausbauen, deren Finanzierung wir als Gesellschaft  
889 sicherstellen müssen. Wir werden der Bundesregierung empfehlen, die  
890 Wohnsitzauflagen für geflüchtete Frauen bei Gewalt auszusetzen.
- 891 • uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Umgangsrecht für  
892 gewalttätige Elternteile oder Angehörige schneller ausgesetzt werden  
893 kann,

**ÄA-Nr. 55.2.**

Antragsteller:innen: Kreisvorstand Jerichower Land

Zeilen 892 – 897 wie folgt ändern:

- “bei Gewalttaten den automatischen Entzug des Sorge- und Umgangsrechts für gemeinsame Kinder für mindestens sechs Monate, um Betroffene und ggf. Kinder sofort zu schützen.

Hierfür sollen bei den Justizbehörden und der Polizei Sonderzuständigkeiten geschaffen werden. Bei einer hohen Risikoeinstufung soll das Näherungsverbot auch digital überwacht werden können."

Begründung:

Um unseren Anspruch auf geschlechtergerechte und geschlechtersensible Sprache zu erfüllen, schlagen wir das Wort "Betroffene" vor.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 894 • bei Gewalttaten den automatischen Entzug des Sorge- und Umgangs-  
895 rechts für gemeinsame Kinder für mindestens sechs Monate, um die  
896 betroffene Frau (und gegebenenfalls die Kinder) sofort zu schützen.  
897 Hierfür sollen bei den Justizbehörden und der Polizei Sonderzuständig-  
898 keiten geschaffen werden. Bei einer hohen Risikoeinstufung soll das  
899 Näherungsverbot auch digital überwacht werden können.  
900

901 **Queeres Leben in Sachsen-Anhalt**

**ÄA-Nr. 65.1.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeile 901 wie folgt ändern:

Queeres Leben ~~ist~~ *sollte* in Sachsen-Anhalt eine Selbstverständlichkeit *sein*.

Begründung: Wenn queeres Leben normal in Sachsen-Anhalt normal wäre, bräuchten wir diesen Abschnitt nicht.

- 902  
903 Queeres Leben ist in Sachsen-Anhalt eine Selbstverständlichkeit. Schließlich  
904 wurde 1990 in Magdeburg der bundesweit agierende Schwulenverband

**ÄA-Nr. 65.2.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Die genannten Zeilen sollen wie folgt geändert werden:

Zeile 903ff

~~Umso tragischer ist es, dass in den vergangenen Jahren die Gewalt an queeren Menschen zugenommen hat. Die Gewalttaten gegen queere Menschen haben sich vervielfacht. Im öffentlichen Raum, am Rande von CSDs oder im Internet ereignen sich immer mehr Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.~~

928ff ~~Die Gewalttaten gegen queere Menschen haben sich vervielfacht. Im öffentlichen Raum, am Rande von CSDs oder im Internet ereignen sich immer mehr Straftaten.~~

918 ~~unterfüttern~~ unterstützen

Begründung für diese Änderung: Wir unterstützen Projekte – wir füttern Tiere. Bei Unterfüttern ist der Begriff des Untergrabens nicht weit weg – zumindest sprachlich.

959 - ~~dass, wer als queere geflüchtete Person aufgrund seiner queeren Identität Asyl sucht, dieses erhält,~~

Begründung: Wir befinden uns in einem hochsensiblen Thema, wir müssen eine präzise, gewählte Wortwahl treffen. Gelingt uns das nicht, ist die Diskriminierung nicht weit.

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise die Änderung in Zeile 918.**

905 Deutschland (später LSVD+) ausgerufen. Umso tragischer ist es, dass in den  
906 vergangenen Jahren die Gewalt an queeren Menschen zugenommen hat. Wir  
907 wollen, dass Sachsen-Anhalt ein weltoffenes Land bleibt, das jede Person  
908 unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität  
909 anerkennt.

910  
911 Wir werden:

- 912 • uns für eine Bundesratsinitiative einsetzen, damit der 3. Artikel des  
913 Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen  
914 Identität erweitert wird,

**ÄA-Nr. 65.3.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Zeile 913ff soll gestrichen werden:

~~das aktuell gültige Frauenfördergesetz in einem modernen Gleichstellungsgesetz fortschreiben, das alle Geschlechtsidentitäten berücksichtigt,~~

Begründung: Siehe Titel. (Haben wir in Gleichberechtigung bereits abgefrühstückt)

- 915 • das aktuell gültige Frauenfördergesetz in einem modernen  
916 Gleichstellungsgesetz fortschreiben, das alle Geschlechtsidentitäten  
917 berücksichtigt,

**ÄA-Nr. 65.4.**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Diese Zeilen sollen wie folgt geändert werden:

916 LSBTI+

926 LSBTIQ+

936 LSBTI+

955 trans\* Identitäten

Begründung: Alle müssen mitgemeint sein. Wir schließen niemanden aus!

**redaktionell**

- 918 • das Aktionsprogramm für die Akzeptanz von LSBTI zusammen mit der  
919 Community zu einem modernen Programm ausgestalten und mit den  
920 notwendigen finanziellen Mitteln unterfüttern. An die Vorarbeit des  
921 Sozialministeriums werden wir anschließen. Hierbei sollen insbesondere  
922 Projekte im ländlichen Raum niedrigschwellig gefördert werden. Ein  
923 besonderer Schwerpunkt wird im Bereich der Jugendbildung und -hilfe  
924 sowie in der Unterstützung von Senior:innen liegen.
- 925 • bestehende institutionelle Förderungen, wie für die AIDS-Hilfen oder das  
926 Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe  
927 Sachsen-Anhalt, beibehalten und weitere Vereine als Träger prüfen,

- 928 • die LSBTIQ:-Landeskoordinierungsstellen weiter ausbauen und ihre  
929 Sichtbarkeit erhöhen.

**ÄA-Nr. 5.1.**

Antragsteller:innen: Eva von Angern (KV Salzlandkreis), Noah Biswanger (Delegierter SV Magdeburg)

Nach Zeile 927 zwei weitere Punkte einfügen:

- uns für eine stabile Förderinfrastruktur einsetzen, die den Landessportbund mit den notwendigen (institutionell geförderten) Personal- und Sachmitteln für Vielfalt im Sport ausstattet,
- die sexuelle Bildung an Schulen durch geeignete Träger finanziell und personell unterstützen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

930 Die Gewalttaten gegen queere Menschen haben sich vervielfacht. Im  
931 öffentlichen Raum, am Rande von CSDs oder im Internet ereignen sich immer  
932 mehr Straftaten.

933  
934 Wir wollen:

- die CSDs stärker schützen, nicht nur durch die Polizei, sondern auch durch zivile Maßnahmen und die enge Abstimmung mit den Ordnungsbehörden,

**ÄA-Nr. 5.2.**

Antragsteller:innen: Eva von Angern (KV Salzlandkreis), Noah Biswanger (Delegierter SV Magdeburg)

Nach Zeile 935 einen weiteren Punkt einfügen:

- ein Förderprogramm einführen, um CSDs und pride-ähnliche Veranstaltungen im ländlichen Raum mit kleinen Summen niedrigschwellig zu fördern,

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- das Amt der hauptamtlichen Ansprechperson für LSBTI bei der Polizei stärken,
- die Landesregierung auffordern, eine Kampagne zur Sichtbarmachung der Gewalt gegen queere Menschen aufzulegen. Extremen und populistischen Positionen, die sich gegen queere Identitäten richten, stellen wir uns entschlossen entgegen.

**ÄA-Nr. 48**

Antragsteller:innen: Die Linke Kreisverband Saalekreis, Die Linke Kreisverband Burgenlandkreis

**Sex betrifft alle**

Der Absatz in den Zeilen 942-946 wird zwischen die Zeilen 2156 und 2157 verschoben:

(„die gesundheitlichen Bedürfnisse von Menschen in Sexarbeit berücksichtigen. Der besonderen Unterstützung für Menschen im Bereich der mentalen Gesundheit werden wir nachkommen. In Bezug auf STI und HIV werden wir die Prävention umfassend ausbauen und Beratungs- sowie Behandlungsangebote unterstützen.“)

Begründung:

Dieser Absatz ist im Kapitel „Queeres Leben in Sachsen-Anhalt“ deplatziert. Es wäre unerträglich falsch die angesprochenen Themen spezifisch mit queerem Leben in Verbindung zu setzen und über dies von ihrer großen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung an geeigneterer Stelle zu schweigen. Als gesundheitspolitische Aussage sollte der Absatz in die dafür vorgesehenen Kapitel verlegt werden, möglichst ohne größere Anpassungen nötig zu machen. Eine reibungslose Integration in den vorhandenen Text scheint an der genannten Stelle am ehesten zu gelingen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 944 • die gesundheitlichen Bedürfnisse von Menschen in Sexarbeit  
945 berücksichtigen. Der besonderen Unterstützung für Menschen im Bereich  
946 der mentalen Gesundheit werden wir nachkommen. In Bezug auf STI und  
947 HIV werden wir die Prävention umfassend ausbauen und Beratungs-  
948 sowie Behandlungsangebote unterstützen.
- 949 • den Bildungsunterricht inklusiver gestalten. In allen Stationen des  
950 Bildungs- und Erziehungsweges sollen queere Themen mitbehandelt  
951 werden. Die Lehr- und Erziehungskräfte werden wir hierzu bereits im  
952 Studium bzw. in der Ausbildung befähigen, die Curricula dementsprechend anpassen.
- 953 • die Sichtbarkeit von queeren Identitäten in der kulturellen Landschaft  
954 fördern und Szene-Orte wieder aufleben lassen. Bars, Clubs, Theater und  
955 Treffpunkte sind bereits Orte queeren Lebens gewesen, als  
956 Homosexualität und trans Identitäten noch stärker in der Gesellschaft  
957 verpönt waren. Wir wollen diese Orte wiederbeleben und vorhandene  
958 Strukturen stärken. Auch queere Geflüchtete sollen kulturelle Orte finden,  
959 die für ihre Bedürfnisse ausgelegt sind.
- 960 • dass, wer als queere geflüchtete Person Asyl sucht, dieses erhält,  
961

**ÄA-Nr. 5.3.**

Antragsteller:innen: Eva von Angern (KV Salzlandkreis), Noah Biswanger (Delegierter SV Magdeburg)

Nach Zeile 959 einen weiteren Punkt einfügen:

- dass trans, inter, nichtbinäre und aspec Menschen sowie queere Geflüchtete bessere, institutionell gesicherte Beratungsangebote vorfinden,

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 962 • die Beratungslandschaft ausbauen und finanziell untersetzen. Mit den  
963 Kommunen werden wir Gespräche führen, um Wohnungen außerhalb der  
964 Aufnahmeeinrichtungen für Frauen und queere Personen zur Verfügung  
965 stellen zu können.

**ÄA-Nr. 5.4.**

Antragsteller:innen: Eva von Angern (KV Salzlandkreis), Noah Biswanger (Delegierter SV Magdeburg)

Nach Zeile 963 einen weiteren Punkt einfügen:

- eine zielgerichtetere Vermittlung junger queerer Geflüchtete in die Hilfen zur Erziehung.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

**ÄA-Nr. 7****Antragsteller:innen**

AG Bildung Stadt Halle, Thomas Lippmann (KV Wittenberg), Julia Mayer (KV Saalekreis), Gregor Lehmann und Hendrik Lange (SV Halle)

1. Die Zeilen 1066 bis 1095 werden in die Zeile 1913 verschoben.  
Der Text aus Zeile 1913 rückt an das Ende des Kapitels.
2. Die Zeilen 1097 bis 1158 werden in die Zeile 2352 verschoben.
3. Die Zeilen 967 bis 1064 sowie 1162 bis 1425 werden wie folgt ersetzt:

## **5. Bildungsgerechtigkeit schaffen - gemeinsam, miteinander, füreinander!**

### **Die Herausforderungen auf dem Weg zu einem modernen Bildungsland Sachsen-Anhalt**

Die Bilanz von mehr als zwei Jahrzehnten CDU-Regierungen ist für die Kitas und Schulen in Sachsen-Anhalt verheerend. Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sie sind vor allem unser Hier und Jetzt! Ihre Bedürfnisse gehören daher in den Mittelpunkt einer zukunftsorientierten Politik. Doch statt ihnen mehr Unterstützung zu bieten, sind Kinder, Jugendliche und ihre Familien immer häufiger auf sich allein gestellt. So werden Bildungserfolge beeinträchtigt und sozialer Aufstieg behindert. Insbesondere Kinder aus sozial belasteten Familien, mit Migrationshintergrund oder mit einer Behinderung haben es immer schwerer.

In den öffentlichen Schulen sinkt die Zahl der Lehrkräfte Jahr für Jahr. Die extrem ungleiche Verteilung des Mangels zwischen den Schulformen und Regionen trägt erheblich zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Der Rückgang des Leistungsniveaus der Schüler:innen ist mit Blick auf die Vergleichsstudien der letzten Jahre alarmierend.

Durch völlig unzureichende Rahmenbedingungen fällt es vielen Schulen schwer, den unterschiedlichen Bedürfnissen ihrer Schüler:innen gerecht zu werden. Insbesondere werden der gemeinsame Unterricht von Schüler:innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in den Regelschulen und Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen in das Schulsystem immer mehr erschwert.

Das ist auch ein Grund, warum die Anzahl von Schüler:innen immer weiter steigt, die die Schulen ohne Abschluss verlassen. Von Bildungsgerechtigkeit und fairen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen kann in Sachsen-Anhalt keine Rede sein. Die soziale Schere öffnet sich auch in der Bildung immer weiter.

Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns: Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung haben – unabhängig davon, ob die Eltern reich oder arm sind, ob jemand in der Großstadt, in einem Dorf oder in einer

schrumpfenden Region lebt. Gerechte Bildungspolitik gleicht soziale Unterschiede aktiv aus, anstatt sie zu verfestigen.

Bildungsgerechtigkeit braucht verlässliche öffentliche Investitionen. Wir stehen für eine Abkehr von der „Rotstiftpolitik bei den Kleinen“: Wer von Zukunft redet, muss in Schulen, Kitas, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, Weiterbildung und digitale Infrastruktur dauerhaft und ausreichend investieren. Die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen muss wieder zur zentralen Aufgabe der Landespolitik werden. Die Linke denkt dabei immer gemeinsam, niemals alleine.

## **Unser Masterplan für gute Kitas und gute Schulen**

### **Multiprofessionelle Teams – der Schlüssel zum Erfolg!**

Durch multiprofessionelle Teams wollen wir unsere Kinder und Jugendlichen ganzheitlich und individuell betreuen. In den multiprofessionellen Teams sollen Erzieher:innen und Lehrkräfte mit pädagogischen Mitarbeiter:innen, Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen, Sonderpädagog:innen und Fachkräften für die Sprachförderung zusammenarbeiten. Sie sollen Kinder und Familien von Anfang an unterstützen und sie in ihren sozialen und emotionalen Kompetenzen stärken. Dafür benötigen wir ausreichendes und gut qualifiziertes Personal und gesicherte Strukturen – und das ein Leben lang.

Für den flächendeckenden Auf- und Ausbau multiprofessioneller Teams werden wir:

- die Konzeption für den Einsatz multiprofessioneller Teams in Kitas und Schulen weiterentwickeln,
- die benötigten finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung der Konzeption sicherstellen und so die Grundlage für einen gelingenden gemeinsamen Unterricht von Schüler:innen mit und ohne Förderbedarf an allen Regelschulen schaffen,
- die beteiligten Fachkräfte kontinuierlich fortbilden, um die Zusammenarbeit und Kommunikation zu unterstützen.

### **Sozialarbeit in Kitas und Schulen dauerhaft verankern und stärken**

In unseren Bildungseinrichtungen haben sich Kita- und Schulsozialarbeit als unverzichtbar etabliert. Sozialarbeiter:innen begleiten und unterstützen die Lern- und Entwicklungsprozesse in der Schule und sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Schule, Familie und Jugendhilfe. Mit ihrer Hilfe können problematische Entwicklungen erkannt und angegangen werden. Zudem leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag für den Übergang zwischen den einzelnen Bildungsphasen – von der Krippe bis zur Berufsausbildung.

Daher wollen wir:

- gesetzliche Grundlagen schaffen, um die Sozialarbeit in Kitas und Schulen zu verstetigen und bedarfsgerecht auszubauen und so die bisherige Folge von zeitlich begrenzten Projektphasen in den Schulen aus verschiedenen ESF-Programmen ablösen und die Finanzierung über ein Landesprogramm dauerhaft sichern,

- für den Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen ab dem Schuljahr 2028/29 einen Personalschlüssel von einer Schulsozialarbeitsstelle für jeweils 150 Schüler:innen festschreiben und somit ca. 1.200 Vollzeitstellen zur Verfügung stellen; die Schulsozialarbeit soll dabei weiterhin in Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt und durch die etablierten Netzwerkstellen koordiniert und unterstützt werden,
- eine enge Kooperation zwischen Kita und Schule mit gemeinsamen Standards und Übergabeprozessen (z.B. Fallkonferenzen, strukturierte Übergaben) erreichen, um stabile Beziehungen, frühe Krisenerkennung und verlässlich begleitete Übergänge zu sichern.

### **Bildung in digitaler Gesellschaft**

Lernen und Lehren verändern sich in einer digitalen Gesellschaft rasant und radikal – in Kita wie auch in Schule, Berufsschule und Hochschule. Digitalität ist die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Das heißt: Sie brauchen vielfältige Kompetenzen, um digitale Medien innovativ, selbstbestimmt und lernförderlich zu nutzen und zu gestalten.

Digitale Achtsamkeit und Kinderschutz muss dabei immer einen sehr hohen Stellenwert haben, heißt aber für uns nicht, Kindern den Zugang zu verwehren. Auch hier gelten die Rechte der Kinder aus der Kinderrechtskonvention 1989. Unser Ziel ist, einen kompetenten Umgang mit Datenschutz und mit Persönlichkeitsrechten sowie einen gesundheitsbewussten Umgang zu fördern.

Frei zugängliche Bildungsmaterialien (Open Educational Resources) unterstützen die Arbeit in den Bildungseinrichtungen und ermöglichen einen ressourcensparenden Umgang mit öffentlichen Mitteln. Deshalb soll die Nutzung von OER-Bildungsmaterialien gezielt unterstützt werden.

Um digitale Mündigkeit für die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, wollen wir:

- ein leistungsfähiges Internet wie auch digitale Geräte allen Kindern und Jugendlichen in ihren Bildungsorten – in Kita wie auch in Schule – für die eigenständige Nutzung zugänglich machen,
- digitale Kompetenzen vermitteln, um hinter die Kulissen von Algorithmen schauen zu können und sie zu verstehen und zu gestalten,
- Medienkompetenz vermitteln, um Medien zu kennen, Medien zu nutzen, mit Medien zu lernen, zu forschen, zu recherchieren, zu spielen,
- Künstliche Intelligenz beim Lehren und Lernen so einsetzen, dass ihre Potenziale vor allem lernförderlich und nicht nur als schnelle Hilfen genutzt werden; künstliche Intelligenz darf nicht eigenes kritisches Denken und digitale Mündigkeit ersetzen.

### **Bildung für alle – von Anfang an: Kitas stärken**

Frühkindliche Bildung legt die Grundlagen für spätere Bildungswege, Gesundheit und soziale Teilhabe. Kitas sind Bildungsorte, in denen Kinder in der Gemeinschaft spielen, lernen, sich ausprobieren, Fehler machen und Vertrauen in sich selbst ent-

wickeln. Sie sind zugleich Orte der Familienunterstützung und der frühen Hilfen, gerade in sozialen Krisensituationen. Jedes Kind in Sachsen-Anhalt muss von Klein auf die bestmögliche Förderung und vor allem bestmögliche Bildung erfahren.

Dafür wollen wir durchsetzen, dass:

- jedes Kind einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung in Kindertageseinrichtungen von 10 Stunden hat,
- die Bildung in Kindertageseinrichtungen für alle Eltern beitragsfrei wird,
- die Personalschlüssel entsprechend den wissenschaftlichen Empfehlungen auf 1:3 in der Krippe und auf 1:7,5 im Kindergarten verbessert werden; gute pädagogische Arbeit, Sprachbildung, Inklusion und Elternarbeit sind nur mit ausreichend Zeit und Personal möglich,
- alle Kinder in Kitas und in der Tagespflege eine kostenlose Mittagsversorgung erhalten und in allen Einrichtungen Trinkbrunnen gefördert werden,
- für die Kindertagespflege Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen mit den Jugendämtern abgeschlossen werden, um verlässliche Beschäftigungsperspektiven zu schaffen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern,
- ein neues transparentes Finanzierungssystem eingeführt wird, das sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert, den Finanzierungsanteil der Gemeinden aufhebt und die Planung und Finanzierung der Kindertageseinrichtungen in eine Hand bei den Landkreisen und kreisfreien Städten legt; die bisherigen Elternbeiträge sowie die höheren Kosten durch bessere Personalschlüssel werden dabei vollständig durch das Land finanziert,
- dem Programm *Bildung elementar – Bildung von Anfang an* ein größerer Stellenwert in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte eingeräumt wird,
- gemeinsam mit Kommunen, Trägern, Fachkräften und Eltern der verbindliche Kita-Qualitätsrahmen in Sachsen-Anhalt konsequent einheitlich umgesetzt wird,
- die pädagogische Arbeit der Erzieher:innen durch die Gewährung von Arbeitszeit für die Vor- und Nachbereitung qualifiziert wird.

Um unserem breiten Bildungsverständnis Rechnung zu tragen, wollen wir die Verantwortung für die frühkindliche Bildung und für die Kinder- und Jugendhilfe stärken und an ein Ministerium für Bildung und Jugend übertragen.

### **Schulerfolg für alle Schüler:innen sichern – Inklusion an den Regelschulen voranbringen**

Inklusive Bildung bedeutet, dass alle Kinder und Jugendlichen – mit und ohne Behinderungen, mit unterschiedlichen Sprachen, Lebenslagen, Lernvoraussetzungen und Begabungen – gemeinsam lernen und ihre individuellen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Inklusion ist ein Menschenrecht, kein freiwilliges Zusatzangebot. Sie schützt vor Aussonderung und fördert sozialen Zusammenhalt. Deshalb ist für uns der Anspruch auf eine erfolgreiche, inklusive Bildung im Regelschulsystem für alle Schüler:innen verbindlich.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Förderung von allen Kindern strukturell verbessern (Klassengrößen, Teameinsatz, differenzierte Lernmaterialien) und vor allem deutlich mehr qualifizierte Pädagog:innen einsetzen. Wir werden die Möglichkeiten der Förderung zur Erlangung eines Schulabschlusses verbessern und erweitern. Dazu zählen u.a. die bedarfsgerechte Fortführung des „Produktiven Lernens“ und die Unterstützung von Werk-statt-Schule-Angeboten.

Wir wollen Kinder und Jugendliche, die dem Unterricht fernbleiben, nicht kriminalisieren. An die Stelle von Bußgeldern und Jugendarrest müssen mehr sozialpädagogische Begleitung, individuelle Förderpläne und alternative Lernorte treten, um schrittweise wieder Anschluss an Bildung zu ermöglichen. Die Bewertung des Verhaltens durch „Kopfnoten“ werden wir aufheben und durch individuelle Rückmeldungen ersetzen.

### **Länger und gemeinsam Lernen – berufspraktische Bildung verbessern**

Eine gute Schulbildung für alle ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftlichen Erfolg und einen verantwortungsbewussten Umgang mit unserer Umwelt. Dabei kommen der Ausweitung der Lernzeit und des gemeinsamen Lernens entscheidende Bedeutung zu.

Dafür werden wir:

- wieder eine zehnjährige Vollzeitschulpflicht einführen und Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen,
- inklusiv arbeitende Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen besser unterstützen und ihren Ausbau voranbringen,
- für alle Schulen der Sekundarstufe I berufspraktischen Unterricht einführen.

### **Erweiterte Gemeinschaftsschulen als zweite Säule des Schulsystems entwickeln**

Die Gemeinschaftsschule ist unser Leitbild für eine Schule der Zukunft, in der länger gemeinsam gelernt wird, Bildungswege flexibler sind und sich Abschlüsse an den Potenzialen der Schüler:innen statt an ihrer frühen Sortierung orientieren. Die Gemeinschaftsschulen haben sich etabliert und sind bei den Eltern beliebt.

Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Dafür sollen Gemeinschaftsschulen noch attraktiver werden und künftig neben dem Haupt- und dem Realschulabschluss auch die Fachhochschulreife vergeben können. Erweiterte Gemeinschaftsschulen sollen die Möglichkeit erhalten, in Kooperation mit berufsbildenden Schulen eine Fachoberstufe einzurichten.

Mittelfristig soll sich auf der Basis freiwilliger Entscheidungen von Schulen und Schulträgern ein Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien herausbilden. Für die Schulwahl am Ende der Grundschulzeit sollen die Eltern dann Beratungsangebote, aber keine Schullaufbahnpflicht mehr erhalten. Ein Wechsel zwischen den Schulformen soll zu jedem neuen Schuljahr möglich sein.

Außerdem wollen wir die Bildung gymnasialer Oberstufenzentren als Kooperation mehrerer Gemeinschafts- und Gesamtschulen ermöglichen; die Mindestjahrgangsstärke in der gymnasialen Oberstufe soll allgemein wieder auf 50 Schüler:innen abgesenkt werden.

## **Beste Ausbildung für gute berufliche Perspektiven und einen starken Fachkräftenachwuchs**

Die Linke setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung zu verbessern. Die Berufsbildenden Schulen sind dabei das Rückgrat der dualen und schulischen Ausbildung. Darüber hinaus ermöglichen sie Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Schulabschlüsse nachzuholen und schaffen Übergänge in weitere Bildungsgänge.

Die Linke will die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern, indem:

- alle Ausbildungsgänge kostenfrei besucht werden können,
- finanzielle Härten durch unvermeidbare Fahrt- und Unterbringungskosten für den Besuch Berufsbildender Schulen durch Landesmittel und angemessene Arbeitgeberbeteiligung abgedeckt werden,
- die Bildung von Landes- und regionenübergreifenden Fachklassen kritisch geprüft wird, um für Auszubildende unzumutbar lange Schulwege zu vermeiden,
- ein Landesprogramm zur Modernisierung der technischen Ausstattung aufgelegt wird, das die Schulträger in die Lage versetzt, Werkstätten, Labore und IT-Infrastruktur auf dem Stand der Technik zu halten.

Technische Hilfsmittel, die für die Ausbildung unverzichtbar sind – etwa Laptops oder Tablets, branchenspezifische Software, digitale Lernplattformen – sollen den Auszubildenden kostenlos zur Verfügung gestellt werden. So können u.a. in Phasen digitalen Lernens auch unnötig lange Fahrtwege in die Berufsbildenden Schulen (vor allem im ländlichen Raum) verringert werden.

Den Auszubildenden müssen geeignete Selbstlernmaterialien zur Verfügung gestellt werden, damit sie Ausbildungsdefizite infolge von Unterrichtsausfall durch Selbstlernphasen kontinuierlich ausgleichen und so ihre individuelle Prüfungsvorbereitung sichern können. Außerdem brauchen Auszubildende insgesamt mehr Zeit, um sich auf Prüfungen vorzubereiten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Auszubildenden für mehrere Tage vor ihren Abschlussprüfungen freigestellt werden, ohne dass ihnen dadurch Nachteile entstehen.

Auszubildende, deren Ausbildung gefährdet ist, müssen intensiver begleitet und beraten werden, um den zu hohen Anteil an Ausbildungsabbrüchen zu reduzieren. Jugendliche ohne Schulabschluss, junge Menschen mit Fluchterfahrung oder mit Behinderungen erfordern besondere Begleitung in der beruflichen Ausbildung. Für sie sollen Brückenangebote, Einstiegsqualifizierungen und assistierte Ausbildung ausgebaut werden.

Rechte am Ausbildungsplatz müssen bekannt sein: Gewerkschaften sollen an Berufsschulen regelmäßig über Arbeitnehmer:innenrechte, Mitbestimmung, Schutzrechte und Tarifverträge informieren können.

## **Schule als ganztägigen Lern- und Lebensort gestalten**

### **Horte ins Schulgesetz**

Für die ganztägige Bildung und Erziehung im Primarbereich sollen die Horte wieder im Schulgesetz verankert werden, wobei die bisherige Trägervielfalt erhalten bleiben soll. Außerdem wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um Ganztagsangebote an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen bedarfsgerecht auszubauen und so u.a. auch eine systematische Förderung besonders begabter Schüler:innen ermöglichen.

### **Bildungsräume sichern und gestalten**

In Sachsen-Anhalt ist inzwischen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Schulen geschlossen worden. Gleichzeitig füllen immer mehr Privatschulen Lücken im staatlichen Schulnetz. Die Linke wird deshalb die Mindestjahrgangsstärken für die Bildung von Anfangsklassen an öffentlichen Schulen aufheben und durch globale Personalzuweisungen ersetzen, damit Schulstandorte nicht mehr durch schwankende Schüler:innenzahlen zur Disposition gestellt werden und Schulträger selbst über den Erhalt und die Neuerrichtung von Schulstandorten entscheiden können. Wir setzen uns ebenso für faire Entwicklungsbedingungen der bestehenden Schulen in freier Trägerschaft ein.

Für den Neu-, Aus- und Umbau von Schulgebäuden werden wir verbindliche Vorgaben schaffen. Bei der Raumausstattung und -gestaltung von Schulen wird das Konzept des Lernraums als dritter Pädagoge berücksichtigt, um lernförderliche und -motivierende Lernumgebungen zu schaffen, die Inklusion als auch das individualisierte Lernen sowie selbstorganisiertes Lernen ermöglichen. Wir werden kontinuierlich in die Barrierefreiheit von Schulgebäuden investieren und auch die Arbeitsbedingungen für die Pädagog:innen in den Schulen verbessern.

Bei der Planung und Errichtung von Neu- oder Erweiterungsbauten werden wir die Schulträger durch ein Schulbauprogramm des Landes unterstützen. Außerdem sollen die Kommunen durch eine deutliche Erhöhung der Finanzausweisungen in die Lage versetzt werden, den Bau- und Sanierungsbedarf an Schulgebäuden zu bewältigen. Bei Neubauten und Grundsaniierungen müssen Pädagog:innen, Schüler:innen, Eltern und weitere Partner:innen der Schulen eine verbindliche Mitsprache erhalten.

### **Mehr Eigenverantwortung und Schuldemokratie**

Schulen müssen Orte gelebter Demokratie sein. Die Linke setzt sich deshalb für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Schüler:innen ein. Dabei soll es auch möglich sein, für die Gesamtkonferenz einer weiterführenden Schule die Drittelparität einzuführen. Damit Schulen Motor ihrer eigenen Entwicklung werden, müssen sie selbst mehr über organisatorische, finanzielle und pädagogische Fragen entscheiden können. Die Linke wird den Gesamtkonferenzen zusätzliche Entscheidungsbefugnisse übertragen. Außerdem sollen die Schulträger den Schulen möglichst große Teile ihres Schulhaushalts als Budget zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen.

### **Ressourcen sichern: 10 Punkte für eine gute Unterrichtsversorgung**

Der extreme Mangel an ausgebildeten Lehrkräften – hervorgerufen durch Fehleinschätzungen des Ausbildungsbedarfs in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten –

hat heute massive Auswirkungen auf die Bildungsqualität und trifft besonders Sekundar- und Gemeinschaftsschulen, aber auch Grund- und Förderschulen. Immer mehr Schulen können die Stundentafel nicht mehr vollständig erfüllen. So sind die Bildungsziele für einen erheblichen Teil der Schüler:innen nicht erreichbar.

Deshalb wollen wir:

- alle bedarfsmindernden Maßnahmen der vergangenen Jahre zurücknehmen und den Personalbedarf durch schulformkonkrete Personalschlüssel für alle Personalkategorien (Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter:innen, pädagogische Unterrichtshilfen, Schulsozialarbeiter:innen) im Schulgesetz verbindlich festlegen,
- die Lehramtsausbildung für die allgemeinbildenden Schulen statt auf vier Schulformen künftig auf zwei Schulstufen ausrichten, die sich am Alter der Schüler:innen orientieren, die beiden Lehrämter für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I und II sollen auch die Ausbildung in sonderpädagogischen Fachrichtungen beinhalten,
- die Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg für das neue Lehramt für die Sekundarstufe I und II um 200 Erstsemesterplätze insbesondere für Mangelfächer erweitern, neue Studiengänge sollen dabei auch das Angebot für eine duale Ausbildung mit einer Bindung an den anschließenden Einsatz in Sachsen-Anhalt erweitern,
- für den Vorbereitungsdienst weitere Seminare für Lehrämter in der Fläche des Landes (Dessau, Gardelegen oder Stendal, Halberstadt) einrichten und zur Gewinnung zusätzlicher Bewerber:innen Anwärtersonderbezüge zahlen,
- die Gemeinden und Landkreise stärker an der Gewinnung von Lehrkräften beteiligen und durch frühzeitige Einstellungszusagen motivieren, für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gute Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen, um sie so an die Region zu binden,
- die erfolgreiche Tätigkeit von Lehrkräften im Seiteneinstieg durch eine Reduzierung der Belastungen in den ersten zwölf Unterrichtsmonaten und ein erweitertes Fortbildungsangebot unterstützen, Lehrkräfte sollen auch mit nur einem Fach den Vorbereitungsdienst berufs begleitend absolvieren können oder über den Erwerb einer speziellen Laufbahnbefähigung im Wege der Bewährung mit den vollausgebildeten Lehrkräften gleichgestellt werden,
- die Altersermäßigungen für alle Lehrkräfte wieder ab dem 60. Lebensjahr gewähren, Lehrkräfte vor Zusatzbelastungen schützen, Teilzeitarbeit erleichtern und den Gesundheits- und Arbeitsschutz verbessern,
- die Erteilung von Unterricht durch geeignete zertifizierte Bildungsträger ermöglichen, auf diesem Weg soll auch ein flächendeckendes Angebot für einen regelmäßigen berufspraktischen Unterricht in den Klassen 7 bis 9 aufgebaut werden,
- für pädagogische Mitarbeiter:innen und pädagogische Unterrichtshilfen ein Fortbildungssystem etablieren, mit dem die Qualifikation für die spezifischen pädagogischen Tätigkeiten in der Schule verbessert wird, bei Interesse soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, eine Unterrichtserlaubnis zu erwerben,
- die Lehrkräfte von administrativen und organisatorischen Aufgaben durch den bedarfsdeckenden Einsatz von Schulverwaltungs- und Digitalassistent:innen entlasten.

## **Lebenslanges Lernen – Bildungsangebote auch für Senior:innen**

Lebenslanges Lernen gehört zu einem selbstbestimmten Leben in einer demokratischen Gesellschaft. Menschen bilden sich in unterschiedlichen Lebensphasen weiter, wechseln Berufe, übernehmen Ehrenämter, engagieren sich vor Ort oder wollen im Alter neue Interessen entdecken. Ein öffentlich verantwortetes System der Erwachsenenbildung ist dafür unverzichtbar.

Deshalb wollen wir Volkshochschulen, Bildungswerke, Einrichtungen der Gewerkschaften, Kirchen und freie Träger als zentrale Akteure der Erwachsenenbildung stärken. Ihre Angebote müssen über das Erwachsenenbildungsgesetz vom Land auch künftig dauerhaft und auskömmlich finanziert werden.

Senior:innenbildung ist für uns ein eigenständiger Bestandteil lebenslangen Lernens. Ältere Menschen benötigen Unterstützung, um digitale Technologien sicher nutzen zu können, z.B. für Behördengänge, Banken, Gesundheitsversorgung und soziale Kontakte. Begegnungsorte, an denen sich Generationen austauschen, gemeinsam lernen und Projekte entwickeln, leisten einen wichtigen Beitrag gegen Einsamkeit und Ageismus. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, lokale Bildungsnetzwerke für alle Altersgruppen aufzubauen.

Um Bildungsgerechtigkeit unabhängig von Alter, Herkunft, Religion, Wohnort und Geldbeutel zu schaffen, müssen Prioritäten neu gesetzt und Entscheidungen mutig und nachhaltig getroffen werden. Die Zukunft des Landes und seiner Menschen hängt entschieden davon ab, dass in der Bildungspolitik endlich neue Wege eingeschlagen werden.

**Wir sind der Pol der Hoffnung!**

**Der Landesvorstand übernimmt.**

968

969

## **5. Eine starke Bildungslandschaft für Sachsen-Anhalt**

970

971

972

### **Bildung für alle – von Anfang an**

973

974 Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern vielmehr unser Hier und Jetzt!

975 Ihre Bedürfnisse gehören daher in den Mittelpunkt einer zukunftsorientierten

976 Politik. Es muss zur Selbstverständlichkeit werden, dass jedes Kind in Sachsen-

977 Anhalt nach seinen Bedürfnissen und Wünschen, an seinen oder ihren Stärken,

978 bestmögliche Förderung und vor allem bestmögliche Bildung von Klein auf

979 erfährt. Das beginnt bei unseren Kindertageseinrichtungen als Orte frühkind-

980 licher Bildung. Dort können Kinder in der Gemeinschaft aufwachsen, lernen,

981 Fehler machen dürfen und sich selbst verwirklichen. Um diesem Verständnis  
982 Rechnung zu tragen, wollen wir die Verantwortung für die frühkindliche Bildung  
983 und für die Kinder- und Jugendhilfe stärken und an ein eigenes Ministerium für  
984 Bildung und Jugend übertragen.

985

986 Das Programm *Bildung elementar – Bildung von Anfang an* werden wir durch  
987 einen größeren Stellenwert in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der  
988 pädagogischen Fachkräfte und durch Zeit für die Vor- und Nachbereitung der  
989 pädagogischen Arbeit qualifizieren. Unser Anliegen ist es, perspektivisch die  
990 Kindertagesbetreuung kostenlos zu gestalten – für alle. Hierfür versammeln wir  
991 uns hinter den Forderungen des *Netzwerks gegen Kinderarmut und der*  
992 *Landesarmutskonferenz*.

993 Deswegen setzen wir uns ein für:

- 994 • eine Stärkung der Kita- und Schulsozialarbeit,
- 995 • beitragsfreie Kita-Plätze,
- 996 • eine umfassende Versorgung,
- 997 • Teilhabe von Klein auf ermöglichen.

998

## 999 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

1000 Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Die bisherige Landesregierung hat  
1001 vieles dafür getan, um die Startbedingungen für die Kleinsten zu erschweren.  
1002 Anstatt Unterstützung zu bieten, sind Kinder, Jugendliche und Familien immer  
1003 häufiger auf sich allein gestellt. Das zerstört nicht nur Vertrauen in unsere  
1004 gesellschaftlichen Institutionen, sondern belastet sie persönlich. Es beein-  
1005 trächtigt Bildungserfolge, setzt der Gesundheit zu und verhindert sozialen  
1006 Aufstieg. Insbesondere Kinder, die aus armen Verhältnissen stammen, einen  
1007 Migrationshintergrund haben oder mit einer Behinderung aufwachsen, haben es  
1008 schwerer als andere. Als Linke wollen wir, dass Schluss ist mit der Rotstiftpolitik  
1009 bei den Kleinen! Wer wirklich Zukunft gestalten möchte, kommt um ein Mehr an  
1010 Investitionen nicht drum herum.

1011

### 1012 **1. Wie wir unsere Kitas stärken**

1013 Wir wollen, dass jedes Kind in Sachsen-Anhalt von Klein auf eine gute Bildung  
1014 erfahren kann. Es soll die optimalen Möglichkeiten haben, um später ein gutes  
1015 Leben führen zu können. Daher setzen wir uns für einen uneingeschränkten  
1016 Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung in Kindertageseinrichtungen für  
1017 alle Kinder, unabhängig von ihrer familiären oder sozialen Situation ein.

1018

1019 Deswegen wollen wir Folgendes umsetzen:

- 1020 • **Beitragsfreie Kita:** Die Planung und Finanzierung der Kindertageseinrich-  
1021 tungen soll in einer Hand bei den Landkreisen und kreisfreien Städten lie-  
1022 gen. Dafür haben wir ein transparentes Finanzierungssystem erarbeitet,

- 1023 das sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert, den Finanzie-  
 1024 rungsanteil der Gemeinden aufhebt und schrittweise zur Beitragsfreiheit  
 1025 für die Eltern führt.
- 1026 • **Betreuungsschlüssel umgehend verbessern:** Zur Entlastung der pädä-  
 1027 gogischen Fachkräfte und Stärkung der frühkindlichen Bildung wollen wir  
 1028 die wissenschaftlichen Empfehlungen in die Praxis umsetzen, d.h. einen  
 1029 Personalschlüssel von 1:3 im U3-Bereich und von 1:7,5 im Ü3-Bereich in  
 1030 den Kitas.
  - 1031 • **Ein warmes, kostenloses Mittagessen ist Pflicht:** Wir werden eine kos-  
 1032 tenlose Mittagsversorgung für alle Kinder in Kitas und der Tagespflege  
 1033 schaffen und Trinkbrunnen fördern. Die Finanzierung aller Maßnahmen  
 1034 erfolgt durch eine entsprechende Erhöhung des Landesanteils.
  - 1035 • **Bessere Arbeitsbedingungen:** Auch für die Kindertagespflege müssen  
 1036 vernünftige Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Dazu zählt vor al-  
 1037 lem, dass die Kindertagespflege Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsverein-  
 1038 barungen mit den Jugendämtern abschließen kann. Dies hilft, die tat-  
 1039 sächlichen Kosten transparent zu machen und die Einkommen der Tages-  
 1040 pflegepersonen anzuheben. Tagespflegepersonen müssen gesicherte  
 1041 Beschäftigungsperspektiven erhalten.

## 2. Kita- und Schulsozialarbeit verankern und sichern

### ÄA-Nr. 14.1.

Antragsteller:innen René Schernikau (Kreisverband Stendal), Kreisvorstand Stendal

Zeilen 1042–1044

Wie folgt ändern:

„In unseren Bildungseinrichtungen haben sich Kita- und Schulsozialarbeit als unverzichtbar erwiesen. *Sie sind Teil multiprofessioneller Teams, die Kinder und Jugendliche ganzheitlich begleiten und unterstützen.*“

### Ist mit der Übernahme des Antrages Nr. 7 erledigt.

1044 In unseren Bildungseinrichtungen haben sich Kita- und Schulsozialarbeit als  
 1045 unverzichtbar erwiesen. Wir wollen sie verstetigen! Sie unterstützen nicht nur  
 1046 das Lernen der Kinder und Jugendlichen, sondern tragen auch für ihr  
 1047 Aufwachsen mit Verantwortung. Mit ihrer Hilfe können problematische  
 1048 Entwicklungen erkannt und angegangen werden. Zudem leisten sie einen  
 1049 unverzichtbaren Beitrag für den Übergang zwischen den einzelnen Ebenen –  
 1050 von Krippe bis zur Berufsausbildung.

1051  
 1052 Daher wollen wir:

- 1053 • **Kita- und Schulsozialarbeit werden Regelstrukturen:** Wir wollen die ge-  
 1054 setzliche Grundlage dafür schaffen, dass die Schulsozialarbeit mindes-  
 1055 tens bis 2029/2030 garantiert werden kann.

### ÄA-Nr. 14.2.

Antragsteller:innen René Schernikau (Kreisverband Stendal), Kreisvorstand Stendal

Nach Zeile 1053

Direkt nach dem ersten Spiegelstrich („Kita- und Schulsozialarbeit werden Regelstrukturen“) einen zusätzlichen Punkt einfügen:

- **Multiprofessionelle Teams stärken:** Wir unterstützen den Aufbau und die verbindliche Verankerung multiprofessioneller Teams in Kitas und Schulen. Dazu gehören neben pädagogischen Fachkräften und Sozialarbeiter:innen bedarfsgerecht weitere Professionen wie Sprachförderung, Psychologie und Gesundheitsfachkräfte.

Begründung:

Damit wird das Thema strukturell verankert, ohne die Logik des Abschnitts zu verändern.

**Ist mit der Übernahme des Antrages Nr. 7 erledigt.**

1056  
1057  
1058

- **Qualität sichern:** Um eine hohe Qualität zu gewährleisten, setzen wir auf verbindliche Mindeststandards, Team- und Vertretungsmodelle, Supervision sowie eine gemeinsame Finanzierung durch Land und Kommunen.

**ÄA-Nr. 14.3.**

Antragsteller:innen René Schernikau (Kreisverband Stendal), Kreisvorstand Stendal  
Zeilen 1054–1056

wie folgt ergänzen:

- „Um eine hohe Qualität zu gewährleisten, setzen wir auf verbindliche Mindeststandards, Team- und Vertretungsmodelle, Supervision sowie eine gemeinsame Finanzierung durch Land und Kommunen. *Die im Kinderförderungsgesetz (KiFöG) verankerten Qualitätsstandards müssen landesweit verbindlich umgesetzt, regelmäßig überprüft und durchgesetzt werden.*“

Wirkung der Änderungen

- Keine Strukturveränderung des Kapitels
- Kein zusätzlicher Abschnitt
- Keine Doppelungen mit späterem Schulkapitel
- Klare Verknüpfung von:
  - Sozialarbeit
  - multiprofessionellen Teams
  - gesetzlicher Qualität (KiFöG)
  - Durchsetzung statt bloßer Absichtserklärung

**Ist mit der Übernahme des Antrages Nr. 7 erledigt.**

1059  
1060  
1061  
1062  
1063  
1064  
1065  
1066  
1067  
1068

- **Kita und Schule verbinden:** Eine enge Verzahnung zwischen Kita–Schule mit gemeinsamen Standards und Übergabeprozessen (z.B. Fallkonferenzen, strukturierte Übergaben) sichert stabile Beziehungen, frühe Krisenerkennung und verlässlich begleitete Übergänge.
- **Fortschreibung eines Landesprogramms:** Die Fortschreibung des Programms ist essenziell, um den Ausbau der Schulsozialarbeit im ganzen Land sichern zu können. Unser Bekenntnis: Weg von der „Projektitis“ und hin zur verlässlich gesicherten Regelstruktur!

**3. Die Kleinsten schützen und stärken**

1069  
1070  
1071  
1072

Kinder benötigen besonderen Schutz. Sie können sich meist nicht gegen gewaltsame Eingriffe in ihr Leben wehren. Stattdessen nehmen sie alarmierende Handlungen Erwachsener und anderer als normal wahr. Wir wollen, dass Kinder zu selbstbewussten Menschen heranwachsen können,

1073 weswegen wir sie nicht nur in ihrer Entwicklung fördern, sondern sie ebenfalls  
1074 vor äußeren Eingriffen schützen wollen.

1075

1076 Deswegen wollen wir Folgendes erreichen:

- 1077 • **Staatlichen Schutz verbessern:** Wir werden für einen Qualitätsdialog des  
1078 Landes mit den Kommunen eintreten, um die personelle Ausstattung der  
1079 Jugendämter zu verbessern. Dazu gehören der Ausbau und die Weiter-  
1080 entwicklung der Netzwerke Früher Hilfen und Kinderschutz sowie die  
1081 Förderung präventiver und niedrigschwelliger Angebote, insbesondere im  
1082 ländlichen Raum.
- 1083 • **Hilfen zur Erziehung stärken:** Zwischen den Hilfen zur Erziehung, den  
1084 Kinder- und Jugendpsychiatrien und den Gesundheitsämtern braucht es  
1085 ein transparentes Übergangsmangement und verbindliche Kooperati-  
1086 onsstrukturen, um die Hilfen passgenau für jeden jungen Menschen an-  
1087 zubieten. Kinder, Jugendliche und ihre Familien müssen in ihrem Rechts-  
1088 anspruch auf Jugendhilfe stärker unterstützt werden. Deswegen wollen  
1089 wir die flächendeckende Einführung von Ombudsstellen in allen Landkrei-  
1090 sen und kreisfreien Städten. Die Kommunen wollen wir finanziell in dem  
1091 Bereich entlasten.

**ÄA-Nr. 14.4.**

Antragsteller:innen René Schernikau (Kreisverband Stendal), Kreisvorstand Stendal

Zeilen 1090–1095

wie folgt ergänzen:

- **Einheitliche Mindeststandards für die Jugendhilfeplanung:** Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Jugendhilfeplanungen der Landkreise und kreisfreien Städte nach quantitativen und qualitativen Mindeststandards erfolgen und mit einer durch das Land zu erarbeitenden landesweiten Jugendhilfeplanung abgestimmt wird, um ein Aufwachsen in gleichen Lebensverhältnissen zu sichern. *Dazu gehören landeseinheitliche Mindestvorgaben für Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen (LQE) zwischen Landkreisen und Trägern von Kindertageseinrichtungen. Diese müssen verbindliche Standards insbesondere zu Leitungsstunden, hauswirtschaftlichen und technischen Ressourcen sowie zur Reinigungsqualität enthalten und landesweit vergleichbar ausgestaltet sein.*

Wirkung der Ergänzung

- Verbleib im bestehenden Spiegelstrich
- Klare Benennung der LQE-Systematik
- Herstellung landesweiter Vergleichbarkeit
- Absicherung gegen unterschiedliche Standards je Landkreis
- Konkrete Beispiele (Leitungsstunden, Hausmeister, Reinigung), ohne übermäßig detailliert zu werden

**Der Landesvorstand übernimmt. Durch Übernahme des Antrages 7 an anderer Stelle.**

- 1092 • **Einheitliche Mindeststandards für die Jugendhilfeplanung:** Wir werden  
1093 dafür Sorge tragen, dass die Jugendhilfeplanungen der Landkreise und  
1094 kreisfreien Städte nach quantitativen und qualitativen Mindeststandards

1095 erfolgen und mit einer durch das Land zu erarbeitenden landesweiten Ju-  
1096 gendhilfeplanung abgestimmt wird, um ein Aufwachsen in gleichen Le-  
1097 bensverhältnissen zu sichern.

1098  
1099 **4. Jugendarbeit strukturell sichern!**

1100 Wir machen Jugendarbeit zu einem gesetzlichen Anspruch für alle jungen  
1101 Menschen und erhöhen die Förderung, besonders im ländlichen Raum. Wir  
1102 sorgen dafür, dass die Beschäftigten in der Jugendarbeit besser bezahlt  
1103 werden und sichere Beschäftigungsverhältnisse vorfinden. Außerdem  
1104 verbessern wir die Schutzstandards für Kinder und Jugendliche und verankern  
1105 sie im Jugendhilfegesetz.

1106  
1107 Die Linke will:

<b>ÄA-Nr. 67.3.</b> André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung, Lisa Tuchen (Kreisverband)
Zeile 1106 Im Bereich „Die Linke will:“ ist der erste Anstrich wie folgt zu ersetzen: <i>„<b>Kinder- und Jugendarbeit landesweit sichern:</b> Wir wollen Kinder- und Jugendhilfe mit einem qualitativen und quantitativen Mindeststandard als Rechtsanspruch für junge Menschen im Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes festschreiben. Die Förderung von kommunalen Maßnahmen werden wir entsprechend der steigenden Bedarfe erhöhen und eine jährliche Dynamisierung von 2,5 Prozent bzw. mindestens in Höhe der Inflationsrate gesetzlich verankern. Um den Bedürfnissen der Finanzierung im ländlichen Raum gerecht zu werden wollen wir, dass sich die Förderung zu 85 Prozent aus der Zahl der Kinder und Jugendlichen in einem Landkreis bzw. in einer kreisfreien Stadt und zu 15 Prozent nach Fläche zusammensetzt.“</i> <ul style="list-style-type: none"><li>• Infolge der Ersetzung ist der letzte Anstrich „Jugendarbeit insbesondere im ländlichen Raum sichern:“ zu streichen.</li></ul>
<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>

- 1108  
1109  
1110  
1111  
1112  
1113  
1114  
1115  
1116  
1117  
1118  
1119  
1120  
1121  
1122  
1123
- **Jugendarbeit ist Pflicht:** Wir wollen die Jugendarbeit als Rechtsanspruch für junge Menschen im Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes festschreiben. Die Förderung von Maßnahmen der kommunalen Jugendarbeit werden wir um mindestens eine halbe Million Euro erhöhen und eine Dynamisierung von mindestens 2,5 Prozent pro Jahr gesetzlich verankern.
  - **Jugendverbandsarbeit stärken:** Die Beschäftigten in der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden befinden sich oft in einer prekären Beschäftigungs- und Einkommenssituation, weil es dafür bisher keine ausreichend gesicherte und auskömmliche Finanzierungsgrundlage gibt. Wir werden in der Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, bei institutionell geförderten Trägern und Beratungsstellen eine Bezahlung nach dem öffentlichen Tarifrecht zur Grundlage machen und mehrjährige Zuwendungsverträge abschließen. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von personellen Mindeststandards beim erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Der Jugend(medien)schutz muss verbindlicher Bestandteil der Jugendhilfeplanungen

1124 werden. Um die Jugendverbandsarbeit zu stärken, wollen wir eine feste  
 1125 Personalstelle für die Jugendverbände in Sachsen-Anhalt einführen.  
 1126 • **Jugendarbeit insbesondere im ländlichen Raum sichern:** Es bedarf ei-  
 1127 ner unverzüglichen Anpassung des Flächenfaktors für die Finanzierung  
 1128 von Angeboten der Jugendarbeit im ländlichen Raum. Dieser soll sich zu  
 1129 85 Prozent aus der Zahl der Kinder und Jugendlichen in einem Landkreis  
 1130 bzw. in einer kreisfreien Stadt und zu 15 Prozent nach Fläche zusammen-  
 1131 setzen. Die Gesamtsumme ist jährlich um die Inflationshöhe zu dynami-  
 1132 sieren.

1133  
 1134 **5. Frühe Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärkt Demokratie**

1135 Demokratie muss so früh wie möglich erlebbar sein. Kinder und Jugendliche  
 1136 sollen lernen, Meinungen fair auszutauschen, sich zu engagieren, Verant-  
 1137 wortung zu übernehmen und Wertschätzung für andere Positionen zu  
 1138 entwickeln. Damit sich Kinder- und Jugendbeteiligung entwickeln kann, ist es  
 1139 erforderlich, Angebote für eine altersgemäße politische Bildung auf- und  
 1140 auszubauen.

**ÄA-Nr. 67.4.**

André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung, Lisa Tuchen (Kreisver-  
 band)

Zeile 1139

Im Anschluss an den einleitenden Absatz soll folgender Satz ergänzt werden:

„Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird eine vielfältige Fördermöglich-  
 keit für die kommunale Ebene geboten, Demokratiebildung in seiner gesamten Breite  
 umzusetzen und somit lokale Initiativen im Kinder- und Jugendbereich zu stärken.“

Zeile 1159

Zudem soll folgender Anstrich an letzter Stelle im Abschnitt „Als Linke wollen wir“ er-  
 gänzt werden:

- *„Demokratiebildung lokal stärken: Um die Umsetzung von Projekten im Rah-  
 men des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ oder eines Anschlusspro-  
 grammes zu ermöglichen und zu sichern, ist die Erhöhung des Landesanteils  
 um den kommunalen Eigenanteil erforderlich. Bildung und praktische Erfah-  
 rung in der Demokratie dürfen nicht an der Schiefelage kommunaler Haushalte  
 scheitern, gerade weil Kinder und Jugendliche hier ihre ersten Erfahrungen  
 mit demokratischen Prozessen machen. Mit einem starken Bundesprogramm  
 möchten wir diese Erfahrungen begleiten und positiv entwickeln.“*

**Der Landesvorstand übernimmt.**

1141  
 1142 Als Linke wollen wir:

- **Mitsprache von Klein auf:** Mit dieser Zielstellung wurde bereits 2014 ein  
 1144 Kinder- und Jugendteilhabegesetz erarbeitet. Kinderrechte wollen wir in  
 1145 die Landesverfassung aufnehmen. Auf der Ebene der Kommunen und  
 1146 des Landes wollen wir mehr Mitsprache und Partizipation ermöglichen. In  
 1147 einem Online-Verfahren sollen in den Kommunen Jugendparlamente ge-  
 1148 wählt werden können, die über ein eigenes Budget für Projekte verfügen  
 1149 und in den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen bei Kinder-

1150 und Jugendbelangen ein Antrags-, Rede- und Vetorecht haben und per-  
1151 sonell angemessen unterstützt werden.

- 1152 • **Kleine Stimmen im Landtag:** Beim Landtag soll eine Kinderkommission  
1153 als parlamentarischer Unterausschuss eingerichtet werden, die die Inte-  
1154 ressen von Kindern im Parlament vertritt. Im regelmäßigen Austausch mit  
1155 Vertreter:innen u.a. des Netzwerkes gegen Kinderarmut, dem Kinder-  
1156 und Jugendring und der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung  
1157 soll sie dazu beitragen, auftretende Probleme schneller zu erkennen und  
1158 entsprechende Lösungen zu entwickeln. Der oder die Kinderbeauftragte  
1159 des Landes Sachsen-Anhalt soll ständiges beratendes Mitglied der Kin-  
1160 derkommission sein.

1161  
1162  
1163  
1164

## 6. Gemeinsam, Miteinander, Füreinander!

1165 Die Linke denkt immer gemeinsam, niemals alleine. Die bestehenden Konzepte  
1166 zur Unterstützung von Schüler:innen wollen wir erweitern. Durch multiprofes-  
1167 sionelle Teams wollen wir Schüler:innen ganzheitlich und individuell betreuen.  
1168 Die multiprofessionellen Teams sollen aus Lehrkräften, Schulsozial-  
1169 arbeiter:innen, Psycholog:innen, Sonderpädagog:innen und weiteren  
1170 Fachkräften bestehen. Sie sollen Kinder und Familien von Anfang an  
1171 unterstützen und sie in ihren sozialen und emotionalen Kompetenzen stärken.  
1172 Dafür benötigen wir ausgezeichnetes Personal – und das ein Leben lang.

1173  
1174 Wir wollen:

- 1175 • **Multiprofessionelle Teams:** Die Konzeption und Implementierung von  
1176 multiprofessionellen Teams an Schulen wird weiterentwickelt und flä-  
1177 chendeckend ausgebaut. Wir fordern eine Sicherstellung der benötigten  
1178 finanziellen und organisatorischen Ressourcen für die Einführung und  
1179 den Betrieb der Teams an Schulen.
- 1180 • **Lebenslanges Lernen:** Fortbildung und Schulung der beteiligten Fach-  
1181 kräfte, um die Zusammenarbeit und Kommunikation innerhalb der Teams  
1182 zu optimieren.
- 1183 • **Gemeinsam sind wir stark:** Zusammenarbeit mit Jugendämtern, Sozial-  
1184 diensten und anderen relevanten Institutionen, um eine umfassende Un-  
1185 terstützung der Kinder zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit mit Be-  
1186 rufsverbänden und sozialen Einrichtungen wird intensiviert, um geeignete  
1187 Praktikumsplätze zu schaffen.

1188  
1189 Für Kinder und ihre Erziehungsberechtigten sind wir der Pol der Hoffnung. Denn  
1190 als Linke setzen wir uns für die Kleinsten ein. Wir wollen, dass jedes Kind gut  
1191 aufwachsen, optimale Bildungschancen wahrnehmen und so ein gutes Leben  
1192 von Klein auf führen kann. Dafür machen wir uns stark.  
1193

## 1194 **Bildungsgerechtigkeit schaffen**

1195 Die Bilanz von mehr als zwei Jahrzehnten CDU-Regierungen ist für die Schulen  
1196 in Sachsen-Anhalt verheerend. Die Zahl der Lehrkräfte sinkt Jahr für Jahr, die  
1197 extrem ungleiche Verteilung des Mangels zwischen den Schulformen und  
1198 Regionen trägt erheblich zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Durch völlig  
1199 unzureichende Rahmenbedingungen wird der gemeinsame Unterricht in den  
1200 Regelschulen immer mehr erschwert, die Überweisung von Schüler:innen mit  
1201 sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen wird forciert, und die  
1202 Möglichkeiten für eine Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen  
1203 in das Schulsystem schwinden. Das ist auch ein Grund, warum die Anzahl von  
1204 Schüler:innen immer weiter steigt, die die Schulen ohne Abschluss verlassen.  
1205 Von Bildungsgerechtigkeit und fairen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen  
1206 kann in Sachsen-Anhalt keine Rede sein. Die soziale Schere öffnet sich auch in  
1207 der Bildung immer weiter.

1208  
1209 Gute Bildung für alle ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche  
1210 Teilhabe, wirtschaftlichen Erfolg und einen verantwortungsbewussten Umgang  
1211 mit unserer Umwelt.

1212  
1213 Dabei kommen entscheidende Bedeutung zu:

- 1214 • der Ausweitung der Lernzeit durch eine zehnjährige Vollzeitschulpflicht  
1215 und eine Erweiterung von Ganztagsangeboten,
- 1216 • dem längeren gemeinsamen Lernen in Gemeinschaftsschulen und dem  
1217 Verzicht auf Schullaufbahneempfehlungen,
- 1218 • der Entwicklung von inklusiv arbeitenden Regelschulen,
- 1219 • der dauerhaften und bedarfsgerechten Etablierung von Schulsozialarbeit,
- 1220 • der Einführung von berufspraktischem Unterricht,
- 1221 • der Sicherung von gleichen Zugängen zu digitaler Bildung sowie der  
1222 Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit.

## 1223 1224 **Unser Zwölf-Punkte-Programm gegen den Personalmangel**

1225 Der extreme Mangel an ausgebildeten Lehrkräften – hervorgerufen durch  
1226 Fehleinschätzungen des Ausbildungsbedarfs in den zurückliegenden zwei  
1227 Jahrzehnten – hat heute massive Auswirkungen auf die Bildungsqualität und  
1228 trifft besonders Sekundar- und Gemeinschaftsschulen, aber auch Grund- und  
1229 Förderschulen. Immer mehr Schulen können die Stundentafel nicht mehr  
1230 vollständig erfüllen. So sind die Bildungsziele für einen erheblichen Teil der  
1231 Schüler:innen nicht erreichbar.

1232  
1233 Deshalb wollen wir:

- 1234 • alle bedarfsmindernden Maßnahmen der vergangenen Jahre  
1235 zurücknehmen und den Personalbedarf durch schulformkonkrete  
1236 Personalschlüssel für alle Personalkategorien (Lehrkräfte, pädagogische  
1237 Mitarbeiter:innen, pädagogische Unterrichtshilfen,  
1238 Schulsozialarbeiter:innen) im Schulgesetz verbindlich festlegen,

- 1239
- 1240
- 1241
- 1242
- 1243
- 1244
- 1245
- 1246
- 1247
- 1248
- 1249
- 1250
- 1251
- 1252
- 1253
- 1254
- 1255
- 1256
- 1257
- 1258
- 1259
- 1260
- 1261
- 1262
- 1263
- 1264
- 1265
- 1266
- 1267
- 1268
- 1269
- 1270
- 1271
- 1272
- 1273
- 1274
- 1275
- 1276
- 1277
- 1278
- 1279
- 1280
- 1281
- 1282
- die Lehramtsausbildung für die allgemeinbildenden Schulen statt auf vier Schulformen künftig auf zwei Schulstufen ausrichten, die sich am Alter der Schüler:innen orientieren, die beiden Lehrämter für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I und II sollen auch die Ausbildung in sonderpädagogischen Fachrichtungen beinhalten,
  - die Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg für das neue Lehramt für die Sekundarstufe I und II um 200 Erstsemesterplätze insbesondere für Mangelfächer erweitern, neue Studiengänge sollen dabei auch das Angebot für eine duale Ausbildung mit einer Bindung an den anschließenden Einsatz in Sachsen-Anhalt erweitern,
  - für den Vorbereitungsdienst weitere Seminare für Lehrämter in der Fläche des Landes (Dessau, Gardelegen oder Stendal, Halberstadt) einrichten und zur Gewinnung zusätzlicher Bewerber:innen Anwärtersonderbezüge zahlen,
  - die Gemeinden und Landkreise stärker an der Gewinnung von Lehrkräften beteiligen und durch frühzeitige Einstellungszusagen motivieren, für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gute Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen, um sie so an die Region zu binden,
  - die erfolgreiche Tätigkeit von Lehrkräften im Seiteneinstieg durch eine Reduzierung der Belastungen in den ersten zwölf Unterrichtsmonaten und ein erweitertes Fortbildungsangebot unterstützen, Lehrkräfte sollen auch mit nur einem Fach den Vorbereitungsdienst berufsbegleitend absolvieren können oder über den Erwerb einer speziellen Laufbahnbefähigung im Wege der Bewährung mit den vollausgebildeten Lehrkräften gleichgestellt werden,
  - die Altersermäßigungen für alle Lehrkräfte wieder ab dem 60. Lebensjahr gewähren, Lehrkräfte vor Zusatzbelastungen schützen, Teilzeitarbeit erleichtern und den Gesundheits- und Arbeitsschutz verbessern,
  - die Erteilung von Unterricht durch geeignete zertifizierte Bildungsträger ermöglichen, auf diesem Weg soll auch ein flächendeckendes Angebot für einen regelmäßigen berufspraktischen Unterricht in den Klassen 7 bis 9 aufgebaut werden.
  - den Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen verstetigen und bedarfsorientiert ausweiten, ab dem Schuljahr 2028/29 sollen ca. 1.200 Vollzeitstellen dauerhaft finanziert und so ein Personalschlüssel von einer Schulsozialarbeitsstelle für jeweils 150 Schüler:innen gesichert werden, die Schulsozialarbeit soll dabei weiterhin in Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt und durch die etablierten Netzwerkstellen koordiniert und unterstützt werden,
  - für pädagogische Mitarbeiter:innen und pädagogische Unterrichtshilfen ein Fortbildungssystem etablieren, mit dem die Qualifikation für die spezifischen pädagogischen Tätigkeiten in der Schule verbessert wird,

- 1283 bei Interesse soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, eine  
1284 Unterrichtserlaubnis zu erwerben,  
1285 • den Aus- und Aufbau multiprofessioneller Teams an allen Schulen  
1286 vorantreiben, in denen neben Lehrkräften, Schulsozialarbeiter:innen und  
1287 pädagogischen Mitarbeiter:innen bzw. pädagogischen Unterrichtshilfen  
1288 auch bedarfsdeckend Fachkräfte für Sprachförderung, Psycholog:innen  
1289 und Gesundheitsfachkräfte zusammenarbeiten,  
1290 • die Lehrkräfte von administrativen und organisatorischen Aufgaben durch  
1291 den bedarfsdeckenden Einsatz von Schul- und Digitalassistent:innen  
1292 entlasten.

1293

### 1294 **Schule als ganztägigen Lern- und Lebensort – Horte ins Schulgesetz**

1295 Die Linke wird wieder eine zehnjährige Vollzeitschulpflicht für alle Schüler:innen  
1296 einführen. Dabei kann das 10. Schuljahr auch an einer berufsbildenden Schule  
1297 in der dualen Ausbildung absolviert werden. Statt Schüler:innen bei Leistungs-  
1298 schwächen ein Schuljahr wiederholen zu lassen, wollen wir die Förderung  
1299 verstärken, damit der Anschluss wieder geschafft werden kann.

1300 Für die ganztägige Bildung und Erziehung im Primarbereich sollen die Horte  
1301 wieder im Schulgesetz verankert werden, wobei die bisherige Trägervielfalt  
1302 erhalten bleiben soll. Außerdem wollen wir die personellen und finanziellen  
1303 Voraussetzungen schaffen, um Ganztagsangebote an allen weiterführenden  
1304 allgemeinbildenden Schulen bedarfsgerecht auszubauen und so u.a. auch eine  
1305 systematische Förderung besonders begabter Schüler:innen ermöglichen.

1306

### 1307 **Inklusion an den Schulen voranbringen**

1308 Für uns ist der Anspruch auf eine erfolgreiche Bildung im Regelschulsystem für  
1309 alle Schüler:innen verbindlich und eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur  
1310 Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts. Um dieses Ziel zu erreichen,  
1311 werden wir die Förderung von Kindern mit festgestelltem Förderbedarf in  
1312 Regelschulen strukturell verbessern (Klassengrößen, Teameinsatz,  
1313 differenzierte Lernmaterialien) und vor allem deutlich mehr qualifizierte  
1314 Pädagog:innen einsetzen. In den Landkreisen und kreisfreien Städten werden  
1315 wir regionale Förderzentren ermöglichen, um so einen Übergang vom  
1316 bisherigen institutionellen Förderschulsystem zu einem inklusiven Schulsystem  
1317 zu erreichen.

1318

1319 Wir werden die Möglichkeiten der Förderung zur Erlangung eines Schulab-  
1320 schlusses verbessern und erweitern. Dazu zählt u.a. die bedarfsgerechte  
1321 Fortführung des „Produktiven Lernens“ und die Unterstützung von Werk-statt-  
1322 Schule-Angeboten.

1323

1324 Kindern und Jugendlichen, die kurz oder langfristig der Schule fernbleiben,  
1325 muss durch mehr sozialpädagogische Unterstützung, ggf. auch durch  
1326 Angebote an außerschulischen Lernorten, der Weg zurück zur Fortführung der  
1327 schulischen Bildung geebnet werden. Die Schulverweigerung werden wir als

1328 Ordnungswidrigkeit aus dem Schulgesetz streichen und dafür keinen  
1329 Jugendarrest mehr zulassen.

1330

### 1331 **Länger gemeinsam Lernen**

1332 Die Gemeinschaftsschulen haben sich als erfolgreiche Schulform für längeres  
1333 gemeinsames Lernen etabliert. Sie sind beliebt, weil die Entscheidung über den  
1334 weiteren Bildungsweg länger offengehalten wird. Diesen Weg wollen wir  
1335 konsequent fortsetzen. Mittelfristig soll sich auf der Basis freiwilliger  
1336 Entscheidungen von Schulen und Schulträgern ein Schulsystem aus  
1337 Gemeinschaftsschulen und Gymnasien herausbilden. Die Eltern sollen für die  
1338 Schulwahl Beratungsangebote, aber keine Schullaufbahnpflicht mehr  
1339 erhalten. Ein Wechsel zwischen den Schulformen soll zu jedem neuen Schuljahr  
1340 möglich sein.

1341

1342 Dafür sollen Gemeinschaftsschulen noch attraktiver werden und künftig neben  
1343 dem Haupt- und dem Realschulabschluss auch die Fachhochschulreife  
1344 vergeben können. Erweiterte Gemeinschaftsschulen sollen die Möglichkeit  
1345 erhalten, in Kooperation mit berufsbildenden Schulen eine Fachoberstufe  
1346 einzurichten. Außerdem wollen wir die Bildung gymnasialer Oberstufenzentren  
1347 als Kooperation mehrerer Gemeinschafts- und Gesamtschulen ermöglichen; die  
1348 Mindestjahrgangsstärke in der gymnasialen Oberstufe soll allgemein wieder auf  
1349 50 Schüler:innen abgesenkt werden.

1350

### 1351 **Digitale Bildung lehren**

1352 Digitale Medien sind für den Bildungserfolg und eine umfassende  
1353 Persönlichkeitsentwicklung aller Schüler:innen von großer Bedeutung.

1354

1355 Wir wollen:

- 1356 • den Zugang zu digitalen Angeboten zu gleichen Bedingungen für alle
- 1357 Schüler:innen und Pädagog:innen sicherstellen,
- 1358 • die Qualifikation für eine kompetente Nutzung moderner Medien für die
- 1359 Gestaltung von Lernprozessen,
- 1360 • die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Grundfragen der
- 1361 Digitalisierung fördern,
- 1362 • die Gewährleistung eines effektiven Datenschutzes,

#### **ÄA-Nr. 33**

Antragsteller:innen: Martin Rohde, Sylvia Pobig, Die Linke Stadtverband Des-  
sau-Roßlau

Nach Zeile 1360

einen neuen Anstrich einfügen:

- *den Ausbau von präventiven Bildungsangeboten, Beratungsstrukturen und landeseigenen Initiativen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Cybermobbing, sexueller Gewalt, missbräuchlichem Sexting und schädlichen Inhalten,*

### Begründung

Kinder und Jugendliche sind im digitalen Raum zunehmend Gefahren wie Cybermobbing, sexueller Gewalt, missbräuchlichem Sexting und der unkontrollierten Konfrontation mit gewaltverherrlichenden, pornografischen oder drogenbezogenen Inhalten ausgesetzt. Diese Erfahrungen können schwerwiegende Folgen für ihre psychische und soziale Entwicklung haben, von Angststörungen und Depressionen bis hin zu langfristigen Traumatisierungen.

Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf auf Landesebene. Präventive Bildungsangebote in Schulen und Jugendeinrichtungen stärken die Medienkompetenz junger Menschen und befähigen sie, Risiken im Netz zu erkennen und sich selbst zu schützen. Niedrigschwellige Beratungsstrukturen bieten Betroffenen und ihren Familien schnelle Hilfe und entlasten die oft überforderten schulischen und familiären Unterstützungssysteme. Landeseigene Initiativen wie Aufklärungskampagnen oder die Förderung sicherer digitaler Räume setzen dort an, wo Bund und EU noch keine ausreichenden Lösungen bieten.

Sicherheitsrisiko: Durch den massiven Ausbau wird Sachsen-Anhalt im Ernstfall zu einem primären strategischen Angriffsziel. Das müssen wir klar als Gefahr für unser Land benennen.

Fehlgeleitete Ressourcen: In Holzdorf werden Milliarden für die Aufrüstung ausgegeben, die uns in Sachsen-Anhalt für Schulen, Krankenhäuser und den ÖPNV fehlen. Ein Wahlprogramm für die nächsten Jahre ist unvollständig, wenn es die größte militärische Baustelle des Landes ignoriert.

Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.

**Ist mit der Übernahme des Antrages Nr. 7 erledigt.**

- 1363
- die uneingeschränkte Arbeit mit frei zugänglichen Bildungsmaterialien
- 1364 ermöglichen.

1365

### 1366 **Berufsbildende Schulen**

1367 Die Linke wird sich dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für die berufliche  
1368 Ausbildung zu verbessern. Die Bildung von Landesfachklassen und  
1369 regionenübergreifenden Fachklassen ist bezüglich einer gleichmäßigen  
1370 regionalen Verteilung kritisch zu prüfen. Lassen sich größere Entfernungen zur  
1371 berufsbildenden Schule nicht vermeiden, sollen finanzielle Härten durch Fahrt-  
1372 und Unterbringungskosten durch Landesmittel und Arbeitgeberbeteiligung  
1373 angemessen gemindert werden.

1374

1375 Für eine moderne technische Ausstattung der berufsbildenden Schulen sollen  
1376 für die Schulträger über ein Landesprogramm finanzielle Mittel bereitgestellt  
1377 werden. Technische Hilfsmittel, die für die Ausbildung unverzichtbar sind (z.B.  
1378 Laptop, Tablet), sollen den Auszubildenden kostenfrei zur Verfügung gestellt  
1379 werden. Auszubildende sollen zur Vorbereitung der Abschlussprüfungen für  
1380 drei Tage freigestellt werden.

1381

1382 Alle Auszubildenden müssen wissen, wie sie ihre Rechte geltend machen  
1383 können, was Ausbilder:innen dürfen und was nicht. Darum wollen wir, dass  
1384 Gewerkschaften in den Berufsschulen über Arbeitnehmer:innenrechte  
1385 aufklären.

1386

1387 **Eigenverantwortung und Schuldemokratie**

1388 Schulen müssen Orte gelebter Demokratie sein. Die Linke setzt sich deshalb für  
1389 die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Schüler:innen ein. Dabei soll es  
1390 auch möglich sein, für die Gesamtkonferenz einer weiterführenden Schule die  
1391 Drittelparität einzuführen. Damit Schulen Motor ihrer eigenen Entwicklung  
1392 werden, müssen sie selbst mehr über organisatorische, finanzielle und  
1393 pädagogische Fragen entscheiden können. Die Linke wird den Gesamtkonfe-  
1394 renzen zusätzliche Entscheidungsbefugnisse übertragen. Außerdem sollen die  
1395 Schulträger den Schulen möglichst große Teile ihres Schulhaushalts als Budget  
1396 zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen. Die Bewertung des  
1397 Verhaltens durch „Kopfnoten“ werden wir aufheben und durch individuelle  
1398 Rückmeldungen ersetzen.

1399

1400 **Was wir gegen Schulschließungen und für Neu- oder Erweiterungsbauten**  
1401 **tun wollen**

1402 In Sachsen-Anhalt ist inzwischen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Schulen  
1403 geschlossen worden. Gleichzeitig füllen immer mehr Privatschulen Lücken im  
1404 staatlichen Schulnetz. Die Linke wird deshalb die Mindestjahrgangsstärken für  
1405 die Bildung von Anfangsklassen an öffentlichen Schulen aufheben und durch  
1406 globale Personalzuweisungen ersetzen, damit Schulstandorte nicht mehr durch  
1407 schwankende Schüler:innenzahlen zur Disposition gestellt werden und  
1408 Schulträger selbst über den Erhalt und die Neuerrichtung von Schulstandorten  
1409 entscheiden können. Wir setzen uns ebenso für faire Entwicklungsbedingungen  
1410 der bestehenden Schulen in freier Trägerschaft ein.

1411

1412 Für den Neu-, Aus- und Umbau von Schulgebäuden werden wir verbindliche  
1413 Vorgaben schaffen. Dabei orientieren wir uns an den Anforderungen für die  
1414 Arbeit in inklusiven Schulen, die u.a. Räume für Teilungsunterricht,  
1415 Schulsozialarbeit und Ganztagsarbeit einschließen. Barrierefreiheit aller  
1416 Schulgebäude ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine inklusive Schule.  
1417 Bei der Planung und Errichtung von Neu- oder Erweiterungsbauten werden wir  
1418 die Schulträger durch ein Schulbauprogramm des Landes unterstützen und  
1419 darüber auch kontinuierlich in die Barrierefreiheit von Schulgebäuden  
1420 investieren. Auch die Arbeitsbedingungen für Lehrer:innen müssen verbessert  
1421 werden.

1422

1423 Außerdem sollen die Kommunen durch eine deutliche Erhöhung der Finanzzu-  
1424 weisungen in die Lage versetzt werden, den Bau- und Sanierungsbedarf an  
1425 Schulgebäuden zu bewältigen. Bei Neubauten und Grundsanierungen müssen  
1426 Pädagog:innen, Schüler:innen, Eltern und weitere Partner:innen der Schulen  
1427 eine verbindliche Mitsprache erhalten.

1428

**ÄA-Nr. 8.1.**

Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)

Zeile 1427 erhält folgenden Wortlaut: (wird ein neues Kapitel)

## **6. Studieren. Forschen. Bleiben.**

Die nachfolgenden Kapitelnummerierungen werden angepasst.

### Begründung:

In Absprache mit der Arbeitsgruppe Bildung soll das Kapitel zur Hochschule und Wissenschaft eigenständig werden und das Bildungskapitel mit Pol der Hoffnung enden. Die Allgemeinbildung sowie die Wissenschaft werden dadurch als eigenes Politikfeld hervorgehoben.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

## 1429 **Studieren. Forschen. Bleiben.**

1430

1431 Bildung ist ein Menschenrecht, Wissenschaft garantiert gesellschaftlichen  
1432 Fortschritt. Deshalb brauchen wir eine offene, inklusive und sozial gerechte  
1433 Hochschullandschaft. Wir wollen ein Wissenschaftssystem gestalten, das  
1434 Rückenwind gibt: vom Studienstart bis zur Professur, von der Idee bis in die  
1435 Praxis. Dafür statten wir Hochschulen gut aus, stärken ein vielfältiges  
1436 Studienangebot und überzeugen so junge Menschen, in Sachsen-Anhalt zu  
1437 studieren. Wir sorgen für beste Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, die  
1438 zum Bleiben und zum Arbeiten bei uns einladen. Grundvoraussetzung bleibt die  
1439 Freiheit von Forschung und Lehre, die es zu verteidigen gilt. Wir werden das  
1440 Wissenschaftssystem mit seinen Hochschulen, außeruniversitären Forschungs-  
1441 einrichtungen, den privaten Forschungsinstituten und der Nationalen Akademie  
1442 Leopoldina erhalten und ausbauen.

1443

## 1444 **Finanzierung sichern und Strukturen stärken**

1445 Hochschulen brauchen verlässliche Perspektiven statt Kürzungen. Eine  
1446 Strukturplanung, die sich an Aufgaben orientiert, klare Zielvereinbarungen und  
1447 die Kofinanzierung von Bundesprogrammen schaffen Luft zum Atmen – auch  
1448 mit weniger Studierenden. Planungssicherheit ist die Voraussetzung für gute  
1449 Arbeit, Profilbildung und Verlässlichkeit gegenüber Partnern.

1450

1451 Wir wollen:

- 1452 • Kürzungen im Hochschulhaushalt verhindern – auch bei sinkenden  
1453 Studierendenzahlen,
- 1454 • die Grundfinanzierung stärken, Abhängigkeit von der Projektfinanzierung  
1455 reduzieren,
- 1456 • eine Hochschulstrukturplanung vorlegen, die bestehende Strukturen  
1457 sichert und Entwicklung ermöglicht,

- 1458 • aufgabengerechte Finanzierung sichern und den „Zukunftsvertrag
- 1459 Studium und Lehre sichern“ durch zusätzliche Landesmittel
- 1460 kofinanzieren,
- 1461 • Tarifaufwüchse und Inflation vollumfänglich ausgleichen,
- 1462 • transparente Zielvereinbarungen abschließen als verlässliche Grundlage,
- 1463 • Antrags- und Abrechnungsverfahren für die Institute der Zuse-Gemein-
- 1464 schaft vereinfachen,
- 1465 • die Kofinanzierung für die außeruniversitären Einrichtungen sicherstellen,
- 1466 • beide Medizinische Fakultäten erhalten und beide Universitätsklinika in
- 1467 öffentlicher Hand halten.

1468  
 1469 Verlässlichkeit schafft Profil: Strukturen sind gesichert, der Zukunftsvertrag ist  
 1470 kofinanziert, klare Zielvereinbarungen geben Planungssicherheit. So kann sich  
 1471 Wissenschaft entwickeln.

1472  
 1473 Die Linke steht zu dem Versprechen, dass Menschen in Sachsen-Anhalt  
 1474 unabhängig vom Geldbeutel der Eltern studieren können. Dazu gehören  
 1475 bezahlbares Wohnen und Essensversorgung, günstige Mobilität sowie  
 1476 Lernmittelfreiheit. Studiengebühren lehnen wir ab. Unbürokratische Verfahren,  
 1477 barrierearme Angebote und starke psychosoziale Beratung geben Sicherheit im  
 1478 Alltag. Teilzeit und verlängerte Regelstudienzeiten schaffen Raum, unterschied-

- 1479 liche Lebenslagen zu stemmen.
- 1480  
 1481 Wir wollen:
- 1482 • einen Hochschulsozialpakt auflegen (günstige Mieten, stabile
  - 1483 Mensapreise) und das Programm Junges Wohnen verbessern,
  - 1484 • Landesflächen kostengünstig für studentisches Wohnen nutzbar machen,
  - 1485 • Barrierefreiheit an Gebäuden/Angeboten/Lehre ausbauen, chronische
  - 1486 Krankheiten/nicht sichtbare Behinderungen berücksichtigen,
  - 1487 • die sozial-psychologische Beratung flächendeckend stärken, Anträge
  - 1488 kurz, verständlich und zügig entscheiden, BAföG-Bearbeitungszeiten
  - 1489 senken,

**ÄA-Nr. 19.2.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis

Zeilen 1488/1489

ersetzen durch:

- *als Semesterticket mittelfristig ein 29-Euro-Ticket und langfristig ein 0-Euro-Ticket einführen*

**zurückgezogen**

- 1490 • das Semesterticket preislich stabil halten, mittelfristig ein 9-Euro-Ticket
- 1491 und langfristig ein 0-Euro-Ticket einführen,
- 1492 • Lern- und Lernmittelfreiheit unbürokratisch einführen,
- 1493 Zweitstudiengebühren abschaffen, lebensbegleitendes Lernen
- 1494 erleichtern,
- 1495 • auf Bundesebene eine Initiative für ein elternunabhängiges BAföG
- 1496 starten,

**ÄA-Nr. 8.2.**

Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)

*Zeile 1494 wird ergänzt:*

*... starten, welches die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten widerspiegelt und jährlich mindestens um die Inflation angepasst wird,*

Begründung:

Ergänzung um Höhe und automatische Anpassung des BAföG-Betrages.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 1497
- zusätzliche Unterstützungsangebote für Menschen aus
- 1498
- Nichtakademikerhaushalten schaffen.

**ÄA-Nr. 8.3.**

Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)

*Nach Zeile 1496 wird ergänzt:*

- [...] Nichtakademikerhaushalten schaffen,
- *einen landesweiten Fonds gründen der die Entlohnung von Pflichtpraktika sowie die Unterstützung von Studierenden im Kontext eigenständiger akademischer Weiterbildung wie z.B.: Summerschools, Tagungen, Auslandspraktika, Reisekosten etc. ermöglicht.*

Begründung:

Die Linke greift die Forderung auf, dass Pflichtpraktika von Studierenden nicht einfach kostenlose Arbeitseinsätze sein dürfen. Insbesondere Studierende ohne BAföG und gut betuchtem Elternhaus müssen neben dem Praktikum ihren Lebensunterhalt verdienen, was zu einer nicht akzeptablen Arbeitsbelastung führt. Der Landesfonds soll außerdem zusätzliches Bildungsengagement von Studierenden unterstützen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 1499
- 1500 Bezahlbarkeit öffnet Wege: Wohnen bleibt leistbar, Mensapreise sind stabil,
- 1501 Lernmittel kostenfrei, Verfahren kurz und verständlich, Mobilität ist bezahlbar.
- 1502 So wird aus Durchhalten gut studieren.
- 1503
- 1504 Ein guter Anfang entscheidet. Frühzeitige leichte Orientierung, einfache
- 1505 Zugänge und Unterstützungsangebote helfen allen – besonders aber
- 1506 Erstakademiker:innen. Nach dem Prinzip „eine Tür – viele Hilfen“ werden Krisen
- 1507 abgefangen, Fachwechsel erleichtert und Barrieren abgebaut. Längere
- 1508 Regelstudienzeiten geben Luft.
- 1509
- 1510 Wir wollen:
- Unterstützungsangebote ausbauen (Krise, Fachwechsel, Studienverlauf)
- 1511 – „eine Tür – viele Hilfen“,
- Prüfungsunfähigkeitsbescheinigungen abschaffen,
- 1513

- 1514 • Regelstudienzeiten verlängern, so dass ein 8-semesteriger  
 1515 Bachelorstudiengang mit einem 4-semesterigen Master kombiniert werden  
 1516 kann,  
 1517 • eine Masterplatzgarantie für alle Bachelor-Absolvent:innen im Land  
 1518 umsetzen,  
 1519 • Barrierefreiheit ausbauen, Teilzeit ermöglichen.  
 1520

**ÄA-Nr. 8.4.**

Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)

*Zeile 1519–1521 wird geändert:*

~~Ein guter Anfang trägt: Hilfen werden gebündelt, „eine Tür – viele Angebote“, Regelstudienzeiten geben Luft, Barrierefreiheit wächst. Qualifikation erleichtern, ohne Qualität einzubüßen: Mit profilierter Unterstützung, weniger Bürokratie, echter Barrierefreiheit und schaffbaren Regelstudienzeiten. So kommen mehr Studierende sicher an – und gut voran.~~

Begründung:

Präzisierung und Bereinigung von einigen teils wortgleichen Wiederholungen der vorangehenden Zeilen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

1521 Ein guter Anfang trägt: Hilfen werden gebündelt, „eine Tür – viele Angebote“,  
 1522 Regelstudienzeiten geben Luft, Barrierefreiheit wächst. So kommen mehr  
 1523 Studierende sicher an – und gut voran.

1524  
 1525 Das zentrale Anliegen unserer Bildungspolitik ist die Sicherung eines  
 1526 umfassenden Bildungsangebots und die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit,  
 1527 damit alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht, familiärem  
 1528 Hintergrund oder sozialökonomischem Status, die gleichen Bildungschancen  
 1529 und -möglichkeiten haben. Darüber hinaus ist uns die Entwicklung gefestigter  
 1530 demokratischer Grundüberzeugungen und Handlungsweisen ein wichtiges  
 1531 Anliegen. Wir sind der Pol der Hoffnung.

1532  
 1533 Wir möchten, dass sich die Studierenden an unseren Hochschulen von Anfang  
 1534 an willkommen fühlen. Das betrifft insbesondere die internationalen  
 1535 Studierenden. Die staatlichen Studienkollegs in Halle und Magdeburg vermitteln  
 1536 Sprachkenntnisse und bereiten auf das Studium in Deutschland vor. Der  
 1537 Übergang in unsere Hochschulen soll attraktiv gestaltet werden.

1538  
 1539 Wir wollen:

- 1540 • Willkommenskette schaffen – Begleitung vom ersten Semester bis zum  
 1541 ersten Job in Sachsen-Anhalt,
- 1542 • internationale Studierende unterstützen (Sprache, Anerkennung,  
 1543 Aufenthalt) – von Studienkolleg bis zum Berufseinstieg vor Ort,
- 1544 • Vernetzung von Landkreisen/Städten/Hochschulen/Arbeitgebern stärken  
 1545 – schnelle Wege in gute Beschäftigung,

- 1546 • Strukturen des Landes für Verbleib und Studienbewerbung aufbauen,  
 1547 • einen soziologischen Hochschulbildungsbericht beauftragen (Herkunft,  
 1548 Studienerfolg, Verbleib).

1549  
 1550 Willkommen lädt zum Bleiben ein: Sprache, Anerkennung und Jobwege greifen,  
 1551 Land und Hochschulen werben gemeinsam, eine Berichterstattung zeigt  
 1552 Herkunft, Verläufe und Verbleib. So werden aus Ankommenden Fachkräfte vor  
 1553 Ort.  
 1554

<p><b>ÄA-Nr. 8.5.</b>          Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)</p>
<p><b>Änderungsantrag Nr. 8.5.</b>          Zeile 1553 wird ergänzt (analog im Inhaltsverzeichnis Zeile 37):</p> <p><b>#IchBinHanna ernst nehmen – Gute Arbeit in der Wissenschaft</b></p> <p><u>Begründung:</u>          Der Hashtag „IchBinHanna“ hat im Netz sehr hohe Wellen geschlagen. Die schlechten Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft wurden dabei sehr deutlich beschrieben. Wir greifen Kommunikation in der Überschrift auf.</p>
<p><b>Der Landesvorstand übernimmt.</b></p>

1555 **Gute Arbeit in der Wissenschaft**

1556 Gute Arbeitsbedingungen sind eine Grundvoraussetzung für die Stärkung von  
 1557 Forschung und Lehre. Wir möchten das „hire and fire“-Prinzip durchbrechen  
 1558 und die Abhängigkeiten reduzieren. Hierzu sollen Befristungen zurückgefahren,  
 1559 Beschäftigungssicherheit garantiert und geleistete Arbeit im vollen Umfang  
 1560 entlohnt werden.

1561  
 1562 Wir wollen:

<p><b>ÄA-Nr. 8.6.</b>          Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)</p>
<p><i>Zeile 1561–1563 wird ergänzt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• [...] in Lehre, Forschung und Verwaltung,</li> <li>• <i>Druck machen auf die Bildungspolitik im Bund – es braucht mindestens eine Novellierung des WissZeitVG, um gute Arbeit in der Wissenschaft zu erreichen,</i></li> <li>• Mindestbedingungen [...]</li> </ul> <p><u>Begründung:</u>          Ergänzung um die zwar v.a. bundespolitisch relevante, aber im Bereich der Wissenschaftspolitik zentrale Frage des WissZeitVG (Wissenschaftszeitvertragsgesetz). Hierzu müssen wir uns angesichts des starken Uni- und Hochschulsektors im Land klar äußern. Auch von der Landesebene aus haben wir die Möglichkeit, Druck zu</p>

machen, damit die im aktuellen Koalitionsvertrag festgeschriebene Novellierung des Gesetzes umgesetzt wird. Aktuell bedeutet das WissZeitVG für nahezu alle Beschäftigten im akademischen Mittelbau stark verschlechterte Arbeitsbedingungen und gute Arbeit in der Wissenschaft wird verunmöglicht.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 1563 • Daueraufgaben mit Dauerstellen unterlegen – in Lehre, Forschung und  
1564 Verwaltung,  
1565 • Mindestbedingungen für studentisch Beschäftigte festschreiben und  
1566 einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte (TVStud) unterstützen  
1567 (planbare Jobs, Verträge vor Tätigkeitsbeginn, fristgerechte Zahlung),  
1568 • Projektstellen stabilisieren: Vertragslaufzeiten an Projektlaufzeiten  
1569 koppeln, Mindestlaufzeiten, Verlängerungen bei Weiterbewilligung,  
1570 Überbrückungsfonds, ein Teil der Pauschalen fließt verbindlich in  
1571 Personalstabilität/Qualifizierung,  
1572 • vom Lehrstuhlprinzip abrücken, Fachbereichsstrukturen ausbauen.

1573 Planbarkeit schafft Qualität: Daueraufgaben werden zu Dauerstellen, Verträge  
1574 passen zur Projektlaufzeit, Arbeit in der Wissenschaft wird fair und planbar.

1575  
1576 Der Generationswechsel ist Chance und Aufgabe: etablierte Karrierewege an  
1577 Hochschulen für junge Wissenschaftler:innen, schnelle Berufungen,  
1578 Willkommenskette und Familienfreundlichkeit ziehen Menschen an – und halten  
1579 sie. Wir wollen den Praxisexpert:innen den Einstieg in die Hochschulen für  
1580 angewandte Wissenschaften vereinfachen. In der Hochschulmedizin zählt das  
1581 Zusammenspiel von Forschung, Lehre und Klinik.

1582  
1583 Wir werden:

- 1584 • hochschulische Laufbahnen für junge Wissenschaftler:innen ausbauen,  
1585 gemeinsames Mentoring fördern,  
1586 • Geschlechtergerechtigkeit sichern: Professuren attraktiver für Frauen

**ÄA-Nr. 8.7.**

Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)

*Zeile 1585 wird geändert:*

*[...] verbindliche Quoten einführen Wissenschaftskarrieren von Frauen aktiv unterstützen,*

Begründung:

Insbesondere von Rektorinnen der Hochschulen kam der Hinweis, dass die Bestenauslese bei der Besetzung von Professuren nicht unterlaufen werden darf. Dass Frauen in vielen Fächern auf der höchsten Karrierestufe unterrepräsentiert sind, wird auf Hindernisse im Karriereweg zurückgeführt, die wir aktiv beseitigen wollen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 1587 • gestalten, Betreuungszeiten anrechnen, verbindliche Quoten einführen,  
1588 • Willkommenspakete (Wohnen, Dual Career, Behördenwege) einführen,  
1589 • Tandem-Professuren an den Hochschulen für angewandte  
1590 Wissenschaften ausbauen.

- 1591  
 1592 Gute Berufungen binden Menschen: Laufbahnen sind verlässlich, die  
 1593 Willkommenskette greift, Familienfreundlichkeit und starke Lehre-/Labor-  
 1594 Teams federn Übergänge ab. So entscheiden sich Fachkräfte für Sachsen-  
 1595 Anhalt – und bleiben.  
 1596  
 1597 Qualifizierungsphasen dürfen kein Hürdenlauf sein. Faire Förderhöhen,  
 1598 anerkannte Stipendienzeiten, klare Informationen und überbrückte Übergänge  
 1599 machen Laufbahnen planbar. Betreuungsvereinbarungen und Mentoring geben  
 1600 Sicherheit.  
 1601  
 1602 Wir wollen:
- 1603 • die Landesgraduiertenförderung stärken, die Stipendienanzahl erhöhen,  
 1604 Förderhöhen an Bundesstiftungen orientieren, faire  
 1605 Zuverdienstmöglichkeiten, Familien-/Pflegezeiten ohne Nachteile,  
 1606 Kranken- und Pflegeversicherungs-Zuschüsse sichern,
  - 1607 • Graduiertenstipendien mit Stellen kombinieren,  
 1608 • Stipendienzeiten bei Einstellungen im öffentlichen Dienst als Erfahrung  
 1609 anerkennen,  
 1610 • Übergänge in Qualifizierungsphasen überbrücken (in Absprache mit  
 1611 Hochschulen/Forschungseinrichtungen),
  - 1612 • Beratung und Begleitung bei der Bewerbung um externe Stipendien  
 1613 etablieren,  
 1614 • Promotionswege strukturieren (Betreuungsvereinbarung, Mentoring,  
 1615 Zugang zu Hochschuleinrichtungen),
  - 1616 • Promotionsstellen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften  
 1617 einrichten,  
 1618 • verlässliche Karrierewege (Tenure Track) als Regel in der Wissenschafts-  
 1619 karriere etablieren.
- 1620

**ÄA-Nr. 8.8.**

Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)

*Zeile 1619–1621 wird geändert:*

*Perspektive statt Prekarität: Graduiertenförderung ist fair, Stipendienzeiten zählen, Übergänge werden überbrückt, Tenure Track schafft Verlässlichkeit. So werden wissenschaftliche Laufbahnen planbar. kein Feigenblatt, Stipendien fördern gute Forschung, Tenure Track schafft Verlässlichkeit, wissenschaftliche Arbeit wird für alle Lebenswege ermöglicht. So wird Sachsen-Anhalt zum attraktiven Wissenschaftsstandort.*

Begründung:

Präzisierung und Bereinigung von einigen teils wortgleichen Wiederholungen der vorangehenden Zeilen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

1621 Perspektive statt Prekarität: Graduiertenförderung ist fair, Stipendienzeiten  
1622 zählen, Übergänge werden überbrückt, Tenure Track schafft Verlässlichkeit. So  
1623 werden wissenschaftliche Laufbahnen planbar.

1624

## 1625 **Forschung, faire Kooperationen und digitale Souveränität**

1626 Wirkungsvolle Forschung baut auf Grundfinanzierung und faire Kooperationen.

1627 Transparente Regeln und ein Projektverzeichnis schaffen Überblick. Digitale  
1628 Souveränität – eigene Dienste, Landes-Cloud, Ausstiegsklauseln – vermeiden  
1629 Abhängigkeiten, Open Access und offene Daten machen Wissen nutzbar.

1630

1631 Wir wollen:

- 1632 • Grundlagenforschung sichern und stärken,
- 1633 • Kooperationen gleichberechtigt und transparent gestalten (landesweites  
1634 Projektverzeichnis),
- 1635 • digitale Souveränität aufbauen: Landes-Cloud, verlässliche Online-  
1636 Dienste, Ausstiegsklauseln,
- 1637 • KI-Kompetenz fördern – Chancen nutzen, Grenzen klären,
- 1638 • Open Access und offene Forschungsdaten ausbauen, Sichtbarkeit für  
1639 Lernende/Forschende erhöhen,
- 1640 • eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz verankern.

1641

1642 Souverän forschen, fair kooperieren: Grundfinanzierung trägt, Verträge sind  
1643 transparent, Landes-Cloud und Open Access machen unabhängig, zivile  
1644 Forschung wird gestärkt. So bleibt Wissen frei, sicher und nutzbar.

1645 Wenn Campus und Region zusammenarbeiten, wird Forschung sichtbar:

1646 Reallabore, Praxissemester und klare Ansprechstellen bringen Lösungen in  
1647 Kommunen, Kliniken, Schulen und Betriebe – in Stadt und Land. Standardwege  
1648 und Verträge beschleunigen die Zusammenarbeit, Wege zurück in die  
1649 Wissenschaft bleiben offen.

1650

1651 Wir wollen:

- 1652 • Reallabore unterstützen und Direktverbindungen zu  
1653 Kommunen/Kliniken/Schulen/Betrieben stärken – auch im ländlichen  
1654 Raum,
- 1655 • Innovations-/Praxissemester fördern und Ergebnisse nutzen,
- 1656 • Wechselwege zwischen Wissenschaft und Praxis vereinfachen,
- 1657 • Matching, Standardverträge, Datenhinweise und Transfer-  
1658 Ansprechstellen bereitstellen.

1659

### **ÄA-Nr. 8.9.**

Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)

*Zeile 1658–1661 wird geändert:*

Nähe macht Wirkung: Reallabore, Praxissemester und Standardwege ~~verbinden Cam-~~  
~~pus und Region, Ansprechstellen und Verträge beschleunigen die Zusammenarbeit.~~

~~So finden Lösungen den Weg in Verwaltung, Kliniken, Schulen und Betriebe. verankern den Campus in der Region. Erkenntnisse erreichen den Ort, an dem sie benötigt werden, Forschung verliert nicht den Anschluss an die gesellschaftlichen Herausforderungen. So bleibt Wissenschaft dort, wo sie hingehört: mitten im Leben der Region.~~

Begründung:

Präzisierung und Bereinigung von einigen teils wortgleichen Wiederholungen der vorangehenden Zeilen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

1660 Nähe macht Wirkung: Reallabore, Praxissemester und Standardwege verbinden  
1661 Campus und Region, Ansprechstellen und Verträge beschleunigen die  
1662 Zusammenarbeit. So finden Lösungen den Weg in Verwaltung, Kliniken, Schulen  
1663 und Betriebe.

1664

1665 **Wissenschaft und Hochschulen: Partizipativ – offen – transparent**

1666 Freie Lehre und Forschung sind die Grundlage starker Hochschulen. Gegen  
1667 politischen oder finanziellen Druck braucht es Schutz – rechtlich, institutionell  
1668 und kulturell. Mehr Demokratie in Gremien, klare Rechte und offene  
1669 Informationen stärken Vertrauen, Qualität und Vielfalt.

1670

1671 Wir wollen:

- 1672 • die Wissenschaftsfreiheit gegen autoritäre Eingriffe/finanzielle Zwänge
- 1673 verteidigen, bei Einschüchterungsklagen schnell Schutz bieten,
- 1674 • ein neues Landeshochschulgesetz erarbeiten: Viertelparität (wo möglich),
- 1675 studentisches Prorektorat, Prorektorat der Mitarbeitenden,
- 1676 Inklusionsbeauftragte: mit Stimmrecht, gestärkte
- 1677 Gleichstellungsbeauftragte,
- 1678 • studentische Gremien stärken (Zugang zu Informationen/Ressourcen),
- 1679 teilverfasste Studierendenschaft und allgemeinpolitisches Mandat
- 1680 verteidigen.

1681

**ÄA-Nr. 8.10.**

Antragsteller:innen: Hendrik Lange (Delegierter SV Halle), Tim Preuß (Delegierter SV Halle), Charly Rehnert (SV Halle)

*Zeile 1680–1682 wird geändert:*

~~Freiheit schützt und Mitbestimmung schützen~~ Erkenntnis: Forschung und Lehre sind vor Druck gesichert, Gremien arbeiten demokratisch, alle Statusgruppen entscheiden mit, Informationen sind offen, *Wissenschaft bleibt resilient. So entstehen Vertrauen, Qualität und Vielfalt. So erhält Selbstverwaltung ihren Sinn und Wissenschaft bekommt den Rückhalt, den sie verdient.*

Begründung:

Präzisierung und Bereinigung von einigen teils wortgleichen Wiederholungen der vorangehenden Zeilen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

1682 Freiheit schützt Erkenntnis: Forschung und Lehre sind vor Druck gesichert,  
1683 Gremien arbeiten demokratisch, alle Statusgruppen entscheiden mit,  
1684 Informationen sind offen. So entstehen Vertrauen, Qualität und Vielfalt.

1685

### 1686 **Lehramt stark machen – Praxissemester und Schulkooperationen**

1687 Guter Unterricht beginnt in der Ausbildung: Praxissemester mit Qualität,  
1688 Partnerschulnetzwerke und genügend Dozierende verbinden Studium und  
1689 Schulalltag – auch im ländlichen Raum. Sprachbildung, Inklusion und digitale  
1690 Werkzeuge gehören selbstverständlich dazu.

1691

1692 Wir werden:

- 1693 • Praxissemester qualitativ absichern und Ausbildung/Schulalltag
- 1694 verzahnen – in Uni-Städten und im ländlichen Raum,
- 1695 • die Finanzierung der Lehramtsausbildung verstetigen, um Dozierende
- 1696 dauerhaft einzustellen (Fachdidaktik, Bildungswissenschaften und den
- 1697 Wechsel zwischen Schule und Hochschule ermöglichen),
- 1698 • Kooperationen zwischen Schulen/Hochschulen stabilisieren,
- 1699 Partnerschulnetzwerke/Mentoring ausbauen,
- 1700 • Sprachbildung, Inklusion, digitale Werkzeuge stärken – mit einem
- 1701 landesweiten Qualitätsrahmen (Mentoring, Zeitfenster, Phasen-
- 1702 Zusammenarbeit) und jährlichen Fortschrittsberichten,
- 1703 • Quer-/Seiteneinstieg gezielt fördern und nachqualifizieren,
- 1704 • neue Modelle der Lehramtsausbildung einführen.

1705

1706 Praxis schafft Sicherheit: Praxissemester sind abgesichert, Partnerschulnetz-  
1707 werke tragen, Fachdidaktik und Bildungswissenschaften sind ausgebaut. So  
1708 beginnt guter Unterricht – landesweit.

1709

1710 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

1711

1712

#### **ÄA-Nr. 24**

Antragsteller:innen: Landesvorstand

Zeilen 1711 bis 1713 (Überschrift) streichen.

Die bisherige Zeile 1715 „**Sozialer Frieden braucht soziale Gerechtigkeit**“ wird zur Überschrift des Kapitels.

#### Begründung:

Die derzeitige Überschrift verweist in der Klammer auf verschiedene Unterbereiche des Kapitels „Soziales“, allerdings ist die Aufzählung lückenhaft. Eine Erweiterung der Überschrift um weitere Themengebiete würde aber die Klammer verlängern und würde nicht zur Lesbarkeit beitragen. Die Unterkapitel verweisen jeweils auf die Themenbereiche, sodass sie nicht in der Überschrift des Kapitels aufgezählt werden müssen. Das Kapitel soll damit in Gänze mit „Sozialer Frieden braucht soziale Gerechtigkeit“ überschrieben werden, da diese Überschrift unseren Kern wiedergibt.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

1713  
1714

## **6. Soziales (Armut, Kinder und Jugend, Senioren, Alleinerziehende/Familien, ...**

<b>ÄA-Nr. 30.1.</b> Antragsteller:innen: Veit Kuhr (KV Salzlandkreis), Detlef Eckert (KV Harz), Kreisvorstand Salzlandkreis
Zeile 1713 Bei Punkt 6. Soziales, in der Aufzählung ergänzen: „Menschen mit Beeinträchtigung“
<b>Ist mit der Übernahme des Antrages Nr. 24 erledigt.</b>
<b>ÄA-Nr. 30.2.</b> Antragsteller:innen: Veit Kuhr (KV Salzlandkreis), Detlef Eckert (KV Harz), Kreisvorstand Salzlandkreis
Folgenden neuen Absatz in diesem Kapitel – ab Zeile 1913 einfügen:  <b>„Betreuung mit geistig beeinträchtigten Menschen stärken</b>  Einrichtungen bzw. Träger, welche mit geistig beeinträchtigten Menschen arbeiten, brauchen einen Landesrahmenvertrag welcher die tatsächlichen Kosten und übergeordnete Aufgaben (bspw. Projekt- Konzeptentwicklung, Qualitätssicherung und Absicherung der Sicherheitsstandards) mit einschließt und Ferienfreizeiten mit den Bewohnern wieder ermöglicht, Bürokratie bzw. Verwaltungsaufwand minimiert und letztendlich mehr Zuwendungszeit für die zu Betreuenden bleibt und Menschen mit geistiger Beeinträchtigung wirklich stärkt.“  <u>Begründung (Hintergrund):</u> Unter dem Vorwand die Rechte von beeinträchtigten Menschen stärken zu wollen, kündigte Ende 2024 das Sozialministerium einseitig den Landesrahmenvertrag mit den Trägern, welcher im Jahre 2019 gemeinsam mit ihnen ausgearbeitet wurde. Übergangsweise galt die Rechtsverordnung des Landes. Seit kurzem gibt es einen für die nächsten 3 Jahre gültigen Rahmenvertrag, welchen die Träger zwangsweise ihre Zustimmung erteilen mussten, um nach der Kündigung wieder Planungssicherheit zu haben. Es beinhaltet einen viel schlechteren Personalschlüssel als vorher, da die Kostenberechnung auf alten Zahlen basieren und Übergeordnete Aufgaben nicht berücksichtigt. Der Verwaltungsaufwand hat sich erhöht, da die Hilfepläne der Bewohner ständig neu bewertet werden und Mehraufwendungen noch explizierter begründet werden müssen.
<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>

1715  
1716  
1717  
1718  
1719

### **Sozialer Frieden braucht soziale Gerechtigkeit**

#### **Sachsen-Anhalt armutsfrei**

1720 Neben einer existenzsichernden Grundsicherung ohne Sanktionen und  
1721 Schikanen, einer armutsfesten Mindestrente in Höhe von 1.400 Euro sowie  
1722 einer Kindergrundsicherung ohne große bürokratische Hürden müssen wir für  
1723 mehr Solidarität eintreten. Und – damit verbunden – laut werden gegen

1724 Spaltung und Hetze, um ein gutes Leben für alle zu organisieren statt Reichtum  
 1725 für wenige zu dulden!  
 1726  
 1727 Auch wenn wir im Land die verfehlte Politik des Bundes nur abfedern können,  
 1728 müssen wir präventiv und langfristig Armut als Querschnittsthema angehen.  
 1729 Die sozialpolitischen Probleme sind gleichermaßen vielseitig und greifen  
 1730 ineinander, wie Armut facettenreich ist. Die Armutsquote im Land liegt über  
 1731 dem Bundesdurchschnitt und verschärft sich in Verbindung mit einem starken  
 1732 Niedriglohnsektor. Dies führt zu Wohnraumproblemen, Pflegelasten, niedrigen  
 1733 Löhnen, Fachkräftemangel, Diskriminierung und beschleunigt den  
 1734 demografischen Wandel durch Abwanderung von Nachwuchs beim  
 1735 Fachpersonal und jungen Familien. Damit ist Sachsen-Anhalt im bundesweiten  
 1736 Vergleich das Bundesland mit dem höchsten Durchschnittsalter und einem  
 1737 starken Bevölkerungsrückgang. All diese Probleme sind der Politik seit Jahren  
 1738 bekannt! Auch in den vergangenen fünf Jahren hat die Deutschlandkoalition,  
 1739 bestehend aus SPD, CDU und FDP, eher eine Armutsverwaltung an den Tag  
 1740 gelegt als Lösungen zu liefern. Die Konsequenz: eingeschränkte Teilhabe  
 1741 insbesondere für die jüngsten und ältesten Mitglieder unserer Gesellschaft,  
 1742 Druck auf soziale Sicherungssysteme und schwierige Lebenslagen besonders  
 1743 in ländlichen Regionen. Die damit steigende soziale Ungleichheit wird zum  
 1744 Risiko für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.  
 1745 Doch statt zu helfen, verschärft die Bundespolitik aktuell die Situation weiter.  
 1746 Es wird behauptet, Sozialausgaben seien nicht mehr tragbar, während sich die  
 1747 Diäten der Abgeordneten regelmäßig erhöhen. Menschen, die staatliche  
 1748 Unterstützung benötigen, werden als "Sozialschmarotzer" diffamiert. Trotz der  
 1749 bestehenden Probleme im Lebensalltag vieler Menschen plant die aktuelle  
 1750 Koalition aus CDU und SPD die weitere Aushöhlung des Sozialstaats. Damit  
 1751 wird Armut gesetzlich verankert, und es droht die Wohnungslosigkeit für viele.

**ÄA-Nr. 23.1.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis, Kreisverband Stendal

Zeile 1749

wie folgt ergänzen:

[...] und es droht die Wohnungslosigkeit für viele. *Bestehende Hilfesysteme sind den Bürger:innen oft nicht bekannt, Zugänge sind erschwert und Beratungsangebote fehlen. Die Linke schafft als niedrigschwellige Hilfe mobile "Bürokratie-Lotsen", um Antragshemmnisse abzubauen. Die aktuelle [...]*

Begründung: (für die Anträge 23.1. bis 23.5.)

Oftmals ist das Aufsuchen von Behörden mit Herausforderungen verbunden: Scham, kein Geld für die Fahrkarte zur Behörde, Sprachhemmnisse, Schichtarbeit, fehlende Kinderbetreuung für Alleinerziehende und Familien, um Behördengänge zu erledigen, Überforderung mit den notwendigen Anträgen, im ländlichen Raum kein ÖPNV. Aufsuchende und regelmäßige Angebote vor allem im ländlichen Raum als auch in einzelnen Stadtteilen können sowohl Wartezeiten auf Online-Termine als auch die mit Mobilität und Zeit verbundenen Hemmnisse für Behördengänge verringern.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

1752 Diese Politik bekämpft nicht die Armut – sie verfestigt sie!

1753

### 1754 **Für ein solidarisches Leben**

1755 Wir engagieren uns für den Wandel von einer Armutsverwaltung hin zu einer  
1756 Armutsüberwindung. Hierfür müssen die Verhältnisse im Land, die eine soziale  
1757 Ungleichheit verursachen, aufgedeckt werden. Seit Jahren gibt es kein klares  
1758 Bild über die soziale Lage im Land. Armut und deren Folgen sind immer eine  
1759 Frage von Einkommen und der Verteilung von Mitteln. Aus diesem Grund  
1760 braucht es eine kontinuierliche und aktuelle Berichterstattung über die  
1761 Armutsverhältnisse im Bundesland Sachsen-Anhalt. Seit Jahren werden in  
1762 Sachsen-Anhalt mit der Gießkanne und ohne konkrete Planung Maßnahmen zur  
1763 Armutsbekämpfung getroffen. Doch ob diese Maßnahmen auch ankommen und  
1764 die gewünschte Wirkung im Lebensalltag der Menschen haben, ist unklar. Aus  
1765 diesem Grund braucht es einen Aktionsplan, der den Rahmen für neue,  
1766 innovative Ansätze der Armutsbekämpfung schafft und sich an der  
1767 Lebensrealität der Menschen im Land misst. Doch langfristig müssen wir von  
1768 einer Verwaltungs- und Interventionsstrategie zu einer Armutsprävention  
1769 kommen.

1770

1771 Wir wollen:

- 1772 • eine Datenbank zur Einführung einer aktuellen sozialen Berichterstattung  
1773 über alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten hinweg mit der  
1774 Aufnahme von aktuellen Daten der sozialen Lage in Sachsen-Anhalt, die  
1775 aufgearbeitet und bundesweit vergleichbar sind, um zielgenaue  
1776 Maßnahmen sowie deren Wirkung langfristig nachzuvollziehen und  
1777 abzuleiten,
- 1778 • die Erstellung und Umsetzung eines übergreifenden Landesaktionsplans  
1779 zur Armutsbekämpfung, um Maßnahmen und Zielstellungen – unabhängig  
1780 vom Alter, von der Herkunft und dem Geldbeutel – für den Zugang zu den  
1781 Bereichen Wohnen, Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur, Ausbildung,  
1782 Tarifbindung und Arbeitsmarkt mitzudenken,
- 1783 • eine landesweite Koordinations- und Umsetzungsstrategie zur Einführung  
1784 einer integrierten kommunalen Gesamtinfrastruktur zur Verbesserung der  
1785 Teilhabechancen von armutsgefährdeten Kindern, um das Aufwachsen  
1786 ohne Einschränkungen in Bildung, Kultur und mit sozialer Teilhabe vor Ort  
1787 zu ermöglichen.

1788

1789 Auch wenn unser Ziel ist, langfristig Armut präventiv zu überwinden, müssen  
1790 wir feststellen, dass es aktuell soziale Verfehlungen gibt, die real bestehen und  
1791 insbesondere das Leben der älteren Menschen im Land vehement betreffen.  
1792 Seit mittlerweile Jahrzehnten kämpfen Menschen in Sachsen-Anhalt um die  
1793 Anerkennung ihre Arbeits- und Lebensleistungen aus DDR-Zeit. Tagtäglich  
1794 spüren zahlreiche Renter:innen im Land die verfehlte Rentenüberleitung und  
1795 ihre Konsequenzen. Die Zahl an Rentner:innen, die auf staatliche Sozial-  
1796 leistungen angewiesen sind, steigt. Oftmals stellt die gesetzliche Rente die

**ÄA-Nr. 26.1.**

Antragsteller:innen: Landesvorstand

In Zeile 1795 – 1797

Wird folgender Text gestrichen:

„Aus diesem Grund ist es mehr als notwendig, die gesetzliche Höherwertung ostdeutscher Löhne beizubehalten und zu verlängern.“

Begründung:

Die Höherwertung wurde bereits abgeschafft. Daher ist der Satz sachlich falsch. Die Streichung macht eine Änderung des Anschlusssatzes notwendig.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

1797 einzige Einkommensquelle für Menschen im Alter dar. Aus diesem Grund ist es  
 1798 mehr als notwendig, die gesetzliche Höherwertung ostdeutscher Löhne

**ÄA-Nr. 26.2.**

Antragsteller:innen: Landesvorstand

Zeile 1797

der Anschlusssatz wird wie folgt geändert: „Darüber hinaus braucht es aber“ ändern in: „Es braucht...“

Begründung:

Die Höherwertung wurde bereits abgeschafft. Daher ist der Satz sachlich falsch. Die Streichung macht eine Änderung des Anschlusssatzes notwendig.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

1799 beizubehalten und zu verlängern. Darüber hinaus braucht es aber eine  
 1800 landespolitische Strategie, um Altersarmut und ihre Folgen abzufedern.  
 1801 60 Prozent der Renten im Land lagen 2024 unter der bundesweiten  
 1802 Armutsgrenze, obwohl die Mehrheit der Rentner:innen mehr als 40 Beitrags-  
 1803 jahre gearbeitet haben. Insbesondere im ländlichen Raum verschärft sich die  
 1804 Situation für ältere Menschen durch eine mangelnde Infrastruktur, geringe  
 1805 Mobilität, den Rückbau von Kultur-, Bildungs- und Beratungsangeboten und  
 1806 den eingeschränkten Zugang zu pflegerischen oder medizinischen  
 1807 Versorgungsangeboten.

1808

1809 Wir wollen:

- 1810 • das Rentenniveau im Bund auf 53 Prozent anheben und eine gemeinsame
- 1811 gesetzliche Rentenversicherung, in die alle einzahlen müssen;
- 1812 • die Einführung eines Gerechtigkeitsfonds, der regelmäßige
- 1813 Ausgleichszahlungen an einen erweiterten Kreis ehemaliger DDR-
- 1814 Beschäftigter gewährt und die besondere Situation von in der DDR
- 1815 geschiedenen Frauen berücksichtigt,

**ÄA-Nr. 47.3.**

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

**Änderungsantrag Nr. 47.3.**

Nach Zeile 1813 soll eingefügt werden:

- *städtebauliche Planungen mit einer wohnortnahen Versorgung für den täglichen Bedarf, Apotheken und Arztpraxen – auf dem Land und allen Wohnquartieren.*

- ein Verbot jeglicher Diskriminierung aus Altersgründen – sowohl für junge als auch für ältere Menschen – und hierfür eine entsprechende Regelung im Grundgesetz.

Begründung

Dies sind Forderungen, die wir bundesweit vertreten. Daher sollten sie in der Präambel zum Punkt 6 aufgenommen werden.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

**ÄA-Nr. 47.2.**

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

Zeilen 1814 bis 1821 – Diese Zeile in diesem Absatz streichen und später einfügen in Absatz „Ein würdevolles Leben im Alter“ (siehe Antrag 5 b)

Begründung

Diese beiden Forderungen sind für Sachsen-Anhalt formuliert und passen besser in den konkreten Absatz.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 1816 • die Umwandlung und Fortschreibung des seniorenpolitischen Programms
- 1817 von einem Werte- und Leitgedankenpapier zu einem verbindlichen
- 1818 Strategiekonzept, um jetzt die sozialen Härten und die Vereinsamung im
- 1819 Alter zu stoppen,

**ÄA-Nr. 23.2.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis, Kreisverband Stendal

Zeilen 1818-1819

wie folgt ergänzen:

[...] von sogenannten *mobilen* „Bürokratie-Lotsen“, welche Rentner:innen *auch vor Ort und vor allem im ländlichen Raum* bei der Orientierung [...]

**Der Landesvorstand übernimmt.**

**ÄA-Nr. 47.1.**

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

Zeile 1819 – das Wort *Rentner:innen* streichen und ersetzen durch die Wörter *ältere Menschen*

Begründung

Der Begriff „Rentner:innen“ ist hier zu kurz gefasst. Es gibt auch Mitmenschen, die keine Rente beziehen, aber trotzdem auf die beschriebene Hilfe angewiesen sind. Im Zusammenhang mit der Rentenpolitik ist der Begriff richtig.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 1820 • die Einführung von sogenannten „Bürokratie-Lotsen“, welche
- 1821 Rentner:innen bei der Orientierung und Beantragung von Leistungen und
- 1822 bei der Bewältigung der dazugehörigen Bürokratie unter Berücksich-
- 1823 tigung beraten und unterstützen.
- 1824

1825 Soziale Teilhabe muss über Generations- und Altersgrenzen hinaus möglich  
1826 sein. Nicht Armut, sondern sozialer Zusammenhalt muss zur politischen Priorität

1827 werden. Ein gutes Leben für alle ist möglich, wenn wir es gemeinsam einfordern  
1828 und dafür kämpfen!

1829 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

1830

1831 **Für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt**

1832

1833 Die Linke steht für eine moderne, zukunftsweisende und krisensichere  
1834 Familienpolitik. Familie ist dort, wo Menschen füreinander soziale  
1835 Verantwortung übernehmen – unabhängig von der Zusammensetzung und  
1836 Konstellation der Familie. Familienpolitik muss allen Menschen ermöglichen, ein  
1837 gutes und zukunftsangstfreies Leben zu führen, und das unabhängig vom  
1838 Geldbeutel der Eltern. Dafür brauchen wir in der Familienpolitik den Ausbau der  
1839 Infrastruktur, eine wirkungsvolle soziale Absicherung und die Verbesserung der  
1840 Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

1841 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

1842 Familien in Sachsen-Anhalt haben mit verschiedenen Hürden zu kämpfen.  
1843 Regelmäßige Schul- und Betreuungsausfälle oder gar der völlige Wegfall von  
1844 sozialer Infrastruktur. Vor Ort-Angebote im Bereich Sport, Kultur und Freizeit in  
1845 verschiedenen Regionen gehen zurück mit spürbaren Konsequenzen im Alltag  
1846 vieler Familien. Dies ist stark vom Wohnort abhängig. Hinzu kommen steigende  
1847 Wohn-, Lebensmittel- und Energiepreise, die das Leben von Familien zusätzlich  
1848 belasten. Insbesondere Familien mit geringem Einkommen oder auch Alleiner-  
1849 ziehende und Pflegefamilien spüren die damit aufziehende soziale Kälte. Auch  
1850 wenn die unterschiedlichen Alltagsbedingungen den bisherigen Landesre-  
1851 gierungen bekannt waren und sie ein Bewusstsein für die verschiedenen  
1852 Problemlagen hatten, konnten keine konkreten Hilfen oder Lösungen  
1853 angeboten werden, um Sachsen-Anhalt familienfreundlich zu machen.  
1854 Stattdessen wird auf die Zuständigkeit anderer Ebenen verwiesen, oder Eltern  
1855 werden in einen Urwald quer durch bestehende Programme und Sozial-  
1856 leistungen geschickt. Die Odyssee durch die Bürokratie ist mit verschiedenen  
1857 Ämtergängen, langen Wegen und viel Zeit verbunden. Hinzu kommt die  
1858 Antrags- und Formularschlacht, welche neben üblichen Alltagsaufgaben mit  
1859 Haushalt, Arbeit und Kinderbetreuung die Familien im Land zusätzlich belasten.

1860

1861 **Familienfreundlich vom Bund ins Land**

1862 Unsere Vision eines familienfreundlichen Sachsen-Anhalts ist armutsfrei.  
1863 Hierbei darf die Familienplanung nicht abhängig vom Geldbeutel und der  
1864 Karriereplanung sein.

1865

1866 Wir wollen:

- 1867 • eine armutsfeste, eigenständige und sanktionsfreie Kindergrund-  
1868 sicherung in Höhe von mindestens 630 Euro pro Monat für alle Kinder, die  
1869 niedrigschwellig bzw. ohne hohe bürokratische Hürden beantragt werden  
1870 kann,

- 1871 • eine gesetzliche Entkopplung der Beantragung des Elterngelds von der
- 1872 Geburtsurkunde, damit die von den Hebammen ausgestellten Geburts-
- 1873 bescheinigungen für die Antragsstellung herangezogen und in
- 1874 ausgelasteten Kommunen die Wartezeiten zur Leistungsbewilligung
- 1875 verkürzt werden können,
- 1876 • eine bundesrechtliche Gleichstellung von Pflegeeltern beim
- 1877 Bundeselterngeld,
- 1878 • eine Anpassung der Vollzeitarbeitszeitregelung zu einer 4-Tage-Woche
- 1879 bei gleichbleibendem Lohn zur Entlastung der Familien und zur
- 1880 Verhinderung von Einkommenseinbußen durch Teilzeit.

1881  
 1882 Unsere Vision eines familienfreundlichen Sachsen-Anhalts muss die  
 1883 Lebensrealitäten aller Elternteile mitdenken. Hierfür dürfen wir nicht nur über  
 1884 die Problemlagen der Familien im Land reden, sondern müssen mit ihnen  
 1885 zielgenau Lösungen erarbeiten. Eine nahbare Politik im Land hört nicht nur den  
 1886 Menschen im Land zu, sondern überprüft mit ihnen gemeinsam ihre  
 1887 Wirksamkeit.

1888  
 1889 Wir wollen:

- 1890 • einen Runden Tisch für Alleinerziehende, welcher es Elternteilen
- 1891 ermöglicht, politische Beschlüsse und deren Konsequenzen selbst zu
- 1892 überprüfen, um einen langfristigen Aktionsplan Alleinerziehende mit
- 1893 konkreten Maßnahmen für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt zu
- 1894 bestimmen,

**ÄA-Nr. 23.3.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis, Kreisverband Stendal

Zeile 1893-1894

wie folgt ergänzen:

[...] sogenannten *mobilen* „Bürokratie-Lotsen“, welche Familien *auch vor Ort und vor allem im ländlichen Raum* bei der Orientierung [...]

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 1895 • die Einführung von sogenannten „Bürokratie-Lotsen“, welche Familien bei
- 1896 der Orientierung und der Beantragung von Leistungen sowie bei der
- 1897 Bewältigung der damit einhergehenden Bürokratie unter Berücksich-
- 1898 tigung der spezifischen Ansprüche der jeweiligen Familien beraten und
- 1899 unterstützen,
- 1900 • die Vereinheitlichung der Kataloge der einmaligen Beihilfen und der
- 1901 Zuschüsse, um eine Gleichbehandlung aller Pflegefamilien im Land,
- 1902 unabhängig von ihrem Wohnort, umzusetzen,
- 1903 • den Erhalt aller Kita-, Schul- und Hortstandorte im Land und eine
- 1904 Anpassung der Personalschlüssel in Kitas sowie mehr Stellen für
- 1905 pädagogisches Fachpersonal in Schule und Hort.

1906  
 1907 Wir wissen: Familien brauchen gesellschaftliche Unterstützung und soziale  
 1908 Sicherheit in allen Lebensbereichen. Durch den anhaltenden Sozialabbau

1909 steigen die finanziellen Belastungen der Familien. Für Kinder und sich selbst  
1910 bleibt kaum Zeit. Wenn das Wir ausfällt, fällt Familie aus. Wenn Kita ausfällt, fällt  
1911 Bildung aus. Wenn Menschlichkeit ausfällt, fällt Solidarität aus. Nur mit  
1912 verlässlichen Strukturen, echter Teilhabe und einer Politik, die den Alltag der  
1913 Menschen versteht, kann unser Land ein Ort werden, an dem Familien sicher,  
1914 würdevoll und ohne Hürden leben und ihre Zukunft gestalten können.

1915 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

1916

1917 **Flächendeckende medizinische Versorgung**

1918

1919 **Stationäre Versorgung in öffentliche Hand**

1920 Wir kämpfen für eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung.

1921

1922 Wir wollen:

- 1923 • eine Entökonomisierung: Krankenhäuser sollen nach Bedarf und Qualität  
1924 finanziert und organisiert werden, nicht nach Fallpauschalen, Profit oder  
1925 Kostendruck.
- 1926 • integrierte Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, die  
1927 ambulante, stationäre und Notfallleistungen aus einer Hand anbieten und  
1928 eine bessere Anbindung an Krankenhäuser höherer Versorgungsstufen  
1929 gewährleisten.

1930

1931 Wir setzen auf eine stabile und verlässliche Gesundheitsversorgung der  
1932 Menschen.

1933

1934 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

1935 Der andauernde Schrumpfungsprozess in der Krankenhauslandschaft ist für  
1936 uns ein grundlegendes Problem. 1991 gab es im Land 72 Krankenhäuser, aktuell  
1937 sind es noch 44. Die Zahl der Krankenhausbetten wurde um mehr als 11.200  
1938 reduziert, gut ein Drittel.

1939 Die vom Bund gesteuerte Krankenhausreform von 2025 setzt die seit  
1940 Jahrzehnten laufende Standortreduzierung im Land durch Mindest- und  
1941 Qualitätsvorgaben weiter fort. Mehr als die Hälfte der Krankenhäuser im Land  
1942 sind in privater Hand und werden unter Gesichtspunkten maximaler Rendite  
1943 geführt. Bleibt sie aus, kommt es zu kurzfristigen Schließungen von Häusern  
1944 oder Abteilungen in den Landkreisen.

1945 Der Norden des Landes hat die größten Versorgungslücken, wie bereits das  
1946 Krankenhausgutachten von 2023 zeigte. Besonders fragil ist die Versorgung  
1947 von Kindern und Jugendlichen, Frauen, Schwangeren, von Neu- und  
1948 Frühgeborenen sowie Notfällen und in der Neurochirurgie. Die bisherigen  
1949 Landesregierungen unterließen ihre Verantwortung bei der Finanzierung der  
1950 Investitionskosten, die Krankenkassen sparen bei der Finanzierung der  
1951 Betriebskosten. Viele Einrichtungen kämpfen deshalb mit der Insolvenz.

1952 Darunter leiden auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, was weiteren

1953 Fachkräftemangel zur Folge hat. Die Patienten sind verunsichert und brauchen  
1954 eine stabile Gesundheitsversorgung.

1955

### 1956 **Auskömmliche kommunale Gesundheitsfinanzierung**

1957 Die Finanznot von Kommunen und Landkreisen sowie die EU-Wettbewerbs-  
1958 politik führen zur Zunahme von privaten Krankenhausbetreibern und unsicheren  
1959 Perspektiven für eine langfristige und planbare Gesundheitsversorgung,  
1960 besonders in den ländlichen Gebieten. Ameos und Helios müssen für ihre  
1961 Aktionäre Gewinnausschüttungen realisieren und folgen deren Interessen. Es  
1962 bedarf aus unserer Sicht der Prüfung von Rekommunalisierung der  
1963 privatisierten Krankenhäuser, da wie im Falle von Halberstadt, Bernburg oder  
1964 Zerbst letztlich die öffentliche Hand einspringt oder ausgleicht und die  
1965 Daseinsvorsorge im Blick hat.

1966

1967 Wir engagieren uns für eine Überführung privater Krankenhäuser in die  
1968 öffentliche Hand.

1969

1970 Wir wollen:

- 1971 • integrierte Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, die  
1972 ambulante, stationäre und Notfalleistungen aus einer Hand anbieten und  
1973 eine bessere Anbindung an Krankenhäuser höherer Versorgungsstufen  
1974 gewährleisten,
- 1975 • die Gründung eines Klinikverbundes zur Stabilisierung der kommunalen  
1976 Krankenhäuser,
- 1977 • eine fachliche Kooperation der Häuser und eine finanzielle Stabilisierung  
1978 der kommunalen Träger auf dem Wege einer dauerhaften  
1979 Landesbeteiligung.

1980

1981 Die Kooperation der kommunalen Häuser, z.B. bei Einkauf, Service sowie  
1982 Laborleistungen, sollte gefördert werden. Dies soll im Rahmen eines Klinikver-  
1983 bundes geschehen, der durch eine Landesbeteiligung die Kapitalbasis der  
1984 kommunalen Krankenhausunternehmen stärkt. Als zusätzlicher Anreiz sollte  
1985 eine teilweise Entlastung von Altschulden in Aussicht gestellt werden.

1986

1987 Diese Landesbeteiligung könnte das Klinikum Magdeburg, das Klinikum Dessau,  
1988 das Harzkl. Dorothea Christiane Erxleben, das Carl-von-Basedow-  
1989 Klinikum (Saalekreis) und das Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen umfassen.  
1990 Das Land könnte die SALUS-Kliniken in dieses Netzwerk einbringen.

1991

1992 Wir engagieren uns für einen Schutzschirm gegen Privatisierung für die  
1993 verbliebenen kommunalen Krankenhäuser.

1994

1995 Wir wollen:

- 1996 • die Ausstattung der Verbundgesellschaft mit Eigenkapital und  
1997 Kreditbürgschaften,

- 1998 • die Bildung einer Holding durch den Klinikverbund, welche die
- 1999 wirtschaftliche Koordinierung der einzelnen Häuser übernimmt,
- 2000 • den Verbleib der ärztlichen Leitung der Standorte sowie der
- 2001 Verwaltungsleitung auf kommunaler Ebene,
- 2002 • die wirtschaftliche Gesamtleitung und das Kreditmanagement in
- 2003 Verantwortung des Klinikverbunds,
- 2004 • dass der Klinikverbund wirtschaftlich so aufgestellt wird, dass
- 2005 perspektivisch Krankenhäuser aus dem privaten in den öffentlichen
- 2006 Bereich zurückgeholt werden können,
- 2007 • den Entzug des Versorgungsauftrags an private Betreiber, wenn sie die
- 2008 Versorgung nicht mehr sicherstellen können, und Rückführung des
- 2009 Krankenhauses in die öffentliche Hand,
- 2010 • die Ablösung der Fallpauschalen durch ein neues System der
- 2011 kostendeckenden Finanzierung,
- 2012 • eine gesetzliche, bedarfsgerechte und voll finanzierte
- 2013 Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus,
- 2014 • weiterhin die selbstständige Auftrags Erfüllung durch die
- 2015 Universitätsklinik als Standorte der Forschung, Lehre und Versorgung.
- 2016

2017 **Notaufnahmen an allen Standorten**

2018 Für alle Standorte (mit Ausnahme der psychiatrischen Krankenhäuser) ist eine  
 2019 Notaufnahme vorzusehen. Bei der Planung der diagnostischen Geräte  
 2020 (Röntgen, MRT etc.) ist auch der um den Standort anzusiedelnden ambulanten  
 2021 Versorgungsstruktur Rechnung zu tragen. Daneben sollen sich die Standorte, je  
 2022 nach ihrem Auftrag, als Basis- oder Schwerpunktversorger auf ein oder  
 2023 mehrere Gebiete spezialisieren und mit den jeweils anderen Standorten  
 2024 vernetzen.

2025  
 2026 Damit ist die Notfall- und Basisversorgung für jeden Standort gesichert,  
 2027 gleichzeitig können für anspruchsvolle Behandlungen und Operationen die  
 2028 erforderlichen Qualitätskriterien eingehalten werden. Mit dem Klinikverbund  
 2029 wollen wir zugleich dafür sorgen, dass die öffentlichen Krankenhäuser  
 2030 wirtschaftlich arbeiten können, ohne dabei auf Kosten der Patient:innen-  
 2031 versorgung und zum Nachteil der Mitarbeiter:innen zu handeln.

**ÄA-Nr. 58.1.**

Antragsteller:innen: Kay Lorenz (Kreisverband Salzlandkreis)

Ab Zeile 2031

### **Versorgungssicherheit bei seltenen Erkrankungen stärken**

Auch Menschen mit seltenen Erkrankungen haben ein uneingeschränktes Recht auf eine fachlich sichere, respektvolle und im Ernstfall lebensrettende medizinische Versorgung. Was „selten“ genannt wird, ist für die Betroffenen tägliche Realität – geprägt von Unsicherheit, langen Diagnosewegen und der ständigen Sorge, im Notfall nicht richtig verstanden oder behandelt zu werden. Hinter unserem Gesundheitssystem steht der Wille nach Profit, den seltene Krankheiten nicht einfahren. Doch hinter jeder Diagnose steht ein Mensch mit Hoffnungen, Ängsten und dem Wunsch nach Sicherheit.

Einige dieser Erkrankungen können in akuten Situationen lebensbedrohlich verlaufen und erfordern sofortiges, spezifisches Handeln. Wie etwa bei einer Addison-Krise. In solchen Momenten entscheidet nicht Seltenheit, sondern Wissen, Aufmerksamkeit und schnelles Handeln über Leben und Gesundheit.

Seltene Erkrankungen dürfen niemals zu einer seltenen Priorität werden. Jeder Mensch verdient es, im entscheidenden Augenblick gesehen, ernst genommen und kompetent versorgt zu werden.

Dafür wollen wir:

- Verpflichtende und regelmäßige Fortbildungen für Rettungssanitäter:innen, Notfallsanitäter:innen, Notärzt:innen sowie Personal in Notaufnahmen zu seltenen, notfallrelevanten Krankheitsbildern einführen.
- Landeseinheitliche Standards zur Anerkennung und Beachtung von Notfallausweisen verbindlich festlegen.
- Seltene Erkrankungen verbindlich in Ausbildungs- und Prüfungsordnungen der Notfall- und Rettungsberufe verankern.
- Die Zusammenarbeit mit Selbsthilfeverbänden und Patient:innenorganisationen systematisch stärken.
- Prüfen, wie notfallrelevante Diagnosen datenschutzkonform in digitale Notfalldatensätze integriert werden können.
- Die Qualität der medizinischen Versorgung darf nicht von der Häufigkeit einer Erkrankung abhängen. Patient:innensicherheit ist keine Frage der Häufigkeit, sondern der Gerechtigkeit.

### **Der Landesvorstand übernimmt.**

2032

### **2033 Bessere Arbeitsbedingungen für das Personal**

2034 Betriebswirtschaftlich ist es erforderlich, Gewinne als Deckungsbeiträge zu  
2035 erwirtschaften, die für bessere Löhne, eine angemessene Personalausstattung  
2036 und die Bedienung von Krediten zu verwenden sind. Der Verbund kann sowohl  
2037 eine öffentlich-rechtliche Körperschaft oder eine Gesellschaft des Privatrechts  
2038 darstellen.

2039 Die bisherige verfehlte Sparpolitik hat die Überlastung des Personals bewusst  
2040 in Kauf genommen. Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um gute  
2041 und flächendeckende Tarifverträge. Es müssen alle Möglichkeiten genutzt  
2042 werden, diese für allgemeinverbindlich zu erklären, um die Entlohnung und die

### **ÄA-Nr. 45.1.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale)

Einfügung in Zeile 2041

*Wir setzen uns entschieden für die längst überfällige Angleichung der Löhne an das westdeutsche Niveau ein.*

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2043 Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zur Aufwertung der Gesundheitsberufe  
2044 gehört aus unserer Sicht auch, die Rahmenbedingungen der Pflegeausbildung  
2045 zu verbessern: Flexibilisierungen des Ausbildungsbeginns, Teilzeitausbildung  
2046 und vielfältigere Praxislernorte. Die Vergütung der Ausbildung und ihre  
2047 perspektivische Akademisierung sollen ebenso durchgesetzt werden.

**ÄA-Nr. 66**

Antragsteller:innen: Nox-Eden Großkopf, Riley Pätzold, Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau- Roßlau

Folgender Text ist als eigener Unterabschnitt bei „Flächendeckende medizinische Versorgung“ nach dem Abschnitt „Bessere Arbeitsbedingungen für das Personal“ und vor „Kooperative Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend“ **vor Zeile 2046** einzufügen!

***Kampf gegen Stigmata***

*Menschen mit HIV und STI's sind überproportional oft von Stigmatisierung im Gesundheitswesen betroffen. Oft werden Behandlungen verweigert, da medizinische Fachpersonal selbst mit Vorurteilen arbeitet oder nicht auf dem aktuellen medizinischen Stand ist. Der Ausbau und die Förderung kostenloser Testangebote verschreiben wir uns.*

*Menschen mit psychischen Erkrankungen werden oft von medizinischen Fachpersonal nicht ernst genommen, Behandlungen und Untersuchungen werden nur oberflächlich gemacht und Beschwerden auf die Psyche geschoben.*

*Das Gesundheitssystem schließt oft Trans\* - Personen aus. Die Suche nach behandelndem Fachpersonal, die sich mit trans\* spezifischen Problemen befassen, gestaltet sich im Land äußerst schwierig. Ebenso werden Behandlungen verweigert oder mit der Trans\* - Identität als Begründung nicht nur vom behandelnden Personal selbst sondern auch von den Kassen abgelehnt.*

*Wir fordern:*

- *Präventions-, Beratungs- und Behandlungsangebote umfassend ausbauen, erweitern und bestehende unterstützen.*
- *Stigmata effektiv durch Aufklärung, insbesondere des medizinischen Fachpersonals, abbauen.*
- *durch Stigmata von medizinischen Fachpersonal verursachtes psychisches Leiden zu verhindern, zu behandeln und juristisch zu ahnden.*
- *Der Abbau von Stigmata (Vorurteile) ist eine Notwendigkeit für eine soziale und angemessene medizinische Versorgung aller Menschen.*

**Begründung:** Die Einordnung dieser Themen im Thema Queer bedient Stigmata. Dies ist zu vermeiden, da wir uns von den vorherrschenden gesellschaftlichen Stigma befreien müssen, insbesondere als Die Linke.

Hier wurde bewusst auf die Erwähnung von Sexarbeitenden verzichtet, da die zusätzliche Erwähnung im Bereich der Gesundheit Stigmata bedienen würde. Sexarbeitende sind auch Menschen wie alle anderen, sie arbeiten auch in ihrem Handwerk.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2048

2049

## **Kooperative Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend**

### **ÄA-Nr. 14.5.**

Antragsteller:innen René Schernikau (Kreisverband Stendal), Kreisvorstand Stendal

Den Text von Zeile 2048 – 2053

am Ende wie folgt ergänzen:

*Krankenhäuser sollen in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt (KVS) ergänzende ambulante Leistungen regelhaft anbieten können, wenn die fachärztliche Versorgung vor Ort nicht ausreichend gewährleistet ist. Diese Leistungen sollen befristet möglich sein, bis eine entsprechende fachärztliche Niederlassung oder ausreichende ambulante Kapazitäten aufgebaut sind. Hierfür darf es keiner gesonderten Modell- oder Ausnahmegenehmigungen bedürfen.*

#### Inhaltliche Wirkung

- Klarstellung: keine reine Pilotlösung
- Kooperation mit der KVS ausdrücklich benannt
- Subsidiaritätsprinzip gewahrt (nur bei Unterversorgung)
- Befristung bis zur Etablierung regulärer Facharztstrukturen

Abbau bürokratischer Hürden (keine Sondergenehmigungen)

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2050

Die künftige Krankenhausplanung muss als Steuerungsinstrument einer

2051

flächendeckenden, kooperativen Gesundheitsversorgung ausgebaut werden.

2052

Dabei ist die ambulante Versorgung sektorenübergreifend einzubeziehen, und

2053

vor allem im ländlichen Raum sind die Angebote der ambulanten und

2054

stationären Versorgung zu verknüpfen. Das Land muss seiner Verpflichtung zur

2055

Finanzierung der Krankenhausinvestitionen nachkommen.

2056

2057

Wir wollen:

2058

- verlässliche Gesundheitsversorgung auch in der nördlichen Peripherie,

2059

- eine sektorenübergreifende Versorgungsstruktur,

2060

- intersektorale Gesundheitszentren entwickeln,

2061

- einen Rettungsschirm für Krankenhäuser von 300 Mio. Euro vom Land,

2062

um die ausbleibende Investitionsförderung auszugleichen und weitere

2063

Insolvenzen und Schließungen zu verhindern,

2064

- mehr Studienplätze, den Numerus Clausus aufweichen und die

2065

Landeskinderförderung ausbauen,

2066

- eine bessere Verzahnung mit und den Ausbau von ambulanter

2067

Versorgung, also patientenorientierte Medizin (viele stationäre Eingriffe

2068

sind ambulant möglich, werden dann aber nicht oder geringer vergütet),

- 2069       • der Investitionsverpflichtung des Landes in Krankenhäuser endlich  
 2070 nachkommen und weitere Insolvenzen (Lungenklinik Ballenstedt,  
 2071 Krankenhäuser Pfeiffersche Stiftungen) verhindern.

2072

2073 **Künftige Versorgung im ländlichen Raum**

2074 Erforderlich sind neue Versorgungsmodelle, die eine sektorenübergreifende  
 2075 Versorgung, also eine Verzahnung des stationären mit dem ambulanten Sektor,  
 2076 zulassen. Dafür ist es erforderlich, die bisher rein stationären Einrichtungen zu  
 2077 ambulant-stationären Zentren bzw. perspektivisch in intersektorale  
 2078 Gesundheitszentren umzuwandeln. Dabei ist das Ziel, die vorhandenen  
 2079 stationären Einrichtungen künftig auch für mögliche wegbrechende ambulante  
 2080 Versorgungsbedarfe nutzbar zu machen. Die ambulant-stationären Zentren  
 2081 (ASZ) können dann auch in eine neue Beteiligungsstruktur überführt werden.  
 2082 Dabei ist sicherzustellen, dass sowohl das Land als auch die Kreise, Städte und  
 2083 Gemeinden die Möglichkeit haben, Anteilseigner der ASZ zu werden. Damit  
 2084 entwickeln sich die Akutkrankenhäuser zu regionalen Gesundheitszentren. Jede  
 2085 Bürgerin und jeder Bürger weiß, wohin sie/er sich im Krankheitsfall -  
 2086 unabhängig von Notdienstsprechstunden - wenden kann. In diese Planungen  
 2087 kann auch die zahnmedizinische Versorgung einbezogen werden. Ebenso ist es  
 2088 notwendig, die vorhandenen Einrichtungen der ambulanten und stationären

<b>ÄA-Nr. 20.1.</b>
Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis
Zeile 2087/288 wie folgt ergänzen:
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ebenso ist es notwendig, die vorhandenen Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege <i>sowie die Apotheken</i> in der Region mit einzubeziehen, um eine allumfassende Versorgung der Bevölkerung zu erreichen.</li> </ul>
<u>Begründung:</u> Apotheken sind häufig die erste Anlaufstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige. Sie übernehmen wichtige Aufgaben für die Arzneimittelversorgung, Beratung und Medikamentenmanagement und stehen häufig unter wirtschaftlichem Druck wegen steigender Kosten, Personalmangel und Versandhandel. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheits- und pflegerischen Infrastruktur und finden bisher im Wahlprogramm zu wenig Beachtung.
<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>

2089 Pflege in der Region mit einzubeziehen, um eine allumfassende Versorgung der  
 2090 Bevölkerung zu erreichen.

2091

2092 Wir engagieren uns für eine Verzahnung von ambulanter Gesundheits-  
 2093 versorgung mit Pflegeeinrichtungen.

2094

2095 Wir wollen:

- 2096       • dass die notwendigen Betriebskosten der Krankenhäuser von den  
 2097 Krankenkassen vollständig finanziert werden,

- 2098 • die Fallpauschalen vollständig abschaffen, um Gewinne und Verluste
- 2099 weitgehend unmöglich zu machen,
- 2100 • dass private Konzerne zwar weiterhin Krankenhäuser betreiben dürfen,
- 2101 aber ohne Gewinnmöglichkeit werden sie daran kein Interesse haben,
- 2102 • dass Krankenhäuser, die von privaten Betreibern aufgegeben werden, in
- 2103 die öffentliche Hand überführt werden und zu diesem Zweck Kommunen
- 2104 und Länder auf einen sogenannten Re-Kommunalisierungsfonds
- 2105 zugreifen können,
- 2106 • eine Strukturreform, die ambulante und stationäre Versorgung nicht mehr
- 2107 getrennt plant, sondern gemeinsam und sektorenübergreifend
- 2108 strukturiert,
- 2109 • die Versorgung der Menschen in Genthin und Havelberg über
- 2110 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) absichern,
- 2111 • verbesserte Arbeitsbedingungen mit mehr Personal, verlässlichen
- 2112 Dienstplänen, besseren Schichtzulagen und guten Personalschlüsseln für
- 2113 das Krankenhauspersonal, um die Versorgung und die
- 2114 Arbeitsbedingungen zu verbessern,
- 2115 • statt Fallpauschalen, DRG, eine Selbstkostendeckung, Kliniken sollen die
- 2116 tatsächlich entstandenen Kosten ohne die Möglichkeit, Gewinne zu
- 2117 erzielen oder Defizite zu erleiden, ersetzt bekommen,
- 2118 • eine Investitionsfinanzierung (Der Bund soll die Länder bei Investitionen
- 2119 unterstützen, etwa durch eine jährliche Pauschale von bis zu 2,5
- 2120 Milliarden Euro, um Neuanschaffungen, Umbauten und Modernisierungen
- 2121 zu finanzieren),
- 2122 • dass zentrale Versorgungszentren und Krankenhäuser aus öffentlicher
- 2123 Hand nach Bedarf und Qualität und nicht nach Marktmechanismen
- 2124 bezahlt werden,
- 2125 • dass Personalkosten nur bei Beschäftigung nach Tarifvertrag im eigenen
- 2126 Haus finanziert werden, um Outsourcing zu verhindern,
- 2127 • Krankenhäuser in öffentlicher (und gemeinnütziger) Hand, damit
- 2128 Konzerne wie AMEOS im Salzlandkreis nicht nach Umsatz
- 2129 kostenintensive Abteilungen (Notfallmedizin, Chirurgie, Geburtshilfe und
- 2130 Kindermedizin) schließen und Krankenhausplanung und Versorgung ad
- 2131 absurdum führen.

### 2132

### 2133 **Ambulante Versorgung im gesamten Land gewährleisten**

2134 Termine beim Facharzt zu bekommen, gestaltet sich zunehmend schwieriger.

2135 Arztpraxen sind besonders auf dem Land oft schlecht ohne Auto erreichbar und

2136 selten barrierefrei. Die Terminvereinbarung ist kompliziert, und die Wartezeit

2137 hängt vom Versichertenstatus ab. Die Linke tritt für eine gute,

2138 flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche

2139 Versorgung in Stadt und Land ein. Wir wollen kommunale Versorgungszentren

2140 als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern. Sie sollen

2141 zentrale Anlaufstelle für Patient:innen sein und die ambulante Versorgung mit

2142 akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-)

- 2143 pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden.  
 2144  
 2145 In vielen Regionen und Stadtteilen gibt es kaum noch niedergelassene  
 2146 Ärzt:innen, während sich die Angebote in innenstadtnahen und wohlhabenden  
 2147 Wohnlagen ballen. Niedergelassene Ärzt:innen haben auch durch die Zwei-  
 2148 Klassen-Medizin das strukturelle Interesse, Praxen in bessere Wohngegenden  
 2149 zu verlagern. Die Versorgungsbezirke müssen kleiner bemessen und von  
 2150 Ländern und Kommunen bestimmt werden.  
 2151  
 2152 Was wir wollen:
- 2153 • Apotheker:innen, Pflegekräfte, Therapeut:innen, Hebammen,  
 2154 medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter:innen bringen ihre  
 2155 speziellen Kompetenzen mit und sind für eine gute Versorgung  
 2156 unentbehrlich. Sie sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und  
 2157 beraten können. Wir wollen die Befugnisse der Heilberufe ausweiten und  
 2158 eine flächendeckende Versorgung gewährleisten.
  - 2159 • Wir sichern Notfall- und Basisversorgung für alle Menschen in und um  
 2160 Havelberg, Genthin und für Kinder in und um Gardelegen.
  - 2161 • Wir führen eine Landes-Kinderarztquote ein.
  - 2162 • Wir verhindern zahnärztliche und kieferorthopädische Unterversorgung –  
 2163 führen eine Landeszahnarztquote ein und entwickeln mehr  
 2164 Weiterbildungsangebote.
  - 2165 • Wir verhindern, dass private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private-  
 2166 Equity-Unternehmen) in großem Stil in Pflegeeinrichtungen und  
 2167 medizinische Versorgungszentren (MVZ) investieren, sie auf Profite  
 2168 trimmen und teuer weiterverkaufen.
  - 2169 • Wir unterstützen inhaberbetriebene MVZ, statt Konzernen und Investoren  
 2170 den Vortritt zu lassen und Zweigniederlassungen auszubauen.
  - 2171 • Wir wollen gefährliche Lücken bei Datenschutz und Datensicherheit in  
 2172 der elektronischen Patientenakte schließen. Sie soll ausschließlich der  
 2173 Verbesserung der Behandlung dienen.
  - 2174 • Wir wollen die öffentliche Förderung von Open-Source-Anwendungen.  
 2175 Für digitale Gesundheitsanwendungen brauchen wir wissenschaftliche  
 2176 Bewertungsverfahren.
  - 2177 • Wir wollen den Einsatz von Medimobil und Telemedizin für ambulante  
 2178 medizinische Versorgung auf dem Land.

**ÄA-Nr. 20.2.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis

Zeile 2176

folgenden Punkt neu einfügen:

- *Wir wollen, dass das Netz der stationären Apotheken vor allem in ländlichen Regionen erhalten bleibt und wir setzen uns für eine auskömmliche Honorierung der Leistungen der Apotheken ein.*

Begründung:

Apotheken sind häufig die erste Anlaufstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige. Sie übernehmen wichtige Aufgaben für die Arzneimittelversorgung, Beratung und Medikamentenmanagement und stehen häufig unter wirtschaftlichem Druck wegen steigender Kosten, Personalmangel und Versandhandel. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheits- und pflegerischen Infrastruktur und finden bisher im Wahlprogramm zu wenig Beachtung.

#### **Der Landesvorstand übernimmt.**

- 2179 • Wir wirken dem Fachärztemangel durch weitere Landarztquoten, wie
- 2180 bspw. für Kinder- und Zahnärzte, entgegen.
- 2181 • Wir bauen Haltefaktoren und Unterstützung für Landeskinder aus.

2182

2183 Wir engagieren uns für eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung.

2184 Dafür muss der Bund sektorenübergreifende Behandlung und regionale

2185 Grundversorgung verlässlich und ausreichend finanzieren und sektorenüber-

2186 greifendes Arbeiten in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand gesetzlich

2187 möglich machen.

#### **2188 Wir sind der Pol der Hoffnung**

##### **ÄA-Nr. 46.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale) und Kreisverband Jerichower Land

*Einfügen in Zeile 2187, als eigenständiges Kapitel:*

##### **Pflegebedürftigkeit darf nicht arm machen!**

In Sachsen-Anhalt leben rund 200.000 Menschen mit Pflegegrad, etwa 58.000 Menschen arbeiten in der Pflege. Das bedeutet, mehr als jede zehnte Person in unserem Land ist unmittelbar vom Pflegesystem betroffen. Pflegenden Angehörigen sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Pflege ist keine Randfrage der Sozialpolitik, sie ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und der öffentlichen Verantwortung.

Trotzdem erleben wir seit Jahren eine politische Fehlsteuerung.

Explodierende Pflegekosten stellen viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen vor existentielle Herausforderungen. In den letzten sechs Jahren hat sich der Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz beinahe verdoppelt. Immer mehr Menschen werden dadurch finanziell überfordert oder sind auf Sozialhilfe angewiesen. Der durchschnittliche Eigenanteil übersteigt die durchschnittliche Nettorente in Sachsen-Anhalt deutlich.

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht durch Pflegekosten in die Armut gedrängt werden. Pflege ist keine Ware, sondern Teil der Daseinsvorsorge.

Auch in der ambulanten Pflege wächst die Unterversorgung. Die Pflegesachleistungen steigen nicht im gleichen Maß wie die tatsächlichen Kosten der Pflegeleistungen. Die Finanzierungslücke müssen die Betroffenen selbst tragen. Viele sind gezwungen, ihr Pflegegeld für den eigenen Lebensunterhalt einzusetzen, weil die Rente nicht reicht. Das bedeutet konkret, dass notwendige Pflege nicht in vollem Umfang erbracht werden kann.

Selbst in der Tagespflege, die Angehörige dringend entlasten soll, können sich viele die Eigenanteile nicht mehr leisten. Wenn selbst Entlastungsangebote unerschwinglich werden, läuft das System in die falsche Richtung.

Gleichzeitig halten Pflegekräfte und Angehörige die Versorgung oft über ihre eigenen Belastungsgrenzen hinaus aufrecht. Ein System, das auf Überlastung und Selbstaufopferung basiert, ist kein stabiles System, sondern ein politisches Versäumnis.

Wir wollen:

- eine solidarische Pflegevollversicherung auf Bundesebene, damit pflegebedingte Eigenanteile abgeschafft werden.
- die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung von Kapitalerträgen in die Beitragsbemessung, damit starke Schultern mehr tragen.
- ein Landespflegegeld von mindestens 1500 Euro pro Jahr einführen.
- das Sachsen-Anhalt die Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen vollständig übernimmt. Öffentliche Verantwortung darf nicht auf Pflegebedürftige abgewälzt werden.
- Pflegeeinrichtungen konsequent in öffentliche oder gemeinnützige Trägerschaft überführen, um der Privatisierung so ein Ende zu setzen. Damit Gesundheit nicht zum Spekulationsobjekt wird!
- gute Arbeitsbedingungen, eine Angleichung an das westdeutsche Lohnniveau, verbindliche Tarifbindung und eine verlässliche Personalbemessung. Pflege darf nicht länger auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten funktionieren.

### **Wir sind der Pol der Hoffnung!**

#### Begründung:

Sachsen-Anhalt ist das Bundesland mit der ältesten Bevölkerung in Deutschland: Mit einem Durchschnittsalter von 48,1 Jahren liegt das Land rund vier Jahre über dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig wird Pflege im Wahlprogramm zwar sprachlich aufgegriffen, aber inhaltlich nicht ausreichend adressiert.

Im Wahlprogramm kommt das Wort Pflege 35-mal vor, in 8 Fällen ohne Bezug zur Versorgung Pflegebedürftiger, zu Patientinnen oder zu den Arbeitsbedingungen in der Pflege (z. B. Überschriften, Inhaltsverzeichnis, Landschaftspflege, etc.). Pflege umfasst nicht nur die Versorgung von Patientinnen im Krankenhaus oder Fragen der Fachkräfteausbildung, Bezahlung und ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Es geht auch um die finanzielle Bezahlbarkeit von Pflege und die Entlastung der Menschen, die Care-Arbeit – häufig unbezahlt – leisten.

Aus unserer Sicht ist klar: Die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen darf nicht in die eigene Altersarmut führen. Der durchschnittliche Eigenanteil in Pflegeheimen hat sich seit 2019 nahezu verdoppelt – von etwa 1.450 Euro monatlich auf derzeit rund 2.720 Euro. Gleichzeitig lag das Medianeinkommen in Sachsen-Anhalt in 2024 bei 3.353 Euro brutto. Nach Abzügen kann man davon ausgehen, dass das mediane Nettoeinkommen je nach Steuerklasse unter dem durchschnittlichen Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz liegt. Pflegebedürftigkeit darf nicht arm machen – weder die Betroffenen selbst noch ihre Angehörigen.

Daraus folgt für unser politisches Tun: Ein glaubwürdiges Pflegekapitel im Wahlprogramm muss die Begrenzung von Eigenanteilen, wirksame Landeszuschüsse (z. B.

Landespflegegeld und die Übernahme von Investitionskosten), bessere Absicherung pflegender Angehöriger und verlässliche Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege abdecken.

Für eine langfristig leistbare und gut ausgestattete Pflege ist es notwendig, die Einrichtungen aus privatwirtschaftlicher in öffentliche Trägerschaft zu übertragen. Die Kosten die für Bürger\*innen durch die Rendite mit der Gesundheit anfallen, zeigen sich nicht zu letzte bei überdurchschnittlich hohen Investitionskosten in Einrichtungen mit privaten Trägern.

Pflegebedürftigkeit darf nicht Arm machen!

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2189

## 2190 **Ein würdevolles Leben im Alter**

2191

2192 Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern mit einer besonders hohen  
2193 Anzahl älterer Menschen. Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt,  
2194 dass die Bevölkerung hier stark altert. Aktuellen Statistiken zufolge sind rund  
2195 28,6 Prozent der Einwohner:innen über 65 Jahre alt, was über dem  
2196 Bundesdurchschnitt liegt. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die  
2197 Gesellschaft, das Gesundheitswesen und die Infrastruktur.

### **ÄA-Nr. 45.2.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale)

Einfügung in Zeile 2196

*Die enorme finanzielle Belastung durch Pflegekosten, stellt viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zunehmend unter enormen Druck. Hier braucht es schnelle Entlastungen und langfristige Perspektiven um ein Altern ohne Zukunftsängste zu ermöglichen.*

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2198

2199 Um auf die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung einzugehen, haben viele  
2200 Kommunen in Sachsen-Anhalt Initiativen ins Leben gerufen. Dazu gehören  
2201 senior:innengerechte Wohnprojekte, Freizeitangebote, aber auch Informations-  
2202 veranstaltungen zu Themen wie Gesundheit und Prävention.

### **ÄA-Nr. 47.4.**

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

*Streichen der Leerzeile 2201*

#### Begründung

Der folgende Absatz gehört zum vorangegangenen.

**redaktionell**

2203

2204 Leider fehlt es in den meisten Regionen an einer verlässlichen Finanzierung  
2205 dieser Projekte, so dass sie nicht dauerhaft eingesetzt werden können.  
2206

### **ÄA-Nr. 47.5.**

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

Einfügen nach Zeile 2204:

- a) *Wir wollen*
- *ein Seniorenmitwirkungsgesetz für Sachsen-Anhalt, weil selbstbestimmtes Leben eben auch Mitbestimmung bedeutet. Seniorenvertretungen auf Landes- und kommunaler Ebene brauchen eine rechtliche und finanzielle Stärkung.*
- b) *hier einfügen: Punkte aus den Zeilen 1814 bis 1821*

Begründung

zu a) Sachsen-Anhalt ist ein alterndes Land. Es bedarf daher der demokratischen Mitwirkung von Senior:innen auf kommunaler und Landesebene, denn sie wissen selbst am besten, was sie im Alter und beim Älterwerden brauchen. Den Seniorenvertretungen des Landes, der Kreise und Kommunen sollte in den Parlamenten ein Rede- und Vorschlagsrecht in seniorenpolitischen Angelegenheiten

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise – Streichung des Satzes am Ende des Punktes.**

**ÄA-Nr. 47.6.**

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

*Zeilen 2205 bis 2208 hier streichen und einfügen ab Zeile 2257*

Begründung

Der Text passt (trotz teilweiser inhaltlicher Wiederholung) besser in den Absatz Digitalisierung.

2207 Eine weitere Herausforderung besteht in der digitalen Kluft. Viele Senior:innen  
 2208 haben Schwierigkeiten, neue Technologien zu nutzen, was ihre Teilhabe am  
 2209 gesellschaftlichen Leben beeinträchtigt.

2210 Wir wollen das ändern!

2211

2212 **Wohnen**

2213 Senior:innen benötigen oft mehr Unterstützung und barrierefreie Lebensräume,  
 2214 um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Eine zentrale Maßnahme ist  
 2215 die Verbesserung der Wohnbedingungen durch angepasste Wohnungen und  
 2216 Förderprogramme.

2217

2218 Wir wollen:

- Förderung des altersgerechten Umbaus von Wohnungen,
- Vereinfachung von Wohngeldanträgen,
- Wohnungstausch (aktuelle Wohnungen gegen kleinere, barrierefreie Modelle tauschen),
- Förderung betreuter Wohnformen im ländlichen Raum.

2224

2225 **ÖPNV**

2226 In Sachsen-Anhalt spielt der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine  
 2227 entscheidende Rolle für die Mobilität von Senior:innen. Viele ältere Menschen  
 2228 sind auf Busse und Bahnen angewiesen, um zu Ärzt:innen, Geschäften oder  
 2229 kulturellen Veranstaltungen zu gelangen.

2230

- 2231 Wir wollen:  
 2232 • Ausbau und Anpassung des öffentlichen Nahverkehrs,  
 2233 • barrierefreie Haltestellen und Fahrzeuge,

<b>ÄA-Nr. 19.3.</b>
Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis
Zeilen 2232/2233 ersetzen durch:
• <i>Einführung von kostenfreien „Senioren-Tickets“</i>
<b>zurückgezogen</b>

- 2234 • Einführung von „Senioren-Tickets“ oder ermäßigten Tarifen für ältere  
 2235 Menschen,  
 2236 • Ausbau Rufbusse im ländlichen Raum (Erweiterung des Modells  
 2237 „harzbewegt- Taxi“ auf andere Landkreise).  
 2238

2239 **Soziale Isolation**

2240 Soziale Isolation ist ein ernstzunehmendes Problem, das viele Senioren:innen  
 2241 betrifft. Im Alter ziehen sich viele Menschen aus verschiedenen Gründen  
 2242 zurück. Oft sind es der Verlust von Angehörigen, das Nachlassen körperlicher  
 2243 Fähigkeiten oder auch der Umzug in eine Pflegeeinrichtung, der die sozialen  
 2244 Kontakte stark einschränkt. Die Folgen dieser Isolation können gravierend sein:  
 2245 Einsamkeit, Depressionen und gesundheitliche Probleme sind häufige Begleiter.  
 2246 Zudem kann die mangelnde soziale Interaktion negative Auswirkungen auf die  
 2247 kognitive Gesundheit haben.  
 2248

2249 Wir wollen:

- 2250 • eine Informationskampagne über Unterstützungsangebote entwickeln,  
 2251 • den Ausbau lokaler Treffpunkte, Freizeitangebote und Hilfsdienste,  
 2252 • die Förderung und Erweiterung von Begegnungsstätten (barrierefrei) und  
 2253 offener Treff's,  
 2254 • die Unterstützung der Modelle Nachbarschaftshilfe und Senior:innen-  
 2255 assistenz mit Beratungsangeboten,  
 2256 • Patenschaften für Alleinstehende fördern.  
 2257

2258 **Digitalisierung**

2259 In der heutigen, zunehmend digitalen Welt stehen viele Senior:innen vor der  
 2260 Herausforderung, mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten. Die  
 2261 Digitalisierung bietet zahlreiche Vorteile, von der Kommunikation über soziale  
 2262 Medien bis hin zu Online-Banking und Telemedizin. Doch oft fühlen sich ältere  
 2263 Menschen von dieser rasanten Veränderung ausgeschlossen.  
 2264

2265 Wir wollen:

- 2266 • Förderprogramme und Initiativen, um den Zugang zu kostenloser  
 2267 Hardware und Internetdiensten für sozial benachteiligte Senior:innen zu  
 2268 gewährleisten,

- 2269 • Erweiterung von Schulungsangeboten im Umgang mit modernen
- 2270 Technologien,
- 2271 • Aufbau „digitaler Nachbarschaften“ (junge Leute oder Ehrenamtliche
- 2272 unterstützen Senior:innen)
- 2273 • begleitete Nutzung von Geräten: Bereitstellung von Tablets oder
- 2274 Computern, die leicht zu bedienen sind.

2275

2276 Nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir dafür sorgen, dass  
 2277 Senior:innen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihre Stimmen  
 2278 Gehör finden. Es liegt in unserer Verantwortung, eine inklusive Zukunft zu  
 2279 gestalten.

**ÄA-Nr. 47.7.**

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

*Zeilen 2205 bis 2208 hier streichen und einfügen ab Zeile 2257 nach Zeile 2277 soll eingefügt werden:*

*Trotz aller Bemühungen, ältere und eingeschränkte Menschen in unserer digitalen Welt mitzunehmen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, muss ein Recht auf analoge Kommunikation verpflichtend gesichert werden.*

Begründung

Viele ältere und in ihrem Tun eingeschränkte Menschen haben große Probleme damit, mit dem technischen und digitalen Fortschritt in unserer Gesellschaft zurechtzukommen oder bewältigen diesen trotz angebotener Hilfe nicht. Ihnen muss trotzdem, vor allem in öffentlichen Einrichtungen, ein analoges Leben ermöglicht werden.

2280 **Wir sind der Pol der Hoffnung!**

2281

2282 **Kinder- und Jugendarmut bekämpfen**

2283

2284 Wir wollen, dass Teilhabe Alltag wird: Hilfe, die antwortet; Wege, die kurz sind;  
 2285 Kosten, die niemanden ausschließen. Kinderrechte gelten im Leben, nicht nur  
 2286 auf Papier. Wir denken Politik vom Familienalltag her: verständlich, verlässlich,  
 2287 statusunabhängig und migrationssensibel – im Dorf wie im Stadtteil. So entsteht  
 2288 die Ruhe, die Lernen und Mitmachen brauchen, und die Zuversicht, die ein Land  
 2289 stark macht.

2290

2291 **Gesundheit und Schutz zuerst**

2292 Hilfe muss früh ankommen und verlässlich sein: eine gut erreichbare erste  
 2293 Anlaufstelle, klare Fristen und saubere Übergaben zwischen Jugendhilfe,  
 2294 Öffentlichem Gesundheitsdienst (ÖGD), Schule und – wenn nötig – Gericht.  
 2295 Frühe Hilfen und Lotsen in die psychische Versorgung fangen auf, bevor Krisen  
 2296 groß werden; multiprofessionelle Teams in Kita und Schule geben Stabilität.  
 2297 Entscheidungen sind kindgerecht, verständlich und überprüfbar; bei häuslicher  
 2298 Gewalt gilt Schutz zuerst, Umgang wird so geregelt, dass Kinder sich sicher  
 2299 fühlen. Zugänge sind niedrigschwellig, traumainformiert und mehrsprachig –  
 2300 auch für neu zugewanderte Familien und in Unterkünften.

2301

2302 Wir wollen:

- 2303 • Erstkontakt und Rückmeldung sichern – eine erreichbare erste Anlauf-
- 2304 stelle (Telefon, online, vor Ort) mit klaren Fristen,
- 2305 • die Übergaben verbindlich regeln – zwischen Jugendhilfe, ÖGD, Schule
- 2306 und, wo nötig, Familiengericht,
- 2307 • ÖGD zum Präventionsknoten machen – Lotsenstellen in die psychische
- 2308 Versorgung, frühe Hilfen inkl. Familienhebammen landesweit stärken,
- 2309 • kindgerechte Verfahren verankern – Kinder werden gehört, Beschlüsse
- 2310 verständlich erklärt, Fristen eingehalten,
- 2311 • Kinderschutz konsequent machen – bei häuslicher Gewalt gilt Schutz zu-
- 2312 erst, Umgang wird sicher geregelt, bei Bedarf begleitet,
- 2313 • multiprofessionelle Teams in Kita und Schule als Schutzanker stabil
- 2314 einsetzen,
- 2315 • erst die Behandlung, dann die Fragen sicherstellen – Versorgung von Kin-
- 2316 dern/Jugendlichen auch ohne Krankenversicherung, Kostenübernahme
- 2317 klären,
- 2318 • in Vereinen/Jugendzentren eine verbindliche Vertrauensperson als nied-
- 2319 rigschwellige Ansprechstelle etablieren,
- 2320 • Zugänge ohne Hürden garantieren – in einfacher Sprache, traumainfor-
- 2321 miert und mehrsprachig, statusunabhängig, auch in Unterkünften.

2322

2323 Ein Land, in dem Hilfe antwortet, bevor es brennt: Kinder sind sicher, Eltern  
2324 schlafen ruhiger, weil eine Nummer, ein Mensch, ein Weg trägt. Entscheidungen  
2325 sind kindgerecht und verständlich – auch für neu zugewanderte Familien. So  
2326 wird aus Angst wieder Alltag.

2327

### 2328 **Kinderrechte und Beteiligung verbindlich**

2329 Kinderrechte wirken, wenn Beteiligung Standards hat und Antworten kommen.

2330 Vor wichtigen Vorhaben zeigen kurze, verständliche Folgenprüfungen, was

2331 Entscheidungen für Kinder bedeuten. Unabhängige Beschwerdewege sind

2332 sichtbar – telefonisch, online, vor Ort und auch in Unterkünften.

2333 Jugendparlamente mit Antrags-, Rede- und Budgetrechten sowie Heimräte

2334 geben Mitsprache dort, wo sie gebraucht wird; Politik ist jugendgerecht digital

2335 erreichbar. Informationen sind klar und inklusiv, Verfahren statusunabhängig.

2336

2337 Wir wollen:

- 2338 • landesweite Mindeststandards für Beteiligung festlegen – mit verbindli-
- 2339 chen Rückmeldefristen, öffentlich nachlesbar,
- 2340 • kurze, verständliche Kinder-Folgenprüfungen vor wichtigen Beschlüssen
- 2341 von Land/Kommunen veröffentlichen,
- 2342 • unabhängige Beschwerdewege (Telefon, online, vor Ort) sichtbar ma-
- 2343 chen – mit klaren Fristen, auch in Unterkünften,
- 2344 • Jugendparlamente stärken – Antrags-, Rede- und Budgetrechte; Heim-
- 2345 räte bis hin zum Landesheimrat,

- 2346 • jugendgerechte digitale Erreichbarkeit sichern – Informationen einfach
- 2347 und mehrsprachig,
- 2348 • Statusunabhängigkeit in allen Verfahren garantieren.

2349

2350 Kinderstimmen zählen sichtbar: Entscheidungen erklären sich, Rückmeldungen  
 2351 kommen, Beschwerde ist möglich ohne Hürde. Politik findet auf Augenhöhe  
 2352 statt – einfach, nachvollziehbar, zeitnah. So wächst Vertrauen und Beteiligung  
 2353 verändert die Dinge.

2354

2355 **Freiräume sichern und erweitern**

2356 Offene Orte geben Halt und Zugehörigkeit: Jugendclub, Sport, Musik, Bibliothek  
 2357 – verlässlich geöffnet, mit stabilen Teams und ohne Antragsstress. Wo Raum  
 2358 fehlt, wird Leerstand zum Freiraum, gemeinsam mit Jugendlichen gestaltet;  
 2359 Schule, Vereine und Kultur ziehen an einem Strang. Schullandheime und  
 2360 Ferienangebote gehören dazu, unabhängig vom Geldbeutel; wo Wohnen  
 2361 brüchig ist, halten Übergangswohnen und Beratung den Anschluss an Schule  
 2362 und Ausbildung. Zugänge sind einfach und mehrsprachig – auch für Kinder und  
 2363 Jugendliche in Unterkünften.

2364

2365 Wir wollen:

- 2366 • verlässliche Öffnungszeiten (auch abends und in den Ferien), stabile
- 2367 Teams und sichere Räume gewährleisten – ohne Antragsstress,
- 2368 • Kooperationen mit Schule, Vereinen und Kultur verbindlich vereinbaren
- 2369 und sichtbar leben,
- 2370 • Leerstand zu Freiräumen machen – mit Jugendlichen gestalten und nut-
- 2371 zen, auch in engen Quartieren,
- 2372 • Schullandheime und Ferien als feste Säule sichern – Teilnahme unabhän-
- 2373 gig vom Geldbeutel,
- 2374 • Übergangswohnen und Beratung bereitstellen, wo Wohnen brüchig ist –
- 2375 Anschluss an Schule/Ausbildung halten,
- 2376 • Kinder- und Jugendring sowie Jugendverbände finanziell stärken, damit
- 2377 Angebote verlässlich sind,
- 2378 • Zugang ohne Nachweispflichten (keine ID-Pflicht) ermöglichen – Teil-

**ÄA-Nr. 23.4.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis, Kreisverband Stendal

Zeile 2377/2378

wie folgt ergänzen:

[...] Bürokratie für Familien senken *mit Unterstützung von mobilen „Bürokratie-Lot-*  
*sen“*,

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 2379 • nahme an offenen Angeboten ohne formale Kriterien; Bürokratie für Fami-
- 2380 lien senken,
- 2381 • Zugänge einfach, mehrsprachig, statusunabhängig machen – auch für
- 2382 Kinder/Jugendliche in Unterkünften.

2383

2384 In jedem Viertel geht eine Tür auf: Orte, an denen man gern bleibt, Teams, die  
2385 verlässlich sind, Teilhabe ohne Nachweise. Ferien und Schullandheime enden  
2386 nicht am Geldbeutel. So entsteht Zugehörigkeit – und aus Mitmachen wird  
2387 Dabeibleiben.

2388

### 2389 **Materielle und digitale Teilhabe – mit Kindergrundsicherung und**

### 2390 **Landeshebel**

2391 Teilhabe gelingt, wenn Kosten nicht trennen und Digitales keine neue Grenze  
2392 bildet. Darum wird Grundausstattung zur Regel: Mittagessen, Beiträge, Fahrten,  
2393 Materialien – und die digitale Basis aus geeignetem Gerät, verlässlicher  
2394 Verbindung und Begleitung. Bibliotheken sind der kostenfreie Basiszugang;  
2395 beim Schulesen gelten nachvollziehbare Qualitätsstandards. Zugänge sind  
2396 einfach, ohne Stigma und statusunabhängig – auch für Kinder nach dem  
2397 Asylbewerberleistungsgesetz. Gleichzeitig dringen wir im Bund auf eine  
2398 armutsfeste, sanktionsfreie, einfache Kindergrundsicherung. Bis sie wirkt,  
2399 schließt der Landes-Kinderteilhabe-Ausgleich die Lücke zur fachlich  
2400 empfohlenen Bedarfsschwelle – nicht anrechenbar und degressiv, sobald die  
2401 Bundeslösung greift.

2402

2403 Wir wollen:

- 2404 • Grundausstattung zur Regel machen – Mittagessen, Beiträge, Fahrten,  
2405 Materialien unbürokratisch sichern.
- 2406 • die digitale Basis gewährleisten – Gerät, verlässlichen Internetzugang und  
2407 Begleitung im sicheren, klugen Umgang,
- 2408 • Bibliotheken als kostenfreien Basiszugang für Lesen, Lernen, Digitales  
2409 verankern,
- 2410 • einen Qualitätsrahmen Schulesen einführen und sichtbar überprüfen,  
2411 • im Bund eine Kindergrundsicherung voranbringen – armutsfest, sankti-  
2412 onsfrei, einfach, statusunabhängig, ohne Anrechnung, einschließlich Kin-  
2413 der nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zugang niedrigschwellig,  
2414 ohne Stigma,
- 2415 • den Kinderteilhabe-Ausgleich als Landeshebel einführen – Lücke zur Be-  
2416 darfsschwelle schließen, nicht anrechenbar, einschließlich Kinder nach  
2417 dem Asylbewerberleistungsgesetz, degressiv mit Einführung der Bundes-  
2418 KGS.

2419

2420 Kosten trennen nicht mehr: Grundausstattung kommt an, Digitales ist  
2421 selbstverständlich, ohne Stigma. Heute entlasten wir automatisch, morgen legt  
2422 die Kindergrundsicherung das Fundament – und bis dahin schließt das Land die  
2423 Lücke, für alle Kinder, auch in Unterkünften.

### 2424 **Wege und Nähe – mobil und sicher erreichbar**

2425 Wer mitmachen soll, muss gut hinkommen: Jugendorte in 15 Minuten  
2426 erreichbar, Bus und Bahn passend zu Schule, Ausbildung und Freizeit – auch  
2427 abends und am Wochenende. Sichere Rad- und Schulwege mit durchgehenden,  
2428 geschützten Routen, guten Querungen, Beleuchtung, Winterdienst sowie

2429 Abstellplätzen schaffen Selbstständigkeit. Mobilität bleibt bezahlbar – mit dem  
2430 Ziel eines günstigen Jugendtickets bzw. Nulltarifs. Unterkünfte am Rand  
2431 werden mitgedacht, Informationen sind leicht zu finden und mehrsprachig.

2432

2433 Wir wollen:

- 2434 • Nähe sichern – in jedem Ortsteil mindestens einen Jugendort in ca. 15 Mi-  
2435 nuten erreichbar, wo das fehlt: mobiles Angebot vor Ort,
- 2436 • verlässliche Verbindungen schaffen – Bus/Bahn auf Stundenplan und  
2437 Vereinszeiten abstimmen, auch abends und am Wochenende, Schul-/  
2438 Praktikumswege ohne Auto ermöglichen,
- 2439 • Bezahlbarkeit garantieren – dauerhaft günstige Jugendmobilität bis hin  
2440 zum Jugendticket bzw. Nulltarif als Ziel,
- 2441 • sichere Radwege für Kinder und Jugendliche ausbauen – durchgehende,  
2442 geschützte Routen, gut sichtbare Querungen, Beleuchtung/Winterdienst,  
2443 Abstellanlagen an Schule/Jugendort und Haltestelle,
- 2444 • sichere Schulwege stärken – Tempo 30, gut markierte Querungen, weni-  
2445 ger Elterntaxis, mehr Selbstständigkeit,
- 2446 • Unterkünfte mitdenken – Haltepunkte/Infos/Zeiten so legen, dass Kinder  
2447 in Unterkünften ihre Ziele genauso gut erreichen, Hinweise mehrsprachig.

2448

2449 Teilnahme ist der kürzeste Weg: Jugendorte in 15 Minuten, sichere Rad- und  
2450 Schulwege, bezahlbare Tickets. Distanzen schrumpfen, Möglichkeiten wachsen  
2451 – auch am Rand und in Unterkünften. So wird Mitmachen zur einfachsten  
2452 Option.

2453

### 2454 **Transparenz, Präventionsketten und Kinderrechts-Budget**

2455 Gute Politik zeigt, was wirkt, und steuert nach. Ein jährliches Teilhabe-Bild  
2456 macht Angebote, Reichweiten, Lücken, Wegezeiten und Sprachzugänge  
2457 sichtbar – ohne zu stigmatisieren, mit besonderem Blick auf Kinder in  
2458 Unterkünften. Präventionsketten regeln Zuständigkeiten, Fristen und  
2459 Ansprechstellen, damit Hilfe nicht im Kreis läuft. Mittel folgen Bedarf und  
2460 Erreichbarkeit. Ein Kinderrechts-Budget macht im Haushalt erkennbar, wo  
2461 Gelder Teilhabe verbessern. Wo Orte fehlen, sorgt ein Investitionspfad für  
2462 Klarheit: benennen, finanzieren, terminieren – mit Tarifbindung für stabile  
2463 Teams.

2464

2465 Wir wollen:

- 2466 • ein jährliches Teilhabe-Bild in jeder Kommune/jedem Landkreis veröffent-  
2467 lichen – einfach und öffentlich (Angebote, Reichweite, Lücken, Wirkung,  
2468 Wegezeiten, Kostenhürden, Sprachzugang, Erreichbarkeit von Unter-  
2469 künften),
- 2470 • Präventionsketten verbindlich machen – Zuständigkeiten, Fristen, feste  
2471 Ansprechstellen, spürbar weniger Hin-und-Her.
- 2472 • Mittel nach Bedarf verteilen – nach sozialer Lage und Erreichbarkeit, jähr-  
2473 liche Nachsteuerung begründen,

- 2474 • ein Kinderrechts-Budget im Haushalt kennzeichnen – nachvollziehbar, welche Mittel Teilhabe verbessern,
- 2475
- 2476 • einen Investitionspfad festlegen – fehlende Orte (z.B. Jugendclub, Jugendbildungsstätte) benennen, finanzieren, terminieren – mit Zeitleiste je Region,
- 2477
- 2478
- 2479 • Gute Arbeit sichern – Tarifbindung in geförderten Angeboten, stabile Teams,
- 2480
- 2481 • Lücken schließen – Nichtinanspruchnahme erheben/abbauen, Wegezeiten messen/verkürzen,
- 2482
- 2483 • migrationssensibel und ohne Stigma auswerten – Kinder in Unterkünften ausdrücklich erfassen, ohne zu stigmatisieren.
- 2484
- 2485

2486 Klarheit schafft Vertrauen: Jährlich wird sichtbar, was wirkt und wo  
 2487 nachzulegen ist, Mittel fließen dorthin, wo sie am meisten helfen. Lücken  
 2488 schließen wir Schritt für Schritt, ohne Stigma – nachvollziehbar und gerecht.

**ÄA-Nr. 22**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis

Ab Zeile 2487

Einen neuen Abschnitt wie folgt einfügen:

**Kein Mensch bleibt zurück - Für ein barrierefreies Sachsen-Anhalt**

Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder eingeschränkter Mobilität haben dasselbe Recht auf Teilhabe wie alle anderen. Doch die Realität in Sachsen-Anhalt sieht oft anders aus: Bushaltestellen ohne abgesenkte Bordsteine, Behörden ohne Aufzug, Wahllokale ohne Induktionsschleifen, Arztpraxen ohne rollstuhlgerechten Eingang und Bahnhöfe mit unzureichenden taktilen und visuellen Leitsystemen. Die Linke steht für eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird.

Wir fordern:

- Barrierefreiheit als verbindliches Recht, nicht als Kann-Regelung<sup>1</sup>
- Öffentlicher Nahverkehr für alle, das bedeutet ein verbindliches Ausbauprogramm für alle Haltestellen des ÖPNV mit taktilen Leitsystemen, Blindenschrift an Fahrplanaushängen, akustischen Ansagen und stufenlosem Einstieg<sup>2</sup>
- Wohnen muss sicher und selbstbestimmt sein und dementsprechend barrierefrei
- Digitale Barrierefreiheit<sup>3</sup>
- Gleichberechtigte Chancen bei Bildung und Arbeit<sup>4</sup>
- Betroffene sollen mitbestimmen<sup>5</sup>

Barrierefreiheit ist kein Luxus und keine Gefälligkeit. Sie ist eine Frage der Menschenwürde und des Grundgesetzes. Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Wir nehmen den Verfassungsauftrag ernst.

Kein Mensch bleibt zurück.

\*1 Das geltende Behindertengleichstellungsgesetz Sachsen-Anhalt (BGG LSA) enthält zu viele Öffnungsklauseln und Absichtserklärungen. Dieses muss überarbeitet werden, sodass

Barrierefreiheit als einklagbares Individualrecht verankert wird. Wer an einem nicht barrierefreien Gebäude der öffentlichen Verwaltung scheitert, muss das Recht haben, diesen Mangel unmittelbar geltend zu machen (Aufnahme der Regelung ins BGG LSA: „Träger öffentlicher Gewalt sind verpflichtet, ihre Angebote, Einrichtungen und Kommunikationsmittel bis zum 31. Dezember 2030 vollständig barrierefrei zu gestalten. Betroffene Personen haben einen individuellen Anspruch auf Herstellung der Barrierefreiheit sowie auf Schadensersatz bei nachweisbarer Benachteiligung. Die Beweislast liegt beim Träger öffentlicher Gewalt.“)

\*2 Personenbeförderungsgesetz auf Landesebene sollte konkretisiert werden, so das

Konzessionsvergaben an Verkehrsunternehmen zwingend an die Einhaltung vollständiger Barrierefreiheit geknüpft werden.

\*3 Alle digitalen Angebote (von KFZ-Zulassung bis zum Bildungsportal) der WCAG 2.1 auf

Konformitätsstufe AA entsprechen müssen. Die Einhaltung ist regelmäßig durch eine unabhängige Stelle zu prüfen. Behörden, die diese Standards nicht erfüllen, müssen einen verbindlichen Nachbesserungsplan vorlegen.

\*4 Schulgebäude müssen barrierefreie Lernorte sein und Lehrkräfte erhalten eine verpflichtende Ausbildung in inklusiver Pädagogik. Auf dem Arbeitsmarkt soll die Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber, die die Beschäftigungspflicht für Menschen mit Schwerbehinderung nicht erfüllen, auf Landesebene durch verstärkte Kontrolle und konsequente Ahndung zur tatsächlichen Wirksamkeit gebracht werden.

\*5 Partizipation. Gesetze für Menschen mit Behinderungen dürfen nicht ohne sie gemacht werden. Wir fordern die gesetzliche Verankerung eines Landesbeirats für Inklusion und Barrierefreiheit mit echten Mitbestimmungsrechten. Dieser Beirat soll aus Vertreter:innen der Selbsthilfeverbände bestehen, ein Initiativrecht für Gesetzesvorschläge erhalten und bei allen relevanten Vorhaben der Landesregierung zwingend beteiligt sein, mit der Pflicht der Regierung, Abweichungen vom Votum des Beirats öffentlich zu begründen.

#### Begründung:

Das ganze Thema Barrierefreiheit wird in allen anderen Themen immer wieder am Rand erwähnt. Als Linke setzen wir uns für alle Menschen ein und insbesondere für diejenigen, die sich in gesellschaftlich besonders schwierigen Situationen befinden und keine eigene Lobby haben. Menschen mit Behinderungen sind eine viel zu wichtige Gruppe, um sie nur am Rand zu erwähnen. Es bedarf einer besonderen Erwähnung, um ihr gerecht zu werden.

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise ohne Fußnoten**

2489

2490

2491

**Für ein attraktives und aktives Sportland Sachsen-Anhalt**

2492

2493 Sport ist mehr als Freizeitbeschäftigung. Er stärkt Gesundheit, Zusammenhalt  
2494 und Demokratie, verbindet Stadt und Land und schafft Begegnungsorte für  
2495 Menschen aller Generationen. Schon fast ein Fünftel der Bevölkerung des  
2496 Landes treibt in einem der mehr als 3.000 Vereinen unter dem Dach des  
2497 Landesportbundes regelmäßig Sport. Dieser Anteil soll möglichst weiter  
2498 steigen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Landessportbund und den  
2499 Sportvereinen die Möglichkeiten, aktiv Sport zu treiben, weiter verbessern und  
2500 erweitern – vor allem auch in den ländlichen Regionen.

2501

### 2502 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

2503 Viele Sportstätten in Sachsen-Anhalt sind in die Jahre gekommen. Allein der  
2504 Investitionsstau bei Hallen- und Freibädern beläuft sich auf fast 300 Millionen  
2505 Euro. Wenn Land und Kommunen nicht handeln, drohen hier weitere  
2506 Schließungen. Für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum bedeutet das  
2507 schon heute: lange Anfahrten von bis zu einer Stunde, um überhaupt am  
2508 Schwimmunterricht teilnehmen zu können. Fachverbände weisen darauf hin,  
2509 dass die Schwimmfähigkeit von Grundschulkindern in den letzten Jahren stark  
2510 gesunken ist. Derzeit kann jedes dritte Kind am Ende der Grundschule noch  
2511 nicht sicher schwimmen und auch Versuche, über Schwimmgutscheine  
2512 Versäumnisse nachzuholen, hatten geringen Erfolg.

2513 Auch bei der Förderung des Vereinssportstättenbaus werden die Lücken  
2514 spürbar: Zuletzt konnte nur etwa ein Drittel der von den Sportvereinen  
2515 beantragten Förderung für Bau- und Sanierungsprojekte bewilligt werden, weil  
2516 die Mittel im Landeshaushalt gekürzt wurden. Viele dringend notwendige  
2517 Maßnahmen bleiben so auf der Strecke.

2518

2519 Ohne das Engagement von Zehntausenden Ehrenamtlichen – ob als Trainer:in,  
2520 Schiedsrichter:in, im Vorstand oder als Betreuer:in – wäre Breiten-,  
2521 Behinderten- und Leistungssport nicht denkbar. Doch der Druck auf das  
2522 Ehrenamt wächst – durch Bürokratie, fehlende Förderung und immer  
2523 schwierigere Rahmenbedingungen.

2524

2525 Außerdem zeigen bundesweite Studien, dass trotz der vielfältigen und breiten  
2526 Angebote des Vereinssports Kinder aus einkommensschwachen Familien diese  
2527 Möglichkeiten deutlich seltener nutzen als Kinder aus wohlhabenderen  
2528 Haushalten.

2529

2530 Unsere Antwort lautet: Sport als öffentliche Aufgabe begreifen, Zugänge  
2531 erleichtern und diejenigen stärken, die Sport vor Ort möglich machen.

2532

### 2533 **Unsere Ziele für das Sportland Sachsen-Anhalt**

2534 Wir wollen, dass alle Menschen in Sachsen-Anhalt Zugang zu Sport, Bewegung  
2535 und Schwimmen haben. Wir stehen für eine Sportpolitik, die soziale  
2536 Gerechtigkeit, Gesundheit und Daseinsvorsorge zusammendenkt.

2537  
2538  
2539  
2540  
2541  
2542  
2543  
2544  
2545  
2546  
2547  
2548

Wir wollen:

- **Schwimmen lernen für alle Kinder sicherstellen**  
Kein Kind soll die Grundschule verlassen, ohne sicher schwimmen zu können. Dafür wollen wir wohnortnahe Schwimmangebote mit ausreichenden Kapazitäten sicherstellen und auch das Angebot von Schwimmgutscheinen neu konzipieren.
- **Schwimmbäder und Sportstätten sanieren und erhalten**  
Der hohe Sanierungsstau bei Schwimm- und Sportstätten muss abgebaut werden. Wir setzen uns für langfristige Investitionsprogramme ein, durch die Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung von Bädern, Turnhallen und Sportanlagen verlässlich unterstützt werden.

**ÄA-Nr. 14.6.**

Antragsteller:innen René Schernikau (Kreisverband Stendal), Kreisvorstand Stendal

Zeile 2547

Den Anstrich „Vereinssportstättenbau ...“ am Ende wie folgt ergänzen:  
Eine verpflichtende Mitgliedschaft im Landessportbund Sachsen-Anhalt (LSB) als Voraussetzung für eine Förderung lehnen wir ab. Fördermittel für den Vereinssportstättenbau müssen auch Vereinen offenstehen, die nicht Mitglied im LSB sind. Sofern ein Demografiecheck oder vergleichbare Prüfverfahren vorgesehen sind, ist der LSB verpflichtet, diese auf Grundlage der von den antragstellenden Vereinen bereitgestellten Daten durchzuführen – unabhängig von einer Mitgliedschaft. Eine Zwangsmitgliedschaft wird ausdrücklich ausgeschlossen.

Wirkung der Ergänzung

- Klare Absage an die derzeitige Kopplung von Förderung und LSB-Mitgliedschaft
- Sicherstellung gleichberechtigter Förderzugänge
- Wahrung formaler Prüfverfahren (Demografiecheck)
- Vermeidung struktureller Veränderungen im Programmtext

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2549  
2550  
2551  
2552  
2553  
2554  
2555  
2556  
2557  
2558  
2559  
2560  
2561  
2562

- **Vereinssportstättenbau verlässlich finanzieren**  
Wir wollen die Förderung des Vereinssportstättenbaus so ausstatten, dass notwendige Sanierungen und Neubauten tatsächlich umgesetzt werden können. Förderprogramme müssen planbar, unbürokratisch und auch auf kleine und mittlere Vereine zugeschnitten sein.
- **Soziale Barrieren abbauen – Sport darf keine Geldfrage sein**  
Für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien wollen wir dafür sorgen, dass die Aufwendungen für Beiträge, Ausrüstung und Fahrkosten kein Hinderungsgrund für sportliche Betätigung sind. Dafür setzen wir auf Zuschüsse für Mitgliedsbeiträge, auf die bessere Verzahnung von Bildungs- und Teilhabeleistungen mit dem Vereinssport und auf die Unterstützung der Kooperationen von Schulen, Kitas und Vereinen. Außerdem sollen erfolgreiche Projekte, wie z.B. die Talentsichtung und -förderung, fortgeführt werden.

- 2563
- **Ehrenamt im Sport wirksam stärken**
- 2564 Gemeinsam mit dem Landessportbund wollen wir die Förderung des Eh-
- 2565 renamtes weiterentwickeln, u.a. durch mehr Anerkennung, eine landes-
- 2566 weite Ehrenamtskarte, die Sicherung der Freiwilligendienste und den
- 2567 Ausbau der Vereinbarkeit von Engagement mit Schule, Studium und Be-
- 2568 ruf. Außerdem wollen wir die Vereine bei der Aus- und Fortbildung von
- 2569 Übungsleiter:innen und Trainer:innen, bei der Digitalisierung und bei der
- 2570 Entwicklung von Strukturen der Fan-Kultur gezielt unterstützen. Damit
- 2571 Themen wie etwa rechte Tendenzen oder sexueller Missbrauch im Sport
- 2572 angemessen bearbeitet werden können, sind die Voraussetzungen für
- 2573 den Einsatz von dafür qualifizierten Mitarbeiter:innen zu schaffen.
- 2574
- **Sport für alle Lebensphasen und -lagen ermöglichen**

**ÄA-Nr. 45.3.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale)

Einfügung Zeile 2572

*Auch Sport im öffentlichen Raum (Skateparks, Bolzplätze u.ä) trägt zum sozialen Miteinander bei. Öffentliche Angebote sollen erhalten bleiben.*

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 2575
- Sportangebote für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Mäd-
- 2576 chen und Frauen, queere Menschen und für Menschen mit Migrationsge-
- 2577 schichte brauchen besondere Unterstützung. Wir wollen die Vereine be-

**ÄA-Nr. 45.4.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale)

Einfügung als Einzelpunkt nach Zeile 2576

*auch Vereinen, die über keine eigenen Sportstätten verfügen, Zugang ermöglichen Viele Vereine verfügen nicht über eigene Sportstätten und sind auf „Einmietmöglichkeiten“ angewiesen. Der Zugang und die Nutzung müssen möglich und finanzierbar sein.*

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 2578
- 2579
- 2580
- 2581
- 2582
- 2583
- 2584
- 2585
- 2586
- 2587
- 2588
- 2589
- 2590
- 2591
- 2592

sonders dabei unterstützen, ihre Angebote barrierearm, diskriminierungs-

frei und inklusiv zu gestalten und vor allem in den ländlichen Regionen

ihre Angebote wohnortnah auszuweiten.

Unser Ziel ist ein Sportland Sachsen-Anhalt, in dem Bewegung, Spiel und Wettkampf allen offenstehen. Ein Land, in dem Schwimmbäder geöffnet bleiben, in dem Sportvereine planen können und in dem Ehrenamt nicht ausbrennt, sondern gestärkt wird.

**Wir sind der Pol der Hoffnung.**

## **7. Kultur & Medien**

### **Kulturpolitik für Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt**

2593 **Konkret. Vielfältig. Solidarisch.**

2594 Wir wollen eine Kulturpolitik, die Bedingungen schafft, unter denen sich Kultur  
2595 und Kunst frei entfalten können. Eine gerechte Gesellschaft braucht eine  
2596 lebendige Kulturlandschaft – nicht nur für wenige, sondern für alle. Die Wert-  
2597 schätzung gegenüber den Kulturschaffenden, der Respekt vor der Freiheit der

**ÄA-Nr. 11.1.**

Antragsteller:innen:

AG Kultur (SV Halle), Stadtverband Halle (Saale)

Zeilen 2595–2597 wie folgt ändern:

~~[...] gegenüber den Kulturschaffenden, der Respekt vor der Freiheit der Kunst sowie  
der Dialog mit den Kultur- und Kunstschaffenden des Landes~~ *künstlerisch Arbeitenden und Kulturakteuren, der Dialog mit ihnen, die Freiheit der Kunst und die Stärkung kritischer, solidarischer und emanzipatorischer Perspektiven* sind oberste Grundsätze linker Kulturpolitik.

Begründung: (für die Anträge 11.1. bis 11.7.)

Der Antrag schlägt einige minimale Änderungen zur Präzisierung unseres kulturpolitischen Kapitels vor.

Sie betreffen vor allem den Begriff „Kulturschaffende“. Der Begriff hat sich als geschlechterneutrale Formulierung etabliert, transportiert aber erheblichen ideologischen Ballast und ist entsprechend seit einigen Jahren problematisiert worden. Als Alternative für den im Nationalsozialismus geprägten Begriff schlagen wir vor, den ohnehin bereits im Programmentwurf gesetzten Begriff „Kulturakteure“ (der z.B. auch ehrenamtlich/unbezahlt Tätige umfasst) oder „künstlerisch Arbeitende“ bzw. „Arbeit im Kulturbereich“ zu setzen. So zeigen wir Problembewusstsein für die kritische Begriffsdiskussion und die vielfältigen Formen von Tätigkeit im Kulturbereich. Zusätzlich betreffen kleinere Änderungen eine Konturierung unserer kulturpolitischen Perspektive: Stärkenswert erscheint uns nicht unterschiedslos ‚Kunst an sich‘ – die immer auch rückwärtsgewandte Weltanschauungen umfasst – sondern nicht zuletzt auch eine Kunst, die sich kritisch, solidarisch und emanzipatorisch versteht. Ohne Einschränkungen zu formulieren, sprechen wir so auch dezidiert linke künstlerische Selbstverständnisse an, die außer uns keinen parlamentarischen Partner haben und deren Interessen wir vertreten müssen.

Deutlicher wollen wir zudem herausstellen, dass unser kulturpolitischer Ansatz nicht schlicht ein Gegenentwurf zum rechten Kulturkampf ist, sondern Bestehendes bestehende gute Ansätze profilieren will.

Schließlich wollen wir als Gegenüberstellung lesbare Formulierungen streichen sowie notwendigerweise nicht alle Zielgruppen abdeckende, tendenziell immer lückenhafte Aufzählungen kürzen. So wird das Kapitel stringenter und bleibt dennoch klar in der Aussage: Wir nehmen alle mit, auch die, die sich nicht zu den aufgezählten Schlagworten zählen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2598 Kunst sowie der Dialog mit den Kultur- und Kunstschaffenden des Landes sind  
2599 oberste Grundsätze linker Kulturpolitik.

2600

2601 **Kulturpolitik in Zeiten des Rechtsrucks**

2602 Rechte und rechtsextreme Parteien und Bewegungen gewinnen in Deutschland  
2603 seit Jahren an Zustimmung, wodurch gesellschaftliche Polarisierung,

2604 Ressentiments gegenüber Minderheiten, stärkere Aggressionen im öffentlichen  
2605 Raum und eine Aushöhlung liberal-demokratischer Kultur zunimmt.

2606

2607 Die Attacken auf das Weltkulturerbe Bauhaus Dessau und Drohungen an die  
2608 Bühnen Sachsen-Anhalts, Einschüchterungsversuche gegenüber kulturellen  
2609 Initiativen sind gezielte Kulturkampf-Statements von rechts, denen wir uns  
2610 entschieden entgegenstellen. Für Die Linke ist es nicht hinnehmbar, dass

**ÄA-Nr. 11.2.**

Antragsteller:innen:

AG Kultur (SV Halle), Stadtverband Halle (Saale)

Zeile 2609 wie folgt ändern:

[...] rechtsgerichtete *diese* Angriffe auf die kulturelle Freiheit [...]

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2611 rechtsgerichtete Angriffe auf die kulturelle Freiheit Kultureinrichtungen im Land  
2612 einschüchtern und kulturelles Leben unterdrücken.

2613

2614 In dem politischen Umfeld, in dem wir uns seit einigen Jahren befinden, ist  
2615 Kulturpolitik mehr als „Unterstützung von Theatern und Museen“ – sie wird Teil  
2616 des demokratischen Zusammenhalts, der Teilhabe und damit auch ein  
2617 Handlungsfeld gegen rechte Ideologien.

2618

**ÄA-Nr. 11.3.**

Antragsteller:innen:

AG Kultur (SV Halle), Stadtverband Halle (Saale)

Zeile 2617 (analog im Inhaltsverzeichnis, Zeile 78) wie folgt ändern:

**Schutz von *Kulturschaffenden Akteuren und Einrichtungen der Kultur***

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2619 **Schutz von Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden**

2620 Wir setzen uns für eine Stärkung der Zivilgesellschaft und der Kulturakteure ein.

2621 Wir engagieren uns für Kultur in allen Milieus und Regionen, in Metropolen und

2622 ländlichen Räumen. In der Kulturförderung setzen wir verstärkt auf

2623 Beteiligungsprogramme der einzelnen Kultureinrichtungen. Langfristige

2624 Förderungen von Initiativen, die sich mit Erinnerungskultur, Vielfalt und

**ÄA-Nr. 11.4.**

Antragsteller:innen:

AG Kultur (SV Halle), Stadtverband Halle (Saale)

Zeile 2623/2624 wie folgt ändern:

Demokratie auseinandersetzen, ~~bilden den Gegenentwurf zum rechten Kulturkampf.~~  
*stärken und verankern kulturelles Engagement im Land und machen es resilient ge-*  
*gen den rechten Kulturkampf.*

**Der Landesvorstand übernimmt.**

2625 Demokratie auseinandersetzen, bilden den Gegenentwurf zum rechten

2626 Kulturkampf.

2627

2628 Wir wollen:

- 2629 • **ein Landesförderprogramm zur kulturellen Teilhabe und Vielfalt**, dass
- 2630 sich der Förderung von offenen partizipativen Ansätzen in der Kultur
- 2631 widmet, lokale Kreativwirtschaft und demokratische Teilhabe fördert, z.B.
- 2632 in offenen Werkstätten im Bauhaus-Geist (Design for All), in Projekten zur
- 2633 Stadtentwicklung, bei Co-Kurationen in Museen oder lokalen Festivals
- 2634 mit internationaler Ausrichtung,
- 2635 • **Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt stärken**, indem wir
- 2636 Gedenkstättenfahrten in den allgemeinbildenden Schulen in der
- 2637 Sekundarstufe I verbindlich im Lehrplan sichern und qualitativ
- 2638 weiterentwickeln,
- 2639 • **Förderung interkultureller Kulturarbeit** und migrantischer Kunst- und
- 2640 Kulturszenen durch Unterstützung von regionalen Netzwerken für
- 2641 interkulturelle Arbeit in Kommunen, Vereinen, Schulen und Kulturzentren,

**ÄA-Nr. 11.5.**

Antragsteller:innen:

AG Kultur (SV Halle), Stadtverband Halle (Saale)

*Zeile 2640 wie folgt ändern:*

- **faire Bezahlung & Absicherung für Kulturschaffende Arbeit im Kulturbereich**

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 2642 • **faire Bezahlung & Absicherung für Kulturschaffende** durch verbindliche
- 2643 Einführung von Tarifsteigerungen bei Kultureinrichtungen in allen
- 2644 Sparten, die nicht zur Kürzung von Landesmitteln führen,
- 2645 • **verbindliche Mindesthonorare** für Künstler:innen, gerade bei öffentlich
- 2646 geförderten Projekten,
- 2647 • **eine Erhöhung des Kulturbudgets**, das Mindesthonorare und
- 2648 Programmvielfalt gewährleistet,
- 2649 • **eine Dynamisierung der Landesmittel** bei allen vom Land geförderten
- 2650 Kultureinrichtungen, die Tarifsteigerungen auffangen,
- 2651 • **Ausstellungshonorare** in Museen und Galerien verpflichtend einführen,
- 2652 damit auch die bildende Kunst bei Nutzung im öffentlichen Raum
- 2653 entsprechend honoriert wird,
- 2654 • **Spielstättenförderung** für freie Bühnen und Akteur:innen, um stabile
- 2655 Strukturen in der freien Theaterszene zu schaffen und den Ensembles zu
- 2656 ermöglichen, ihre künstlerische Vielfalt und Unabhängigkeit zu bewahren
- 2657 und sich künstlerisch auszuprobieren.

**Kultur für alle und überall**

2660 Wir engagieren uns für Kulturangebote in strukturschwachen Regionen als  
 2661 Mittel gegen Ausgrenzung und Rückzug. Wir verstehen Kultur als Teil der  
 2662 öffentlichen Daseinsvorsorge und wollen die kulturelle Infrastruktur in  
 2663 ländlichen Regionen schützen und mobile Kulturangebote fördern.

2664  
 2665 Wir wollen:

- 2666 • einen **kostenfreien Zugang** zur Kultur für Kinder
- 2667 Ein Landesmuseumskonzept soll künftig Kindern freien Eintritt in Museen
- 2668 gewähren. Ein kostenfreier Eintritt soll Hemmschwellen abbauen, die
- 2669 Bildungschancen verbessern und das Interesse an Kunst und Kultur
- 2670 frühzeitig wecken, damit Kinder und Jugendliche Geschichte, Kunst und
- 2671 Kultur in einem sicheren Umfeld entdecken können.
- 2672 • den Ausbau der Angebote im Bereich **Kultur und Schule** stärken, durch
- 2673 unterstützende Programme zur Förderung für z.B. Schülerbeförderung,
- 2674 • bestehende Kultur- und Schule-Programme wie z.B. TASS, in dem eine
- 2675 Freie Theaterinszenierung in der Grundschule in ländlichen Gebieten
- 2676 umgesetzt wird, sowie das erfolgreiche Musikschulprogramm MÄBI
- 2677 ausweiten und nachhaltig verankern,
- 2678 • **eine Kulturpauschale im ländlichen Raum installieren**, die als
- 2679 Landespauschale für soziokulturelle Einrichtungen im ländlichen Raum,
- 2680 die Kommunen (Städte unter 25.000 Einwohnern) über die Allgemeinen
- 2681 Kommunalfinanzen zusätzlich erhalten, um sicherzustellen, dass
- 2682 Kommunen, die sich in der Haushaltskonsolidierung befinden,
- 2683 niedrigschwellige soziokulturelle Angebote und Vereine vor Ort etc.
- 2684 unterstützen können,
- 2685 • **einen barrierefreien Zugang für Kunst- und Kultureinrichtungen**, der
- 2686 sowohl den physischen (z. B. in Theatern, Museen und Gedenkstätten),
- 2687 digitalen als auch sprachlichen Zugang sicherstellt.
- 2688

## 2689 **Verteidigung und Ausbau der Kulturgesetze**

2690 Wir engagieren uns für die Verankerung von Kulturfachgesetzen (Musikschul-

2691 gesetz und Bibliotheksgesetz, Restauratoren-Gesetz). Diese stellen für uns eine

2692 Möglichkeit zur Sicherung kultureller Vielfalt dar und dienen der Verlässlichkeit

2693 der Fördermaßnahmen und der Strukturen im Kultursektor unter Wahrung der

2694 Freiheit der Kunst. Der Ausbau der gesetzlichen Verankerung ist zentrale

2695 Aufgabe linker Kulturpolitik. Das neue Kulturfördergesetz des Landes wollen wir

2696 in der kommenden Legislatur auf seine Wirksamkeit hin evaluieren.

2697

## 2698 **Stärkung öffentlicher Kulturförderung**

2699 Wir engagieren uns für langfristige und verlässliche Kulturförderstrukturen.

2700

2701 Wir wollen:

- 2702 • **langfristige institutionelle Förderungen** statt kurzfristiger
- 2703 Projektförderung,
- 2704 • **überjährige Förderinstrumente in allen Kulturbereichen**,
- 2705 • **kooperativen Kulturföderalismus**, durch die Erstellung von Leitlinien, die
- 2706 eine bessere Koordination zwischen Bund, Länder und Kommunen
- 2707 gewährleistet,
- 2708 • **eine verlässliche Finanzierung der freien Kulturszene, der Soziokultur**
- 2709 **und alternativer Kulturzentren** durch Förderung von Spiel- und

- 2710            Veranstaltungsstätten, Tarifbindung und Basishonorare für  
 2711            Selbstständige,  
 2712            • **die Überprüfung der** Stipendienvergabe der Kunststiftung Sachsen-  
 2713            Anhalt auf Wirksamkeit und Gerechtigkeit,  
 2714            • eine verstetigte Landesförderung von Klubs und Musikspielstätten, um  
 2715            aktiv das Klubsterben zu bekämpfen und Subkultur zu fördern.  
 2716  
 2717            Wir predigen Kunstfreiheit nicht nur, sondern schaffen konkrete Gesetze und  
 2718            Strukturen. Wir haben konkrete Lösungen: Schutzgesetze für Kulturein-  
 2719            richtungen, faire Honorare, Dauerförderung statt Projektwahn, kostenfreier  
 2720            Zugang, kulturelle Teilhabe für alle.

<b>ÄA-Nr. 11.6.</b>
Antragsteller:innen: AG Kultur (SV Halle), Stadtverband Halle (Saale)
<i>Zeile 2719–2721 wie folgt ändern:</i> Wir nehmen alle mit: <del>Kunstschaftende und Communities, etablierte Kultur und experimentelle Räume, Gedenkstätten und Popkultur, Hochkultur und Grassroots-Kreativität, Metropolen und ländliche Räume.</del>
<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>

- 2721            Wir nehmen alle mit: Kunstschaftende und Communities, etablierte Kultur und  
 2722            experimentelle Räume, Gedenkstätten und Popkultur, Hochkultur und  
 2723            Grassroots-Kreativität, Metropolen und ländliche Räume.  
 2724  
 2725            Das kulturelle Rollback ist Realität. Rechte Kräfte führen Kulturkampf. Wir  
 2726            können dagegen ankämpfen oder Kunstfreiheit aufgeben. Wir haben uns

<b>ÄA-Nr. 11.7.</b>
Antragsteller:innen: AG Kultur (SV Halle), Stadtverband Halle (Saale)
<i>Zeile 2725/2726 wie folgt ändern:</i> [...] der kulturellen Hoffnung— <del>für Kunstschaftende, für Kinder, für alle Menschen, die hier leben wollen.</del>
<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>

- 2727            entschieden: Sachsen-Anhalt wird ein Land der kulturellen Hoffnung – für  
 2728            Kunstschaftende, für Kinder, für alle Menschen, die hier leben wollen.  
 2729            Gemeinsam gestalten wir eine Kultur, die frei ist, die alle einbezieht und die  
 2730            Zukunft macht – bunt, vielfältig, lebendig und hoffnungsvoll.

2731            **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

- 2732  
 2733

2734            **Medienpolitik - Vierte Gewalt für die Demokratie**

- 2735  
 2736            Wo andere Medien schwächen und spalten wollen, stärken wir die Vierte  
 2737            Gewalt. Wo andere Konzentration fördern, kämpfen wir für Vielfalt. Wo andere  
 2738            "Lügenpresse" schreien, verteidigen wir Pressefreiheit und demokratischen  
 2739            Journalismus.

2740

## 2741 **Die Krise der Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt**

2742 Unsere demokratische Öffentlichkeit steht unter enormem Druck. Die  
2743 Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt ist von einer beispiellosen Konzentration  
2744 geprägt: Nur noch ein einziger Zeitungsverlag, die Bauer Media Group,  
2745 beherrscht seit 2020 den gesamten Tageszeitungsmarkt des Landes. Von über  
2746 100 nach 1990 gegründeten Zeitungen überlebten lediglich zwei – ein  
2747 Medienschwund, den der Deutsche Journalisten-Verband als "schwarzen Tag  
2748 für die Medienvielfalt" bezeichnete.

2749

2750 Diese strukturelle Unterrepräsentation zeigt sich besonders deutlich in der  
2751 personellen Zusammensetzung: Nur 2 von 23 Managern ostdeutscher  
2752 Zeitungen stammen aus den neuen Bundesländern, während alle 13 regionalen  
2753 Tageszeitungen in Ostdeutschland westdeutschen Konzernen gehören.  
2754 Ostdeutsche Perspektiven werden dadurch systematisch marginalisiert.

2755

2756 Gleichzeitig gerät der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter massiven Beschuss  
2757 rechter Kräfte, die Medien als "Lügenpresse" diffamieren und Journalisten von  
2758 Veranstaltungen ausschließen. Der im März 2025 verabschiedete  
2759 Reformstaatsvertrag bleibt weit hinter den notwendigen strukturellen  
2760 Veränderungen zurück. Besonders problematisch ist die sozial ungerechte  
2761 Finanzierung: Der monatliche Rundfunkbeitrag von 18,36 Euro belastet  
2762 Geringverdienende überproportional stark.

2763

## 2764 **Soziale Gerechtigkeit in der Rundfunkfinanzierung**

2765 Die regressive Struktur des Rundfunkbeitrags widerspricht grundlegenden  
2766 Gerechtigkeitsprinzipien. Wir fordern eine progressive Rundfunkfinanzierung  
2767 analog zum Steuersystem. Haushalte bis 30.000 Euro Jahreseinkommen sollen  
2768 maximal 10 Euro monatlich zahlen. Die 600 Millionen Euro für Beitragsbe-  
2769 freiungen müssen durch öffentliche Finanzierung über Sozialträger erfolgen,  
2770 anstatt von anderen Beitragszahlern subventioniert zu werden.

2771

## 2772 **Regionale Medienvielfalt und MDR-Stärkung**

2773 Ostdeutschland als "spezifischer Sozial- und Erfahrungsraum" (Steffen Mau)  
2774 verdient eine angemessene mediale Repräsentation. Wir setzen uns für den  
2775 Ausbau der MDR-Regionalangebote ein: "MDR Sachsen-Anhalt Heute" soll zu  
2776 einer 45-Minuten-Sendung erweitert werden. Ein Prozent der Rundfunkbeiträge  
2777 - etwa 90 Millionen Euro jährlich - muss zweckgebunden für mitteldeutsche  
2778 Gemeinschaftsaufgaben verwendet werden.

2779 Unser messbares Ziel: 50 Prozent ostdeutsche Medienmacher:innen in  
2780 ostdeutschen Redaktionen bis 2030. Dazu gehören verpflichtende  
2781 Redaktionsstatuten zur Sicherung journalistischer Unabhängigkeit.

2782

## 2783 **Kampf gegen Medienkonzentration**

2784 Die monopolistische Struktur des Tageszeitungsmarkts bedroht die  
2785 Meinungsvielfalt fundamental. Mit einer **Journalismus-Stiftung Sachsen-**  
2786 **Anhalt** und 10 Millionen Euro Startkapital fördern wir unabhängigen  
2787 Lokaljournalismus. Kommunale Medienförderung in Höhe von 5 Millionen Euro  
2788 jährlich unterstützt lokale Medienvielfalt.

2789  
2790 Genossenschaftliche Medienmodelle sollen Bürger:innen zu Miteigen-  
2791 tümer:innen ihrer lokalen Medien machen. Anti-Konzentrations-Regelungen  
2792 begrenzen den Marktanteil einzelner Medienunternehmen auf maximal 30  
2793 Prozent. Unser Ziel: mindestens 3 unabhängige Tageszeitungen in Sachsen-  
2794 Anhalt bis 2030.

2795

## 2796 **Demokratische Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

2797 Intransparenz, überhöhte Führungsgehälter und mangelnde Diversität  
2798 schwächen das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien. Wir begrenzen  
2799 Intendant:innen-Gehälter auf maximal die Richterbesoldung R10 (etwa 180.000  
2800 Euro). Eine Geschlechterquote von 50 Prozent Frauen und 30 Prozent  
2801 Menschen mit Migrationshintergrund in Führungspositionen stärkt die  
2802 Diversität.

2803

2804 Prekäre Beschäftigung muss durch mehr Festanstellungen und gestärkte  
2805 Tarifbindung beendet werden. Bis 2028 sollen 100 Prozent barrierefreie  
2806 Angebote verfügbar sein. Unser ambitioniertes Ziel: 90 Prozent Vertrauen in  
2807 öffentlich-rechtliche Medien bis 2030 gegenüber aktuell 54 Prozent.

2808

## 2809 **Kinder- und Jugendmedien als Demokratie-Schule**

2810 Die junge Generation wird zunehmend von algorithmischen Plattformen  
2811 manipuliert, während demokratische Medienbildung fehlt. Das KiKA-  
2812 Sendezeitverbot nach 21 Uhr muss aufgehoben werden, um altersgerechte  
2813 Programme für ältere Kinder anzubieten. Ein öffentlich-rechtliches Kinderradio  
2814 unter der KiKA-Dachmarke via DAB+ und Stream erweitert das Angebot.  
2815 Mit einer **Medienkompetenz-Offensive** von 20 Millionen Euro stärken wir  
2816 digitale Bildung an Schulen. Mehrsprachige Kinder- und Jugendangebote  
2817 fördern Integration durch Medien. Ziel: 80 Prozent der Jugendlichen nutzen  
2818 öffentlich-rechtliche statt nur kommerzielle Medien.

2819

2820 Wir wollen:

- 2821 • ein Medienvielfalt-Notprogramm in Höhe von 5 Millionen Euro für be-  
2822 drohte lokale Medien,
- 2823 • ein Modellprojekt Progressiver Rundfunkbeitrag mit Testlauf in zwei  
2824 Landkreisen,
- 2825 • eine Transparenz-Offensive, um alle MDR-Ausgaben online nachvollzieh-  
2826 bar zu machen,

- 2827 • eine Journalismus-Stiftung Sachsen-Anhalt mit 20 Millionen Euro gründen,
- 2828
- 2829 • ein Anti-Konzentrations-Gesetz für Medienvielfalt verabschieden,
- 2830 • MDR-Regionalangebote auf 45 Minuten täglich ausbauen,
- 2831 • das Medienland Sachsen-Anhalt als bundesweites Vorbild für regionale Medienvielfalt entwickeln,
- 2832
- 2833 • eine sozial gerechte Rundfunkfinanzierung herstellen.
- 2834

### 2835 **Finanzierungsplan: 100 Millionen Euro Medien-Offensive**

2836 Unser fünfjähriger Finanzierungsplan umfasst 100 Millionen Euro:

- 2837 • Medienvielfalt und Lokalförderung: 20 Millionen Euro
- 2838 • Journalismus-Stiftung Sachsen-Anhalt: 20 Millionen Euro
- 2839 • Medienkompetenz und Bildung: 60 Millionen Euro

2840

### 2841 **Medien im demografischen Wandel**

2842 Sachsen-Anhalt steht vor enormen demografischen Herausforderungen: Im  
 2843 Jahr 2040 werden laut Aussage des Statistischen Landesamts 322.200  
 2844 Menschen weniger im Land leben, bei gleichzeitig 500.000 Menschen, die aus  
 2845 dem Ausland zu uns gekommen sind und einem Durchschnittsalter von knapp  
 2846 50 Jahren. Medien können und müssen als Integrationsinstrument und als  
 2847 Identitätsstifter fungieren. Regionale Medien schaffen Zusammenhalt statt  
 2848 Spaltung, mehrsprachige Angebote bauen Brücken zwischen Communities.

2849

### 2850 **Medien als Wirtschafts- und Kulturfaktor**

2851 Starke regionale Medien schaffen Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten,  
 2852 fördern lokale Identität und unterstützen Tourismus sowie Standortmarketing.  
 2853 Sie vermitteln Kunst und Kultur, bewahren regionale Geschichte und fördern  
 2854 neue kulturelle Ausdrucksformen.

2855

### 2856 **Partizipation und Bürgerbeteiligung**

2857 Medien brauchen die Stimme der Bürger:innen. Partizipative Medienpolitik in  
 2858 allen öffentlich-rechtlichen Anstalten. Ein Redaktionsstatut fördert die Freiheit  
 2859 der Journalist:innen über ihre Inhalte, transparente Medienförderung über  
 2860 Online-Dashboards und nachhaltige Finanzierung statt projektbezogener  
 2861 Förderung stärken die demokratische Legitimation.

2862

### 2863 **Der Pol der Hoffnung für demokratische Medien**

2864 Während die AfD Medien als "Lügenpresse" diffamiert und Journalisten  
 2865 ausschließt, während CDU, SPD und FDP den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk  
 2866 zerstören und Medienkonzentration ignorieren, setzen wir auf eine 100-  
 2867 Millionen-Euro-Medien-Offensive für eine vielfältige Vierte Gewalt. Statt zu  
 2868 spalten, verbinden wir. Statt nur zu kritisieren, bieten wir konkrete Lösungen.

2869

2870 Unsere messbaren Ziele bis 2030 sind ambitioniert aber erreichbar: 90 Prozent  
2871 Medienvertrauen, 3 unabhängige Tageszeitungen, 50 Prozent ostdeutsche  
2872 Medienmacher:innen und 100 Prozent barrierefreie Medienangebote bis 2028.  
2873 Der Return on Investment ist nachweisbar: Starke Medien stärken die  
2874 Demokratie, reduzieren Polarisierung und sind günstiger als die Folgekosten  
2875 von Desinformation.

2876  
2877 **Pressefreiheit ist nicht das Privileg einiger weniger - Pressefreiheit ist das**  
2878 **Fundament unserer Demokratie.** Mit uns bekommt Sachsen-Anhalt die  
2879 Medienlandschaft, die eine lebendige Demokratie braucht: vielfältig,  
2880 unabhängig, sozial gerecht und bürgernah. Gemeinsam stärken wir die Vierte  
2881 Gewalt für eine informierte Gesellschaft und eine lebendige Demokratie.

2882 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

2883  
2884

## 2885 **8. Kommunalpolitik und Wohnen**

2886

### 2887 **Soziale Gerechtigkeit in jeder Region**

2888

#### 2889 **Unsere Vision: Starke Kommunen für ein solidarisches Miteinander**

2890 Die Kommunen sind das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens.  
2891 Hier, vor Ort, begegnen sich Menschen im Alltag, gestalten ihr Zusammenleben  
2892 und schaffen die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir sind der Pol  
2893 der Hoffnung und stehen für eine Politik auf Augenhöhe – zwischen dem Land  
2894 und der kommunalen Familie. Unser Ziel ist eine vertrauensvolle Partnerschaft,  
2895 die Ortschaften, Gemeinden, Städte und Landkreise in ihrer Verantwortung  
2896 stärkt, ihre Herausforderungen ernst nimmt und sie bei der Erfüllung ihrer  
2897 vielfältigen Aufgaben unterstützt.

2898

2899 Wir wollen:

- 2900 • dass übertragene Aufgaben ausfinanziert werden – wer bestellt, der zahlt
- 2901 die ganze Rechnung,
- 2902 • für mehr finanzielle „Beinfreiheit“ bei den Kommunen sorgen,
- 2903 • Kommunen in ihren Entscheidungen unterstützen und transparente
- 2904 Verfahren schaffen,
- 2905 • Mitsprache, Mitgestaltung und Mitverantwortung in den Kommunen
- 2906 stärken,
- 2907 • mehr Vertrauen statt Bürokratie wagen,
- 2908 • Bewährtes bewahren und Aufgaben von morgen schon jetzt angehen.

2909

2910 Unser Ziel ist eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine lebendige  
2911 Demokratie, in der Menschen unmittelbar Einfluss nehmen können und damit  
2912 ein friedliches und solidarisches Miteinander vor Ort fördern.

2913

2914 **Mehr Beteiligung der Kommunen im Gesetzgebungsprozess**

2915 Eine gute Demokratie beginnt vor Ort. Kommunen sind der direkte Ort, an dem  
2916 Staat und Bürger:innen zusammenkommen. Damit Politik gut funktioniert,  
2917 müssen Kommunen mitreden dürfen – nicht nur zuhören. Es braucht echte  
2918 Mitbestimmung im Gesetzgebungsprozess, vor allem, wenn auf Landesebene  
2919 Aufgaben formuliert werden, die kommunal umgesetzt werden sollen.

2920  
2921 Verbindliche Grundsätze für alle:

- 2922 • Verantwortung behalten: Entscheidungen sollen dort getroffen werden,  
2923 wo sie am besten wirken – in der Kommune.
- 2924 • Klar und offen: Alle wichtigen Informationen sollen leicht zugänglich sein.
- 2925 • Mitmachen statt Nur-Dran-Teilnehmen: Die Mitwirkung der Kommunen  
2926 muss etwas ändern. Ihre Rückmeldungen müssen zwingend  
2927 berücksichtigt werden.

2928  
2929 Unsere Forderungen:

- 2930 • Gesetzliche Mitbestimmung der Kommunen: Gemeinden oder deren  
2931 Spitzenverbände bekommen feste Mitwirkungsrechte im

**ÄA-Nr. 10.5.**

Antragsteller:innen:

Die Linke Kreisverband Wittenberg

Zeilen 2930 und 2933 – Anstrich erweitern

- Gesetzliche Mitbestimmung der Kommunen: Gemeinden oder deren Spitzenverbände bekommen feste Mitwirkungsrechte im Gesetzgebungsprozess. *Wir fordern hierfür einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf angemessene Bearbeitungsfristen sowie ein Recht auf Fristverlängerung.* Sie können nicht nur fristgerecht Stellung nehmen, sondern auch wirklich mitbestimmen.

Begründung

Mitbestimmung darf kein Gnadenakt der Landesregierung sein, der im Eilschritt abgehakt wird.

Wer gute Gesetze für Sachsen-Anhalt will, muss den Experten vor Ort die Zeit geben, diese zu durchleuchten.

Ein Rechtsanspruch auf angemessene Bearbeitungsfristen und ein Recht auf Fristverlängerung sichert die fachliche Qualität unserer Mitwirkung.

Wir fordern diese gesetzliche Absicherung im [Kommunalverfassungsgesetz \(KVG LSA\)](#), damit Beteiligung nicht zur Alibi-Veranstaltung verkommt, sondern auf Augenhöhe mit dem Land verhandelt wird!

Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.

2932 Gesetzgebungsprozess. Sie können nicht nur fristgerecht Stellung  
2933 nehmen, sondern auch wirklich mitbestimmen.

- 2934 • Frühzeitige Einbindung: Kommunen werden schon bei der Vorbereitung  
2935 von Entwürfen gehört. Sie bekommen genügend Zeit für Stellungnahmen  
2936 und erhalten auf einem gemeinsamen „Beteiligungsportal“ alle  
2937 Informationen.

- 2938 • Verbindliche Verhandlungen: Bevor Gesetze verabschiedet werden, gibt  
 2939 es gemeinsame Verhandlungstermine. Kommunen werden in ihren  
 2940 Anliegen ernst genommen und können Änderungswünsche direkt  
 2941 einbringen.
- 2942 • Ressourcen sichern: Kommunen brauchen gutes Personal, moderne  
 2943 Technik, Zugang zu Daten und Schulungen. Das Land unterstützt sie und  
 2944 lässt sie bei dieser Aufgabe nicht allein.
- 2945 • Transparenz und Rechenschaft: Stellungnahmen, Begründungen und  
 2946 Umsetzungsschritte sollen öffentlich sichtbar sein – für Kommunen,  
 2947 Unternehmen und Einwohner:innen gleichermaßen.

2948  
 2949 Echte Beteiligung auf der Kommunalebene ist kein Zusatz, sondern eine  
 2950 Notwendigkeit für robuste, gerechte und zukunftsfähige Politik. Denn sie stärkt  
 2951 von unten nach oben das Gemeinwesen, reduziert Konflikte und erhöht die  
 2952 Lebensqualität der Menschen vor Ort.

2953  
 2954 **Lebendige Demokratie durch echte Bürgerbeteiligung**

2955 Eine starke Demokratie beginnt dort, wo Menschen leben und arbeiten: in  
 2956 unseren Städten, Gemeinden und Vierteln. Um Politik wirksam, gerecht und  
 2957 zukunftsfähig zu gestalten, brauchen wir echte Beteiligung vor Ort –  
 2958 Mitsprache, Mitgestaltung und Mitverantwortung.

2959  
 2960 Dafür wollen wir:

- 2961 • Beteiligung auf Augenhöhe – Regionale Foren, Bürgerräte auf allen  
 2962 Ebenen, Werkstattgespräche in betroffenen Gemeinden, Bürgerbudgets,  
 2963 Bürgerhaushalte, und partizipative Projekte erhalten Unterstützung und  
 2964 finanzielle Förderung. Kommunen, die neue und innovative Formen der  
 2965 Beteiligung erproben, sollen dabei ausdrücklich als Modellkommunen  
 2966 unterstützt werden.
- 2967 • Lernen und Anpassen – Regionale Beteiligungsteams aus Verwaltung,  
 2968 Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft werden gebildet, die messbare  
 2969 Ziele überprüfen (Zufriedenheit, Schnelligkeit, Kosten) und Hinweise für  
 2970 korrigierende Maßnahmen an die Kommunen und das Land geben.

**ÄA-Nr. 10.6.**

Antragsteller:innen:

Die Linke Kreisverband Wittenberg

Zeilen 2969 und 2073 – Anstrich erweitern

- Stärkung und Teilhabe aller kommunalen Ebenen – Vom Ortschaftsrat über den Gemeinderat und Stadtrat bis hin zum Kreistag: Ortschaftsräte sollen innerhalb der kommunalen Familie wieder gestärkt werden. Sie sind bei allen sie betreffenden Angelegenheiten anzuhören. ~~und ihre Einwendungen zu berücksichtigen.~~ Bei Ablehnung ihrer Einwände durch den Stadtrat fordern wir eine Begründungspflicht sowie ein aufschiebendes Veto-Recht des Ortschaftsrates.

Begründung

Liebe Genossen, wir beantragen, das Wort ‚berücksichtigen‘ aus dem Entwurf zu streichen und durch konkrete Rechte zu ersetzen. Warum?  
 In der Kommunalverwaltung heißt ‚berücksichtigen‘ nur: Man muss die Stellungnahme des Ortschaftsrates mal kurz anschauen. Man muss ihr aber nicht folgen. Wenn der Stadtrat danach trotzdem dagegen stimmt, hat der Ortschaftsrat rechtlich nichts in der Hand. Das ist Demokratie-Simulation.  
 Wenn wir stattdessen eine Begründungspflicht fordern, zwingen wir den Stadtrat zur Ehrlichkeit. Er kann die Einwände aus dem Dorf nicht mehr einfach geräuschlos abheften. Er muss schwarz auf weiß erklären, warum er den Willen vor Ort ignoriert. Wer Ortschaftsräte stärken will, darf ihnen keine unverbindlichen Floskeln wie ‚berücksichtigen‘ anbieten. Wir brauchen das aufschiebende Veto. Nur wenn das Dorf eine Entscheidung stoppen kann, entsteht echter Verhandlungsdruck auf Augenhöhe mit der Kernstadt.  
 Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.

- 2971 • Stärkung und Teilhabe aller kommunalen Ebenen – Vom Ortschaftsrat
- 2972 über den Gemeinderat und Stadtrat bis hin zum Kreistag: Ortschaftsräte
- 2973 sollen innerhalb der kommunalen Familie wieder gestärkt werden. Sie
- 2974 sind bei allen sie betreffenden Angelegenheiten anzuhören und ihre
- 2975 Einwendungen zu berücksichtigen. Durch ein eigenes Budget sollen sie
- 2976 nicht nur verwalten, sondern gemeinsam mit den Einwohner:innen aktiv
- 2977 vor Ort gestalten können. In Städten ab 70.000 Einwohnern soll die

#### ÄA-Nr. 42

Antragsteller:innen: Michael Berghäuser, Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 2976-2978 wie folgt ändern:

[...] Teilhabe zudem ~~durch die Möglichkeit der Einrichtung von Stadtteilbezirksbeiräten~~ die direkte Wahl von Ortschaftsbürgermeister:innen mit eigenem Budget – nach dem Vorbild des Freistaats Sachsen – erweitert werden.

#### Begründung:

Die direkte Wahl von Stadtbezirksbeiräten widerspiegelt den Wählerwillen. Die gängige Praxis bisher, Fraktionen bestimmen die Besetzung der Mitglieder, muss ein Ende haben.

Die Ortschaftsräte wählen ihren Vorsitzenden aus Ihrer Mitte, das widerspricht dem Wählerwillen.

- 2978 Teilhabe zudem durch die Möglichkeit der Einrichtung von Stadtteil-
- 2979 bezirksbeiräten mit eigenem Budget – nach dem Vorbild des Freistaats
- 2980 Sachsen – erweitert werden.

2981

#### 2982 **Vertrauensvolle Förderung statt Bürokratiemonster**

- 2983 Ob Spielplatz, Schwimmbad oder Grundschule – die Entscheidung darüber
- 2984 sollte vor Ort bei der zuständigen Kommune liegen. Jedoch reichen die eigenen
- 2985 Mittel vor Ort wiederum wegen einer Vielzahl von nicht ausfinanzierten
- 2986 Aufgaben, die Bund und Land an die Kommunen durchreichen, nicht aus. Also
- 2987 heißt es, Anträge an Fördertöpfe zu schreiben. Leider passt selten auf Anhieb
- 2988 ein Förderprogramm auf ein akutes Problem vor Ort. Denn mit dem
- 2989 Förderprogramm für den Radweg lässt sich das Schwimmbad leider nicht
- 2990 finanzieren. Diese starre Förderpolitik nimmt den Kommunen ihre Freiheit und

2991 ihren Handlungsspielraum – dabei wissen gerade sie am besten, wo Hilfe  
2992 gebraucht wird und welche Aufgaben zuerst angegangen werden müssen.

2993

2994 Dafür braucht es:

- 2995 • eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen durch Bund  
2996 und Land, damit Pflicht- und übertragene Aufgaben zuverlässig finanziert  
2997 werden können. Wer bestellt, der zahlt und zwar die ganze Rechnung!
- 2998 • die Reduzierung der Masse an Fördermittelprogrammen durch eine  
2999 kommunale Pauschalförderung, die auf Vertrauen zu der kommunalen  
3000 Familie beruht.

3001

3002 Wir wollen eine kommunale Pauschalförderung mit klar definierten objektiven  
3003 Kriterien.

3004

3005 Dazu gehören:

- 3006 • die Einwohner:innenzahl als grundlegendes Kriterium anzusetzen, da sie  
3007 den Umfang der kommunalen Aufgaben beeinflusst,
- 3008 • die Finanzkraft der Kommune zu beachten. Finanzschwache Gemeinden  
3009 sollten höhere Zuweisungen erhalten, um gleichwertige  
3010 Lebensverhältnisse zu sichern.
- 3011 • Flächengröße und Siedlungsstruktur nicht zu vergessen, denn ländliche  
3012 oder weitläufige Kommunen haben oft höhere Kosten für Infrastruktur  
3013 und Daseinsvorsorge,
- 3014 • soziale und demografische Faktoren wie etwa den Anteil älterer  
3015 Menschen, Kinder, die Arbeitslosenquote oder soziale Belastungs-  
3016 indikatoren zu berücksichtigen,
- 3017 • besondere Investitionsbedarfe bzw. strukturelle Herausforderungen wie  
3018 etwa ein regionaler Strukturwandel oder besondere Umwelt- bzw.  
3019 Klimafolgen einzukalkulieren.

3020

3021 Kommunale Pauschalförderung heißt: Wir vertrauen den Menschen vor Ort statt  
3022 auf Misstrauen und Bürokratie von oben! Mit einer solidarischen Pauschal-  
3023 förderung geben wir ihnen die Freiheit und die Mittel, Probleme direkt  
3024 anzupacken – ohne endlose Anträge, Formulare und Gänge durch Behörden-  
3025 labyrinth. So stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, schaffen Planungs-  
3026 sicherheit und bauen bürokratische Hürden ab. Gleichzeitig sorgen wir dafür,  
3027 dass soziale und strukturelle Unterschiede nicht weiterwachsen, sondern  
3028 ausgeglichen werden. Kurz gesagt: Eine kommunale Pauschalförderung macht  
3029 das Leben in unseren Städten und Gemeinden besser.

3030

### 3031 **Stärkung der kommunalen Finanzen**

3032 Eine Stärkung der kommunalen Finanzen bedeutet zugleich die Stärkung der  
3033 lokalen Demokratie: Nur wenn die Kommunen über ausreichende Mittel  
3034 verfügen, können sie nicht nur gesetzliche Verpflichtungen umsetzen, sondern  
3035 auch eigene, auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zugeschnittene Akzente

3036 setzen. Denn nur so entsteht Raum für kreative Lösungen, bürgerschaftliches  
3037 Engagement und ein solidarisches Miteinander, das den gesellschaftlichen  
3038 Frieden und das Vertrauen in politische Prozesse festigt.

3039  
3040 Wir setzen uns ein für:

- 3041 • eine echte Umverteilung zugunsten der Städte und Gemeinden,
- 3042 • die Einführung einer Gemeindegewerbesteuer auf Bundesebene,
- 3043 • einen Schuldenschnitt auf Bundesebene für mehr „Beinfreiheit“ in den  
3044 Kommunen.

3045  
3046 Unsere Argumente für eine Umverteilung zugunsten der Städte und  
3047 Gemeinden:

- 3048 • Das Land konsolidiert seinen Haushalt auch auf Kosten der Kommunen –  
3049 durch Unterfinanzierung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA),  
3050 insbesondere bei Schlüsselzuweisungen und Sonderbedarfsergänzungs-  
3051 zuweisungen.

**ÄA-Nr. 28**

Antragsteller:innen: Kreisvorstand Die Linke Burgenlandkreis

Zeile 3049

Ergänzung des Punktes wie folgt:

- Das Land konsolidiert seinen Haushalt auch auf Kosten der Kommunen – durch Unterfinanzierung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA), insbesondere bei Schlüsselzuweisungen und Sonderbedarfsergänzungszuweisungen. *Dies hat dazu geführt, dass die Umlagefinanzierung der Landkreise und Verbandsgemeinden für ihre eigene Haushaltskonsolidierung zunehmend die Finanzen ihrer Mitgliedsgemeinden beeinträchtigt und deren Rechte verletzt. Dieser Umstand ist seit Jahren bekannt, weil immer mehr Gemeinden erfolgreich gegen die Umlagen klagen, doch das Land tut nichts.*

Begründung:

Kommunen haben nach dem Grundgesetz ein Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Um dieses Recht sicherzustellen, steht den Kommunen per Verfassung das Aufkommen der Grundsteuern und der Gewerbesteuer zur Verfügung. Da die Gebietszusammenschlüsse wie Landkreise oder Verbandsgemeinden keine eigenen Einnahmequellen haben, müssen diese sich aus den Einnahmen ihrer Mitgliedsgemeinden finanzieren. Diese Praxis hat dazu geführt, dass Kommunen den Großteil ihrer Einnahmen als Umlagen abtreten müssen. Da das Land sich weigert, die Kommunen ordentlich finanziell auszustatten, kannibalisieren sich die Kommunen jetzt gegenseitig. Immer mehr Mitgliedsgemeinden werden von den Umlagen finanziell erdrückt, obwohl dies eigentlich ausgeschlossen sein sollte, weil die Gebietszusammenschlüsse ihre eigenen Defizite an ihre Mitglieder weitergeben. In den letzten Jahren sind immer mehr Mitgliedsgemeinden gegen die aktuelle Umlagepraxis vor Gericht gezogen und gewinnen immer wieder, doch ändern tut sich nichts. Die Verwaltungsgerichte geben seit Jahren die gleichen Urteile aus. In der Praxis hat die Rechtsprechung die geltende Gesetzeslage seit Jahren überholt. Doch während die Kommunen sich gegenseitig mit Klagen überziehen, hält das Land weiter an der aktuellen Finanzierung der Kommunen fest. Dieser kritische Umstand bei

der Finanzierung der Kommunen wird nicht erwähnt, obwohl er zentral ist. Mit der Einfügung soll dieser Kritikpunkt an der Finanzpolitik des Landes aufgenommen werden.

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise – der Text „doch das Land tut nichts“ wird gestrichen.**

- 3052 • Die Kommunen Sachsen-Anhalts haben real weniger Handlungsspielraum  
3053 aufgrund von Inflation, Tarifsteigerungen und Energiepreisen – trotz  
3054 nominell stabiler Einnahmen.
- 3055 • Der kommunale Finanzausgleich muss stärker dynamisiert und aufgaben-  
3056 gerecht ausgestaltet werden. Ohne Umverteilung vertieft sich die Schere  
3057 zwischen reichen Städten und armen Gemeinden, was demokratische  
3058 Legitimität untergraben kann.
- 3059 • Durch eine Umverteilung zugunsten der Städte und Gemeinden werden  
3060 diese in die Lage versetzt, Handlungsfähigkeit zu gewinnen, pflichtige  
3061 Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen und die Daseinsvorsorge vor  
3062 Ort aktiv zu gestalten. Damit bleibt das Gleichgewicht zwischen Land und  
3063 Kommune gewahrt und der Handlungsdruck abgefedert.
- 3064 • Die Umverteilung sichert Investitionen und damit Generationengerech-  
3065 tigkeit vor allem in strukturschwachen Regionen. Die Wirtschaftskraft, die  
3066 von der Infrastruktur abhängt, wird gestärkt.  
3067

3068 Unsere Argumente für eine Gemeindefinanzsteuer:

- 3069 • Breitere Bemessungsgrundlage bedeutet mehr Steuergerechtigkeit.  
3070 Aktuell werden vor allem Kapitalgesellschaften und gewerbliche  
3071 Unternehmen betrachtet. Mit der Gemeindefinanzsteuer wird eine  
3072 Lücke geschlossen, da alle wirtschaftlich Tätigen ihren Beitrag zur  
3073 Infrastruktur leisten.
- 3074 • Durch die Ausweitung würden sich die kommunalen Einnahmen  
3075 stabilisieren und somit die Finanzautonomie stärken, und die Fairness  
3076 steigt im Steuersystem.
- 3077 • Die Gemeindefinanzsteuer muss mit Freibeträgen und degressiven  
3078 Sätzen gestaltet werden, um Kleinselbstständige und Solo-Selbst-  
3079 ständige zu entlasten.
- 3080 • Keine zusätzliche Steuer, sondern Weiterentwicklung: Es handelt sich  
3081 nicht um eine neue Steuer, sondern um eine Reform der bestehenden  
3082 Gewerbesteuer mit dem Ziel größerer Systemgerechtigkeit.  
3083

3084 Unsere Argumente für einen Schuldenschnitt:

- 3085 • Kommunale Schulden sind strukturell bedingt: Viele Kommunen haben  
3086 sich nicht aus Misswirtschaft verschuldet, sondern weil sie Pflichtauf-  
3087 gaben ohne ausreichende Finanzausstattung erfüllen mussten. Es ist ein  
3088 Systemfehler, keine individuelle Schuld. Die Verantwortung liegt bei Bund  
3089 und Ländern und muss im Sinne der Kommunen korrigiert werden.
- 3090 • Die Tilgung kommunaler Altschulden, über Jahrzehnte angehäuft,  
3091 belastet heutige und künftige Generationen – ohne, dass sie je über die  
3092 Ursachen mitentscheiden konnten. Ein Schuldenschnitt ist sozial gerecht.

- 3093 • Finanzschwache Kommunen müssen Leistungsangebote kürzen,  
3094 während wohlhabende Kommunen weiter investieren können. Ein  
3095 Schuldenschnitt wäre ein Schritt zur Angleichung der Lebensverhältnisse  
3096 – gemäß Grundgesetz und Landesverfassungen.
- 3097 • Gleichzeitig ist der Investitionsstau ein Standortrisiko. Durch Schulden-  
3098 schnitt und entlastete Haushalte können Kommunen wieder in öffentliche  
3099 Infrastruktur, in sozialen Wohnungsbau und in ihre Wirtschaftskraft  
3100 investieren. Die freiwerdenden Mittel können gezielt in Wohnen,  
3101 Wirtschaft und Zukunftstechnologien investiert werden.
- 3102 • Ein Schuldenschnitt verhindert den finanziellen Verkaufsdruck auf  
3103 kommunales Eigentum wie Wohnungen, Stadtwerke und Grundstücke. So  
3104 bleibt die öffentliche Daseinsvorsorge in kommunaler Hand, sichert  
3105 langfristig bezahlbare Angebote und hält Gewinne in der Kommune statt  
3106 bei privaten Investoren.
- 3107 • In vielen Kommunen fließt ein erheblicher Teil der laufenden Haushalts-  
3108 mittel in die Entschuldung statt in Infrastruktur. Ein Schuldenschnitt  
3109 würde finanzielle Spielräume für die kommunale Identität freimachen –  
3110 ohne neue Schulden.
- 3111 • Mehr finanzielle Haushaltsmittel bedeuten auch mehr Mittel zur  
3112 Gewinnung und zur Ausbildung von qualifiziertem Personal, so dass die  
3113 Kommunen ihre Aufgaben effizienter erfüllen, die Qualität von Dienst-  
3114 leistungen erhöhen und langfristig die Versorgung und Betreuung der  
3115 Bürger:innen sichern können.

3116  
3117 Durch einen Schuldenschnitt, eine faire Gemeindefinanzsteuer und durch  
3118 gezielte Umverteilung stärken wir die Kommunen und sorgen für ein friedliches,  
3119 solidarisches Miteinander und eine gute Zukunft für alle. Wir stehen für  
3120 finanziell starke Kommunen, die gestalten können, statt nur verwalten müssen.

3121

### 3122 **Die Kommune der Zukunft – lebendig, gerecht und zukunftsfähig**

3123 Wir richten den Blick schon heute auf die Kommune von morgen. Die Kommune  
3124 der Zukunft muss ein Ort sein, an dem Menschen gern leben, arbeiten und sich  
3125 engagieren. Sie verbindet moderne Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit und  
3126 ökologisches Bewusstsein. Damit Kommunen zukunftsfähig werden, müssen  
3127 wir schon jetzt gemeinsam mit ihnen die richtigen Weichen stellen und die  
3128 vielfältigen Herausforderungen entschlossen annehmen.

3129

3130 Wir wollen daher:

- 3131 • Digitale Transformation: Verwaltung und Dienstleistungen werden  
3132 modern, effizient und bürgernah. Denn digitale Angebote erleichtern den  
3133 Alltag, beschleunigen Prozesse und verbessern die Teilhabe.
- 3134 • Infrastruktur und Mobilität: Fuß- und Radwege, Straßen, Brücken,  
3135 Schulen, Sport- und Kulturstätten werden nachhaltig instandgehalten  
3136 und modernisiert und den Erfordernissen des Klimawandels angepasst.

- 3137 Gleichzeitig wird es eine klimafreundliche Mobilität und gut ausgebaute  
3138 öffentliche Verkehrssysteme geben.
- 3139 • Soziale Teilhabe und Bildung: Alle Menschen erhalten direkt vor Ort  
3140 Zugang zu Bildung, Kultur und sozialen Angeboten, Das bedeutet:  
3141 Chancengleichheit schaffen, Armut bekämpfen und soziale  
3142 Ungleichheiten verringern.
  - 3143 • Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Weitere Maßnahmen zum Klimaschutz  
3144 werden ergriffen, erneuerbare Energien gefördert und umweltfreundliche  
3145 Projekte unterstützt. So werden Städte und Gemeinden resilient  
3146 gegenüber den Folgen der Klimakrise.
  - 3147 • Wirtschaft und Innovation: regionale Wirtschaftsketten, gemeinwohl-  
3148 orientierte Unternehmen und innovative Projekte werden gefördert, die  
3149 Beschäftigung gesichert und die regionale Entwicklung gestärkt.
  - 3150 • Partizipation und Demokratie: Bürger:innen werden aktiv in Entschei-  
3151 dungen eingebunden. Denn transparente Strukturen und Möglichkeiten  
3152 zur Mitbestimmung machen die Kommune lebendig und demokratisch.
  - 3153 • Interkommunale Zusammenarbeit: Kommunen der Zukunft arbeiten nicht  
3154 mehr isoliert, sondern kooperieren strategisch. Sie teilen Ressourcen und  
3155 entwickeln digitale Lösungen gemeinsam. Interkommunale Skalierung,  
3156 Open-Source-Software und nachnutzbare digitale Werkzeuge werden  
3157 zum Standard. So entstehen effiziente Strukturen, sinkende Kosten, mehr  
3158 Fachwissen – und Lösungen, die über einzelne Kommunen hinaus für  
3159 ganze Regionen wirken.

3160  
3161 Die Kommune der Zukunft ist also kein abstraktes Ziel, sondern ein  
3162 fortlaufender Prozess: Sie verlangt Investitionen, Kreativität, Mut zur  
3163 Veränderung und die Bereitschaft, Bürger:innen in alle Entscheidungen  
3164 einzubeziehen. Sie braucht ebenso Fürsorglichkeit und Wertschätzung, um ein  
3165 gesellschaftliches Miteinander zu gewährleisten. Als starker Partner an der  
3166 Seite der kommunalen Familie wollen wir uns dieser Aufgaben kraftvoll  
3167 anpacken und gemeinsam Orte schaffen, an denen Menschen nicht nur  
3168 wohnen, sondern zu Hause sind.

3169 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

3170

## 3171 **Schöner Wohnen in Sachsen-Anhalt**

3172

### 3173 **Bezahlbares und barrierefreies Wohnen**

3174 Wohnen und Mieten in Sachsen-Anhalt soll für alle bezahlbar, möglichst  
3175 barrierefrei, sicher und hochwertig sein: Doch passende Wohnungen sind  
3176 Mangelware.

3177 Eine sichere Unterkunft ist ein Menschenrecht und ein wichtiger privater  
3178 Schutzraum. Die hohen und immer weiter steigenden Nebenkosten und  
3179 Grundmieten, gehören für uns zu den brennendsten sozialen Themen.

3180 Aktien-Konzerne und Großvermieter zahlen aus unseren Mieten Renditen an  
3181 ihre Anleger:innen. Den Kommunen fehlt dagegen das Geld, um selber Boden  
3182 zu erwerben und zu bauen. Die 'Kosten zur Unterkunft' decken in vielen Fällen  
3183 die stark gestiegenen Wohnkosten nicht mehr ab. Die Zahl der Wohngeld-  
3184 anträge ist massiv angestiegen, die Obdachlosigkeit nimmt zu.

3185

3186 Wir wollen:

- 3187 • uns für eine Mietpreisbremse einsetzen und die gemeinnützige  
3188 Wohnungswirtschaft stärken,
- 3189 • eine Verordnung für einen angespannten Wohnungsmarkt erlassen um  
3190 eine Mietpreisbremse für die Städte zu ermöglichen,
- 3191 • zur Unterstützung der sozial orientierten Wohnungswirtschaft eine vom  
3192 Land (zwischen)finanzierte Anschlusslösung für Altschulden der  
3193 Wohnungswirtschaft,
- 3194 • Förderprogramme für alternative Wohnformen auflegen und sowie das  
3195 Wohnumfeld fördern,
- 3196 • Stadtumbauprogramme mit Landes- und Bundesmitteln aufstocken,  
3197 damit die Kommunen die Förderung einfacher nutzen können und den  
3198 Kofinanzierungsanteil der Kommunen reduzieren,
- 3199 • mit einem (Re)Kommunalisierungsfonds Gemeinden unterstützen,  
3200 Immobilien und Grundstücke in die öffentliche Hand zu holen.

3201

### 3202 **Mietkosten senken und sozialen Wohnungsbau fördern**

3203 In Sachsen-Anhalt sind die Belegungs- und Mietpreisbindungen fast vollständig  
3204 ausgelaufen, jahrzehntelang wurde auf eine soziale Wohnraumförderung  
3205 verzichtet. Damit hat das Land steuerfinanzierten und bezahlbaren Wohnraum  
3206 auf den profitorientierten privaten Markt gehen und die Preise steigen lassen.  
3207 Die bisherige Wohnungsbauförderung ist nicht geeignet, bezahlbares Wohnen  
3208 auch in attraktiven Lagen für Menschen mit geringem Einkommen abzusichern.  
3209 In einigen Kommunen schwindet die Durchmischung in den Quartieren.

3210

3211 Wir wollen:

- 3212 • Fördermittel für den Wohnungsbau nur für unbefristet gebundenen  
3213 sozialen Mietwohnungsbau verwenden und nicht für die Förderung von  
3214 Eigentum,
- 3215 • Kommunen bei der Unterbringung wohnungsloser Menschen  
3216 angemessen unterstützen,
- 3217 • Zwangsräumungen sowie Strom- und Heizungssperren verhindern,
- 3218 • das Aufzugsprogramm in ein umfassendes Programm zum barrierefreien  
3219 Umbau und energetischen Sanierung umwandeln und aufstocken.

3220

### 3221 **Wohngeld**

3222 Die Zahl der Wohngeld-Anträge ist massiv gestiegen. Besonders alleinstehende  
3223 alte Menschen mit kleiner Rente sind in Sachsen-Anhalt auf Wohngeld

3224 angewiesen. Viele Menschen scheuen die komplizierte und als stigmatisierend  
3225 empfundene Antragstellung. Das Antragsverfahren für das Wohngeld ist so  
3226 kompliziert, dass nur etwa ein Drittel der Anspruchsberechtigten es tatsächlich  
3227 erhält.

3228 Das Wohngeld als Subjektförderung ist eine hilfreiche Kostenabmilderung,  
3229 jedoch keine nachhaltige Lösung, wenn Mieten nicht gedeckelt werden. Es  
3230 bedarf vor allem einer Objektförderung, das heißt verlässlicher und verstetigter  
3231 Bundesmittel für die Förderung des Bestands und Neubaus von  
3232 Mietwohnungen.

3233

3234 Wir wollen:

- 3235 • das Antragsverfahren stark vereinfachen und von unnötigen Kriterien  
3236 befreien,

**ÄA-Nr. 53.1.**

Antragsteller:innen: André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung), Lisa Tuchen (KV Börde)

in Zeile 3235 wie folgt ändern:

„...spätestens drei Monaten...“ in „...spätestens sechs Wochen“

- 3237 • dass Anträge spätestens drei Monate nach Antragstellung beschieden  
3238 sein müssen,

- 3239 • GroBeigentümer rechtlich hindern, Nebenkosten zusätzlich durch  
3240 konzerneigene Dienstleister zu erhöhen,

- 3241 • Bundesmittel vollständig nutzen,

- 3242 • die Modernisierungsumlage abschaffen,

- 3243 • Sanierungen und Heizungstausch warmmietenneutral,

- 3244 • dass die Grundsteuer nicht mehr auf die Mieter:innen umgelegt wird;

- 3245 • uns für sozial gestaffelte Heizungs- und Strompreise und preisgünstige  
3246 Sockeltarife einsetzen,

- 3247 • einen Fonds einrichten, aus dem unbürokratisch die Heizkosten

- 3248 übernommen werden können, wenn sich Mieter:innen keine warme

- 3249 Wohnung leisten können.

**ÄA-Nr. 53.2.**

Antragsteller:innen: André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung), Lisa Tuchen (KV Börde)

Zeile 3248:

*Folgender Anstrich soll neu aufgenommen werden:*

- *„ein Mitbestimmungsrecht bei den Richtlinien über die Kosten der Unterkunft für Leistungsbeziehende im Bereich des SGB II (Bürgergeld) und SGB XII („Sozialhilfe“) für die kommunalen Vertreter:innen.“*

3250

3251 **Landeswohnungsbaugesellschaft**

3252 Wir setzen uns für die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft ein. Sie  
3253 soll als Partnerin der bereits bestehenden Wohnungsgenossenschaften und  
3254 kommunalen Wohnungsunternehmen angelegt werden, nicht als deren Ersatz  
3255 oder Gegenspielerin. Sie soll vor allem gestoppte Projekte übernehmen

3256 beziehungsweise als Endinvestorin auftreten und damit auch Vorhaben von  
3257 Genossenschaften oder ihren Verbundunternehmen wirtschaftlich möglich  
3258 machen. Gleichzeitig sollen Wohnungen geschaffen werden, die nicht aus der  
3259 Sozialbindung fallen. Die Landeswohnungsbaugesellschaft soll auch dort aktiv  
3260 werden, wo weder Genossenschaften noch kommunale Wohnungsunter-  
3261 nehmen bezahlbaren Wohnraum anbieten.

3262

### 3263 **Junges Wohnen**

3264 Die Wohnraumsituation ist besonders für Studierende und Azubis in Sachsen-  
3265 Anhalt schwierig. Bei Wohnheimplätzen gibt es eine Unterversorgung: Die  
3266 Plätze wurden in den vergangenen Jahren noch verringert, weniger als  
3267 10 Prozent der Studierenden bekommen einen Wohnheimplatz. Seit 2013  
3268 wurden keine Wohnheimzimmer neu gebaut, die vorhandenen sind  
3269 modernisierungs-bedürftig. Auch das vom Bund dafür aufgelegte Programm  
3270 „Junges Wohnen“ blieb bisher wenig genutzt. Auch für Auszubildende gibt es in  
3271 Sachsen-Anhalt nicht genügend Wohnheimplätze. Davon betroffen sind  
3272 insbesondere Auszubildende, die an den Berufsschulen in regional  
3273 übergreifenden Klassen ausgebildet werden.

3274

3275 Wir wollen:

- 3276 • das Bundesförderprogramm für „Junges Wohnen“ mit einem deutlich  
3277 höheren Landesmittel-Anteil ausstatten, damit Auszubildende ebenso  
3278 von Wohnheimplätzen profitieren können,
- 3279 • die Förderhöhe je Objekt so hoch gewähren, dass sich die Investition  
3280 trotz Mietpreisbindung trägt,
- 3281 • dass die Belegungsbindung beim „Jungen Wohnen“ unbefristet ist.

3282

<b>ÄA-Nr. 21.1.</b>
Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis
Zeile 3281 Überschrift wie folgt ergänzen <b>Städtebau, <i>Gemeindeentwicklung</i> und Leerstand</b>
<u>Begründung: (für die Anträge 21.1. bis 21.4.</u> Sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum ist Leerstand bei Wohngebäu- den aber auch bei gewerblichen und sonstigen Einrichtungen ein Problem. Hinzu kommt der teilweise erhebliche Bedarf bei energetischer Sanierung von selbstge- nutzten Eigenheimen in Stadt- und Land. Damit auch alle Menschen die Möglichkeit des Ausstiegs aus der fossilen Heizsituation bekommen, müssen statt pauschaler Förderungen Förderprogramme her, die nach Einkommensklassen gestaffelt werden. Bei niedrigsten Einkommen könnten die Kosten vollständig übernommen werden und bei den höchsten Einkommensklassen sinkt dann die Förderung auf null. Das wäre sozial gerecht und würde niemand bei der Wärmewende zurücklassen.
<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>

3283 **Städtebau und Leerstand**

3284 Die Verödung der Innenstädte ist seit Jahren eine auffällige Entwicklung. Auch  
3285 Kleingewerbe und der Mittelstand sowie kulturelle Einrichtungen leiden unter

**ÄA-Nr. 21.2.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis

Zeile 3284 bis 3286

Satz wie folgt ersetzen:

Die Linke setzt sich für Nachnutzung und moderate Verdichtung bestehender Siedlungsflächen ein sowie für klimaneutralen Neu- und Umbau.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

3286 explodierenden Gewerbemieten. Die Linke setzt sich für Nachnutzung und  
3287 moderate Verdichtung bestehender Siedlungsflächen ein sowie für klima-  
3288 neutralen Neubau. Eine unkontrollierte Zersiedelung durch Neubauten am  
3289 Stadtrand und auf der grünen Wiese lehnen wir ab.

**ÄA-Nr. 21.3.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis

Zeile 3288

Folgenden Satz hinzufügen:

*Auch der ländliche Raum leidet teilweise unter Leerstand und der Bedarf an energetischer Sanierung von Eigenheimen ist enorm, aber aufgrund der Einkommenssituation viele Eigentümer:innen nicht zu bewältigen.*

**Der Landesvorstand übernimmt.**

3290

3291 Wir wollen:

- 3292 • ein Förderprogramm um Plattenbauten aus DDR-Zeiten durch
- 3293 Aufwertung, Wohnungszusammenlegung und Geschossrückbau
- 3294 attraktiver zu machen,
- 3295 • das Bauen mit alternativen Baustoffen wie Holz, Stroh oder Lehm
- 3296 fördern,
- 3297 • die Rückläufe aus dem Landesanteil früherer Förderungen weiterhin
- 3298 zweckgebunden dem Wohnraumförderfonds und der Förderung für
- 3299 Umbaumaßnahmen, Schuldenentlastung, Wiederertüchtigung von
- 3300 Leerstand zufließen lassen,
- 3301 • den Stadtumbau mit öffentlicher Beteiligung zur Quartiersentwicklung
- 3302 fortführen,
- 3303 • gegen den Leerstand die Auflage eines neuen Stadtumbauprogramms bis
- 3304 2035 für den Rückbau und Aufwertung im Bestand finanzieren.

**ÄA-Nr. 1**

Antragsteller:innen: Noah Biswanger (Delegierter SV Magdeburg, Georg Polte (Delegierter SV Magdeburg, Henriette Krebs (Delegierte KV Salzlandkreis)

In Zeile 3303 als neuen Anstrich einfügen:

- ein Gesetz, das die Zweckentfremdung von Wohnraum sanktioniert, um den Kommunen mehr Handlungsspielraum bei Spekulationen zu geben.

Begründung:

Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Spekulationsobjekt sein. Deshalb fordern wir die Einführung eines Landesgesetzes gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum. Leerstand aus Profitinteressen, Ferienwohnungen statt Mietwohnungen oder die Umwandlung in Gewerbeflächen entziehen den Menschen dringend benötigten Wohnraum. Mit klaren Regeln, verbindlichen Auflagen und deutlichen Konsequenzen stellen wir sicher, dass bestehende Wohnungen wieder den Menschen zur Verfügung stehen, die sie brauchen. Die damit verbundenen Einnahmen stärken zusätzlich die kommunalen Haushalte und schaffen Spielräume für Investitionen in soziale Wohnraumförderung, Stadtentwicklung und Infrastruktur. So sorgen wir dafür, dass Wohnraum zurück in die Städte kommt – und gleichzeitig die Kommunen handlungsfähiger werden.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

**ÄA-Nr. 21.4.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis

Zeile 3303

*Einen weiteren Punkt hinzufügen:*

- *eine nach Einkommensklassen gestaffelte Förderung für die energetische Sanierung sowie den Austausch von Heizungsanlagen von selbstgenutzten Eigenheimen*

**Der Landesvorstand übernimmt.**

3305

3306

3307

3308

Wir setzen auf Wohnen als Menschenrecht. Der soziale Wohnungsbau muss in Sachsen-Anhalt wieder angestoßen und gefördert werden. Niemand soll ohne Dach über dem Kopf leben müssen!

3309

**Wir sind der Pol der Hoffnung.**

3310

3311

3312

## **9. Industriepolitik/ Wirtschaftspolitik**

3313

**ÄA-Nr. 44.1.**

Antragsteller:innen: Stine Rummel-Strebelow, Oliver Farr, SV Dessau-Roßlau

Zeilen 3312 bis 3313 ersetzen durch:

*“Mitbestimmung macht Unternehmen stark”*

Begründung:

Hier laden wir die Unternehmen ein, und die Mitarbeiter, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Denn dass es Probleme gibt, ist vollkommen klar und wissen alle und die besten Lösungen entstehen zusammen.

3314

**Gute Arbeit, starke Rechte, demokratische Mitbestimmung**

3315

3316

**ÄA-Nr. 44.2.**

Antragsteller:innen: Stine Rummel-Strebelow, Oliver Farr, SV Dessau-Roßlau

Zeile: 3315 - 3319 ersetzen durch:

*“Wir wollen eine Wirtschaft, die stark, innovativ und krisenfest ist – weil alle mitgestalten. Wo Beschäftigte mitentscheiden, entsteht Motivation, Verantwortung und gemeinsamer Erfolg. Wenn Wissen aus Werkhalle, Büro und Geschäftsführung zusammenkommt, entsteht echte Schwarmintelligenz – und damit bessere Entscheidungen. Mitbestimmung macht Unternehmen widerstandsfähig und Arbeit zukunftssicher.”*

Begründung:

Ein Wahlprogramm sollte ein klares Zukunftsbild zeichnen. Menschen sollen erkennen, wohin wir wollen – nicht nur, wogegen wir sind. Eine positive, zielorientierte Sprache zeigt Gestaltungskraft und wirtschaftliche Kompetenz. Wer mit dem Ergebnis beginnt, vermittelt Sicherheit, Orientierung und Vertrauen. Genau das braucht eine Gesellschaft im Wandel.

3317 Arbeit darf nicht arm machen, sie muss Sicherheit, Respekt und Perspektive  
 3318 geben. In Sachsen-Anhalt schaffen Millionen Menschen jeden Tag Werte – in  
 3319 Werkstätten, Fabriken, Pflege, Handel und Verwaltung. Doch zu oft sind Jobs  
 3320 unsicher, Löhne niedrig, Mitbestimmung fehlt. Das wollen wir ändern: Arbeit soll  
 3321 stärken, Einkommen sichern und Zukunft gestalten.

3322

3323 **Arbeit, die schützt, stärkt und würdigt****ÄA-Nr. 44.3.**

Antragsteller:innen: Stine Rummel-Strebelow, Oliver Farr, SV Dessau-Roßlau

Zeile: 3322 – 3323 ersetzen durch:

*“Gute Arbeit heißt: Verantwortung übernehmen können und mitentscheiden dürfen.”*

Begründung:

Der ursprüngliche Satz beschreibt Schutzstandards, bleibt jedoch passiv. Unser Ansatz betont Gestaltungsmacht statt Fürsorge. Mitbestimmung stärkt Motivation, Innovationskraft und wirtschaftliche Stabilität – und ist damit Grundlage sicherer Arbeitsplätze.

3324 Gute Arbeit heißt: sichere Jobs, planbare Arbeitszeiten und faire Bedingungen –  
 3325 für alle Beschäftigten.

3326

3327 Unser Anspruch:

- 3328 • Recht auf Vollzeit und Rückkehrrecht aus Teilzeit,
- 3329 • sechs Wochen Urlaub für alle Beschäftigten,
- 3330 • langfristig die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn,
- 3331 • Schutz vor Überlastung durch Digitalisierung und mobile Arbeit,
- 3332 • ein gesetzlich gestärkter Arbeits- und Gesundheitsschutz,
- 3333 • familienfreundliche Schichtmodelle,
- 3334 • keine Ausnahmen vom Mindestlohn und keine Abwertung unter Tarif von
- 3335 Zuschlägen für Nacht- und Schichtarbeit, Feiertage und Überstunden.

3336

3337 **Tarifbindung stärken - faire Löhne sichern**

3338 Wo Tarif gilt, geht es den Menschen besser. Doch immer weniger Betriebe  
3339 zahlen ihn noch – das drückt Löhne und mindert Lebensqualität. Wir wollen die  
3340 Tarifbindung wieder zur Regel machen.

3341  
3342 Dafür fordern wir:

- 3343 • einen Vergabemindestlohn von 16,50 Euro pro Stunde, gekoppelt an  
3344 Inflation und Tarifentwicklungen,
- 3345 • die Einführung eines konsequenten Vergabegesetzes und Umsetzung  
3346 des Vergabemindestlohns,
- 3347 • die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern –  
3348 Blockaden der Arbeitgeber zu beenden.

**ÄA-Nr. 4.**

Antragsteller:innen: Georg Polte, Noah Biswanger (Delegierte SV Magdeburg)

**Neuer Punkt:**

- **Einführung einer Ausbildungsumlage**, die Ausbildungsbetriebe entlastet und Betriebe, die nicht selbst ausbilden, an den Kosten der Ausbildung beteiligt. Alle Auszubildenden sollen mindestens 80 % der tariflichen Ausbildungsvergütung erhalten.

Begründung:

Die Ausbildungsumlage stärkt die Ausbildungsgerechtigkeit und verbindet sie direkt mit Tarifstandards. Sie sorgt dafür, dass Betriebe, die selbst keine Auszubildenden beschäftigen, fair an den Kosten beteiligt werden, während Ausbildungsbetriebe entlastet werden. Damit wird die tarifliche Ausbildungsvergütung für alle Auszubildenden gesichert.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

3349  
3350 Faire Löhne sind kein Luxus, sondern Grundlage von Würde, Kaufkraft und  
3351 regionaler Stärke.

3352  
3353 **Mitbestimmung - Demokratie im Betrieb**

**ÄA-Nr. 44.4.**

Antragsteller:innen: Stine Rummel-Strebelow, Oliver Farr, SV Dessau-Roßlau

Zeile: 3352 – 3356 ersetzen durch:

*“Lösungen sind dann am stärksten, wenn sie dort entstehen, wo Probleme erkannt werden. Unternehmen sind innovativer und langfristig erfolgreicher, wenn Beschäftigte Verantwortung übernehmen und ihr Wissen einbringen können.*

*Werden Mitarbeiter:innen von Entscheidungen ausgeschlossen, verliert das Unternehmen Innovationskraft – und der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt an Stärke.*

*Wir ändern das: Mitbestimmung beginnt im Team und reicht bis in die Unternehmensführung. Beschäftigte wissen, was heute gebraucht wird – und was morgen zählt.“*

Begründung:

Der ursprüngliche Text fokussiert stark auf Großunternehmen und klassische Konfliktlinien. Unser Vorschlag bezieht ausdrücklich auch kleine und mittlere Unternehmen mit ein. Mitbestimmung beginnt nicht erst im Konzern, sondern im Team. Damit eröffnen wir die Möglichkeit, Förderinstrumente für moderne Arbeitsformen – etwa agile Organisationsstrukturen, Teamverantwortung oder partizipative Unternehmensmodelle – gezielt auch für kleine Betriebe nutzbar zu machen. So wird Mitbestimmung nicht nur als Abwehrrecht verstanden, sondern als Innovationsstrategie für die gesamte regionale Wirtschaft.

3354 Wer jeden Tag Werte schafft, muss auch über deren Zukunft mitbestimmen  
3355 können. Doch noch immer entscheiden Vorstände über Schließungen und  
3356 Verlagerungen, während Beschäftigte die Folgen tragen. Diese Entmachtung im  
3357 Namen der Wettbewerbsfähigkeit ist politisch gewollt – und sie schwächt  
3358 unsere Demokratie.

3359  
3360 Wir wollen das ändern: Mitbestimmung muss zur Selbstverständlichkeit werden  
3361 – nicht zur Ausnahme. Beschäftigte wissen am besten, wie Transformation  
3362 gelingt, wie Standorte gesichert und neue Märkte erschlossen werden.

3363  
3364 Wir fordern:

- 3365 • Mitentscheidungsrechte der Betriebsräte bei Investitionen,  
3366 Standortfragen und Digitalisierung,
- 3367 • harte Sanktionen gegen Union Busting und die Behinderung von  
3368 Betriebsratsarbeit,
- 3369 • Betriebsratsförderung durch Bildung, Gesundheit und Weiterbildung,
- 3370 • ein Landesprogramm zur Unterstützung von betrieblicher Mitbestimmung  
3371 in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

3372  
3373 **Demokratische Wirtschaft - Zukunft gemeinsam gestalten**

3374 Sachsen-Anhalt darf kein Land der billigen Arbeit und schwachen Mitbestim-  
3375 mung sein. Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen dient – nicht nur  
3376 Konzernzentralen und Profiten. Transformation, Investitionen und Innovation  
3377 müssen von unten mitgestaltet werden: durch Beschäftigte, Gewerkschaften,  
3378 Wissenschaft und Kommunen.

3379  
3380 Unsere Perspektive:

- 3381 • Zukunftsinvestitionen in Industrie und Schlüsselbranchen demokratisch  
3382 planen,
- 3383 • nachhaltige Produktionsweisen und sichere Arbeitsplätze schaffen,
- 3384 • öffentliche Mittel für gemeinwohlorientierte Technologien einsetzen statt  
3385 Profite zu privatisieren.

3386  
3387 Unsere Forderungen:

- 3388 • Aufbau regionaler Wirtschafts- und Transformationsräte für  
3389 demokratische Planung,
- 3390 • engere Verzahnung von Wirtschaft, Forschung, Hochschulen und  
3391 Bevölkerung,

- 3392 • gemeinwohlorientierte öffentliche Investitionen gezielt lenken,  
 3393 • Wirtschaft solidarisch, gerecht und nachhaltig gestalten.

**ÄA-Nr. 30.3.**

Antragsteller:innen: Veit Kuhr (KV Salzlandkreis), Detlef Eckert (KV Harz),  
 Kreisvorstand Salzlandkreis

Zeile 3392

neuen Punkt hinzufügen:

- „Inklusionsarbeitsplätze, (bspw. für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung)

Begründung:

Gerade Menschen mit geistiger Beeinträchtigung können oft nur in geschützten Werkstätten tätig sein, darüber hinaus gibt es auf dem freien Arbeitsmarkt bisher kaum andere Möglichkeiten. Noch werden zu viele M.m.geistiger Beeinträchtigungen in Förderschulen unterrichtet, die zu wenige Möglichkeiten für einen Hauptschulabschluss anbieten. Deshalb bleibt als einzige Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsleben nur die Werkstatt (WfbM). Zugleich bestehen auf dem ersten Arbeitsmarkt sehr eingeschränkte Chancen für eine Teilhabe am Arbeitsleben mangels geschützter bzw. individuell angepasster Arbeitsplätze. Durch geschützte (inklusive) Arbeitsplätze gäbe es die Chance, diesen Markt entsprechend der UN-BRK und der Kritik des UN-Fachausschusses 2023 zu öffnen.

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form: Schaffung und Erhalt von Inklusionsarbeitsplätzen (bspw. für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung) sowie Verschiebung in Zeile 3335**

- 3394  
 3395 Ziel ist eine Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert, Transformation vorantreibt  
 3396 und allen Menschen eine Stimme gibt – solidarisch, sozial-ökologisch und  
 3397 demokratisch.  
 3398  
 3399 **Faire Arbeitsmigration und Schutz vor Ausbeutung**  
 3400 Sachsen-Anhalt steht vor einem tiefgreifenden demografischen Wandel: Viele  
 3401 Fachkräfte gehen in Rente, ganze Branchen suchen dringend Personal – von  
 3402 Landwirtschaft und Bau bis Pflege und Produktion. Gleichzeitig arbeiten viele  
 3403 Menschen aus dem Ausland unter Bedingungen, die weder fair noch würdig  
 3404 sind: Leiharbeit in der Ernte, prekäre Beschäftigung am Bau, fehlende Rechte  
 3405 und langwierige Anerkennungsverfahren. Diese Realität gefährdet Beschäftigte,  
 3406 schwächt Tarifstandards und belastet ganze Regionen.  
 3407  
 3408 Sachsen-Anhalt braucht eine klare Linie: Arbeitsmigration fair gestalten, Rechte  
 3409 sichern und Fachkräfte wirklich integrieren – statt Ausbeutung, Bürokratie und  
 3410 Lohnkonkurrenz.  
 3411  
 3412 Wir fordern:  
 3413 • klare Regeln für faire Arbeit: konsequente Kontrolle von Leiharbeit,  
 3414 Werkverträgen und Subunternehmen in Landwirtschaft, Bau und Logistik  
 3415 – mit Schwerpunktprüfungen durch „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ und  
 3416 Landesbehörden,

- 3417 • gleichen Lohn für gleiche Arbeit: landesweite Vorgaben, dass öffentliche  
3418 Aufträge nur an Unternehmen gehen, die tarifgebunden zahlen und keine  
3419 Ausbeutungsmodelle nutzen,  
3420 • schnelle Anerkennung von Berufsabschlüssen: Das Land investiert in  
3421 Anerkennungsstellen, digitale Verfahren, Sprachförderung und Beratung  
3422 – damit Fähigkeiten schnell zum Tragen kommen und Fachkräfte nicht in  
3423 prekäre Jobs gedrängt werden. Das stärkt Wirtschaft, Verwaltung,  
3424 Gesundheit und Industrie gleichermaßen.  
3425 • Rechte stärken, Missbrauch stoppen: härtere Sanktionen bei Ausbeutung  
3426 sowie landesweite Beratungsstellen für Arbeitsmigrant:innen, unterstützt  
3427 von Gewerkschaften – damit Betroffene ihre Rechte kennen und  
3428 durchsetzen können  
3429 • Integration in Betriebe und Regionen: Förderprogramme für Betriebe, die  
3430 Migrant:innen qualifizieren, weiterbilden und langfristig übernehmen –  
3431 statt rotierender Ausbeutungsmodelle durch Leiharbeitsfirmen.  
3432

3433 Sachsen-Anhalt braucht Arbeitsmigration – nicht trotz, sondern wegen des  
3434 demografischen Wandels. Wenn Menschen hier arbeiten wollen, verdienen sie  
3435 Respekt, Sicherheit und echte Zukunftschancen. Faire Regeln schützen nicht  
3436 nur die Beschäftigten, sondern auch die regionalen Betriebe, Handwerks-  
3437 betriebe und die Tarifstandards, die unser Land tragen. So entsteht eine  
3438 Arbeitswelt, in der Migration nicht länger Ausbeutung bedeutet. Wir wollen faire  
3439 Chancen, sichere Jobs und gemeinsame Stärke für unser Land.

## 3440 **Sachsen-Anhalts Wirtschaft neu denken**

### 3441 3442 **Transformation und Strukturwandel – Industriepolitik**

3443 Wir wollen eine Wirtschaft für alle, die nicht nur auf einzelne Leuchtturm-  
3444 projekte ausgerichtet ist, sondern Beschäftigte, Konsument:innen, Unter-  
3445 nehmen, Handwerk und die Daseinsvorsorge gleichermaßen in den Blick nimmt.  
3446

3447 Dazu gehören:

- 3448 • eine verlässliche Infrastruktur,  
3449 • qualifizierte Arbeitskräfte,  
3450 • Bildung, Forschung und Innovation  
3451 • und hohe Umwelt- und Menschenrechtsstandards.  
3452

3453 Wir setzen auf eine resiliente, regional verankerte Wirtschaft, die Wohlstand  
3454 und soziale Stabilität schafft – nicht nur Profite für einige Wenige. Sachsen-  
3455 Anhalt braucht dafür eine aktive, demokratische Industriepolitik, die Beschäfti-  
3456 gung sichert, Transformation gestaltet und regionale Wertschöpfung stärkt –  
3457 statt Abhängigkeiten zu vertiefen.  
3458

3459 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

3460 Sachsen-Anhalt steht vor tiefgreifenden wirtschaftlichen Herausforderungen:  
3461 Alte Strukturen brechen weg, die Chemie- und Automobilzulieferindustrie  
3462 stehen unter Druck durch steigende Energiepreise, internationale Konkurrenz  
3463 und den Klimawandel. Viele kleine und mittlere Unternehmen sowie das  
3464 Handwerk kämpfen um ihre Existenz, Fachkräfte fehlen, und Regionen drohen  
3465 abgehängt zu werden.

3466

3467 Die bisherigen Landesregierungen haben oft auf Großprojekte gesetzt und die  
3468 soziale und ökologische Zukunft der Wirtschaft aus dem Blick verloren.

**ÄA-Nr. 29**

Antragsteller:innen: Kreisvorstand Die Linke Burgenlandkreis

Zeile 3466

Ergänzung des Satzes wie folgt:

Die bisherigen Landesregierungen haben oft auf Großprojekte gesetzt und die soziale und ökologische Zukunft der Wirtschaft aus dem Blick verloren. *Auch bei der Unterstützung der betroffenen Regionen versagt das Land. Weniger als die Hälfte der Landesmittel für den Strukturwandel gehen an betroffene Landkreise und wenn, haben die geförderten Projekte wenig bis gar nichts mit dem Strukturwandel zu tun.*

Der Inhalt der Zeilen 3467 und 3468 wird um jeweils eine Zeile heruntergesetzt und dem folgenden Absatz hinzugefügt:

Stillstand und Abhängigkeit von einzelnen Konzernen gefährden Arbeitsplätze, Wertschöpfung und die Perspektiven der Menschen vor Ort. Eine aktive Industriepolitik für Sachsen-Anhalt verbindet [...].

Begründung:

In den vom Strukturwandel betroffenen Regionen ist der Unmut über die bisherige Handhabung der Hilfsmittel sehr groß. Zu oft wurden enorme Summen in Gebiete und Projekte gesteckt, die mit dem Strukturwandel nichts zu tun haben. Dies hat nicht nur Vertrauen in die Unterstützung des Landes verspielt, sondern auch die ohnehin geringe Hoffnung, den Strukturwandel zu bewältigen. Wenn wir mit Maßnahmen wie dem Investitionsprogramm erfolgreich sein wollen, dann müssen wir die Fehler bei der bisherigen Mittelvergabe thematisieren und verhindern, dass man die gleichen Fehler wiederholt.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

3469 Stillstand und Abhängigkeit von einzelnen Konzernen gefährden Arbeitsplätze,  
3470 Wertschöpfung und die Perspektiven der Menschen vor Ort.

3471

3472 Eine aktive Industriepolitik für Sachsen-Anhalt verbindet deshalb regionale  
3473 Wertschöpfung mit einer verantwortungsvollen, ressourcenschonenden und  
3474 kreislauforientierten Wirtschaft, die ökologische Belastungen reduziert und die  
3475 natürlichen Lebensgrundlagen schützt.

3476

3477 Denn Sachsen-Anhalt kann mehr: Arbeitsplätze sichern, Regionen stärken und  
3478 Klimaschutz vorantreiben. Es ist höchste Zeit, die Transformation aktiv, sozial

3479 gerecht und demokratisch zu gestalten – als Chance für Beschäftigte, Regionen  
3480 und Klimaschutz.

3481

3482 **Investitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau.**

3483 Wir engagieren uns für einen Wirtschaftsfonds für den Umbau der Industrie, die  
3484 Unterstützung des Mittelstands und des Handwerks. Durch den Investitions-  
3485 fonds können Unternehmen mit langfristigen Krediten oder im Austausch für  
3486 Gesellschaftsanteile zukunftsfähig aufgestellt werden. Der Fonds kann  
3487 beispielsweise für einen klimagerechten Umbau, aber auch für die Umstellung

**ÄA-Nr. 45.5.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale)

Einfügung in Zeile 3486

[...] Produktionsverfahren *und die Gründung von Startups* genutzt [...]

**Der Landesvorstand übernimmt.**

3488 auf neue Produktionsverfahren genutzt werden. Er soll dabei die Gewinne aus  
3489 Beteiligungen oder Krediten reinvestieren, um sich fortlaufend zu verstetigen  
3490 und sein Angebot stetig zu erweitern.

3491

3492 Wir wollen:

- 3493 • **langfristige Investitionen statt Subventionen** – Kredite und Beteiligun-  
3494 gen zur klimaneutralen Umstellung, Modernisierung und Transformation  
3495 von Unternehmen,
- 3496 • **Sozial-ökologische Transformation** – Investitionen werden an Tarifbin-  
3497 dung, Standortgarantie und gemeinwohlorientierte Produktionsverfahren  
3498 gekoppelt,
- 3499 • **Beteiligung statt Abhängigkeit** – Unternehmen können sich am Fonds  
3500 beteiligen – finanziell oder projektbezogen –, um so gemeinsam die wirt-  
3501 schaftliche Entwicklung zu gestalten,
- 3502 • **Sicherung von Arbeit und Mitbestimmung:** Wenn Betriebe in die Krise  
3503 geraten, erhalten Beschäftigte das Recht, sie **kollektiv oder genossen-**  
3504 **schaftlich zu übernehmen.** So bleibt Wissen erhalten, und Arbeit wird  
3505 selbstbestimmt fortgeführt.
- 3506 • **Demokratische Mitbestimmung** – die Bewirtschaftung des Fonds und  
3507 Investitionsentscheidungen erfolgen gemeinsam mit Beschäftigten, Ge-  
3508 werkschaften, Wissenschaft und Kommunen,
- 3509 • **Weiterbildung und Zukunftskompetenzen:** Jede Förderung wird mit  
3510 Qualifizierungsprogrammen verbunden – damit niemand im Wandel zu-  
3511 rückbleibt.

3512

3513 So entsteht eine Industriepolitik, die nicht Subventionen verteilt, sondern

3514 Zukunft gestaltet - mit Planung, Beteiligung und Innovation.

3515

3516 **Strukturwandel demokratisch gestalten**

3517 Wir engagieren uns für sozial gerechten und demokratisch und planvoll  
3518 gestalteten Strukturwandel – gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Sachsen-  
3519 Anhalt steht im Zentrum eines gewaltigen Umbruchs. Der Abschied von fossilen  
3520 Rohstoffen und das Ende überholter Exportmodelle sind unausweichlich.

3521  
3522 Nur wenn alle mitbestimmen, entsteht aus Wandel Vertrauen – und aus  
3523 Vertrauen Zukunft.

3524  
3525 Wir wollen:

- 3526 • **Ein Landesprogramm „Klimaschutz in der Industrie“:** Förderung von  
3527 kleinen und mittleren Unternehmen mit Zuschüssen für Klimaschutzpro-  
3528 jekte sowie zinslosen, langfristigen Krediten für die Umstellung auf klima-  
3529 neutrale Produktionsverfahren.
- 3530 • **Starke Industrie, starke Netze:** Wir sichern Schlüsselbranchen und in-  
3531 vestieren in Zukunftsinfrastruktur – leistungsfähige Strom- und Wasser-  
3532 stoffnetze, flächendeckende Ladepunkte und digitale Anbindungen. So  
3533 bleibt Sachsen-Anhalt Industrieland mit Zukunft.
- 3534 • **Regionale Wertschöpfung statt verlängerter Werkbank:** Industriepolitik  
3535 soll die Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt halten, Mitbestimmung stärken  
3536 und regionale Wirtschaftskreisläufe fördern – statt Abhängigkeit von in-  
3537 ternationalen Konzernen zu vertiefen.
- 3538 • **Energiewende als Jobmotor:** Sachsen-Anhalt hat beste Voraussetzun-  
3539 gen für Solar- und Windenergie. Wir nutzen sie für neue Arbeitsplätze,

<b>ÄA-Nr. 45.6.</b>
---------------------

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale)
---

Einfügung in Zeile 3538
-------------------------

[...] Energieverbrauch, <i>niedrigere regionale Strompreise</i> , Energieeffizienz [...]
--

<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>
--------------------------------------

- 3540 • sinkenden Energieverbrauch, Energieeffizienz und nachhaltige Produk-  
3541 tionsketten.
- 3542 • **Mobilitätswende als Innovationsmotor:** Wir machen Sachsen-Anhalt  
3543 zum Herzstück nachhaltiger Mobilität – mit klimaneutraler Produktion,  
3544 Leichtbau und Elektromobilität „Made in Sachsen-Anhalt“. Der Ausbau  
3545 von Lade- und Gleisinfrasturktur schafft neue Industriearbeitsplätze und  
3546 stärkt regionale Wertschöpfung.
- 3547 • **Demokratische Gestaltung des Wandels:** Bürger:innen sollen mitgestal-  
3548 ten, mitbestimmen und Verantwortung tragen. Wo Demokratie den Um-  
3549 bau lenkt, wächst Vertrauen – und aus Wandel entsteht Zukunft.
- 3550 • **Soziale Sicherheit im Wandel:** Überleitungsgesellschaften sichern Be-  
3551 schäftigung, Weiterbildung und neue Perspektiven, damit niemand im  
3552 Strukturwandel zurückbleibt.  
3553

3554 **Unser Ziel:** Industrielle Transformation als Chance – für Beschäftigte, Regionen  
3555 und Klimaschutz. Arbeitsplätze bleiben erhalten, Industrie wird **grün, innovativ**  
3556 **und demokratisch gesteuert.**

3557

3558 **Automobilindustrie stärken – Innovation und Arbeit sichern**

3559 Wir engagieren uns für den Aufbau einer regionalen, nachhaltigen und sozial

**ÄA-Nr. 55.4.**

Antragsteller:innen: Kreisvorstand Jerichower Land

Zeile 3557:

„Automobilindustrie und ihre Zulieferer“ streichen und ersetzen durch  
„die Zulieferer der Automobilindustrie“

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise: Änderung des Wortes Automobilindustrie in Automobilbranche sowie Streichung des Wortes Zulieferer.**

3560 gerechten Automobilindustrie. Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer in  
3561 Sachsen-Anhalt beschäftigen rund 30.000 Menschen. Doch **steigende**  
3562 **Energie- und Produktionskosten, fehlender Kurs bei der Elektromobilität und**  
3563 **wachsende internationale Konkurrenz** setzen viele Betriebe massiv unter  
3564 Druck. CDU, SPD, Grüne und FDP haben hier lange auf **Planlosigkeit und**  
3565 **Abwarten** gesetzt, statt eine klare Strategie für Transformation und Arbeits-  
3566 platzsicherung zu entwickeln. Das gefährdet **Arbeitsplätze, regionale**  
3567 **Wertschöpfung und die Zukunft unserer Industrie.**

3568

3569 Wir wollen:

- 3570 • **Diversifizierung der Produktion** durch Batterietechnologie, E-Mobili-  
3571 tät, Leichtbau, Schiene und nachhaltige Mobilität,
- 3572 • **Investitions- und Innovationsförderung**, in dem wir Betriebe bei der  
3573 Umstellung auf nachhaltige und energieeffiziente Produktionspro-  
3574 zesse, Forschung an neuen Technologien und Erschließung zukunfts-  
3575 fähiger Märkte unterstützen,
- 3576 • **Transformationsnetzwerke entwickeln**, in dem wir die Zusammenar-  
3577 beit mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Zulieferbetrieben  
3578 stützen,
- 3579 • **einen Rettungsschirm für kritische Zulieferbetriebe** zum Schutz für  
3580 Betriebe, die systemrelevant für die Wertschöpfungsketten sind,
- 3581 • **regionale Wertschöpfung durch** kurze Lieferketten, lokale Produktion  
3582 und den Ausbau von Zuliefernetzwerken innerhalb Sachsen-Anhalts,  
3583 um Abhängigkeiten von internationalen Konzernen zu reduzieren.

3584

3585 Mit diesen Maßnahmen kann Sachsen-Anhalt seine Automobilindustrie nicht nur  
3586 sichern, sondern **zu einem Leuchtturm für nachhaltige, innovative und sozial**  
3587 **verantwortliche Produktion** machen – ein Ort, an dem Beschäftigte, Betriebe  
3588 und Regionen gemeinsam eine **starke und zukunftsfähige Wirtschaft**  
3589 gestalten.

3590

3591 **Chemie- und Grundstoffindustrie - Transformation sichern, Zukunft**  
3592 **gestalten**

3593 Wir engagieren uns für eine klare Linie: **Klimaschutz, Versorgungssicherheit**  
3594 **und industrielle Stärke gemeinsam denken.** Die chemische und energie-  
3595 intensive Industrie ist das industrielle Herz Sachsen-Anhalts – von Leuna bis  
3596 Schkopau. Doch hohe Energiepreise, globale Konkurrenz und drohende  
3597 Standortverlagerungen gefährden Betriebe und Beschäftigung. Die Landes-  
3598 regierung hat bislang nur kurzfristig reagiert, statt langfristig zu planen.

3599  
3600 Wir wollen:

- 3601 • **faire Energiepreise für den Wandel** – Energie- und CO<sub>2</sub>-Kosten in Um-  
3602 bauphasen senken – gekoppelt an gute Arbeit, Klimaschutz und sichere  
3603 Standorte,
- 3604 • **klimaneutral produzieren, Zukunft sichern** – Unterstützung beim Um-  
3605 stieg auf saubere, kreislauforientierte Verfahren – mit starker öffentlicher  
3606 Hand und Forschung an der Seite der Betriebe,
- 3607 • **grüne Wasserstoffinfrastruktur aufbauen und sichern** – Aufbau einer  
3608 landesweiten Wasserstoffinfrastruktur, die verlässlich, bezahlbar und –  
3609 wenn nötig – **in öffentlicher Hand** bleibt,
- 3610 • **verbindliche Transformationsverträge** – Planungssicherheit durch klare  
3611 Investitions- und Beschäftigungsgarantien, neue Wertschöpfung im Be-  
3612 reich grüner Grundstoffe und die aktive Förderung der Elektrochemie,
- 3613 • **keine Werksschließung ohne Perspektive** – Arbeitsplätze, Wissen und  
3614 Strukturen für kommende Generationen sichern.

3615  
3616 Mit diesen Maßnahmen kann Sachsen-Anhalt seine Chemie- und Grundstoff-  
3617 industrie nicht nur sichern, sondern **zu einem Leuchtturm für nachhaltige,**  
3618 **klimafreundliche Produktion** machen – ein Ort, an dem **Arbeitsplätze,**  
3619 **regionale Stärke und die Leistungen der Industrie** Hand in Hand gehen.

3620  
3621 **Handwerk – Rückgrat der Transformation, Herz der Regionen**

3622 Wir engagieren uns für ein starkes, modernes Handwerk, das gute Arbeit  
3623 schafft und die Energiewende mitgestaltet – in Werkstätten, auf Baustellen und  
3624 in unseren Städten und Dörfern. Das Handwerk ist das Rückgrat unserer  
3625 Wirtschaft – regional verwurzelt, unverzichtbar für Klimaschutz, Alltag und  
3626 Zusammenhalt. Doch viele Betriebe kämpfen mit steigenden Kosten,  
3627 Fachkräftemangel und fehlender Perspektive. Zu lange haben CDU, SPD und  
3628 FDP auf Marktkräfte vertraut, statt das Handwerk als Schlüssel für die sozial-  
3629 ökologische Transformation zu stärken.

3630  
3631 Wir wollen:

- 3632 • **ein Landesprogramm „Handwerk 2035“** – Investitionen in klimaneutrale  
3633 Produktion, Energieeffizienz und digitale Werkzeuge,

- 3634 • **frühzeitige Berufsorientierung** – praxisbezogener Unterricht und ver-
- 3635 pflichtende Schüler:innenpraktika, damit junge Menschen das Handwerk
- 3636 erleben und erlernen,
- 3637 • **Betriebe in Beschäftigtenhand** – Unterstützung bei Nachfolge und ge-
- 3638 nossenschaftlicher Übernahme, um Arbeitsplätze und Wissen zu sichern,
- 3639 • **regionale Wertschöpfung** – öffentliche Aufträge an lokale Betriebe – fair,
- 3640 transparent und zukunftsorientiert,
- 3641 • **Ausbildung stärken** – kostenfreie Meisterqualifikation, Weiterbildung in
- 3642 Zukunftsbranchen wie Gebäudesanierung, Photovoltaik und Wärmetechn-
- 3643 nik.

3644  
 3645 Ein starkes Handwerk bedeutet starke Regionen, sichere Arbeit und Zukunft  
 3646 zum Anpacken. Sachsen-Anhalt wächst dort, wo Menschen mit ihren Händen  
 3647 und Herzen gestalten – gemeinsam, solidarisch und zuversichtlich.

3648  
 3649 **Tourismus und Gastronomie – Stark, resilient und regional verwurzelt**

3650 Wir engagieren uns für eine Politik, die **Tourismus nachhaltig, krisenfest und**  
 3651 **sozial gestaltet.**

3652 Tourismus und Gastronomie sind für Sachsen-Anhalt mehr als Ferien: Sie  
 3653 schaffen Arbeitsplätze, beleben Städte und Dörfer und machen unsere  
 3654 kulturelle Vielfalt sichtbar und das Land attraktiv. Doch die Branche ist  
 3655 verwundbar: Klimawandel, Fachkräftemangel, steigende Kosten und unsichere  
 3656 Rahmenbedingungen belasten viele Betriebe. Zugleich zeigt der Trend klar:  
 3657 Menschen suchen regionale Erlebnisse, Natur, Kultur und Authentizität.

3658  
 3659 Wir wollen diese Zukunft aktiv ermöglichen: durch starke Regionen und gute  
 3660 Arbeitsbedingungen, die junge Menschen wieder für das Gastgewerbe  
 3661 begeistern. Tourismus und Gastronomie müssen widerstandsfähig, lokal  
 3662 eingebettet und sozial gerecht werden. Klimaresilienz, regionale Kreisläufe und  
 3663 faire Arbeit bilden dafür das Fundament. Wir verbinden Förderung mit klaren  
 3664 sozialen Standards und einer Strategie, die Menschen, Regionen und Natur  
 3665 schützt.

3666 Wir wollen:

- 3667 • **klimaresiliente Tourismusentwicklung** – Landesprogramm für Hitze-
- 3668 und Hochwasserschutz, nachhaltige Rad- und Wanderwege und
- 3669 Naturrauminfrastruktur, klimaangepasste Besucherlenkung,
- 3670 • **regionale Angebote stärken** – Förderung an lokale Anbieter binden,
- 3671 Kultur- und Naturtourismus ganzjährig unterstützen, Jugend und
- 3672 Schülerangebote ausbauen,

<b>ÄA-Nr. 15.1</b>
--------------------

Antragsteller:innen: Alexander Luft (Delegierter Harz), Kreisvorstand Harz
--

Zeilen 3671 bis 3672
----------------------

wie folgt ändern:
-------------------

Gastronomie sichern – zielgerichtete Investitionshilfen für Energieeffizienz und die Modernisierung von Großküchengeräten und Gebäuden, auch im ländlichen Raum,
--

Begründung:

Die Präzisierung stellt klar, dass sich die Investitionshilfen nicht nur auf bauliche Maßnahmen beziehen, sondern ausdrücklich auch die Modernisierung von Küchengeräten umfassen. Damit wird deutlicher, was konkret gefördert werden soll. Zugleich wird hervorgehoben, dass insbesondere energieeffiziente Geräte einen direkten Beitrag zur Senkung der laufenden Kosten leisten. Davon profitieren auch Gastronom:innen, die nicht Eigentümer der Gebäude oder Räume sind, in denen sich ihr Betrieb befindet, und daher kaum Einfluss auf größere bauliche Maßnahmen haben. Die Förderung wird so praxisnäher, gerechter und für viele Betriebe im ländlichen Raum tatsächlich nutzbar.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- **Gastronomie sichern** – zielgerichtete Investitionshilfen für Energieeffizienz und Modernisierung auch im ländlichen Raum,
- **Nachwuchs gewinnen** – verpflichtende Schüler:innenpraktika, praxisnahe Schulmodule und regionale Ausbildungsoffensiven in Hotellerie und Gastronomie,
- **Nachhaltige Mobilität** – bessere ÖPNV-Anbindung touristischer Orte, Rad- und Wanderwege modernisieren und verstetigen.

Ein widerstandsfähiger, an der Bevölkerung orientierter und klimafester Tourismus stärkt Sachsen-Anhalt und seine Menschen. Wenn Regionen profitieren, Beschäftigte geschützt sind und Natur bewahrt wird, entsteht ein Tourismus, der Zukunft gibt – für das Land und die, die hier leben.

**ÄA-Nr. 45.8.**

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale)

*Verschiebung der Zeilen 3684 bis 3704 vor die Zeile 3647*

**Der Landesvorstand übernimmt.**

**Maschinenbau als Innovationsmotor - Regional, souverän, gerecht**

Wir engagieren uns für eine klare Strategie: Produktion diversifizieren, technologische Souveränität sichern und gute Arbeit schützen. Der Maschinenbau hat nicht nur im Umland von Magdeburg eine lange Tradition, nein, er bildet seit Jahrzehnten das Rückgrat der Industrie in Sachsen-Anhalt. Doch steigende Energiepreise, Konkurrenz und der Transformationsdruck durch den Klimawandel, setzen vielen Betrieben zu.

Wir wollen:

- **Diversifizierung der Produktion** – Förderung von Betrieben bei der Umstellung auf die Produktion von Batteriespeichern, Wärmepumpen oder Anlagen für Rechenzentren der KI-Wirtschaft,
- **technologische Stärke ausbauen** – Investitionen in moderne Fertigungsverfahren, Energiespeicher und Automatisierung werden direkt gefördert,
- **Lieferketten widerstandsfähig machen** – kritische Komponenten regional und europäisch absichern und produzieren und dadurch weniger Abhängigkeit und mehr Stabilität schaffen.

3703  
3704  
3705  
3706  
3707  
3708  
3709  
3710

So kann Sachsen-Anhalt seine Maschinenbau-Tradition zu neuem Leben erwecken: als Ort innovativer Technologien, gesicherter Arbeitsplätze und nachhaltiger, regionaler Wertschöpfung.

**Wir sind der Pol der Hoffnung.**

## 3711 **10. Sachsen-Anhalt in der Europäischen Union**

3712  
3713

### **Stand der Dinge – Herausforderungen**

3714 Die Welt befindet sich in einer verstärkten Auseinandersetzung um Einfluss-  
3715 zonen bei der das Völkerrecht mit Füßen getreten wird, Handelspolitik als Waffe  
3716 missbraucht wird, und auch der Einsatz von militärischen Mitteln zur Durch-  
3717 setzung nationaler Interessen immer häufiger Realität wird. Nicht nur der Krieg  
3718 in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, wie unmittelbar diese Bedrohung für  
3719 ein friedliches Leben in Sachsen-Anhalt geworden ist.

3720 Deswegen setzen wir uns für eine Entwicklung der Europäischen Union als  
3721 Faktor des Friedens und der Anwendung des Völkerrechts ein. Wir wenden uns  
3722 dagegen, die EU zu einem weiteren militärischen Akteur in der globalen  
3723 Auseinandersetzung zu machen, weil dies die Welt noch unsicherer werden  
3724 lässt und uns die notwendigen Mittel für den Aufbau einer sozialen Säule in der  
3725 EU, einer solidarischen Regionalentwicklung und den notwendigen Umbau der  
3726 Industrie raubt. Sachsen-Anhalt ist ein Land das stark in der Arbeitsteilung der  
3727 EU verwoben ist. Nationalistische Abschottung würde unserer sozialen und  
3728 ökonomischen Entwicklung massiven Schaden hinzufügen. Probleme wie die  
3729 Energieversorgung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur lassen sich nur  
3730 noch im europäischen Rahmen lösen.

3731  
3732  
3733

Wir setzen uns ein für:

- Demokratisierung der Europäischen Union im Sinne einer echten Gemein-

#### **ÄA-Nr. 44.5.**

Antragsteller:innen: Stine Rummel-Strebelow, Oliver Farr, SV Dessau-Roßlau

Zeile 3732

„plebiszitären Elementen“ ersetzen durch:  
„Bürger:innenbeteiligung“

#### Begründung:

Unser Vorschlag dient einfach nur dem besseren Verständnis!

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form: statt „plebiszitären“ das Wort „direktdemokratische“ verwenden.**

3734  
3735  
3736

- schafft durch die Stärkung von plebiszitären Elementen, dem Europäischen Parlament gegenüber dem Rat der Europäischen Union und der Kommission,

- 3737 • dass der Ausschuss der Regionen gestärkt wird, indem er in die Entscheidungsstruktur der EU-Institutionen einbezogen wird. Ziel ist eine stärkere
- 3738 Berücksichtigung lokaler Perspektiven und Erfahrungen bei der Politikgestaltung.
- 3739
- 3740
- 3741 • Stärkung der sozialen Rechte und der finanziellen Mittel für die Verbesserung
- 3742 der sozialen Situation in der EU statt der Erhöhung von Militärausgaben aus dem EU-Haushalt,
- 3743
- 3744 • den Ausbau der regionalen Verantwortung für den Einsatz von Kohäsionsmitteln
- 3745 statt einer Verlagerung auf die nationale Ebene,
- 3746 • eine Europäische Union, die den globalen Süden als Partner begreift und
- 3747 in fairen internationalen Beziehungen unterstützt, um dort soziale und
- 3748 ökologische Entwicklungen voranzutreiben, statt sie zu verhindern,
- 3749 • die weitere Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in
- 3750 Sachsen-Anhalt.

3751

3752 Die Linke in Sachsen-Anhalt fühlt sich den Vorstellungen eines geeinten,

3753 demokratischen, fortschrittlichen und sozialen Europas verbunden, wie es von

3754 Linken als Antwort auf die verheerenden nationalistischen Kriege in der ersten

3755 Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt worden ist.

3756 Im Übrigen sind wir der Meinung, Frontex gehört abgeschafft!

3757 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

3758

<b>ÄA-Nr. 27</b>
Antragsteller:innen: Landesvorstand
Zeile 3758 (Überschrift) streichen. Die bisherigen Zeilen 3760 und 3761 „ <b>Der Abwanderung entgegengetreten – Zukunft hier gestalten</b> “ wird zur Überschrift des Kapitels.
<u>Begründung:</u> Die derzeitige Überschrift „Migration“ war ein Arbeitstitel und wurde bei der Erarbeitung nicht angepasst. Die derzeitige Unterüberschrift „Der Abwanderung entgegengetreten – Zukunft hier gestalten“ drückt besser aus, welchen Inhalt das Kapitel umfasst, daher sollte sie als Überschrift des Kapitels gewählt werden.
<b>Eigener Antrag des LV</b>

3759

## 3760 **11. Migration**

3761

<b>ÄA-Nr. 54</b>
Antragsteller:innen: André Röthel (Ortsverband Sangerhausen und Umgebung), Natalie Winzenhöller (Delegierte Kreisverband Anhalt-Bitterfeld), Lisa Tuchen (Kreisverband Börde)
Die Zeilen 3760 – 3961 sollen wie folgt ersetzt werden:
<b>Die Heimat der Zukunft gemeinsam hier gestalten</b>

## **Für ein offenes und chancenreiches Sachsen-Anhalt**

Wo andere Angst schüren, schaffen wir Chancen. Wo andere ausgrenzen, werden wir integrieren. Wo andere von Überfremdung reden, gestalten wir gemeinsam die Zukunft. Wir stehen für eine Politik, die Vielfalt als Stärke nutzt.

## **Vielfalt als Überlebensfrage und Chancenfaktor**

Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts ist vielfältig. Menschen mit Wanderungsgeschichte sind überall im Land Normalität; sie sind Freund:innen, Nachbar:innen, Kolleg:innen, Kamerad:innen bei Feuerwehr und im Sportverein. Die hier aufwachsenden Kinder und Jugendlichen sind für uns nicht 2. Generation Migrant:innen, sondern erste Generation Sachsen-Anhalter:innen! Diese Vielfalt wollen wir erhalten und stärken. Sie ist grundlegend für unser Zusammenleben und damit auch für alle Integrationsprozesse.

Denn wirkliche Integration entsteht nicht durch Abschottung und Angst-Rhetorik. Integration passiert dort, wo man Begegnungsräume schafft, wo Menschen willkommen sind, wo Qualifikationen anerkannt werden und wo Zusammenhalt gelebt wird. Sachsen-Anhalt hat eine demografische Überlebensfrage: Wir brauchen Menschen, die hier leben möchten, sich einbringen und Regionen lebendig halten. Migration ist kein Problem, sondern Chance, wenn Integration auf allen Ebenen gelebt wird. Wir setzen auf eine Integrations- und Zuwanderungspolitik, die Menschen und die Gemeinschaft zusammenbringt und stärkt.

Das Gelingen oder Scheitern der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird ausschlaggebend für die Zukunft unseres Landes sein. Sachsen-Anhalt schrumpft systematisch. Ohne Zuwanderung wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich kleiner. Das Durchschnittsalter steigt, während immer weniger junge Menschen da sind, die unser Land voran bringen. Ein gutes Leben sollte für jeden möglich sein, egal, ob eingewandert oder nicht – wir wollen es gemeinsam gestalten.

Das können wir gemeinsam schaffen:

- **Abmildern des demografische Wandels:** Die Geburtenrate sinkt, während gleichzeitig mehr Menschen sterben. Ohne Zuwanderung ist das Schrumpfen der Bevölkerung garantiert.
- **Stärkung des Arbeitsmarktes:** Überall fehlen Menschen und jede zweite offene Stelle bleibt unbesetzt. Ohne weitere Arbeitskräfte kollabiert die Wirtschaft.
- **Stabilisierung des Rentensystems:** Mehr besetzte Stellen bedeutet ein steigendes Beitragsaufkommen auch in der Rentenversicherung. Mit jeder Arbeitsmarktintegration können wir sozialer Ungerechtigkeit in der Rente entgegen treten.
- **Jung und qualifiziert:** Mit ihrer Altersstruktur stabilisieren gut qualifizierte Zuwanderer die Wirtschaft, wenn eine schnelle Anerkennung der Abschlüsse gelingt. Vor allem in der Pflege zeigt sich seit Jahren, dass die Branche ohne Zuwanderung nicht mehr funktionieren würde.
- **Rettung des ländlichen Raums:** In den ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts droht der Zusammenbruch wichtiger Strukturen (Schulen, Kitas, Kultur und Vereine). Mit ernsthafter Integration und neuen Perspektiven können wir dem gemeinsam entgegen wirken.

### **Integration als Schlüssel**

Nicht Ausgrenzung, sondern Willkommen. Nicht Diskriminierung, sondern Qualifizierung. Nicht Abschottung, sondern aktive Gestaltung der Integration. Vielfalt statt Anpassung ist unser Motto. Sachsen-Anhalt macht aus Zuwanderung bewusst Ankommen – durch Struktur, Unterstützung und echte Chancen. Menschen brauchen Perspektive. Das erreichen wir über klare Regelungen verlässliche Zusagen, was flächendeckende Angebote an Sprachkursen, auch im ländlichen Raum, die Anerkennung von Qualifikationen und die Möglichkeit des Familiennachzuges angeht. Jede gut integrierte Person fördert das Gemeinwesen und die demografische Erneuerung. Studien zeigen bereits seit Jahren, dass gute Integration der Gemeinschaft mehr bringt als sie kostet.

### **Sofortmaßnahmen für gelungene Integration:**

Wir wollen Strukturen schaffen, um Integration für alle zugewanderten Menschen zu vereinfachen. Dazu werden wir das Aufnahmegesetz reformieren und ein Integrationsbudget auflegen, aus welchem unbürokratisch Mittel für Kommunen zur besseren Integration ausgereicht werden – u.a. für Willkommensinitiativen, Patenschaftsmodelle oder Zuschüsse für Begegnungszentren. Ebenso werden wir mit den Behörden und Verwaltungen in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus die besten Verfahren erarbeiten, mit denen es gelingt, Integrationsprozesse zu verbessern und zeitgleich einen Bürokratieabbau für alle zu erreichen. Statt Behörden-Dschungel und unklaren Verantwortlichkeiten, können „One-Stop-Shops“ und damit klare Zuständigkeiten geschaffen werden. Wir haben bereits tolle Ansätze, welche über den Projektcharakter hinaus kommen müssen, um auch Trägern eine sichere Perspektive zu geben und vorhandene Ehrenamtsstrukturen nachhaltig zu stärken und auszubauen.

### **Willkommens-Offensive: Aus Zuzug wird Ankommen**

- **Willkommenszentren als Netzwerk:** Wir fördern die Vernetzung von Kommunen, lokaler Initiativen, Hilfestellen und Behörden für eine offene Willkommenskultur und Begleitung.
- **Sprachkurse ausbauen:** Unabhängig des Aufenthaltsstatus und des Alters haben alle Zugewanderten direkten Zugang zu Sprachkursen, wobei sich berufsbezogene Sprachkurse direkt anschließen, auch im ländlichen Raum.
- **Lernwahlrecht Sprache:** Digitale Lernplattformen werden als Alternative angeboten, aber wohnortnahe Präsenzkurse sind die Regel.
- **Schnelle Anerkennung:** Ausländische Berufsabschlüsse werden innerhalb von sechs Monaten anerkannt und Anpassungsqualifizierungen angeboten.
- **Selbständige Kontoführung:** Die diskriminierende Bezahlkarte wird durch ein verpflichtendes Basiskonto ersetzt.

### **Öffentliche Verwaltung als Vorbild**

Integration betrifft alle Teile der Gesellschaft und muss auch in den Behörden und öffentlichen Institutionen ein fester Bestandteil werden, sodass auch gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz erreicht wird.

### **Interkulturelle Öffnung: Vielfalt in allen Institutionen**

- **Diversitätsstrategie öffentlicher Dienst:** Die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund soll als Ausdruck einer Willkommenskultur Priorität erhalten.

- **Interkulturelle Kompetenz:** Alle relevanten Beschäftigten im öffentlichen Dienst erhalten Weiterbildungen zur Erweiterung der interkulturellen Kompetenz und Sprachkenntnissen.
- **Bildung interkulturell:** Lehrkräfte mit Migrationshintergrund wollen wir gezielte ansprechen und qualifizieren, sowie die jeweilige Kunst, Kultur und Musik in die Bildung einbinden.
- **Sprachbarrieren überwinden:** Ein landesweiter Sprachmittlerservice ist unterstützend für alle im öffentlichen Dienst und der medizinischen Versorgung Standard, um Missverständnissen zu vermeiden.

### **Integration ab Kindesbeinen**

Neben Familien die in ihr Herkunftsland zurück gehen, gibt es vor allem Familien die hier bleiben und deren Kinder als Teil unserer Gesellschaft die kommenden Herausforderungen mittragen. Hierfür braucht es einen klaren Ansatz der integrativen, frühkindlichen Förderung bereits ab der Kita, um den Kindern einen reibungslosen Start ins Schulleben zu ermöglichen und sie mit ausreichenden-Kompetenzen auszustatten, um die Startgerechtigkeit für ihr weiteres Leben gewährleisten zu können.

### **Kinder und Jugendliche: Integration der nächsten Generation**

- **Sprachförderung ab Kita:** Niemand startet mit Sprachdefizit in die Schule.
- **Patenschaftsprogramme:** Menschen mit Migrationshintergrund begleiten neu zugezogene Menschen mit ähnlicher Geschichte und auch in ähnlicher Altersstufe.
- **Familienlernen:** Sprache und Nachhilfe für Kinder in Kita und Grundschule soll in zweiter Reihe von den Eltern begleitet und diese auch mit einbezogen werden.
- **Bildung in Vielfalt:** Lehrpläne greifen die Vielfalt der Kulturen auch sprachlich im Unterricht auf und schaffen so gegenseitige Lern- und Integrationseffekte.

### **Integration und Arbeitsmarkt**

Eine Arbeit ist für uns nicht der Schlüssel zur Integration, sondern ein Bestandteil mit dem Ziel der Selbstverwirklichung und Teilhabe. In vielen systemrelevanten Bereichen des Alltags arbeiten Menschen mit Einwanderungsgeschichte und sichern die Daseinsvorsorge. Das wollen wir würdigen: gleiche Arbeit heißt gleiche Arbeitnehmerrechte, für notwendige rechtliche Anpassungen werden wir streiten. Auch diese Aspekte befördern Integration und letztlich profitieren alle!

### **Potenziale werden verschwendet**

20,3 Prozent der Menschen mit ausländischem Pass sind arbeitslos – das ist mehr als doppelt so viel wie in der Gesamtbevölkerung (9 Prozent). Das liegt nicht am Willen der Menschen, sondern an den Bedingungen des Systems: das ist strukturelle Diskriminierung. Denn gleichzeitig berichten Unternehmen von massivem Fachkräftemangel. Das ist keine Ungereimtheit, sondern Versagen von Integrationspolitik. Menschen, deren Qualifikationen nicht anerkannt werden, landen in unterbezahlten Niedriglohn-Jobs und tauchen nicht im offiziellen Fachkräftemangel-Bericht auf.

Wir müssen die Möglichkeiten anpacken und Chancen bieten, statt die Probleme einer verfehlten Politik der letzten Jahre zu bestaunen und mit Ablehnung oder gar Ausgrenzung zu reagieren.

### **Fachkräfte gewinnen: Ausbildung und Arbeit als Bestandteil der Integration**

- **Beratung und Arbeitsmarktintegration:** Bereits mit Start des Asylverfahrens wird die Arbeitsagentur zur Berufsberatung und Arbeitsvermittlung aktiv durch Mitarbeit im Willkommensnetzwerk bedarfsorientiert eingebunden.
- **Landesprogramm Arbeitsförderung:** Um eine Brücke zwischen den Menschen, Behörden und Arbeitgebern zu schlagen, werden wir ein Landesprogramm zu Begleitung der Arbeitsmarktintegration auflegen, welches übergreifend Unterstützung bietet. Im Rahmen dessen wird zudem ein kommunales Budget zur Förderung der Arbeitsaufnahme eingerichtet und das Verfahren zur Ausstellung einer Arbeitserlaubnis wird vereinfacht.
- **Brückenqualifizierung:** zwölfmonatige Programme für ausländische Fachkräfte (z.B. Ärzt:innen, Ingenieur:innen, Handwerker:innen) um ggf. unterschiedliche Qualifizierungen an die hier im Land geltenden Standards in der Ausbildung anzugleichen.

Migration ist kein abstraktes Phänomen und keine rein ökonomische Frage, sondern immer Ausdruck konkreter Lebensrealitäten. Niemand verlässt leichtfertig sein Zuhause, seine Sprache, seine sozialen Beziehungen. Menschen fliehen vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung, autoritären Regimen, existenzieller Armut oder den Folgen der Klimakrise. Diese Fluchtursachen sind vielfältig, haben aber eines gemeinsam: Sie sind Ausdruck von Zwang und fehlenden Alternativen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die Schutz suchen. Das Recht auf Asyl, der Schutz vor Abschiebung und das Recht auf Familiennachzug sind für uns nicht verhandelbar. Familien gehören zusammen – das gilt für alle Menschen gleichermaßen.

Eine linke Migrationspolitik verbindet Solidarität, Schutz und Teilhabe mit dem Einsatz für gute Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und gleiche Rechte und Chancen für alle, die hier leben. Unsere Politik stellt sich nicht die Frage, welchen Nutzen migrantische Menschen für uns haben und was sie für uns tun können, sondern wie wir die gesellschaftlichen Strukturen aufbauen können, in welchen Menschen, egal welcher Herkunft, ein selbstbestimmtes Leben führen können. Denn mit Blick auf die Fluchtursachen liegt es auch in unserer aller Verantwortung, dies umzusetzen.

3762  
3763  
3764

## **Der Abwanderung entgegenzutreten – Zukunft hier gestalten**

### **ÄA-Nr. 39.1.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau

### **Für ein offenes und chancenreiches Sachsen-Anhalt**

~~Wo andere Angst schüren, schaffen wir Chancen. Wo andere ausgrenzen, integrieren wir. Wo andere von Überfremdung reden, gestalten wir gemeinsam die Zukunft. Wir stehen für eine Politik, die Vielfalt als Stärke nutzt~~

~~Die politische Entwicklung nach extrem Rechts und die Migrationfeindlichkeit, sind in Sachsen-Anhalt besonders stark ausgeprägt. Dem müssen wir uns entgegenstellen und für den Erhalt des Asylrechts und des Rechts auf Schutz -unabhängig von persönlicher und wirtschaftlicher Verwertbarkeit- Kämpfen.~~

### 3765 **Für ein offenes und chancenreiches Sachsen-Anhalt**

3766 Wo andere Angst schüren, schaffen wir Chancen. Wo andere ausgrenzen,  
3767 integrieren wir. Wo andere von Überfremdung reden, gestalten wir gemeinsam  
3768 die Zukunft. Wir stehen für eine Politik, die Vielfalt als Stärke nutzt.

3769

### **ÄA-Nr. 35**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau

Zeilen 3768-3793

wie folgt ändern:

#### **Vielfalt als Überlebensfrage und Chancenfaktor**

Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts ist vielfältig. Menschen mit Wanderungsgeschichte sind überall im Land Normalität; sie sind Freund: innen, Nachbar: innen, Kolleg: innen, Kamerad: innen bei Feuerwehr und im Sportverein. Die hier aufwachsenden Kinder und Jugendlichen sind für uns nicht 2. Generation Migrant: innen, sondern erste Generation Sachsen-Anhalter! Diese Vielfalt wollen wir erhalten und stärken. Sie ist grundlegend für unser Zusammenleben und damit auch für alle Integrationsprozesse.

~~Denn wirkliche Integration entsteht nicht durch Abschottung und Angst-Rhetorik. Integration passiert dort, wo Menschen willkommen sind, wo Qualifikationen anerkannt werden und wo Zusammenhalt gelebt wird. Sachsen-Anhalt hat eine demografische Überlebensfrage: ~~Wir brauchen Menschen, die einzahlen, Steuern zahlen, Sachverstand mitbringen und Regionen lebendig halten. Integrierte Menschen halten die Region lebendig, zahlen Steuern und bringen Sachverstand mit.~~ Migration ist nicht Problem, sondern Lösung. Vielfalt ist nicht Bedrohung, sondern Chance. Wir setzen auf eine Integrations- und Zuwanderungspolitik, die Menschen stärkt statt ausschließt ~~—eine Politik, die mit Realitäten arbeitet statt Fantasien zu verkaufen.~~~~

~~Am Gelingen oder Scheitern von Integration entscheidet sich, wohin sich unser Land in Zukunft entwickelt. Sachsen-Anhalt schrumpft systematisch. Ohne Zuwanderung wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich kleiner. Das Durchschnittsalter steigt, während immer weniger junge Menschen da sind, die einzahlen und arbeiten. Ein gutes Leben sollte für jeden möglich sein, egal, ob eingewandert oder nicht. Das ist die zentrale Überlebensfrage unseres Landes.~~

~~Eingewanderte Menschen brauchen Zukunftsperspektiven. Dazu gehören: dezentrale Unterkunft, Schulpflicht, psychologische Betreuung, Möglichkeit für KiTa-Platz, uneingeschränkter Zugang zu ärztlicher Betreuung, Sprach – und Integrationskurs.~~

Dafür und für die professionelle Begleitung müssen den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.  
Voraussetzung dafür ist eine kontinuierliche und institutionelle Förderung.  
Ein gutes Leben muss für jeden Menschen möglich sein, egal ob eingewandert oder nicht.

Begründung:

Wir haben Wiederholungen weggelassen, neue Ideen und Forderungen eingebracht bzw. konkretisiert. Aus unserer praktischen Arbeit in der Geflüchtetenhilfe bzw. als Anwältin für Geflüchtete sind Erfahrungswerte die Grundlage.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

3770 **Vielfalt als Überlebensfrage und Chancenfaktor**

3771 Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts ist vielfältig. Menschen mit Wanderungs-  
3772 geschichte sind überall im Land Normalität; sie sind Freund:innen,  
3773 Nachbar:innen, Kolleg:innen, Kamerad:innen bei Feuerwehr und im Sportverein.

**ÄA-Nr. 40.1.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau, Die Linke queer Dessau-Roßlau

Zeile 3772-3773 wie folgt ändern:

Die hier aufwachsenden Kinder und Jugendlichen sind für uns nicht 2. Generation Migrant: innen, sondern erste Generation *Sachsen-Anhalter:innen!*

Begründung: (für Anträge 40.1. bis 40.6.)

Richtig gendern.

**redaktionell**

3774 Die hier aufwachsenden Kinder und Jugendlichen sind für uns nicht 2. Gene-  
3775 ration Migrant:innen, sondern erste Generation Sachsen-Anhalter! Diese Vielfalt  
3776 wollen wir erhalten und stärken. Sie ist grundlegend für unser Zusammenleben  
3777 und damit auch für alle Integrationsprozesse.

3778 Denn wirkliche Integration entsteht nicht durch Abschottung und Angst-  
3779 Rhetorik. Integration passiert dort, wo Menschen willkommen sind, wo  
3780 Qualifikationen anerkannt werden und wo Zusammenhalt gelebt wird. Sachsen-  
3781 Anhalt hat eine demografische Überlebensfrage: Wir brauchen Menschen, die  
3782 einzahlen, Steuern zahlen, Sachverstand mitbringen und Regionen lebendig  
3783 halten. Migration ist nicht Problem, sondern Lösung. Vielfalt ist nicht  
3784 Bedrohung, sondern Chance. Wir setzen auf eine Integrations- und  
3785 Zuwanderungspolitik, die Menschen stärkt statt ausschließt – eine Politik, die  
3786 mit Realitäten arbeitet statt Fantasien zu verkaufen.

3787  
3788 Am Gelingen oder Scheitern von Integration entscheidet sich, wohin sich unser  
3789 Land in Zukunft entwickelt. Sachsen-Anhalt schrumpft systematisch. Ohne  
3790 Zuwanderung wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich kleiner.  
3791 Das Durchschnittsalter steigt, während immer weniger junge Menschen da sind,  
3792 die einzahlen und arbeiten. Ein gutes Leben sollte für jeden möglich sein, egal,  
3793 ob eingewandert oder nicht. Das ist die zentrale Überlebensfrage unseres  
3794 Landes.

3795  
3796  
3797  
3798  
3799  
3800  
3801  
3802  
3803  
3804  
3805  
3806

Die Fakten sind eindeutig:

- **Demografisches Desaster ohne Migration:** Es werden weniger Menschen geboren als sterben. Ohne Zuwanderung ist die demografische Katastrophe mathematisch garantiert. Migration ist nicht Option, sondern Überlebensfrage.
- **Fachkräftemangel verschärft sich dramatisch:** Überall fehlen qualifizierte Menschen. Jede zweite offene Stelle bleibt unbesetzt. Ohne ausländische Arbeitskräfte kollabiert die Wirtschaft.
- **Rentensystem ist akut bedroht:** Soziale Ungleichheit, sinkende Löhne, Abwanderung und der demografische Wandel setzen es massiv unter Druck. Migration ist ein Baustein, um daran etwas zu ändern.

**ÄA-Nr. 40.2.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau, Die Linke queer Dessau-Roßlau

Zeile 3805 wie folgt ändern:

- **Zuwandernde sind überwiegend jung und qualifiziert:** Sie bringen genau die Altersstruktur mit, die Sachsen-Anhalt dringend braucht.

**redaktionell**

3807  
3808  
3809  
3810  
3811  
3812  
3813  
3814  
3815

- **Zuwanderer sind überwiegend jung und qualifiziert:** Sie bringen genau die Altersstruktur mit, die Sachsen-Anhalt dringend braucht. Sie sind Überlebensfaktor.

Was das für Sie bedeutet:

- **Ihre Rente ist nur sicher, wenn junge Menschen einzahlen:** Ohne Migration schrumpft die Erwerbstätigen-Basis dramatisch.
- **Ihr Pflegeheim kann nicht mehr betrieben werden:** Die Pflegebranche kollabiert ohne Fachkräfte aus dem Ausland.

**ÄA-Nr. 40.3.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau, Die Linke queer Dessau-Roßlau

Zeile 3814-3821 wie folgt ändern:

- **Ihre Region verödet:** Junge Familien brauchen Schulen, Kitas und Perspektiven. Neue *Bewohner:innen* mit Zielen verhindern den Abstieg.
- **Ihre Wirtschaft kann nicht wachsen:** Fachkräftemangel ist der limitierende Faktor. Betriebe bauen ab oder verlagern, wenn die Menschen fehlen.
- **Ihrer Grundversorgung fehlt Personal:** *Handwerker:innen, Gastronom:innen, Pflegekräfte, Ärzt:innen* - überall fehlen Menschen, die täglich für uns arbeiten.

**redaktionell**

3816  
3817  
3818  
3819  
3820

- **Ihre Region verödet:** Junge Familien brauchen Schulen, Kitas und Perspektiven. Neue Bewohner mit Zielen verhindern den Abstieg.
- **Ihre Wirtschaft kann nicht wachsen:** Fachkräftemangel ist der limitierende Faktor. Betriebe bauen ab oder verlagern, wenn die Menschen fehlen.

- 3821  
3822  
3823  
3824
- **Ihrer Grundversorgung fehlt Personal:** Handwerker, Gastronomen, Pflegekräfte, Ärzte - überall fehlen Menschen, die täglich für uns arbeiten.

**ÄA-Nr. 34**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 3823-3829  
*Streichen*

Begründung:

Wiederholung aus verschiedenen anderen Abschnitten.

3825 **Integration als Investition statt Furcht**

3826 Nicht Abschreckung, sondern Willkommen. Nicht Diskriminierung, sondern  
3827 Qualifizierung. Nicht Abschottung, sondern aktive Gestaltung der Migration.  
3828 Sachsen-Anhalt macht aus Zuwanderung bewusst Ankommen – durch Struktur,  
3829 Unterstützung und echte Chancen. Jede gut integrierte Person bringt Steuern,  
3830 Fachkräfte, Unternehmertum und demografische Erneuerung. Das ist  
3831 Zukunftsinvestition, nicht Sozialausgabe.

3832

3833 **Sofortmaßnahmen für gelungene Integration:**

**ÄA-Nr. 36**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau

Zeilen 3832-3846  
wie folgt ändern:

Wir wollen Strukturen schaffen, um Integration für alle zugewanderten Menschen zu vereinfachen. Dazu werden wir das Aufnahmegesetz reformieren und ein Integrationsbudget auflegen, aus welchem bürokratiearm Mittel für die kommunale Familie für bessere Integration ausgereicht werden: von der Nachbarschaftshilfe über Willkommensinitiativen bis hin zu Spielplätzen oder Zuschüsse für Gemeindezentren. ~~Ebenso werden wir in den Behörden und~~  
~~Verwaltungen in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus die besten Verfahren und Vor-~~  
~~gehen finden, mit denen es gelingt, Integrationsprozesse zu verbessern. Wir haben~~  
~~bereits tolle Ansätze. Diese müssen ausgebaut werden.~~

Mit gezieltem Bürokratie-Abbau können zum Beispiel Verfahren beschleunigt und Online-Möglichkeiten ausgebaut werden. Statt Behörden-Dschungel und Stellen, die alle nicht richtig zuständig sind, können „One-Stop-Shops“ und damit klare Zuständigkeiten geschaffen werden. Das Ehrenamt kann noch viel besser gestärkt werden. Wir werden genau die Verfahren anwenden und Strukturen schaffen, die helfen und sinnvoll sind.

Begründung:

Nicht konkret genug.

Zeile 3841 Kann zu Juristischer Oberflächlichkeit führen

**ÄA-Nr. 37.2.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 3832-3837 wie folgt ändern:

Wir wollen *landesweite* Strukturen schaffen, um Integration für alle zugewanderten Menschen zu vereinfachen. Dazu werden wir das Aufnahmegesetz reformieren und ein Integrationsbudget auflegen, aus welchem bürokratiearm Mittel für die kommunale Familie für bessere Integration ausgereicht werden: von der Nachbarschaftshilfe über Willkommensinitiativen bis hin zu Spielplätzen ~~oder~~ und Zuschüsse für Gemeindezentren.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

3834 Wir wollen Strukturen schaffen, um Integration für alle zugewanderten  
3835 Menschen zu vereinfachen. Dazu werden wir das Aufnahmegesetz reformieren  
3836 und ein Integrationsbudget auflegen, aus welchem bürokratiearm Mittel für die  
3837 kommunale Familie für bessere Integration ausgereicht werden: von der  
3838 Nachbarschaftshilfe über Willkommensinitiativen bis hin zu Spielplätzen oder  
3839 Zuschüsse für Gemeindezentren. Ebenso werden wir in den Behörden und  
3840 Verwaltungen in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus die besten Verfahren und  
3841 Vorgehen finden, mit denen es gelingt, Integrationsprozesse zu verbessern. Wir  
3842 haben bereits tolle Ansätze. Diese müssen ausgebaut werden.  
3843 Mit gezieltem Bürokratie-Abbau können zum Beispiel Verfahren beschleunigt  
3844 und Online-Möglichkeiten ausgebaut werden. Statt Behörden-Dschungel und  
3845 Stellen, die alle nicht richtig zuständig sind, können „One-Stop-Shops“ und

**ÄA-Nr. 23.5.**

Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis, Kreisverband Stendal

Zeile 3843

wie folgt ergänzen:

[...] One-Stop-Shops“ und *mobilen „Bürokratie-Lotsen“*, damit klare Zuständigkeiten  
[...]

**Der Landesvorstand übernimmt.**

3846 damit klare Zuständigkeiten geschaffen werden. Das Ehrenamt kann noch viel  
3847 besser gestärkt werden. Wir werden genau die Verfahren anwenden und  
3848 Strukturen schaffen, die helfen und sinnvoll sind.

3849

3850 **Willkommens-Offensive: Aus Zuzug wird Ankommen**

**ÄA-Nr. 40.4.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau, Die Linke queer Dessau-Roßlau

Zeile 3849-3851 wie folgt ändern:

- Wir wollen Berufsbezogene Deutschkurse ausbauen und besser fördern:  
*Krankenpfleger: innen* lernen Medizin-Deutsch, *Handwerker:innen* Bau-Deutsch, Fachkräfte Fachsprache statt Allgemein-Deutsch.

**redaktionell**

3851 • Wir wollen Berufsbezogene Deutschkurse ausbauen und besser fördern:  
3852 Krankenpfleger:innen lernen Medizin-Deutsch, Handwerker Bau-Deutsch,  
3853 Fachkräfte Fachsprache statt Allgemein-Deutsch.

- 3854 • Schnelle Anerkennung: Ausländische Berufsabschlüsse werden innerhalb  
 3855 von sechs Monaten anerkannt statt wie bisher oft nach jahrelangem  
 3856 Warten.

<b>ÄA-Nr. 37.1.</b>
Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau
Zeile 3855/3856 wie folgt ergänzen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Messbares Ziel: 95 Prozent <del>der</del> <i>dieser</i> Anerkennungsverfahren abgeschlossen innerhalb von sechs Monaten.</li> </ul>
<u>Begründung: (für die Anträge 37.1. bis 37.5.)</u> Konkretisierung und fehlende Sprache eingefügt.
<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>

- 3857 • Messbares Ziel: 95 Prozent der Anerkennungsverfahren abgeschlossen  
 3858 innerhalb von sechs Monaten.  
 3859 • Geflüchtete werden zur selbstständigen Kontoführung berechtigt. Die  
 3860 diskriminierende Bezahlkarte wird sofort abgeschafft. Eine Ausweitung  
 3861 auf andere Bezieher:innen von Sozialleistungen lehnen wir kategorisch  
 3862 ab.  
 3863 • Digitale Lernplattformen und hybride Sprachkursformate ergänzen  
 3864 Präsenzkurse – wir wollen, gerade im ländlichen Raum, vereinfachen und  
 3865 digitale Möglichkeiten nutzen.  
 3866

**Fachkräfte gewinnen: Qualifikation statt Verschwendung von Potenzial**

<b>ÄA-Nr. 37.3.</b>
Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau
Zeile 3866 wie folgt ändern: Asylbewerber: innen <del>müssen</del> <i>die Möglichkeit geben</i> , sofort in den Arbeitsmarkt einsteigen können und sofort in die Zuständigkeit des Jobcenters fallen.
<b>Der Landesvorstand übernimmt mit redaktioneller Anpassung – Infinitiv mit zu</b>

- 3868 • Asylbewerber:innen müssen sofort in den Arbeitsmarkt einsteigen  
 3869 können und sofort in die Zuständigkeit des Jobcenters fallen.  
 3870 • Brückenqualifizierung: zwölfmonatige Programme für ausländische  
 3871 Fachkräfte (Ärzt:innen, Ingenieur:innen, Handwerker:innen, um sie auf  
 3872 deutschen Standard zu bringen.  
 3873 • Duale Ausbildung International: Junge Menschen aus dem Ausland lernen

<b>ÄA-Nr. 13.2.</b>
Antragstellerin: Martina Felchner (KV Harz)
Zeile: 3872 Wie folgt ändern: [...] Handwerk und Industrie von <i>Grund</i> auf in regulären deutschen Betrieben
<u>Begründung:</u> Wir lehnen Militarismus ab und sollten demnach auch militärisch geprägte Sprache vermeiden. Insbesondere, wenn es gleichbedeutende alternative Formulierungen gibt.

<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>
--------------------------------------

- 3874  
3875
- Handwerk und Industrie von der Pike auf in regulären deutschen Betrieben.

<b>ÄA-Nr. 37.4.</b>
---------------------

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau
---

Zeile 3875 wie folgt ergänzen:
--------------------------------

Berufsberatung mehrsprachig: Arbeitsagenturen und Jobcenter beraten in Englisch, Arabisch, Polnisch, Russisch, <i>Französisch</i>
---

<b>Der Landesvorstand übernimmt teilweise: nach Französisch wird „und andere“ eingefügt.</b>
--

- 3876  
3877  
3878  
3879  
3880  
3881  
3882
- Berufsberatung mehrsprachig: Arbeitsagenturen und Jobcenter beraten in Englisch, Arabisch, Polnisch, Russisch.
  - Unternehmens-Matching: Direkter Kontakt zwischen Fachkräften und einstellenden Betrieben.
  - Messbares Ziel: 8.500 der 17.000 fehlenden Fachkräfte bis 2030 durch gelungene Integration gewonnen.

3883 **Interkulturelle Öffnung: Vielfalt in allen Institutionen**

- 3884  
3885  
3886  
3887
- Diversitätsstrategie für öffentlichen Dienst: wir wollen Neueinstellungen für Menschen mit Wanderungsgeschichte besser fördern. Sie in die Verwaltungen einzubinden ist Ausdruck einer wirklichen Willkommenskultur.

<b>ÄA-Nr. 37.5.</b>
---------------------

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau
---

Zeile 3887 wie folgt ergänzen:
--------------------------------

Mehrsprachige Verwaltung: Wichtige Behördengänge auf Englisch, Arabisch, Polnisch, Russisch, <i>Französisch</i> möglich.
--

<b>Der Landesvorstand teilweise: nach Französisch wird „und andere“ eingefügt.</b>
--

- 3888  
3889  
3890  
3891  
3892  
3893  
3894  
3895  
3896  
3897  
3898  
3899  
3900
- Mehrsprachige Verwaltung: Wichtige Behördengänge auf Englisch, Arabisch, Polnisch, Russisch möglich.
  - Interkulturelle Kompetenz-Schulung sowie Schulungen für Personen in psychischen Ausnahmesituationen: Alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, in Schulen, bei Polizei erhalten Trainings.
  - Lehrkräfte mit Migrationshintergrund: gezielte Werbung und Qualifizierung.
  - Kulturelle Partizipation: Kurse, Kunst, Musik aus Herkunftsländern sind normal in Schulen und Kultureinrichtungen.
  - Echte Entlastung der Strukturen: ein landesweiter Sprachmittlungsservice zugänglich für alle Mitarbeiter:innen im öffentlichen Dienst und in der medizinischen Versorgung, für effiziente Arbeit und gegenseitiges Verstehen in kritischen Situationen.

3901  
3902 **Kinder und Jugendliche: Integration der nächsten Generation**

- 3903 • Mentoring-Programme: Student:innen mit Migrationshintergrund
- 3904 begleiten Schüler:innen mit ähnlicher Geschichte, ältere Schüler:innen
- 3905 begleiten jüngere, Eltern, die sich bereits eingelebt haben, begleiten neu
- 3906 hinzugezogene.
- 3907 • Sprachförderung bereits in Kitas: Niemand startet mit Sprachdefizit in die
- 3908 Schule.
- 3909 • Eltern-Integration: Viele Eltern wollen Deutsch lernen, niedrigschwellige
- 3910 Angebote werden in Kitas und Schulgebäuden gemacht.
- 3911 • Schulische Vielfalt als Normalität: Lehrpläne zeigen Vielfalt, Unterricht
- 3912 wird mehrsprachig bereichert, Integrationseffekte werden gemessen.

**ÄA-Nr. 38.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau

Zeilen 3911/3912

*Den letzten Punkt im Absatz*

**Kinder und Jugendliche: Integration der nächsten Generation streichen.**

Begründung:

Unklar ausgedrückt, da Kinder unterschiedlich lange im Land sind

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 3913 • Messbares Ziel: Sprachniveau im Deutschen für Kinder mit
- 3914 Migrationshintergrund gleichgestellt mit Kindern ohne bis 2030.

3915

**Integration und Arbeitsmarkt**

**ÄA-Nr. 40.5.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau, Die Linke queer Dessau-Roßlau

Zeile 3915 wie folgt ändern:

Eine arbeitende Person mit Migrationshintergrund ist *Steuerzahler:in*

**redaktionell**

**ÄA-Nr. 41**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 3915-3916 wie folgt ändern:

Eine arbeitende Person mit Migrationshintergrund ist Steuerzahler, ~~nicht Sozialfall.~~

Begründung:

Das Wort Sozialfall ist sehr fragwürdig und sollte gestrichen werden.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 3917 Eine arbeitende Person mit Migrationshintergrund ist Steuerzahler, nicht
- 3918 Sozialfall. Gerade in vielen systemrelevanten Berufen der Grundversorgung
- 3919 arbeiten Menschen mit Einwanderungsgeschichte und sichern die Daseins-
- 3920 vorsorge. Und wer systemrelevante Arbeit leistet, den sollte man nicht an den
- 3921 Rand der Gesellschaft drängen – man sollte ihn würdigen: Tarifvertrag,

3922 Mindestlohn, Mitsprache. Auch diese Aspekte befördern Integration – und  
3923 letztlich profitieren davon alle!

3924

3925 **Die Herausforderung: Potenziale werden verschwendet**

3926 20,3 Prozent der Menschen mit ausländischem Pass sind arbeitslos – das ist  
3927 mehr als doppelt so viel wie bei der Gesamtbevölkerung (9 Prozent). Das liegt  
3928 nicht am Willen, sondern an den Bedingungen: das ist strukturelle Diskrimi-  
3929 nierung. Denn gleichzeitig berichten Unternehmen von massivem Fachkräfte-  
3930 mangel. Das ist keine Ungereimtheit, sondern Versagen von Integrationspolitik.  
3931 Menschen, deren Qualifikationen nicht anerkannt werden, landen in unterbe-  
3932 zahlten Niedrig-Jobs und tauchen nicht im offiziellen Fachkräftemangel-Bericht  
3933 auf.

3934

3935 **Die Fakten sind eindeutig:**

**ÄA-Nr. 40.6.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau, Die Linke queer Dessau-Roßlau

Zeile 3934-3936 wie folgt ändern:

- Qualifikationen werden ignoriert: Ärzt:innen arbeiten als *Taxifahrer:innen*, Ingenieur:innen putzen Büros, Handwerker:innen machen Leiharbeit statt Fachkräfte-Jobs.

**redaktionell**

- 3936
- Qualifikationen werden ignoriert: Ärzt:innen arbeiten als Taxifahrer, Ingenieur:innen putzen Büros, Handwerker:innen machen Leiharbeit statt Fachkräfte-Jobs.
- 3937
- 3938
- Return on Investment ist positiv: Eine gut integrierte Fachkraft verdient 2.500 Euro im Monat, das sind 30.000 Euro im Jahr mit Steuern und Abgaben. Die Integration kostet einen Bruchteil davon.
- 3939
- 3940
- Fachkräftelücke ist größer als bekannt: Die offizielle Fachkräfte-Lücke beträgt 17.000. Die echte läge aber bei mehr als 25.000, wenn anerkannte Fachkräfte nicht unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten würden.
- 3941
- 3942
- 3943
- 3944
- 3945
- 3946

**ÄA-Nr. 39.2.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 3945-3959 wie folgt ändern und an den Anfang des Kapitels Zeile 3767 einfügen:

~~Migration ist kein abstraktes Phänomen und keine rein ökonomische Frage, sondern immer Ausdruck konkreter Lebensrealitäten. Niemand verlässt leichtfertig sein Zuhause, seine Sprache, seine sozialen Beziehungen. Menschen fliehen vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung, autoritären Regimen, existenzieller Armut oder den Folgen der Klimakrise. Diese Fluchtursachen sind vielfältig, haben aber eines gemeinsam: Sie sind Ausdruck von Zwang und fehlenden Alternativen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die Schutz~~

~~suchen. Das Recht auf Asyl, der Schutz vor Abschiebung und das Recht auf Familiennachzug sind für uns nicht verhandelbar. Familien gehören zusammen – das gilt für alle Menschen gleichermaßen.~~

**ÄA-Nr. 39.3.**

Antragsteller:innen: Antje Tietz, Ulrike Brösner, Janina Abrecht, Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 3946-3954 die bereits an den Anfang des Kapitels verschoben wurden, hier streichen:

~~Niemand verlässt leichtfertig sein Zuhause, seine Sprache, seine sozialen Beziehungen. Menschen fliehen vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung, autoritären Regimen, existenzieller Armut oder den Folgen der Klimakrise. Diese Fluchtursachen sind vielfältig, haben aber eines gemeinsam: Sie sind Ausdruck von Zwang und fehlenden Alternativen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die Schutz suchen. Das Recht auf Asyl, der Schutz vor Abschiebung und das Recht auf Familiennachzug sind für uns nicht verhandelbar. Familien gehören zusammen – das gilt für alle Menschen gleichermaßen.~~

Begründung:

Die Verwertbarkeit des Menschen hat für uns keine Priorität, da nicht alle etwas leisten können auf Grund von Traumata, Kriegsverletzung etc..

Zeile 3946-3954 an den Anfang verschoben deshalb am Ende Streichen.

3947 Migration ist kein abstraktes Phänomen und keine rein ökonomische Frage,  
3948 sondern immer Ausdruck konkreter Lebensrealitäten. Niemand verlässt  
3949 leichtfertig sein Zuhause, seine Sprache, seine sozialen Beziehungen.  
3950 Menschen fliehen vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung, autoritären  
3951 Regimen, existenzieller Armut oder den Folgen der Klimakrise. Diese  
3952 Fluchtursachen sind vielfältig, haben aber eines gemeinsam: Sie sind Ausdruck  
3953 von Zwang und fehlenden Alternativen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die  
3954 Schutz suchen. Das Recht auf Asyl, der Schutz vor Abschiebung und das Recht  
3955 auf Familiennachzug sind für uns nicht verhandelbar. Familien gehören  
3956 zusammen – das gilt für alle Menschen gleichermaßen.

3957  
3958 Eine linke Migrationspolitik verbindet Solidarität, Schutz und Teilhabe mit dem  
3959 Einsatz für gute Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und gleiche Rechte für  
3960 alle, die hier leben.

3961 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

3962

3963

## 3964 **12. Verkehrspolitik**

3965

### 3966 **Gute Mobilität in Sachsen-Anhalt**

3967

3968 Wir wollen Mobilität für alle Menschen, die verlässlichen, sicheren Verkehr  
3969 ermöglicht, bezahlbar und barrierefrei ist.

3970 Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs als Teil der Daseins-

3971 vorsorge hat unsere besondere Aufmerksamkeit. Rückgrat einer neuen

3972 Mobilitätskultur in Sachsen-Anhalt ist dabei ein vernetzter Umweltverbund – zu  
3973 Fuß, per Rad, mit Carsharing, mit Bus und Bahn.

3974

### 3975 **Wir setzen hauptsächlich auf Bahnen und Busse**

3976 Wir setzen auf Bahnen und Busse und wollen die Verkehrsunternehmen der  
3977 Landkreise und Städte stärken, indem wir sie weiterhin bei der Bus- und  
3978 Straßenbahnanschaffung finanziell unterstützen. Rufbusse und Anrufbusse, die  
3979 wie ein Taxi fungieren, müssen als weiterer Baustein einer Mobilität ohne  
3980 eigenes Auto gesetzlich ermöglicht werden.

3981 Wir plädieren für eine Verkehrsreduzierung beim motorisierten Individual-  
3982 verkehr und LKW-Verkehr und eine Verkehrsverlagerung auf Schienenwege  
3983 und Wasserstraßen. Wir setzen uns für barrierefreie und kostengünstige  
3984 Mobilitätsangebote für alle ein.

3985 Die Linke will dem Ausbau dieser Infrastruktur beim Mitteleinsatz, der  
3986 planerischen Gestaltung und bei der personellen Ausstattung innerhalb der  
3987 Landesverwaltung höhere Priorität einräumen. Mit hohen Qualitätsstandards  
3988 wollen wir den ÖPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr  
3989 aufwerten. Jedoch ist der PKW für Menschen in Dörfern ohne Anbindung an  
3990 den Öffentlichen Verkehr wichtig und muss bezahlbar sein.

3991

3992 Wir wollen:

- 3993 • Carsharing erleichtern und fördern sowie stationsgebundenes Carsharing  
3994 bevorzugen,
- 3995 • in allen Regionen, besonders aber in den dünn besiedelten Regionen den  
3996 ÖPNV ausbauen und Menschen ohne Führerschein und Auto Mobilität  
3997 ermöglichen,
- 3998 • guten Nahverkehr als kommunale Pflichtaufgabe finanzieren,
- 3999 • einen gezielten Ausbau der Infrastruktur alternativer Antriebe, um den  
4000 Umstieg im Personen- und Schwerverkehr zu beschleunigen,
- 4001 • das Landesprogramm zur Barrierefreiheit finanziell erweitern und den  
4002 barrierefreien Ausbau der Haltestellen beschleunigen,
- 4003 • die finanziellen Mittel für den ÖPNV spürbar erhöhen,
- 4004 • jede Gemeinde an den öffentlichen Personennahverkehr anschließen,  
4005 die Erreichbarkeit und Verknüpfungen von Bus und Bahn mit den  
4006 Kommunalvertretungen vor Ort gemeinsam entscheiden.

4007

### 4008 **Attraktiver ÖPNV zum Nulltarif**

4009 Die Kosten für den oder die Einzelne:n sind ein entscheidender Faktor bei der  
4010 Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen ihn deshalb mittelfristig  
4011 landesweit zum Nulltarif anbieten. Dafür muss er im Rahmen der Verkehrs- und  
4012 Energiewende seitens des Bundes finanziell besser unterstützt werden, und wir  
4013 werden alternative Finanzierungskonzepte durch Anpassungen in der  
4014 Landesgesetzgebung ermöglichen.

4015

4016 Wir wollen:

<b>ÄA-Nr. 19.4.</b>
Antragsteller:innen: Kreisverband Saalekreis
Zeilen 4015-4017 ersetzen durch: <ul style="list-style-type: none"><li>• <i>in einem ersten Schritt kostenfreie und ganzjährig geltende Schüler:innen-, Azubi-, Freiwilligendienstleistende-, Studierenden-, Senior:innen und Sozialtickets durchsetzen,</i></li></ul>
<b>zurückgezogen</b>

- 4017 • in einem ersten Schritt kostengünstige und ganzjährig geltende
- 4018 Schüler:innen-, Azubi-, Freiwilligendienstleistende-, Studierenden- und
- 4019 Sozialtickets durchsetzen,
- 4020 • uns für einen landesweiten Tarifverbund und gedeckelte Preise für
- 4021 Einzeltickets einsetzen, kurzfristig jährliche Preissteigerungen bei den
- 4022 Einzelticket-Fahrpreisen beenden,
- 4023 • langfristig kostenfreien ÖPNV für Alle,
- 4024 • die Bundes-Regionalisierungsmittel zu 100 Prozent in Bus und Bahn des
- 4025 Landes fließen lassen. Der Schülerverkehr wird zusätzlich finanziert.
- 4026 • beim Ticket-Verkauf die Barrierefreiheit gewährleisten und Zeitfahrkarten
- 4027 auch in Papierform ausgeben,
- 4028 • Die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe fair entlohnen, um den
- 4029 Personalmangel zu beenden.

4030

### 4031 **Schieneverkehr – Revitalisierung und Ausbau statt weiterer Stilllegungen**

4032 Der seit 30 Jahren laufende Abbau von Haltepunkten, Bahnhöfen, Gleisen und  
4033 Anschlüssen im Güter- und Personenverkehr auf der Schiene konterkariert die  
4034 Maßnahmen für Mobilität und Klimaschutz im Land und droht weitere Teile des  
4035 ländlichen Raumes abzuhängen.  
4036 Die an vielen Stellen sanierungsbedürftige Bahninfrastruktur darf nicht zur  
4037 Gefährdung der Sicherheit der Menschen führen.  
4038 Die andauernden Probleme mit Verspätungen und Zugausfällen bei gleichzeitig  
4039 stetigen Preissteigerungen für die Tickets, vertreiben immer mehr Bahnkunden  
4040 und belasten die Menschen im Land, die auf tägliche Mobilität angewiesen sind.

4041

4042 Wir wollen:

- 4043 • die Bahninfrastruktur und das Schienennetz aktiv sichern,
- 4044 • eine Trassensicherung stillgelegter Strecken landesplanerisch
- 4045 festschreiben, um sie bei Bedarf schneller reaktivieren zu können,
- 4046 • stillgelegte Haltepunkte reaktivieren,
- 4047 • durch den Strukturwandel nicht mehr benötigte Nebenbahnen für
- 4048 Gütertransport und Personenbeförderung nutzen,
- 4049 • Bahnhofsgebäude gemeinwohlorientiert nutzen und Sanierungen fördern,
- 4050 • die neue S-Bahn-Verbindung von Merseburg nach Leipzig unterstützen
- 4051 und zügig realisieren,

- 4052 • die Verteilung der Regionalisierungsmittel des Bundes für eine auskömmliche Finanzierung der vom Land bestellten Beförderungsleistungen,
- 4053
- 4054 • im überregionalen Nahverkehr eine Stärkung landesbedeutsamer
- 4055 Buslinien mit einer engeren Taktung zum Schienenpersonennahverkehr
- 4056 nicht nur für Pendler:innen realisieren,
- 4057 • zwischen kleinen Orten im ländlich geprägten Raum unabhängig von der
- 4058 Schüler:innenbeförderung mehr Busse einsetzen,
- 4059 • beim Fernverkehrsnetz die IC-Linien im Land erhalten und ausbauen,
- 4060 • beim Bund nachdrücklich Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung des
- 4061 Fernverkehrsnetzes im Land einfordern,
- 4062 • länderübergreifende Regionalverbindungen stärken,
- 4063 • überfüllte Züge durch ein Regionalbahn-System mit engeren Taktungen
- 4064 entlasten,
- 4065 • Förderprogramme aus Bundes- und Landesmitteln für die Elektrifizierung
- 4066 und den umfassenden Ausbau des Streckennetzes voranbringen,
- 4067 • Landesmittel einsetzen, um auf stark frequentierten Nahverkehrs-
- 4068 verbindungen auch im IC-Netz das Deutschlandticket nutzbar zu
- 4069 machen,
- 4070 • auch die Bauhausstadt Dessau an den Fernverkehr anbinden,
- 4071 • bei der Deutschen Bahn AG darauf dringen, eine Fernverkehrsverbindung
- 4072 zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und Berlin einzurichten,
- 4073 • die Wiedereröffnung des Bahnmuseums in Halle.

4074

4075 **Gütertransporte von der Straße auf die Schiene – für Umwelt und**  
 4076 **Verkehrssicherheit**

4077 Um den Güterverkehr von LKWs auf alternative Transportmöglichkeiten und die  
 4078 Schiene zu verlagern, bedarf es einer großen Kraftanstrengung und innovativer  
 4079 Projekte.

4080

4081 Wir wollen:

- 4082 • für die „letzte Meile“ beim Lastverkehr anbieterneutrale Logistik-Hubs zur
- 4083 stadtverträglichen Feinverteilung, zum Beispiel mit Lastenrädern, fördern,
- 4084 • das Pilotprojekt „Busschnellgut“ in Salzwedel/Arendsee in den Regel-
- 4085 betrieb überführen, um Linienbusse für die Lieferung von bestellten
- 4086 Alltagswaren an die Haltestelle zu nutzen,
- 4087 • Erfahrungen aus der Vergangenheit, wie die Nutzung von Straßenbahnen
- 4088 für den Gütertransport in den Nachtstunden, für Sachsen-Anhalt prüfen.

4089

4090 **Rad- und Fußverkehr ausbauen**

4091 Die notwendige ökologische Verkehrswende beinhaltet neben der Stärkung des  
 4092 ÖPNV auch die des Rad- und Fußverkehrs. Die geplanten Maßnahmen zum  
 4093 Lückenschluss im Radverkehrsnetz stocken jedoch aufgrund fehlender Finan-  
 4094 zierung und Haushaltskürzungen. Straßenbegleitende Radwege fehlen im länd-  
 4095 lichen Raum und müssen zur Verknüpfung mit dem ÖPNV ausgebaut werden.

4096

4097 Wir wollen:

- 4098 • den Radwegebau zwischen den Gemeinden sowie überregionale
- 4099 Verbindungen zur Landesaufgabe machen,
- 4100 • die Bewilligung von Fördermitteln für den Straßenbau an die Bedingung
- 4101 knüpfen, Rad- und Fußwege auszubauen
- 4102 • den Bau von durchgängigen und ausreichend breiten Radwegen, um
- 4103 Unfälle und Unsicherheiten zu reduzieren,
- 4104 • mit Straßeninvestitionen vorrangig die bestehende Infrastruktur erhalten
- 4105 und den Rad- und Fußverkehr stärken,
- 4106 • den Lückenschluss im Radverkehrsnetz nach Landesverkehrswegeplan,
- 4107 • Radschnellwege und Fahrradstraßen systematisch ausbauen,
- 4108 • Neubau dort realisieren, wo dadurch nachweisbare Verbesserungen für
- 4109 den Umweltverbund entstehen, wo Umfahrungen aus Gründen der
- 4110 Verkehrssicherheit oder zur Verbesserung der Lebensbedingungen in
- 4111 den Orten dringend erforderlich sind oder eine Verkehrsanbindung im
- 4112 ländlichen Raum verbessert werden muss,
- 4113 • für Lastenräder ein Förderprogramm einführen und in Stellplatz-
- 4114 satzungen geeignete Plätze für sie vorsehen,
- 4115 • die kostenlose Fahrradmitnahme im Bahnverkehr beibehalten und auf
- 4116 angrenzende Bundesländer ausdehnen,
- 4117 • touristische Radwege durch bessere Vermarktung, mehr Gastronomie
- 4118 und Bett and Bike-Angebote attraktiv halten,
- 4119 • Bike and Ride Stationen und Fahrradparkanlagen an Bahnhöfen
- 4120 ausbauen,
- 4121 • Leihsysteme für die Nahmobilität unterstützen,
- 4122 • die Erarbeitung einer Landes-Fußverkehrsstrategie und eine Finanzierung
- 4123 für den barrierefreien Ausbau der Gehwege bereitstellen.

4124

#### 4125 **Verkehrssicherheit erhöhen – Verkehrswachten unterstützen**

4126 Das Land hat sich zur Vision Zero bekannt. Ziel ist es, dass auf unseren Straßen  
4127 keine Menschen durch Verkehrsunfälle sterben.

4128

4129 Wir wollen:

- 4130 • in Städten und Dörfern mehr Tempo-30-Abschnitte unterstützen,
- 4131 • uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass Kommunen selbstständig
- 4132 über Geschwindigkeitssenkungen entscheiden können,
- 4133 • die Landes- sowie Kreisverkehrswachten personell und finanziell besser
- 4134 absichern,
- 4135 • das Verkehrssicherheitsprogramm des Landes fortschreiben und die
- 4136 Verkehrssicherheitsarbeit zur kommunalen Pflichtaufgabe machen,
- 4137 • ein bundesweites Tempolimit auf den Autobahnen durchsetzen.

4138

4139 **Keine neuen Autobahnen**

4140 Sachsen-Anhalt ist durch seine zentrale Lage Transitland. Der damit  
4141 verbundene Ausbau immer neuer Verkehrsadern führt zu erheblichen

**ÄA-Nr. 44.6.**

Antragsteller:innen: Stine Rummel-Strebelow, Oliver Farr, SV Dessau-Roßlau

Zeile 4140

„natürliche Umwelt“ ersetzen durch:  
„Landschaft und Natur“ ersetzen

Begründung:

Wir denken das der Begriff Landschaft und Natur umgangssprachlich näher an  
der/dem Leser:in ist.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

4142 Einschnitten im Landschaftsbild und zu Eingriffen in die natürliche Umwelt.

4143 Die Linke respektiert getroffene Entscheidungen zum Ausbau zentraler

4144 Verkehrswege, setzt aber in der Verkehrspolitik andere Prioritäten.

4145

4146 Wir wollen:

- 4147 • eine deutliche Verbesserung von Bürger:innenbeteiligung bei allen
- 4148 Bauprojekten zu Landes- und Bundesstraßen,
- 4149 • den Landesstraßenbaubetrieb gemeinsam mit dem Bund finanziell und
- 4150 personell stärken.

4151

4152 **Flughafenpolitik**

4153 Das Logistikhauptkreuz am Flughafen Leipzig/Halle erfüllt wegen extrem  
4154 belastender Arbeitsbedingungen und gesundheitsschädigendem Nachtfluglärm  
4155 nicht unsere Anforderungen an gute Arbeit und an ökologische und volkswirt-  
4156 schaftliche Nachhaltigkeit.

4157

4158 Wir wollen:

- 4159 • keinen weiteren Ausbau des Flughafens Halle/Leipzig,
- 4160 • eine konsequente Umsetzung des geltenden Nachtflugverbots mit
- 4161 Ausnahme von zwingend notwendigen Expressgütern,
- 4162 • bessere Arbeitsbedingungen am Flughafen und stärkere
- 4163 Lärmschutzmaßnahmen zugunsten der betroffenen Anwohner:innen,
- 4164 • keine militärische Nutzung des Flughafens,
- 4165 • keine weitere Entwicklung regionaler Verkehrsflughäfen aus
- 4166 Landesmitteln.

4167

4168 Wir wollen Mobilität für alle als Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle  
4169 Teilhabe. Unsere Verkehrspolitik ist ein entscheidender Baustein für Verkehrs-  
4170 sicherheit und Umweltschutz.

4171 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

4172

4173

4174  
4175  
4176  
4177  
4178  
4179  
4180  
4181  
4182  
4183  
4184  
4185  
4186  
4187  
4188  
4189  
4190  
4191  
4192  
4193  
4194  
4195  
4196  
4197  
4198  
4199  
4200  
4201  
4202  
4203  
4204  
4205  
4206  
4207  
4208  
4209  
4210  
4211  
4212  
4213  
4214  
4215  
4216  
4217

## **13. Energie**

### **Energie für Sachsen-Anhalt: Gerecht und gemeinwohlorientiert**

Sachsen-Anhalt ist Energieland – und das soll allen zugutekommen. Wir wollen ein Land, das Verantwortung übernimmt: für 100 Prozent erneuerbaren Strom und für eine klimaneutrale Wärmeversorgung.

Deshalb wollen wir:

- Energie als öffentliche Daseinsvorsorge sichern,
- Energiepreise sozial gerecht gestalten,
- erneuerbare Energien konsequent und naturverträglich ausbauen,
- demokratische Teilhabe stärken: Energie in die Hand der Bürger:innen,
- eine klare Absage an Atomkraft und Debatten, die Vergangenheit verklären und wieder umweltschädliche Energieerzeugung etablieren wollen,
- regionale Wertschöpfung, ländliche Räume und Kommunen stärken.

### **Stand der Dinge – Herausforderungen**

Sachsen-Anhalt ist Vorreiterin bei den erneuerbaren Energien. Trotzdem leiden viele Menschen unter hohen Energiepreisen. Der Ausbau von Wind- und Solarenergie kommt voran, aber Genehmigungen, Umweltverträglichkeit und Beteiligung vor Ort sind weiterhin zentrale Herausforderungen. Beim Stromnetz fehlen Kapazitäten und Speicher, das bremst die Energiewende aus.

Besonders groß sind die Lücken im Wärmesektor: Abwärme, Großwärmepumpen und Nahwärmelösungen sollen vermehrt genutzt werden, weil sie langfristig bezahlbare und klimafreundliche Wärme bieten können. Zudem hinkt die Digitalisierung hinterher und Debatten über eine Rückkehr zur Atomkraft schaffen falsche Erwartungen, statt echte nachhaltige Lösungen zu bieten.

All diese Herausforderungen zeigen: Sachsen-Anhalt braucht eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen denkt.

### **Energiepreise senken und öffentliche Verantwortung stärken**

Hohe Energiepreise treffen vor allem Menschen mit kleinen Einkommen, aber auch Vereine, Kommunen und Betriebe. Energiearmut bedeutet kalte Wohnungen, vermehrte Krankheit und wachsenden finanziellen Druck. Für uns ist klar: Energie gehört zur Daseinsvorsorge und eine gerechte Energiezukunft gelingt nur, wenn Strom und Wärme für alle bezahlbar sind. Sachsen-Anhalt hat die Chance, durch eine Anpassung des Beteiligungsgesetzes mit erneuerbarem Strom vor Ort die Preise zu senken und Menschen konkret zu entlasten.

4218 Wir wollen:

- 4219 • einen verpflichtenden Sockeltarif für Strom und Wärme, damit der
- 4220 Grundbedarf für alle bezahlbar ist,
- 4221 • die Wiedereinführung der Strompreisaufsicht, um Abzocke zu verhindern,
- 4222 • Strom- und Gassperren gesetzlich verbieten, weil Strom und eine warme
- 4223 Wohnung ein Grundrecht sind,
- 4224 • einen Härtefallfonds für Energieschulden und eine gestärkte Energie- und
- 4225 Schuldnerberatung,
- 4226 • die Netzentgelte deutlich senken und damit die regionale Ungerechtig-
- 4227 keit abbauen, dass wir in Sachsen-Anhalt mehr bezahlen als in anderen
- 4228 Bundesländern,
- 4229 • die Einführung von Strompreiszonen prüfen, damit Länder mit viel
- 4230 erneuerbarer Energie profitieren,
- 4231 • die Stromsteuer auf 0,1 ct/kWh senken,
- 4232 • Energienetze in öffentliche Hand überführen, damit sie der
- 4233 Versorgungssicherheit dienen und nicht der Profitlogik.

4234

### 4235 **Erneuerbare Energien ausbauen**

4236 Sachsen-Anhalt hat beste Bedingungen für eine Energiezukunft, die sauber,  
4237 sicher und regional verankert ist. Doch der Ausbau der erneuerbaren Energien  
4238 braucht klare Leitplanken: Naturverträglichkeit, Transparenz und echte  
4239 Beteiligung der Menschen vor Ort. Wenn Windräder, Solaranlagen und Agri-PV-  
4240 Projekte Landschaften prägen, müssen Kommunen davon profitieren und  
4241 ökologische Standards gesichert sein. Gleichzeitig hängen Versorgungs-  
4242 sicherheit und sinkende Energiepreise davon ab, dass wir den Ausbau  
4243 konsequent voranbringen.

4244 Wir wollen:

- 4245 • das Flächenziel von 2,2 Prozent für Windenergie umsetzen und die
- 4246 Planungsgremien stärken,
- 4247 • die Umweltverträglichkeitsprüfung auf Landesebene verbessern, damit
- 4248 Natur- und Artenschutz nicht unter die Räder kommen,
- 4249 • Repowering auch außerhalb von Vorranggebieten ermöglichen,
- 4250 naturverträglich und mit früher Beteiligung,
- 4251 • Kommunen und Anwohner:innen stärker durch Lokalstromtarife,
- 4252 Bonuszahlungen oder Wärmeangebote beteiligen,
- 4253 • Photovoltaik auf Dächern priorisieren, mit Solarpflicht für Neubauten und
- 4254 einer Vorbildpflicht der öffentlichen Hand, auf allen geeigneten
- 4255 öffentlichen Gebäuden Solaranlagen zu installieren,
- 4256 • Konversions- und Gewerbeflächen zuerst für größere Solarparks nutzen,
- 4257 • Agri-PV gezielt fördern, um Böden für die landwirtschaftliche Nutzung zu
- 4258 erhalten,
- 4259 • Balkonkraftwerke und Kleinspeicher für Mieter:innen ausbauen.

4260

## 4261 **Energiewende: Kommunal, digital und in Bürgerhand**

4262 Die Energiewende gelingt nur, wenn sie demokratisch gestaltet wird. Menschen  
4263 vor Ort müssen mitentscheiden können, wie Energie erzeugt, verteilt und  
4264 genutzt wird und wirtschaftlich davon profitieren. Kommunale Unternehmen,  
4265 Genossenschaften und eine starke öffentliche Infrastruktur sind dafür  
4266 unverzichtbar. Sachsen-Anhalt hat die Chance, seine Energieversorgung neu zu  
4267 ordnen: transparent, digital modernisiert und frei von der Logik privater  
4268 Monopole. Bürgerenergie, Stadtwerke und Landwerke können gemeinsam eine  
4269 Energiezukunft aufbauen, die regional verankert ist und Wertschöpfung im Land  
4270 hält. Digitalisierung ist dabei kein Anhängsel, sondern der Schlüssel, damit  
4271 Netze, Speicher und Verbrauch besser zusammenarbeiten und für alle  
4272 nachvollziehbar funktionieren.

4273

4274 Wir wollen:

- 4275 • die Landesenergieagentur zu einer Landesenergiegesellschaft  
4276 weiterentwickeln, die Erzeugung, Netze und Speicher bündelt,
- 4277 • kommunale Stadtwerke und Landwerke fördern, um auch im ländlichen  
4278 Raum Versorgungssicherheit zu stärken,
- 4279 • Energiegenossenschaften unterstützen und hierfür rechtliche Hürden im  
4280 EEG abbauen,
- 4281 • lokale Beteiligungsmodelle ausbauen, damit Menschen vor Ort direkt  
4282 profitieren,
- 4283 • den Smart-Meter-Rollout vereinfachen, damit Digitalisierung endlich  
4284 spürbar vorankommt, und eine Kostenfreiheit für Mieter:innen beim  
4285 Rollout sicherstellen,
- 4286 • Transparenz und digitale Nachvollziehbarkeit der Energieflüsse  
4287 verbessern.

4288

## 4289 **Die Infrastruktur der Zukunft**

4290 Die nächste Stufe der Energiewende entscheidet sich nicht allein beim Strom,  
4291 sondern vor allem bei Wärme, Speicherung und industriellen Zukunftstechno-  
4292 logien. Sachsen-Anhalt hat hier gewaltige Potenziale: Abwärme aus Industrie  
4293 und Rechenzentren, Großwärmepumpen in Städten und ländlichen Räumen,  
4294 regionale Wärmenetze, innovative Speichertechnologien und die Produktion  
4295 von grünem Wasserstoff für die Chemieindustrie.

4296

4297 Wir wollen:

- 4298 • Abwärme aus Industrie und Rechenzentren gezielt nutzbar machen,
- 4299 • Großwärmepumpen als Rückgrat moderner Wärmenetze ausbauen,
- 4300 • Nah- und Fernwärmenetze auch in kleineren Städten und ländlichen  
4301 Räumen fördern,
- 4302 • einen Energieeffizienzfonds für Projekte von Kommunen, Vereinen,  
4303 Betrieben und Haushalten einrichten und die kommunale Wärmeplanung  
4304 fachlich und finanziell unterstützen,

- 4305 • öffentliche Gebäude energetisch sanieren und ein Landesprogramm
- 4306 dafür schaffen,
- 4307 • die Nutzung von Oberflächenwasserwärme vereinfachen,
- 4308 • für Neubauten Passivhausstandards festlegen und nachhaltige Baustoffe
- 4309 wie Holz, Hanf oder Stroh fördern,
- 4310 • Haushalte mit geringen Einkommen beim Austausch alter Elektrogeräte
- 4311 entlasten,
- 4312 • die planvolle Ansiedlung von Großspeichern steuern, um Netze zu
- 4313 entlasten, damit diese netzdienlich laufen sowie Forschung zu
- 4314 ressourcenschonenden Speichern wie Sand- oder Salztechnologien
- 4315 stärken,
- 4316 • grünen Wasserstoff für die Chemieindustrie gezielt fördern,
- 4317 Elektrolyseanlagen mit erneuerbarem Strom ausbauen, regionale
- 4318 Wasserstoffnetze entwickeln und den Wasserverbrauch bei
- 4319 Wasserstoffprojekten von Anfang an begrenzen und steuern,
- 4320 • Biogasanlagen bei der Umstellung auf Reststoffe, Wirtschaftsdünger und
- 4321 Paludikulturen unterstützen und Biogas stärker in Wärmenetze und
- 4322 flexible Stromerzeugung integrieren,
- 4323 • Gaskraftwerke nur als Brücke zulassen und hierbei verbindliche Kriterien
- 4324 wie H2-ready und maximal 1.000 Volllaststunden festlegen und unter der
- 4325 Devise „so viel Kraftwerksleistung wie nötig, so wenig wie möglich“
- 4326 gesetzlich absichern,
- 4327 • die Forschungslandschaft für erneuerbare Energien, Speicher, Effizienz
- 4328 und Nachhaltigkeit stärken, neue Institute und Forschungseinrichtungen
- 4329 im Land ansiedeln, Wissenschaft und Praxis enger verzahnen, um
- 4330 Innovationen schneller in die Anwendung zu bringen,
- 4331 • Sachsen-Anhalt wieder zu einem Produktionsstandort für Anlagen der
- 4332 Energiewende machen.

4333  
 4334 Unsere Energiepolitik verbindet Klimaschutz, soziale Sicherheit und wirtschaft-  
 4335 liche Stärke. Wir stehen für eine Zukunft, in der Strom und Wärme bezahlbar  
 4336 sind, in der Menschen und Kommunen von der Energiewende profitieren und in  
 4337 der die Energieversorgung demokratisch, erneuerbar und gemeinwohlorientiert  
 4338 ist.

4339 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

4340  
 4341

## 4342 **14. Landwirtschaft**

4343

### 4344 **Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tierschutz**

4345

<b>ÄA-Nr. 2.1.</b>
--------------------

Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)
--

Zeilen 4344 bis 4347
----------------------

*wie folgt ändern:*

Wir wollen eine Landwirtschaft, die uns ernährt, unsere Landschaft erhält und verbessert und ein lebendiger Bestandteil unserer Dörfer ist. Die Linke steht an der Seite derer, die uns ernähren und nicht aufseiten ~~der Lebensmittel-~~  
~~konzerne~~ *von Lebensmittelkonzernen, die die Erzeugerpreise drücken.*

Begründung: (für Änderungsanträge 2.1. – 2.3.)

Lebensmitteleinzelhandel ist ein Fachbegriff, der die Realität eher verschlei-ert als erklärt. Gemeint sind die großen vier Konzerne im Lebensmitteleinzelhandel (Edeka, Rewe, Schwarz-Gruppe, Aldi). Diese drücken die Preise für die Erzeuger und verdienen gleichzeitig Milliarden, während zudem auch noch die Lebensmittelpreise steigen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

4346 Wir wollen eine Landwirtschaft, die uns ernährt, unsere Landschaft erhält und  
4347 verbessert und ein lebendiger Bestandteil unserer Dörfer ist. Die Linke steht an  
4348 der Seite derer, die uns ernähren und nicht aufseiten der Lebensmittel-  
4349 konzern. Menschen müssen von ihrer Arbeit gut leben und ohne Existenz-  
4350 ängste Verantwortung für Boden, Tiere und Wasser übernehmen können. Eine  
4351 soziale Agrarpolitik stärkt regionale Kreisläufe, schützt unsere natürlichen  
4352 Ressourcen und rückt das Gemeinwohl in den Mittelpunkt.

4353

4354 Dafür braucht es eine Agrarpolitik, die:

- 4355 • den Zugang zu Land für diejenigen sichert, die es bewirtschaften,
- 4356 • regionale Wertschöpfung und ländliche Räume stärkt,
- 4357 • landwirtschaftliche Betriebe fair für gemeinwohlorientierte Leistungen  
4358 bezahlt.

4359

4360 So entsteht eine Landwirtschaft, die soziale Gerechtigkeit, ökologische  
4361 Verantwortung und gute Arbeit verbindet.

4362

4363 Unsere Ziele sind eine sichere Versorgung mit guten Lebensmitteln, eine  
4364 vielfältige und artenreiche Kulturlandschaft und lebendige Dörfer, in denen  
4365 Landwirtschaft fest verankert ist.

4366

4367 **Stand der Dinge**

4368 Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt steht unter Druck. Steigende Kosten und  
4369 gleichbleibende oder sinkende Erzeugerpreise sind eine Herausforderung für  
4370 viele Betriebe. Gleichzeitig gefährdet die Klimakrise unsere Ernten durch  
4371 Hochwasser, Starkregenereignisse oder Dürren. Zudem verschärft sich der  
4372 Wettbewerb um Flächen: Außerlandwirtschaftliche Investoren sichern sich über  
4373 Share Deals landwirtschaftliche Flächen, während Junglandwirt:innen immer  
4374 schwieriger Zugang zu Flächen erhalten, um neue und innovative Konzepte in  
4375 die Betriebe zu bringen.

4376

**ÄA-Nr. 2.2.**

Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)

Zeilen 4375 bis 4377

wie folgt ändern:

~~Der Lebensmitteleinzelhandel setzt~~ Die großen vier Konzerne im Lebensmitteleinzelhandel (Edeka, Rewe, Schwarz-Gruppe, Aldi) setzen eigene Standards in der Tierhaltung, während er sie zugleich für niedrige Erzeugerpreise sorgten. Das erschwert tiergerechte artgerechte Haltung und Investitionen in zukunftsfähige Ställe.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

4377 Der Lebensmitteleinzelhandel setzt eigene Standards in der Tierhaltung,  
4378 während er zugleich für niedrige Erzeugerpreise sorgt. Das erschwert  
4379 tiergerechte Haltung und Investitionen in zukunftsfähige Ställe.

4380  
4381 Biodiversität und Artenvielfalt nehmen weiter ab. Ausgeräumte Landschaften,  
4382 fehlende Strukturen und neue invasive Arten gefährden Bestäuber und  
4383 Nützlinge. Gleichzeitig wächst der Flächenverbrauch für Siedlungen und  
4384 Infrastruktur, wodurch immer mehr wertvolle Böden verlorengehen.

4385  
4386 Auf dem Land leiden Dörfer unter Abwanderung, schwacher Infrastruktur und  
4387 dem Fehlen aktiver Strukturen. Ehrenamt, Imkerei, Angeln und Vereine leisten  
4388 viel für Natur, Gewässer und Gemeinschaft, brauchen jedoch ausreichende  
4389 Unterstützung.

4390  
4391 Doch Sachsen-Anhalt kann seine Landwirtschaft und ländlichen Räume  
4392 gestalten. Hierfür braucht es eine Politik, die Lösungen für die zahlreichen  
4393 Nutzungskonflikte liefert. So blüht Sachsen-Anhalt auf.

4394  
4395 **Zugang zu Land für die Menschen, die es bewirtschaften**

4396 Wir wollen die Menschen stärken, die Landwirtschaft vor Ort betreiben,  
4397 regionale Wertschöpfung sichern und Landkonzentration begrenzen. Wer  
4398 Böden bearbeitet, muss Zugang zu Land haben – nicht Investorengruppen, die  
4399 über Share Deals Betriebe aufkaufen, Bodenpreise weiter in die Höhe treiben  
4400 und anschließend die Flächen kontrollieren.

4401  
4402 Wir wollen:

- 4403 • ein Agrarstrukturgesetz für Sachsen-Anhalt, das Bodenpreise begrenzt  
4404 und Landkonzentration verhindert,
- 4405 • ein landesweites Verbot von Share Deals beim Erwerb  
4406 landwirtschaftlicher Betriebe,

**ÄA-Nr. 10.7.**

Antragsteller:innen:

Die Linke Kreisverband Wittenberg

Zeile 4405 – Anstrich erweitern

- die Privatisierung der BVVG-Flächen dauerhaft beenden *und die Rückführung dieses ehemaligen Volkseigentums in Landeshand.*

### Begründung

Liebe Genossen, die BVVG ist die ‚Treuhand für den Acker‘. Seit Jahrzehnten wird dort unser ehemaliges Volkseigentum an den Meistbietenden verscherbelt. Es reicht nicht, die Privatisierung nur zu beenden. Wir müssen diesen Boden aktiv nach Sachsen-Anhalt zurückholen. Ackerland darf kein Spekulationsobjekt für Investoren und Agrar-Konzerne sein. Nur wenn das Land den Boden selbst besitzt, können wir ihn fair und bezahlbar an unsere jungen Landwirte vor Ort verpachten. Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.

- 4407 • die Privatisierung der BVVG-Flächen dauerhaft beenden,
- 4408 • einen öffentlichen Bodenfonds finanziell ausreichend ausstatten, der
- 4409 Flächen kauft und langfristig gemeinwohlorientiert verpachtet und so den
- 4410 Zugang zu Land für Junglandwirt:innen und Betriebsgründer:innen
- 4411 erleichtert,
- 4412 • Transparenz über Eigentumsverhältnisse und Bodentransaktionen
- 4413 herstellen.
- 4414
- 4415

### **Faire Märkte und regionale Wertschöpfung**

4416 Landwirtschaft braucht faire Preise, mit denen die Existenz der Betriebe  
4417 gesichert und ökologischeres Wirtschaften erst ermöglicht wird. Es sollen sich  
4418 diejenigen langfristig am Markt durchsetzen, die am ökologischsten  
4419 wirtschaften. Deshalb setzen wir auf starke regionale Wertschöpfungsketten,  
4420 verlässliche Abnahmebedingungen und eine öffentliche Beschaffung, die  
4421 heimische Betriebe und nachhaltige Produktion unterstützt. So kann sich  
4422 Sachsen-Anhalt mit regionaler Wertschöpfung vom Acker bis in die Kantine  
4423 ernähren.

4424  
4425 Wir wollen:

- 4426 • Vergaberegeln schaffen, damit Kantinen, Kitas, Schulen und Kliniken
- 4427 bevorzugt regionale und nachhaltige Lebensmittel einkaufen können,
- 4428 • faire Erzeugerpreise und Transparenz entlang der Lieferketten
- 4429 durchsetzen,

### **ÄA-Nr. 2.3.**

Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)

Zeilen 4428 bis 4429

*wie folgt ändern*

- den Preisdruck ~~des Lebensmitteleinzelhandels~~ der großen Supermarkt-  
ketten begrenzen und unfaire Handelspraktiken unterbinden,

### **Der Landesvorstand übernimmt.**

- 4430 • den Preisdruck des Lebensmitteleinzelhandels begrenzen und unfaire
- 4431 Handelspraktiken unterbinden,
- 4432 • Programme unterstützen, die Betriebe in regionale Kooperationen und
- 4433 Vermarktungsstrukturen einbinden.
- 4434

4435 **Tierwohl und artgerechte Tierhaltung**

**ÄA-Nr. 3.1.**

Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)

Zeile 4433

Überschrift **Tierwohl und artgerechte Tierhaltung**  
 ändern in: **Artgerechte Tierhaltung**

**Begründung:** (für Änderungsanträge 3.1. – 3.7)

Das Wahlprogramm verwendet den Begriff „Tierwohl“ gebräuchlich in der Landwirtschaft und Tierindustrie an Stellen, an denen es keinen Sinn macht. Tierwohl hört sich zwar gut an, verwandelt aber qualitative Fragen von Artgerechtigkeit und Tierschutz in eine quantitative von mehr oder weniger Tierwohl. Das passt eher zur Legitimierung von industrialisierter Tierhaltung als zu den Ansprüchen an Tierschutz einer linken Partei.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

**ÄA-Nr. 3.2.**

Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)

Zeilen 4434 bis 4455

wie folgt ändern:

Tiere sind keine Produktionsmaschinen und verdienen ein artgerechtes Leben. Wer Tiere hält, trägt Verantwortung und braucht gesellschaftliche Anerkennung sowie Preise, die der Arbeit mit den Tieren gerecht werden. Doch niedrige Erzeugerpreise ~~durch den Druck des Lebensmitteleinzelhandels~~ und fehlende Investitionssicherheit blockieren vielerorts den Umbau zu tiergerechten Ställen. Wir wollen eine Tierhaltung, die regional verankert ist, gute Arbeitsbedingungen bietet und Tieren ein würdiges Leben ermöglicht. Dafür braucht es klare, demokratisch legitimierte Regeln und nicht *die* Vorgaben ~~durch den Lebensmitteleinzelhandel~~ großer Lebensmittelkonzerne sowie einen klaren Bruch mit der Exportorientierung in unserer Landwirtschaft.

Wir wollen:

- den Stallumbau und ~~tiergerechte~~ *Haltungsformen* bessere *Haltungsbedingungen* nach Thüringer Vorbild fördern,
- öffentliche Gelder gezielt an ~~Tierwohl~~, Umwelt- und Sozialstandards sowie *artgerechte Tierhaltung* koppeln,
- Mega-Schlachthöfe und eine exportorientierte Fleischerzeugung beenden,
- eine Bundesratsinitiative für Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung auf den Weg bringen,
- den Einfluss ~~des Lebensmitteleinzelhandels~~ der großen Supermarkt- und Discounter-Konzerne auf *Haltungsstandards* begrenzen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 4436 Tiere sind keine Produktionsmaschinen und verdienen ein artgerechtes Leben.  
 4437 Wer Tiere hält, trägt Verantwortung und braucht gesellschaftliche Anerkennung  
 4438 sowie Preise, die der Arbeit mit den Tieren gerecht werden. Doch niedrige  
 4439 Erzeugerpreise durch den Druck des Lebensmitteleinzelhandels und fehlende

4440 Investitionssicherheit blockieren vielerorts den Umbau zu tiergerechten Ställen.  
4441 Wir wollen eine Tierhaltung, die regional verankert ist, gute Arbeitsbedingungen  
4442 bietet und Tieren ein würdiges Leben ermöglicht. Dafür braucht es klare,  
4443 demokratisch legitimierte Regeln und nicht Vorgaben durch den Lebensmittel-  
4444 einzelhandel sowie einen klaren Bruch mit der Exportorientierung in unserer  
4445 Landwirtschaft.

4446  
4447 Wir wollen:

- 4448 • den Stallumbau und tiergerechte Haltungsformen nach Thüringer Vorbild
- 4449 fördern,
- 4450 • öffentliche Gelder gezielt an Tierwohl-, Umwelt- und Sozialstandards
- 4451 koppeln,
- 4452 • Mega-Schlachthöfe und eine exportorientierte Fleischerzeugung
- 4453 beenden,
- 4454 • eine Bundesratsinitiative für Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung auf
- 4455 den Weg bringen,
- 4456 • den Einfluss des Lebensmitteleinzelhandels auf Haltungsstandards
- 4457 begrenzen.

4458

#### 4459 **Herdenschutz und Weidetierhaltung**

4460 Weidetierhaltung ist artgerecht und wichtig für Artenvielfalt und Landschafts-  
4461 pflege. Damit Schafe, Ziegen, Rinder und Pferde sicher auf der Weide stehen  
4462 können, braucht es verlässlichen Herdenschutz, klare Regeln und eine Politik,  
4463 die Konflikte nicht gegeneinander ausspielt. Die Rückkehr des Wolfs ist ein  
4464 Erfolg des Artenschutzes, zugleich aber eine Herausforderung für die  
4465 Weidetierhaltung. Wir wollen eine sachliche, faktenbasierte Wolfspolitik, die  
4466 Weidetierhaltung stärkt und die Akzeptanz des Wolfs fördert. Gleichzeitig  
4467 braucht es aber auch klare Bedingungen für gegebenenfalls notwendige  
4468 gezielte Entnahmen von Wölfen.

4469  
4470 Wir wollen:

- 4471 • einen starken, staatlich getragenen Herdenschutz mit verlässlicher
- 4472 Finanzierung, Schulungen und unbürokratischer Förderung,
- 4473 • bei Rissen eine schnelle und vollständige Entschädigung der
- 4474 Weidetierhalter:innen,
- 4475 • praxisnahe Beratung und Unterstützung statt Symbolpolitik und
- 4476 reflexartige Abschussforderungen,
- 4477 • gezielte Entnahmen von Wölfen ermöglichen, wenn sie wiederholt
- 4478 Nutztiere gerissen haben und alle Schutzmaßnahmen ausgeschöpft sind,
- 4479 • keine Einführung politisch festgelegter Obergrenzen oder pauschaler
- 4480 Abschussquoten,
- 4481 • eine Wolfspolitik, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und
- 4482 den Erhaltungszustand des Wolfs nach nachvollziehbaren Kriterien
- 4483 bewertet.

4484

4485 **Sachsen-Anhalts Landwirtschaft klimafit machen**

4486 Sachsen-Anhalts Landwirtschaft spürt die Klimakrise schon heute: trockene  
4487 Sommer, veränderte Niederschlagsmuster oder vermehrt auftretende  
4488 Spätfröste gefährden die Ernten. Wir wollen eine Landwirtschaft, die dem  
4489 Klimawandel standhält und gleichzeitig zur Lösung der Klimakrise beiträgt.

4490  
4491 Wir wollen:

- 4492 • die Fruchtbarkeit der Böden stärken und Humusaufbau, Strukturvielfalt  
4493 und vielfältige Fruchtfolgen gezielt fördern,
- 4494 • eine Eiweißstrategie für Sachsen-Anhalt entwickeln, damit mehr  
4495 Leguminosen angebaut und Futtermittelimporte reduziert werden  
4496 können,
- 4497 • Investitionen in Hecken, Baumreihen und Agroforstsysteme fördern und  
4498 die Beratung dazu ausbauen,
- 4499 • eine Bundesratsinitiative für einen Mehrgefahrenfonds starten, der bei  
4500 klimabedingten Schäden schnell und unbürokratisch hilft,
- 4501 • Bewässerung nur dort ermöglichen, wo sie ökologisch vertretbar und zur  
4502 Ernährungssicherung notwendig ist. Trinkwasserversorgung muss immer  
4503 Vorrang haben.

4504  
4505 **Böden schützen und entsiegeln**

4506 Unser Boden ist eine begrenzte und unverzichtbare Ressource. Er ist die  
4507 Grundlage unseres Lebens. Versiegelte Flächen fehlen der Landwirtschaft, dem  
4508 Wasserhaushalt und der Natur, sie heizen Städte auf, bieten Arten keinen  
4509 Lebensraum und verringern die Aufnahmefähigkeit des Bodens für Nieder-  
4510 schläge. Sachsen-Anhalt braucht deshalb eine Politik, die Boden bewahrt und  
4511 Flächen entsiegelt.

4512 Wir wollen:

- 4513 • den Flächenverbrauch reduzieren,
- 4514 • einen Landesfonds für Entsiegelung schaffen, der Kommunen und  
4515 Eigentümer:innen beim Rückbau versiegelter Flächen unterstützt und so  
4516 mehr Grün in die Städte und Dörfer bringt.

4517  
4518 **Ökolandbau und Artenvielfalt stärken**

4519 Landwirtschaft braucht fruchtbare Böden, Bestäuber und artenreiche Land-  
4520 schaften. Ohne Insekten, Wildbienen und Nützlinge gibt es keine Ernährungs-  
4521 sicherheit. Doch ausgeräumte Landschaften, Pflanzenschutzmittel und invasive  
4522 Arten gefährden die Artenvielfalt. Zugleich stagniert der Ausbau des Ökoland-  
4523baus, obwohl Sachsen-Anhalt das Potenzial hat, deutlich mehr Fläche  
4524 ökologisch zu bewirtschaften.

4525  
4526 Wir wollen:

- 4527 • den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen von derzeit rund 10 auf  
4528 mindestens 30 Prozent steigern,

- 4529 • die Verarbeitung, Vermarktung und Umstellung auf Ökolandbau gezielt  
4530 fördern,  
4531 • ein Sonderprogramm „Wildbienen“ auflegen, um im ländlichen wie im  
4532 urbanen Raum Lebensräume durch Blühflächen, Hecken und  
4533 Niststrukturen zu verbessern,  
4534 • Landschaftsstrukturen wie Hecken, Baumreihen und Blühstreifen fördern.

4535

### 4536 **Mehr Zeit für Stall und Feld**

4537 Viele Betriebe in Sachsen-Anhalt kämpfen mit komplexen Antragsverfahren und  
4538 kurzfristigen Förderbedingungen. Wir wollen Verfahren vereinfachen, Planbar-  
4539 keit erhöhen und die Verwaltung so aufstellen, dass sie Betriebe eher befähigt  
4540 als zu bremsen. Landwirt:innen sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren  
4541 können: gute Lebensmittel zu erzeugen und ihre Betriebe weiterzuentwickeln.

4542

4543 Wir wollen:

- 4544 • Bürokratiekosten deutlich reduzieren und Förderprogramme  
4545 vereinfachen,  
4546 • Förderprogramme an klaren Landeszielen ausrichten und verlässlich an  
4547 Tier-, Umwelt-, Klima- und Sozialstandards koppeln,  
4548 • mehrjährige Förderzusagen einführen, damit Betriebe sicher planen  
4549 können,  
4550 • vollständig digitale, einfache und transparente Antragsverfahren  
4551 ermöglichen.

4552

### 4553 **Ländliche Räume, Imkerei, Angler und Kleingärten fördern**

4554 Der ländliche Raum ist für die meisten Menschen in Sachsen-Anhalt ihre  
4555 Heimat: Hier entsteht Gemeinschaft durch ehrenamtliches Engagement und  
4556 lokale Strukturen. Imker:innen, Anglervereine, Feuerwehren, Höfe und Vereine  
4557 tragen viel zur Lebensqualität bei und leisten wichtige Beiträge für die Gemein-  
4558 schaft, den Natur- und Gewässerschutz und die Sicherheit. Wir wollen die  
4559 Menschen stärken, die in Dörfern Verantwortung übernehmen, biologische  
4560 Vielfalt fördern und Naturerleben ermöglichen. Imkerei und Angeln sind dabei  
4561 unverzichtbare Bestandteile einer lebendigen Dorfkultur. Zudem wollen wir  
4562 Kleingärten gezielt fördern – in Stadt und Land.

4563

4564 Wir wollen:

- 4565 • die Imkerei unterstützen durch Zuschüsse für Ausbildung, Geräte,  
4566 Öffentlichkeitsarbeit, Nachwuchsgewinnung und das Schulimkerprojekt  
4567 weiter fördern,  
4568 • Imker:innen beim Schutz vor Schadorganismen und invasiven Arten wie  
4569 der Asiatischen Hornisse unterstützen,

#### **ÄA-Nr. 43.2.**

Antragsteller:innen: Leya Kallenbach, Stine Rummel-Strebelow, Die Linke  
Stadtverband Dessau-Roßlau

Zeilen 4568 bis 4570 streichen und ersetzen durch zwei weitere Anstriche:

- ~~Angler:innen in ihrem Beitrag zum Natur- und Gewässerschutz stärken, insbesondere bei Pflege, Besatzmaßnahmen und Wiederansiedlung heimischer Fischbestände,~~
- *Angelvereine als Partner im Arten- und Gewässerschutz stärken und verpflichtende bzw. anerkannte Naturschutzstunden in Gewässerpflege und Renaturierung etablieren.*
- *Tierschutzgerechte Fangmethoden verbindlich fördern, Angelvereine in der Kontrolle der Tierwohl- und Artenschutzinhalte unterstützen und ökologische Gewässerentwicklung vor reinem Besatz priorisieren.*

Begründung:

Angeln greift unmittelbar in lebende Ökosysteme ein und bringt Verantwortung gegenüber Tieren und Gewässern mit sich. Wenn Fischerei nachhaltig und gesellschaftlich akzeptiert bleiben soll, müssen Tierwohl, Artenschutz und ökologische Standards verbindlich berücksichtigt werden. Tierschutzgerechte Fangmethoden sowie eine fundierte Ausbildung stärken die fachliche Kompetenz und reduzieren vermeidbares Tierleid. Zugleich leisten viele Angelvereine bereits wertvolle Beiträge zur Gewässerpflege und zum Erhalt heimischer Arten. Diese Rolle sollte nicht nur anerkannt, sondern strukturell gestärkt werden. Verbindliche bzw. anerkannte Naturschutzstunden fördern Transparenz, Verantwortungsübernahme und eine aktive Beteiligung am Schutz der Gewässer. Zwar werden beim Erwerb des Angelscheins Inhalte zu Natur- und Tierschutz vermittelt, doch zeigt die Praxis, dass diese nicht immer ausreichend Beachtung finden. Um Tierwohl und Umweltschutz konsequent zu stärken, bedarf es daher klarer Regelungen und verbindliche Standards. Wir bitten daher um Zustimmung zu dieser Änderung.

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:**

- Angler:innen in ihrem Beitrag zum Natur- und Gewässerschutz stärken, insbesondere bei Pflege, Besatzmaßnahmen und Wiederansiedlung heimischer Fischbestände,
- ~~Angelvereine als Partner im Arten- und Gewässerschutz stärken und verpflichtende bzw. anerkannte Naturschutzstunden in Gewässerpflege und Renaturierung etablieren.~~
- ~~Tierschutzgerechte Fangmethoden verbindlich fördern, Angelvereine in der Kontrolle der Tierwohl- und Artenschutzinhalte unterstützen und ökologische Gewässerentwicklung vor reinem Besatz priorisieren.~~

- 4570
- 4571
- 4572
- 4573
- 4574
- 4575
- 4576
- 4577
- 4578
- 4579
- Angler:innen in ihrem Beitrag zum Natur- und Gewässerschutz stärken, insbesondere bei Pflege, Besatzmaßnahmen und Wiederansiedlung heimischer Fischbestände,
  - Kleingartenanlagen sichern, Umwidmungen zu Bauland verhindern und Vereine beim Reaktivieren leerstehender Parzellen unterstützen,
  - neue Nutzungskonzepte für Kleingärten fördern, wie Gemeinschaftsgärten, Insektengärten, Streuobstwiesen, solidarische Landwirtschaft, Schul- und Kita-Gärten oder Flächen für Tafeln.

**Unsere Wälder sind unser Schatz**

- 4580 Sachsen-Anhalts Wälder sind nicht nur wichtig, um Holz zu gewinnen, sie sind
- 4581 Lebensräume für viele Arten, Klimaschützer, Wasserspeicher und Orte der

4582 Erholung für uns Menschen. Eine moderne Waldpolitik schützt diese vielfältigen  
4583 Funktionen und stärkt den Wald als Gemeingut.

4584

4585 Dafür stehen wir ein:

- 4586 • Wald als öffentliches Gut und Teil der Daseinsvorsorge,
- 4587 • Schutz von Klima, Wasser, Böden und Biodiversität,
- 4588 • nachhaltige Nutzung statt kurzfristiger Ausbeutung,
- 4589 • ein ausgewogenes Verhältnis von Erholung, Naturschutz und regionaler  
4590 Wertschöpfung.

**ÄA-Nr. 44.8.**

Antragsteller:innen: Stine Rummel-Strebelow, Oliver Farr, SV Dessau-Roßlau

Zeilen 4589 – zwei weitere Punkte einfügen.

- *Bei der Gründung des Ökologischen Jagdverband auf Landesebene unterstützen*
- *Wildtierhilfe und Unterstützung von Wildtierauffangstationen fördern*

Begründung:

Der ökologische Jagdverband und sein Leitbild, ist für uns Die Linke in Sachsen-Anhalt unterstützungswert. „Der ÖJV vertritt eine Jagd, die von der Achtung gegenüber den Wildtieren als Mitgeschöpfe einerseits sowie dem Respekt vor den Belangen des Grundeigentums und der Gesellschaft andererseits getragen ist. Dazu werden an den jeweiligen Lebensraum angepasste artenreiche Wildbestände mit heimischen Tierarten, angestrebt. Naturnahe Lebensräume, insbesondere standortstypische Waldgesellschaften mit einer vielfältigen autochthonen Pflanzen- und Tierwelt sollen durch die Unterstützung einer Jagd, die sich diesen Zielen unterordnet, geschaffen, erhalten bzw. gefördert werden. Zeitgemäßes ökologisches und wildbiologisches Wissen sowie umfassendes handwerkliches Können sind Grundvoraussetzungen für die ökologische Jagd.“ Eine Gründung in Sachsen – Anhalt würde die letzte Lücke der Bundesländer schließen.

Zudem benötigen verletzte oder verwaiste Wildtiere eine verlässliche Versorgung. Wildtierauffangstationen leisten hier unverzichtbare Arbeit und eine stärkere Unterstützung tiergerechter Wildtierhilfe stärkt Arten- und Naturschutz gleichermaßen und entlastet Ehrenamtliche. Die deutsche Wildtierrettung erklärt: „Unser Antrieb ist es, über die heutigen Möglichkeiten der Jungwildrettung aufzuklären und zu informieren, indem wir unser Wissen aus der Praxis aufbereiten und für alle Interessierte zur Verfügung stellen. Mit unserem Netzwerk und unserer Arbeit möchten wir Finanzierungshilfen für Drohnenflügeinsätze sowie andere Rettungsmaßnahmen vermitteln. Unsere Vision ist es, dass in allen deutschen Landkreisen geeignete Rettungsteams für die Jungwildrettung zur Verfügung stehen.“

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise – nur den 2. Punkt**

4591

4592 Unser Ziel ist ein lebendiger Wald, der Arten schützt und zugleich ein Ort bleibt,  
4593 an dem wir Menschen Natur erleben können.

4594

4595 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

4596 Dürre, Hitze und Borkenkäfer haben große Waldflächen geschädigt und ganze  
4597 Bestände zerstört. Besonders Monokulturen sind anfällig, unser Ziel sind  
4598 deshalb klimaresiliente Mischwälder.

4599  
4600 Die Landesforstverwaltung trägt große Verantwortung: Sie soll wieder-  
4601 aufforsten, naturnah bewirtschaften und den Wald an den Klimawandel  
4602 anpassen. Dafür braucht es gute Arbeitsbedingungen und ausreichend  
4603 Personal. Gleichzeitig entstehen neue Konflikte zwischen Naturschutz,  
4604 nachhaltiger Holznutzung und der Nutzung von Waldflächen für  
4605 Windkraftanlagen.

4606  
4607 Die Klimakrise erhöht zudem das Risiko von Waldbränden. Wege, Löschwasser-  
4608 stellen und technische Ausstattung müssen verbessert werden, um schnell  
4609 reagieren und Schäden begrenzen zu können.

4610  
4611 **Unsere Wälder – klimafit und artenreich**

4612 Wir wollen Sachsen-Anhalts Wälder widerstandsfähig machen: gegen Dürre,  
4613 Hitze, Schädlinge und die Folgen der Klimakrise. Dafür setzen wir auf Misch-  
4614 wälder, die Wasser speichern, CO<sub>2</sub> binden und Lebensräume für Arten bieten.

4615  
4616 Wir wollen:

- 4617 • den Umbau zu klimaresilienten Mischwäldern beschleunigen,
- 4618 • Naturverjüngung stärken und sie durch standortgerechte Aufforstung  
4619 ergänzen,
- 4620 • den Anteil der Douglasie auf höchstens 30 Prozent begrenzen und klare  
4621 ökologische Mindeststandards für Wiederbewaldung verankern, um neue  
4622 Monokulturen zu verhindern.

4623  
4624 **Gute Forstverwaltung für einen modernen Wald**

4625 Damit Sachsen-Anhalts Wälder stabil bleiben und nachhaltig bewirtschaftet  
4626 werden können, braucht es verlässliche Strukturen und eine handlungsfähige  
4627 öffentliche Forstverwaltung.

4628

**ÄA-Nr. 56.1.**

Antragsteller:innen: Kreisvorstand Jerichower Land

Ab Zeile 4627 wie folgt ergänzen und umformulieren:

Wir wollen:

- die Landesforstverwaltung modernisieren, indem wir das Landes-  
zentrum Wald und den Landesforstbetrieb zu einer Landesforstan-  
stalt öffentlichen Rechts umformieren; dadurch möchten wir unsere  
Landesforstverwaltung effizienter gestalten, Doppelstrukturen ab-  
bauen und langfristig das Personal stärken,

- den Verkauf von Landeswald durch Anpassung des Landeswaldgesetzes ausschließen - mit uns soll nur gelten, dass Landeswald gemehrt werden darf,
- ~~regionalen Forstbetrieben ein Vorkaufsrecht geben, damit Wälder dauerhaft nachhaltig bewirtschaftet werden, → streichen, eine solche Möglichkeit unterstützt nicht die Kleinstwaldbesitzer:innen, sondern nützt nur den privilegierten Großeigentümer:innen~~
- Klein- und Kleinstwaldbesitzer:innen unterstützen, ~~Forstbetriebsgemeinschaften~~ Forstgenossenschaften zu gründen oder sich diesen anzuschließen,
- Natur- und Prozessschutzflächen bedarfsgerecht und über alle Eigentumsverhältnisse hinweg ausweisen.

Begründung:

Immer wieder steht der Wald, der uns allen gehört, unter Druck: Er soll auf den Flächen des Landes maximales Geld für den gesamten Landeshaushalt erwirtschaften und zugleich minimale Kosten für das Personal aufwerfen. Eine ökologische, nachhaltige Waldwirtschaft unter guten Arbeitsbedingungen geht aber anders. Daher möchten wir den Vorschlag, die Landesforstverwaltung umzustrukturieren, als mutiges Zeichen für eine Moderne Waldwirtschaft im Land einbringen. Zugleich sollen die bisherigen Vorschläge so ergänzt werden, dass das gemeinschaftliche Waldwirtschaften gestärkt werden kann und nicht nur Landesflächen, sondern auch Flächen privater Eigentümer:innen für unser Ziel eines klimastabilen Walds hinzugezogen werden können.

4629 Wir wollen:

- 4630 • die Landesforstverwaltung mit mehr Personal und guter Bezahlung
- 4631 stärken,
- 4632 • den Verkauf von Landeswald ausschließen,
- 4633 • regionalen Forstbetrieben ein Vorkaufsrecht geben, damit Wälder
- 4634 dauerhaft nachhaltig bewirtschaftet werden,
- 4635 • Klein- und Kleinstwaldbesitzer:innen unterstützen, sich Forstgemein-
- 4636 schaften anzuschließen,
- 4637 • Natur- und Prozessschutzflächen bedarfsgerecht ausweisen.

4638

4639 **Wälder nutzen, schützen und brandsicher machen**

4640 Holz ist ein regionaler Rohstoff mit großer Bedeutung für Klimaschutz und  
 4641 regionale Wertschöpfung. Denn verbautes Holz speichert CO<sub>2</sub> langfristig.  
 4642 Deshalb braucht es klare Prioritäten: erst Bauen und langlebige Produkte wie  
 4643 Möbel, dann Wiederverwendung und zuletzt verbrennen, um Energie zu  
 4644 erzeugen. Die Hauptaufgabe des Waldes ist nicht, in ihm Strom zu erzeugen,  
 4645 deshalb darf Windkraft im Wald nicht zu Lasten unserer Wälder gehen. Zudem  
 4646 braucht es einen wirksamen Waldbrandschutz.

4647 Wir wollen:

- 4648 • Holz als klimafreundlichen Baustoff im öffentlichen Bau fördern,
- 4649 • stoffliche Nutzung gegenüber Verbrennung deutlich priorisieren,

- 4650 • Waldflächen nur dort für Windkraft nutzen, wo es ökologisch vertretbar
- 4651 ist, etwa auf Kahlfächen und Flächen mit geringer ökologischer
- 4652 Wertigkeit,
- 4653 • den Brandschutz im Wald stärken: bessere Wege, Löschwasserstellen
- 4654 und moderne Ausstattung der Feuerwehren.

**ÄA-Nr. 56.2.**

Antragsteller:innen: Kreisvorstand Jerichower Land

Zeile 4653 neuen Abschnitt einfügen:

**Jagd gemeinsam gestalten**

Eine nachhaltige und tierschutzgerechte Bejagung ist ein wichtiger Bestandteil des Wildtiermanagements in Sachsen-Anhalt. Sie schützt landwirtschaftliche Flächen vor Wildschäden, unterstützt den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern und trägt zur Eindämmung von Tierseuchen wie der Afrikanischen Schweinepest bei. Jäger:innen leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Natur, Biodiversität und ländlichen Lebensräumen. Wir setzen uns für ein modernes Jagdrecht ein, das eine ökologisch verantwortliche, tierschutzgerechte und praxisnahe Bejagung ermöglicht. Wir wollen daher:

- eine konsequente und koordinierte Schwarzwildbejagung zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest und zur Reduzierung landwirtschaftlicher Schäden,
- die Erleichterung revierübergreifender Jagden, um wandernde Wildbestände effektiv und verantwortungsvoll regulieren zu können,
- den praxisnahen Einsatz moderner Technik zur sicheren und tierschutzgerechten Bejagung, insbesondere beim Schwarzwild und Raubwild,
- eine an ökologischen Zielen orientierte Regulierung von Schalenwildbeständen, damit überhöhte Wilddichten den Waldumbau und die natürliche Verjüngung unserer Wälder nicht behindern,
- eine Förderung der Jagdschulen in Hand der Kreisjägerschaften, um Jagd nicht als elitäres Hobby, sondern als gesellschaftspolitische Aufgabe im ländlichen Raum zu erhalten,
- eine Stärkung der Hegegemeinschaften durch Verpflichtung zur Mitgliedschaft unter der Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts nach Beispiel Rheinland-Pfalz,
- eine einheitliche Digitalisierung der Jagdkataster durch Beschaffung einer landesweiten Software,
- eine enge Zusammenarbeit zwischen Jagd, Land- und Forstwirtschaft sowie Naturschutz fördern, indem wir verpflichtende Beteiligungsstrukturen innerhalb der Hegegemeinschaften einführen

Jagdpolitik darf nicht am Schreibtisch entstehen. Die Erfahrungen der Jägerschaft vor Ort sowie wissenschaftliche Erkenntnisse müssen stärker in politische Entscheidungen einbezogen werden. Unser Ziel ist ein sozial und ökologisch verantwortliches Wildtiermanagement, das Natur schützt, Tierleid minimiert und den ländlichen Raum stärkt.

Begründung:

In Sachsen-Anhalt gibt es schätzungsweise 13.000 Jäger:innen, deren Interessen im bisherigen Entwurf keine Erwähnung finden. Dies wollen wir mit diesem Ergänzungsantrag ändern und Impulse setzen für eine verantwortungsbewusstere, gerechtere Jagd in Sachsen-Anhalt.

4655

4656

## Tierschutz ist Staatsaufgabe

### ÄA-Nr. 43.1.

Antragsteller:innen: Leya Kallenbach, Stine Rummel-Strebelow, Die Linke Stadtverband Dessau-Roßlau

Zeilen 4655 bis 4668 wie folgt ändern:

Tierschutz ist mehr als die Abwesenheit von Tierleid, er ist Verantwortung für uns anvertraute Lebewesen. Eine Gesellschaft, die roh im Umgang mit Tieren ist, fördert auch einen rohen Umgang untereinander. Eine Gesellschaft, die Tiere schützt, schützt also auch sich selbst. ~~Öffentliche Strukturen müssen Tiere wirksam schützen statt Aufgaben auf Ehrenamtliche abzuwälzen. Deshalb braucht es starke öffentliche Strukturen, die Tiere wirksam schützen, statt zentrale Aufgaben auf Ehrenamtliche abzuwälzen.~~

Dafür stehen wir ein:

- Tiere brauchen verlässliche Schutzstrukturen.
- Verantwortung des Landes ist es, finanzielle, rechtliche und organisatorische Grundlagen zu sichern.
- Prävention, Transparenz und konsequenter Vollzug bei Tierschutzverstößen.
- Schutz von Menschen und Tieren als gemeinsame Aufgabe eines solidarischen Landes.
- *Primatenversuche in Sachsen-Anhalt verbieten und alternative Verfahren zu Tierversuchen fördern und als Standard festsetzen.*
- *Tiere in Zirkusbetrieben sowie Weihnachtskrippen mit lebenden Tieren auf Weihnachtsmärkten verbieten.*

### Begründung:

Satzänderung für präzisere und klarere Sprache, die den Fokus stärker auf staatliche Verantwortung und konkrete politische Handlungsfelder legt.

Tierschutz und Tierwohl darf sich nicht ausschließlich auf Heimtier- und Nutztierhaltung beschränken. Ein zeitgemäßes Verständnis von Tierschutz geht deutlich weiter und berücksichtigt alle Bereiche, in denen Menschen Verantwortung für Tiere tragen oder durch ihr Handeln Einfluss auf das Leben von Tieren nehmen. Dieser Schutz betrifft ebenso Wildtiere, Tiere in Zirkussen, Versuchstiere, Tiere in der Unterhaltung sowie im Kontext von Jagd oder Fischerei. Die vorgeschlagenen Ergänzungen tragen dazu bei, Tierleid wirksam zu reduzieren und den Schutz von Tieren konsequent weiterzuentwickeln.

Primatenversuche werden am Leibniz-Institut für Neurobiologie in Magdeburg noch immer durchgeführt und werfen aufgrund der hohen kognitiven und sozialen Fähigkeiten dieser Tiere erhebliche ethische Fragen auf. Wo Alternativmethoden wissenschaftlich möglich sind, müssen sie konsequent gefördert und als Standard etabliert werden. Forschung darf nicht auf vermeidbarem Tierleid beruhen und eine klare Positionierung stärkt sowohl den wissenschaftlichen Fortschritt durch innovative Verfahren als auch den ethischen Anspruch moderner Politik.

Die Haltung von Tieren in Zirkusbetrieben sowie lebende Tiere in Weihnachtskrippen auf Märkten sind mit artgerechter Haltung häufig nicht vereinbar. Transport, Lärm, Enge und wechselnde Umgebungen bedeuten erheblichen Stress für die Tiere. Ein Verbot solcher Praktiken setzt auch hier ein klares Signal für zeitgemäßen Tierschutz und verhindert vermeidbares Leid sehr leicht.

Die vorgeschlagenen Ergänzungen orientieren sich inhaltlich am Landtagswahlprogramm der Linken Baden-Württemberg, in dem vergleichbare Maßnahmen zum Ausbau eines konsequenten und modernen Tierschutzes verankert sind. Die Übernahme dieser Positionen stärkt die programmatische Klarheit und sorgt für eine kohärente Tierschutzpolitik innerhalb der Partei. Wir bitten daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:**

**Der Punkt: Primatenversuche in Sachsen-Anhalt ... - wird nicht übernommen.**

4657 Tierschutz ist mehr als die Abwesenheit von Tierleid, er ist Verantwortung für  
4658 uns anvertraute Lebewesen. Eine Gesellschaft, die roh im Umgang mit Tieren  
4659 ist, fördert auch einen rohen Umgang untereinander. Eine Gesellschaft, die  
4660 Tiere schützt, schützt also auch sich selbst. Öffentliche Strukturen müssen  
4661 Tiere wirksam schützen statt Aufgaben auf Ehrenamtliche abzuwälzen.

4662  
4663 Dafür stehen wir ein:

- 4664 • Tiere brauchen verlässliche Schutzstrukturen.
- 4665 • Verantwortung des Landes ist es, finanzielle, rechtliche und  
4666 organisatorische Grundlagen zu sichern.
- 4667 • Prävention, Transparenz und konsequenter Vollzug bei  
4668 Tierschutzverstößen.
- 4669 • Schutz von Menschen und Tieren als gemeinsame Aufgabe eines  
4670 solidarischen Landes.

4671

### 4672 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

4673 Tierheime und Tierschutzvereine übernehmen seit Jahren Aufgaben, die  
4674 eigentlich staatliche Pflicht sein sollten. Sie versorgen Fundtiere, nehmen  
4675 beschlagnahmte Tiere auf und helfen in akuten Notlagen. Diese Belastung trifft  
4676 Kommunen und Ehrenamt gleichermaßen und wird besonders deutlich in Fällen  
4677 von Animal Hoarding, dem Ansammeln von Tieren, bis man diese nicht mehr  
4678 vernünftig versorgen kann, die zu erheblichem organisatorischen und finan-  
4679 ziellen Aufwand bei Kommunen und Tierheimen führen. Dies zeigen auch die  
4680 Fälle in Bad Lauchstädt, Magdeburg und Mansfeld-Südharz.

4681

4682 Die oder der Landestierschutzbeauftragte braucht ein gesichertes Budget und  
4683 sollte unabhängig arbeiten können. Ein zentrales Register für Tierhaltungs- und  
4684 Betreuungsverbote existiert nicht, Verstöße bleiben dadurch schwer verfolgbar,  
4685 Täter:innen können durch Wohnortwechsel Tierhaltungsverbote umgehen.  
4686 Auch in den Kommunen bestehen Lücken: Viele Kommunen haben trotz  
4687 massivem Vorhandensein von leidenden Streuerkatzen keine Katzenschutz-

**ÄA-Nr. 3.3.**

Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)

Zeilen 4686 bis 4687

wie folgt ändern:

Die Populationen von Stadttauben werden nicht ~~tierwohlgerecht~~ *flächendeckend durch Eiertausch* gemanagt.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

4688 verordnung. Die Populationen von Stadttauben werden nicht tierwohlgerecht  
4689 gemanagt.

4690  
4691 Diese Herausforderungen zeigen, wie wichtig klare Regeln, stabile Strukturen  
4692 und verlässliche finanzielle Unterstützung sind, damit Tierschutz landesweit  
4693 funktioniert und Kommunen das Notwendige tun können.

4694  
4695 **Tierheime finanziell fördern**

4696 Tierheime und Tierschutzvereine tragen zentrale Aufgaben, die oft staatliche  
4697 Pflicht sein sollten. Damit Kommunen und Ehrenamt diese Verantwortung nicht  
4698 länger alleine schultern müssen, braucht es eine verlässliche öffentliche  
4699 Finanzierung.

4700  
4701 Wir wollen:

- 4702 • die Finanzierung staatlicher Aufgaben wie die Versorgung von Fund- und  
4703 beschlagnahmten Tieren dauerhaft und auskömmlich sichern, um die  
4704 Kommunen zu entlasten,
- 4705 • Tierheime so fördern, dass sie ihre Aufgaben verlässlich planen und  
4706 erfüllen können,
- 4707 • im Landeshaushalt gezielte Mittel für Fälle von Animal Hoarding  
4708 bereitstellen.

4709  
4710 **Wirksamer Tierschutz braucht Struktur**

4711 Für einen funktionierenden Tierschutz braucht es klare staatliche Zuständig-  
4712 keiten, unabhängige Kontrolle und verlässliche Informationen. Heute fehlen  
4713 zentrale Instrumente, um Verstöße wirksam zu verfolgen und Prävention  
4714 landesweit zu organisieren.

4715  
4716 Wir wollen:

- 4717 • die/den Landestierschutzbeauftragten mit einem eigenen Budget und  
4718 klaren Bedingungen für unabhängige Arbeit ausstatten,
- 4719 • ein zentrales Landesregister für Tierhaltungs- und Betreuungsverbote  
4720 schaffen, damit Verstöße nachvollziehbar sind und Verbote nicht durch  
4721 Wohnortswechsel umgangen werden können,

**ÄA-Nr. 15.2.**

Antragsteller:innen: Alexander Luft (Delegierter Harz), Kreisvorstand Harz

Zeilen 4720 bis 4723

wie folgt ersetzen:

- die Einführung einer landesweiten Katzenschutzverordnung nach dem Paderborner Modell sowie die Auflage eines Landesprogramms zur Förderung von Kastration, Kennzeichnung und Aufklärung

Begründung:

Das Paderborner Modell gilt als bewährte Blaupause für kommunale Katzenschutzverordnungen. Es wurde 2008 von der Stadt Paderborn eingeführt und hat sich in der Praxis als wirksam und gut umsetzbar erwiesen. Durch die Orientierung an diesem Modell kann eine landesweite Regelung rechtssicher, praxistauglich und auf bereits vorhandene Erfahrungen aufbauen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

4722  
4723  
4724  
4725

- eine landesweite Katzenschutzverordnung, die Freigängerkatzen erfasst und Kommunen verpflichtet, Streunerbestände einzudämmen, und ein Landesprogramm auflegen, um die Kastration, Kennzeichnung und Aufklärung zu fördern,

**ÄA-Nr. 3.4.**

Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)

Zeile 4724

wie folgt ändern:

- das tierwohlgerechte Management von Stadtauben unterstützen und ein Landesprogramm auflegen, um die Errichtung von betreuten Taubenschlägen zu fördern, um die Population durch Eiertausch zu regulieren.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

**ÄA-Nr. 15.3.**

Antragsteller:innen: Alexander Luft (Delegierter Harz), Kreisvorstand Harz

Zeile 4724

neuen Punkt einfügen:

- *Abschaffung des Abschusses von Katzen, die sich außerhalb von 300 Metern von geschlossenen Ortschaften befinden, sofern dies in der aktuellen Novelle des Jagdgesetzes nicht umgesetzt wird.*

Begründung:

Der Abschuss von freilaufenden Katzen ist tierschutzfachlich nicht geeignet, um Streunerpopulationen nachhaltig zu reduzieren. In der Praxis führt er weder zu einer langfristigen Bestandskontrolle noch zur Lösung der eigentlichen Ursachen unkontrollierter Vermehrung. Stattdessen besteht ein erhebliches Risiko, dass auch entlaufene oder lediglich frei laufende Hauskatzen getötet werden.

Eine wirksame und zugleich tierschutzgerechte Regulierung kann nur durch flächendeckende Kastration, Kennzeichnung und Aufklärung erreicht werden. Der Abschuss von Katzen steht diesem Ansatz entgegen und konterkariert bestehende kommunale und ehrenamtliche Katzenschutzprogramme.

Vor diesem Hintergrund ist die Abschaffung des Abschusses von Katzen außerhalb geschlossener Ortschaften notwendig – insbesondere dann, wenn diese Regelung nicht bereits im Zuge der aktuellen Novelle des Jagdgesetzes umgesetzt wird. So wird ein klarer Schwerpunkt auf präventiven, nachhaltigen und gesellschaftlich akzeptierten Tierschutz gelegt.

- 4726 • das tierwohlgerechte Management von Stadtauben unterstützen und ein  
 4727 Landesprogramm auflegen, um die Errichtung von betreuten Tauben-  
 4728 schlägen zu fördern, um die Population durch Eiertausch zu regulieren.

**ÄA-Nr. 15.4.**

Antragsteller:innen: Alexander Luft (Delegierter Harz), Kreisvorstand Harz

Zeile 4727

neuen Punkt einfügen:

- *eine Handreichung für Kommunen erarbeiten, die es ihnen rechtssicher ermöglicht, die Vergabe öffentlicher Flächen an Zirkusbetriebe mit Tierhaltung zu verweigern, und eine Bundesratsinitiative einbringen, um Tiere im Zirkus bundesweit zu verbieten.*

Begründung:

Der Einsatz von Tieren in Zirkusvorstellungen ist mit den Anforderungen an artgerechte Haltung, ausreichende Bewegungsmöglichkeiten und natürliche Sozialstrukturen in der Regel nicht vereinbar. Häufige Ortswechsel, beengte Transportbedingungen und kleine Gehege wirken sich nachweislich negativ auf das Wohl der Tiere aus.

Eine Handreichung an die Kommunen schafft einen rechtssicheren Rahmen, der das Tierwohl stärkt und gleichzeitig Planungssicherheit für Zirkusse und Kommunen bietet. Moderne Zirkuskonzepte zeigen, dass attraktive und wirtschaftlich tragfähige Programme auch ohne Tiere möglich sind. Kulturelle Angebote bleiben so erhalten, ohne Tiere zu belasten.

4729

4730 **Tiere können nicht klagen, also müssen es Menschen für sie tun**

**ÄA-Nr. 3.5.**

Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)

Zeilen 4729 bis 4731

*wie folgt ändern:*

Tierschutz braucht klare Regeln und wirksame Durchsetzung. Doch bisher fehlen entscheidende rechtliche Möglichkeiten, um Verstöße konsequent zu verfolgen und ~~Tierwohl~~ Tierschutz landesweit abzusichern.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

4731 Tierschutz braucht klare Regeln und wirksame Durchsetzung. Doch bisher  
 4732 fehlen entscheidende rechtliche Möglichkeiten, um Verstöße konsequent zu  
 4733 verfolgen und Tierwohl landesweit abzusichern. Viele Probleme bleiben  
 4734 ungelöst, weil Verantwortlichkeiten unklar sind und Eingriffsmöglichkeiten  
 4735 fehlen.

4736 Wir wollen:

- 4737 • ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einführen, damit  
 4738 Verstöße gegen das Tierschutzrecht wirksam geprüft und gerichtlich  
 4739 verfolgt werden können,
- 4740 • die bestehenden Rasselisten abschaffen, da sie pauschal diskriminieren  
 4741 und nicht zu mehr Sicherheit beitragen,

- 4742 • eine landesweite Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle  
 4743 Heimtiere einführen, um Tierhaltung nachvollziehbar zu machen und  
 4744 Aussetzungen sowie Wiederholungsfälle zu verhindern,

<b>ÄA-Nr. 3.6.</b>
Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)
Zeilen 4743 bis 4744 wie folgt ändern:
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollzug im Tierschutz stärken, damit Regeln praktisch umgesetzt und <del>Tierwohl gesichert</del> so Tiere geschützt werden können.</li> </ul>
<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>

- 4745 • Vollzug im Tierschutz stärken, damit Regeln praktisch umgesetzt und  
 4746 Tierwohl gesichert werden können.  
 4747

4748 Ein wirksamer Tierschutz zeigt, wie verantwortungsvoll ein Land handelt. Wenn  
 4749 Tiere geschützt werden, stärkt das auch den respektvollen Umgang mitein-  
 4750 ander und macht unsere Gesellschaft solidarischer. Wir wollen mit klaren  
 4751 Regeln, stabilen Strukturen und verlässlicher öffentlicher Unterstützung in

<b>ÄA-Nr. 3.7.</b>
Antragstellerin: Wenke Marie Dargel (Stadtverband Halle)
Zeile 4750 wie folgt ändern:
<ul style="list-style-type: none"> <li>• ..., dass <del>Tierwohl</del> Tierschutz zu einer guten öffentlichen Daseinsvor- sorge dazugehört.</li> </ul>
<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>

4752 Sachsen-Anhalt zeigen, dass Tierwohl zu einer guten öffentlichen  
 4753 Daseinsvorsorge dazugehört.

4754 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

4755  
 4756

## 4757 **15. Umwelt und Klima**

4758

### 4759 **Klima und Natur in Sachsen-Anhalt schützen**

4760

4761 Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. Das reichste Prozent verursacht  
 4762 pro Kopf in Deutschland 15-mal so viele Emissionen wie die untere Hälfte, doch  
 4763 die Folgen der Klimakrise tragen vor allem jene, die sich keine Rückzugsorte  
 4764 leisten können. Das ist ungerecht, und das wollen wir ändern. Sachsen-Anhalt  
 4765 braucht eine Politik, die Realität ernst nimmt. Gerade jetzt können wir zeigen,  
 4766 dass entschlossenes Handeln zählt. Unsere Wälder, Moore, Böden haben die  
 4767 Kraft, CO<sub>2</sub> zu binden und unser Land zu schützen, wenn wir sie stärken. Der  
 4768 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die soziale Abfederung des Wandels  
 4769 und die Verantwortung gegenüber jenen, die wenig haben, gehören untrennbar  
 4770 zusammen. Wenn wir jetzt das Nötige tun, können heute geborene Kinder als  
 4771 Rentner:innen wieder in einer Welt unter der 1,5-Grad-Grenze leben.

4772

4773 Dazu gehören:

- 4774 • ein Klimaschutz, der nur sozial gerecht funktioniert,
- 4775 • öffentliche Verantwortung und handlungsfähige Kommunen, die Mittel
- 4776 haben, um Klimaanpassung und Klimaschutz zu finanzieren,
- 4777 • ein nachhaltiger Umgang mit Energie und Ressourcen,
- 4778 • Frieden als Voraussetzung für globale Nachhaltigkeit, denn Kriege
- 4779 zerstören Menschen, Klima und Ressourcen.

4780

### 4781 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

4782 Die Klimakrise verschärft sich sichtbar: Die 1,5-Grad-Marke wird voraussichtlich  
 4783 überschritten, und Extremwetter trifft auch Sachsen-Anhalt immer häufiger. Die  
 4784 Folgen sind ungleich verteilt. Menschen mit geringem Einkommen, ältere  
 4785 Menschen und Kinder tragen die größten Risiken, während die Hauptverur-  
 4786 sacher die extrem Reichen sind.

4787

4788 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen geraten zugleich durch das globale  
 4789 Artensterben unter Druck. Mit jeder verlorenen Art schrumpft die Stabilität  
 4790 unserer Ökosysteme, die wir zum Überleben brauchen, weil sie beispielsweise  
 4791 für saubere Luft und Wasser und unsere Ernährung sorgen.

4792

4793 Kriege und Aufrüstung gehören weltweit zu den größten Treibern der globalen  
 4794 Erwärmung. Der militärisch-industrielle Komplex bindet enorme finanzielle  
 4795 Mittel, Rohstoffe und Energien, die für sozialen Ausgleich, Klimaschutz und  
 4796 ökologische Erneuerung dringend gebraucht würden. Ohne Frieden gibt es  
 4797 keinen wirksamen globalen Klimaschutz.

4798

### 4799 **Klimaneutral bis 2035**

4800 Sachsen-Anhalt braucht klare Regeln, damit Klimaschutz verlässlich, gerecht  
 4801 und wirksam wird.

4802

4803 Wir wollen:

- 4804 • ein verbindliches CO<sub>2</sub>-Budget für Sachsen-Anhalt festlegen, das den
- 4805 Pfad zur Klimaneutralität bis 2035 klar beschreibt,
- 4806 • alle politischen Entscheidungen einer verpflichtenden Klimawirkungs-
- 4807 prüfung unterziehen, damit neue Regelungen mit Klimazielen und sozialer
- 4808 Gerechtigkeit vereinbar sind,

<b>ÄA-Nr. 45.7.</b>
---------------------

Antragsteller:innen: Stadtverband Halle (Saale)
---

Streichung in Zeile 4807
--------------------------

„große“ streichen
-------------------

<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>
--------------------------------------

- 4809 • einen Nachhaltigkeitsbeirat einrichten, der große politische Vorhaben auf
- 4810 Klima- und Sozialwirkungen prüft,

- 4811 • grünen Wasserstoff gezielt nur dort einsetzen, wo es noch keine klima-  
4812 freundlichere Alternative gibt, etwa in der Chemie- oder Schwerlast-  
4813 industrie, im Luft- und Schiffsverkehr oder in Reservekraftwerken.  
4814

#### 4815 **Das Klima schützen vor Ort**

4816 Klimaschutz- und -anpassung müssen dort gelingen, wo die Menschen leben,  
4817 also in den Kommunen. Diese brauchen eine verlässliche Finanzierung und die  
4818 Möglichkeit, selbst zu gestalten. Gleichzeitig muss das Land mit gutem Beispiel  
4819 vorangehen und seine öffentlichen Gebäude energetisch sanieren.

4820

4821 Wir wollen:

- 4822 • Klimaschutz zur Pflichtaufgabe der Kommunen machen und über das  
4823 Finanzausgleichsgesetz dauerhaft finanzieren,
- 4824 • kommunale Klimaschutzstellen einrichten, die Sanierungsberatung,  
4825 Fördermittelmanagement und Bürger:innenbeteiligung koordinieren,
- 4826 • soziale Härten abfedern, indem Sanierungen und Heizungswechsel sozial  
4827 gerecht unterstützt werden sowie Härtefallfonds und günstige  
4828 Sockeltarife dafür sorgen, dass niemand frieren muss,
- 4829 • Mobilität für alle sichern mit verlässlichem ÖPNV im ländlichen Raum,  
4830 sicheren Wegen für Rad- und Fußverkehr sowie guter Anbindung für  
4831 Schulkinder,
- 4832 • flächendeckende Ladeinfrastruktur für E-Autos schaffen, auch dort, wo  
4833 sich der Betrieb für private Anbieter nicht lohnt,
- 4834 • öffentliche Gebäude zu Vorreitern machen mit Photovoltaik auf allen  
4835 Landesliegenschaften, bei denen es möglich ist, und dem Ziel, sie bis  
4836 2035 klimaneutral zu bewirtschaften,
- 4837 • eine nachhaltige öffentliche Beschaffung einführen, die verbindliche  
4838 Umwelt-, Sozial- und Recyclingkriterien und einen CO<sub>2</sub>-Schattenpreis  
4839 statt des Billigkeitsprinzips nutzt.

4840

#### 4841 **Nur Frieden schafft ein gutes Klima**

4842 Klimaschutz braucht Frieden. Kriege zerstören Lebensgrundlagen, verschlingen  
4843 Energie und Ressourcen und treiben globale Emissionen nach oben. Während  
4844 dringend Investitionen in Soziales und Ökologisches benötigt werden, zieht  
4845 Aufrüstung öffentliche Mittel ab und stärkt Industrien, die der Zukunft schaden.

4846

4847 Wir wollen:

- 4848 • militärische Emissionen endlich sichtbar machen, indem sich Sachsen-  
4849 Anhalt im Bundesrat dafür einsetzt, sie vollständig und transparent zu  
4850 bilanzieren,
- 4851 • zivile Produktion priorisieren, auch beim Einsatz von Landesfördermitteln,  
4852 damit Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft nicht an der Rüstungslogik  
4853 hängen, sondern zum sozialen und ökologischen Fortschritt beitragen,

- 4854 • eine friedensorientierte Politik stärken, die auf Diplomatie, Abrüstung und  
4855 internationale Zusammenarbeit setzt als Voraussetzung für eine sichere,  
4856 klimastabile Zukunft.

4857

## 4858 **Natur und Arten schützen**

4859 Ob Elbe oder Harz, Drömling oder Grünes Band – unser Bundesland Sachsen-  
4860 Anhalt ist reich an Natur. Doch dieser Reichtum muss gepflegt werden. Es  
4861 braucht ausreichende Finanzierung und Strukturen, die Ehrenamt und Haupt-  
4862 amt zusammenbringen, statt Aufgaben auf Freiwillige abzuwälzen. Eine intakte  
4863 Natur ist für uns ein fundamentaler Bestandteil der öffentlichen  
4864 Daseinsvorsorge.

4865

4866 Wir wollen:

- 4867 • die Naturschutzbehörden personell und finanziell stärken, damit sie ihre  
4868 Aufgaben wirksam und vorausschauend erfüllen können,  
4869 • Naturparks, Umweltbildung und Programme zur Artenkenntnis ausbauen,  
4870 um Wissen, Engagement und regionale Identität zu fördern,  
4871 • einen Landesnaturfonds nach Brandenburger Vorbild einrichten, der  
4872 Naturschutzmaßnahmen langfristig finanziert und strategisch bündelt,  
4873 • Natura-2000-Stationen schaffen, damit Schutzgebiete professionell  
4874 begleitet und ökologisch weiterentwickelt werden,  
4875 • die EU-Wiederherstellungsverordnung konsequent umsetzen, um  
4876 degradierte Lebensräume aufzuwerten und unsere zu stärken,  
4877 • Biotopverbünde ausbauen, damit Tiere wandern können und Lebens-  
4878 räume vernetzt werden,  
4879 • Moore renaturieren und Paludikulturen fördern, die Klimaschutz,  
4880 Wasserhaushalt und regionale Wertschöpfung verbinden,  
4881 • gebietsfremde invasive Arten bekämpfen, wenn sie heimische Arten und  
4882 Lebensräume gefährden.

4883

### **ÄA-Nr. 16**

Antragsteller:innen: KV Harz, KV Saalekreis

Zeilen 4882 – 4903 sind wie folgt zu ersetzen.

Alle kursiv markierten Stellen ändern oder ergänzen den Ursprungstext.

#### ***Recyclingwirtschaft als Zukunftsmotor – regional, souverän, nachhaltig***

*Wir engagieren uns für eine klare Strategie: Rohstoffe sichern, Wertschöpfung im Land halten und gute, zukunftsfeste Arbeitsplätze schaffen. Sachsen-Anhalt braucht eine Wirtschaft, die Abfall vermeidet, Rohstoffe zurückgewinnt und Umweltbelastungen konsequent reduziert. Eine funktionierende Abfallwirtschaft ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, sie gehört in die öffentliche Hand und nicht der Logik des Profits unterworfen. Nur wenn Materialien im Kreislauf bleiben, belasten wir Böden, Wasser und Klima so wenig wie möglich und schützen unsere Umwelt.*

Unsere moderne Industrie ist auf Rohstoffe angewiesen, die in Europa kaum verfügbar sind. Gerade bei seltenen Erden bestehen starke Abhängigkeiten von Staaten wie China. Exportbeschränkungen, politische Spannungen oder steigende Zölle können ganze Produktionsketten ins Wanken bringen. Gleichzeitig verhindert diese Abhängigkeit häufig, dass wir wirksam auf bessere Arbeits- und Umweltstandards drängen.

Hinzu kommt: Der stetige Verbrauch von Primärrohstoffen wie Kunststoffen, Metallen oder Baustoffen belastet das Klima und die Umwelt massiv. Eine konsequente Kreislaufwirtschaft ist daher nicht nur ökologisch geboten, sondern auch ökonomisch klug.

Wir wollen:

- Sachsen-Anhalt zum Zentrum und Vorreiter der Recyclingwirtschaft entwickeln – mit einer klaren Industrie- und Innovationsstrategie für Rohstoffrückgewinnung und Kreislaufproduktion,
- technologische Kompetenz stärken – den Hochschulstandort Anhalt und Merseburg ausbauen, Forschung im Bereich Recycling und Rückgewinnung seltener Erden gezielt fördern und eng mit der Industrie und KMUs vernetzen,
- Abfallwirtschaft als öffentliche Daseinsvorsorge stärken statt sie dem Profitinteresse privater Konzerne zu überlassen,
- Müllimporte nach Sachsen-Anhalt stoppen, indem der Abfallwirtschaftsplan klare Kapazitätsgrenzen, Qualitätskriterien und das Näheprinzip festschreibt, und eine Bundesratsinitiative gegen länderübergreifenden Mülltourismus,
- Genehmigungsaufgaben für Deponien und Abfalltransporte verschärfen, um Umweltbelastungen und Risiken konsequent zu begrenzen,
- einen verpflichtenden Mindestanteil an Recycling-Baustoffen im öffentlichen Bau verankern, damit Ressourcen geschont werden,
- neue Industriearbeitsplätze besonders in Strukturwandelregionen schaffen und so langfristige, tarifgebundene und stabile Beschäftigung sichern,
- ein landesweites Reparaturbonus-Programm einführen, das Reparaturen günstiger macht, Elektroschrott vermeidet und die Nutzungsdauer von Geräten
  
- Rohstoffkreisläufe schließen – eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, die die verpflichtende Rückgabe von Altgeräten mit seltenen Erden vorsieht und so systematisches Recycling ermöglicht.

So kann Sachsen-Anhalt Vorreiter einer deutsch-europäischen Recyclingwirtschaft werden: als Standort technologischer Souveränität, ökologischer Verantwortung und tausender neuer, zukunftsfester Arbeitsplätze.

Unser Müll, unsere Verantwortung: Es ist klug, produzierten Müll in großem Umfang zu recyceln. Es ist besser, gar nicht erst Müll zu produzieren. Daher bleibt unsere Leitziel – Müllreduktion und Ressourcensparsamkeit.

Begründung:

Durch den Änderungsantrag erhält das Thema Abfall, Recycling und Kreislaufwirtschaft wichtige Ergänzungen. Somit erhält das Thema mehr Gewicht und wird den Herausforderungen und Bedarfen von heute und morgen gerecht. Außerdem erweitert der Antrag den umweltorientierten Fokus auf einen wirtschaftsorientierten Fokus. Das zeigt, dass Klima und Wirtschaft zusammengedacht werden müssen. Die einleitenden Worte betonen gleichzeitig die Relevanz der Recyclingwirtschaft und die Abhängigkeiten der konventionellen Wertschöpfung.

**Der Landesvorstand übernimmt teilweise in geänderter Form:**

**Der Anstrich: neue Industriearbeitsplätze besonders in ... wird nicht übernommen.**

#### 4884 **Im Kreislauf wirtschaften heißt Ressourcen erhalten**

4885 Sachsen-Anhalt braucht eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall vermeidet,  
4886 Rohstoffe zurückgewinnt und Umweltbelastungen konsequent reduziert. Eine  
4887 funktionierende Abfallwirtschaft ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, sie  
4888 gehört in die öffentliche Hand und nicht der Logik des Profits unterworfen. Nur  
4889 wenn Materialien im Kreislauf bleiben, belasten wir Böden, Wasser und Klima so  
4890 wenig wie möglich und schützen unsere Umwelt.

4891

4892 Wir wollen:

- 4893 • Abfallwirtschaft als öffentliche Daseinsvorsorge stärken statt sie dem  
4894 Profitinteresse privater Konzerne zu überlassen,
- 4895 • Müllimporte nach Sachsen-Anhalt stoppen, indem der Abfallwirtschafts-  
4896 plan klare Kapazitätsgrenzen, Qualitätskriterien und das Näheprinzip  
4897 festschreibt, und eine Bundesratsinitiative gegen länderübergreifenden  
4898 Mülltourismus,
- 4899 • Genehmigungsaufgaben für Deponien und Abfalltransporte verschärfen,  
4900 um Umweltbelastungen und Risiken konsequent zu begrenzen,
- 4901 • einen verpflichtenden Mindestanteil an Recycling-Baustoffen im  
4902 öffentlichen Bau verankern, damit Ressourcen geschont werden,
- 4903 • ein landesweites Reparaturbonus-Programm einführen, das Reparaturen  
4904 günstiger macht, Elektroschrott vermeidet und die Nutzungsdauer von  
4905 Geräten verlängert.

4906

#### 4907 **Wasser in Sachsen-Anhalt: ökologisch und gerecht**

4908

4909 Klimawandel und Industrieansiedlungen stellen unsere Wasserversorgung vor  
4910 große Herausforderungen. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die natürliche  
4911 Ressourcen schützt, öffentliche Verantwortung stärkt und soziale Gerechtigkeit  
4912 sichert.

4913

4914

4915

4916 Unsere Prinzipien:

- 4917 • Trinkwasserversorgung und unser Abwassersystem sind Teil der  
4918 öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht dafür da, private Profite zu  
4919 erzielen.  
4920 • Vorrang für Trinkwasser und natürliche Kreisläufe bei  
4921 Nutzungskonflikten.

4922

### 4923 **Stand der Dinge - Herausforderungen**

4924 Sachsen-Anhalt steht vor wachsenden Nutzungskonflikten um Wasser. Die  
4925 Folgen des Klimawandels verschärfen Trockenperioden, mindern die Grund-  
4926 wasserneubildung und erhöhen den Druck auf Flüsse, Seen und Böden.  
4927 Gleichzeitig steigt der Wasserbedarf der Industrie, während der Verbrauch der  
4928 Haushalte zurückgeht.

4929

4930 Viele Gewässer sind zudem in keinem guten Zustand, ihre Durchgängigkeit ist  
4931 eingeschränkt, und die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Ziele  
4932 der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen.

4933

### 4934 **Gewässerschutz und ökologische Entwicklung**

4935 Flüsse, Bäche und Seen sind für Artenvielfalt, Landwirtschaft und regionale  
4936 Lebensqualität unverzichtbar. Damit Wasser wieder fließen, leben und  
4937 verbinden kann, müssen wir es konsequent vor Übernutzung und  
4938 Verschmutzung schützen und unsere Gewässer naturnah entwickeln.

4939

4940 Wir wollen:

- 4941 • die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie zügig und vollständig umsetzen  
4942 und dafür mehr Landesmittel bereitstellen,  
4943 • die Durchgängigkeit der Fließgewässer verbessern und die Gewässer für  
4944 Wanderfische wie den Lachs wieder durchlässig machen,  
4945 • Stickstoff- und Phosphorbelastungen wirksam reduzieren, mit klaren  
4946 Regeln, Gewässerrandstreifen und staatlichen Kontrollen,  
4947 • ein Landesprogramm auflegen, das Dorfteiche und Seen ökologisch  
4948 stabilisiert und zu attraktiven Aufenthaltsorten entwickelt.

4949

4950 Wasser ist lebensnotwendig und gehört deshalb in die öffentliche Hand, mit  
4951 klaren Regeln, wirksamer Kontrolle und Lösungen, die den Menschen in  
4952 Sachsen-Anhalt dienen.

4953

4954 Wir wollen:

- 4955 • Trinkwasserversorgung und natürliche Ökosysteme bei  
4956 Nutzungskonflikten priorisieren,  
4957 • die Privatisierung von Quellen ausschließen und öffentliche Kontrolle  
4958 stärken,  
4959 • ein Landesförderprogramm für kommunale Trinkbrunnen auflegen.

4960

## 4961 **Großprojekte, Industriebedarf und regionale Wassersicherheit**

4962 Großansiedlungen und ein wachsender Bedarf der Industrie verändern die  
4963 Wasserpolitik des Landes grundlegend. Wo viel Wasser gebraucht wird, dürfen  
4964 Belastungen nicht auf Bevölkerung und Umwelt abgewälzt werden. Deshalb  
4965 braucht jede große Ansiedlung ein belastbares Wasserkonzept, das sparsam  
4966 wirtschaftet, regionale Kreisläufe schützt und Risiken vermeidet. Die geplante  
4967 Umleitung von Elbwasser in die Spree lehnen wir ab: Statt Abhängigkeiten von  
4968 Fernwasser zu schaffen, müssen wir die Region stärken: durch Renaturierung,  
4969 Wiedervernässung und intelligente Nutzung bestehender Ressourcen.

4970

4971 Wir wollen:

- 4972 • Großprojekte nur zulassen, wenn ein belastbares Wasserkonzept
- 4973 vorliegt, mit lokaler Versorgung, Wiederverwendung, Speicherung und
- 4974 klarem Lastenmanagement,
- 4975 • das Wasserentnahmeentgelt zu progressiven Sätzen für Großver-
- 4976 braucher:innen und zu branchenspezifischen Tarifen für Industrie- und
- 4977 Kühlwasser reformieren,
- 4978 • sicherstellen, dass steigender Industrierwasserbedarf nicht auf Kosten
- 4979 der Bevölkerung geht,
- 4980 • keine Umleitung von Elbwasser in die Spree, weil sie ökologische Risiken
- 4981 schafft, Kosten verstetigt und Fernwasserabhängigkeiten erzeugt,
- 4982 stattdessen braucht der drohende Wassermangel der Spree als Folge
- 4983 des Kohleausstiegs regionale Lösungen: Renaturierung, Wiederver-
- 4984 nässung, kleinere Restlöcher und sparsamen Trinkwassergebrauch.

4985

## 4986 **Abwasserpolitik modernisieren**

4987 Abwasser ist kein Abfallprodukt, sondern eine Ressource, die wir besser nutzen  
4988 und aufbereiten müssen. Damit die Kosten für Kommunen und Haushalte  
4989 bezahlbar bleiben, braucht es eine starke öffentliche Hand und Förderpro-  
4990 gramme, die Modernisierung ermöglichen statt verhindern. Die neue EU-  
4991 Abwasserrichtlinie verlangt hohe Reinigungsstandards, um Mikroschadstoffe  
4992 wirksam zu entfernen und so die Umwelt zu schützen. Diese Last darf nicht  
4993 allein bei Kommunen und Menschen im Land hängenbleiben: Hersteller müssen  
4994 Verantwortung für die Stoffe übernehmen, die sie in Umlauf bringen.

4995

4996 Wir wollen:

- 4997 • die Abwasseraufbereitung in öffentlicher Hand sichern, damit
- 4998 Investitionen am Gemeinwohl orientiert bleiben,
- 4999 • verlässliche Landes- und Bundesmittel mit niedrigen Förderhürden für
- 5000 den Erhalt und die Modernisierung von Anlagen bereitstellen,
- 5001 • eine Herstellerverantwortung durchsetzen, damit Unternehmen, die das
- 5002 Problem verursachen, über eine Herstellerabgabe die entstehenden
- 5003 Kosten tragen,

- 5004 • innovative Verfahren fördern, die Abwasser als Ressource nutzen: für
- 5005 Grundwasserneubildung, Löschteiche, Wasserstoffproduktion oder die
- 5006 Bewässerung naturnaher Lebensräume wie Auwälder.

5007

5008 **Klimaanpassung in Städten**

5009 Unsere Städte sind heute nicht ausreichend auf Starkregen, Hitze und  
 5010 Trockenheit vorbereitet. Versiegelte Flächen verhindern, dass Wasser  
 5011 versickert und gespeichert wird. Gleichzeitig fehlen Strukturen, die Regen  
 5012 zurückhalten und natürliche Kühlung ermöglichen. Damit Städte lebenswert  
 5013 bleiben und besser mit den Folgen der Klimakrise umgehen können, brauchen  
 5014 wir eine konsequente Ausrichtung auf blau-grüne Infrastruktur. Also Lösungen,  
 5015 die Wasser speichern, versickern oder verdunsten lassen, statt es möglichst  
 5016 schnell abzuleiten, und so zugleich mehr Grün in die Städte bringen.

5017

5018 Wir wollen:

<p><b>ÄA-Nr. 10.8.</b>          Antragsteller:innen:          Die Linke Kreisverband Wittenberg</p>
<p>Nach Zeile 5016 Anstrich einfügen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>eine Klimaklausel im Denkmalschutzgesetz verankern, die Maßnahmen zur Klimaanpassung und energetischen Sanierung dem Erhalt des historischen Erscheinungsbildes rechtlich gleichstellt,</i></li> </ul> <p><u>Begründung</u>          Wir schreiben hier richtige und wichtige Dinge über die Schwammstadt, Regenrückhalt und blau-grüne Infrastruktur in unser Programm. In unseren historischen Stadtkernen prallen diese Ziele frontal auf einen starren Denkmalschutz. Was nützen uns Pläne zur Entsiegelung oder zur Wasserspeicherung, wenn in Städten jede Zisterne oder jeder neue Baum am historischen Pflasterbild von 1850 scheitert? Ohne eine Klimaklausel im Denkmalschutzgesetz bleiben diese Forderungen in unseren Altstädten reine Theorie. Der Schutz vor Hitze und Starkregen muss genauso viel wiegen wie die Optik der Fassade. Ein Landesförderprogramm bringt nur dann etwas, wenn die Kommunen es auch umsetzen dürfen. Die Klimaklausel ist der Türöffner, damit die Experten in unseren Bauämtern überhaupt die Erlaubnis für eine moderne, blau-grüne Stadtplanung bekommen. Wir wollen lebendige, kühle und sichere Altstädte – Denkmalschutz darf kein Klimakiller sein! Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.</p>
<p><b>Der Landesvorstand übernimmt.</b></p>

- 5019 • Regenrückhalt systematisch stärken, damit Wasser in der Fläche bleibt
- 5020 und nicht unkontrolliert abfließt,
- 5021 • versiegelte Flächen entsiegeln, um natürliche Bodenfunktionen
- 5022 wiederherzustellen,
- 5023 • das Schwammstadtprinzip in Kommunen verankern und bei neuen
- 5024 Projekten sowie Sanierungen anwenden,

- 5025 • Infrastruktur grundsätzlich blau-grün planen, damit Städte  
5026 widerstandsfähiger werden,  
5027 • ein Landesförderprogramm auflegen, das Kommunen bei der Umsetzung  
5028 dieser Maßnahmen unterstützt.

5029  
5030 Wenn wir natürliche Kreisläufe wiederherstellen und öffentliche Verantwortung  
5031 sichern, schaffen wir die Grundlage für eine widerstandsfähige Zukunft. Wir  
5032 wollen, dass unser Sachsen-Anhalt ein Land ist, das mit Wasser sorgsam  
5033 umgeht, Konflikte fair löst und so seine öffentliche Daseinsvorsorge und die  
5034 Trinkwasserversorgung im Land sichert.

5035 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

5036  
5037

## 5038 **16. Innenpolitik**

5039

### 5040 **Moderne Kriminalitätsbekämpfung – den Tätern einen Schritt voraus**

5041 Während andere noch über Bagatelldelikte diskutieren, rüsten wir Polizei und  
5042 Justiz für die Kriminalität von morgen: Cybercrime, Wirtschaftskriminalität und  
5043 KI-gestützte Manipulation. Wir schaffen spezialisierte Einheiten, die technisch  
5044 auf der Höhe sind und komplexe Strukturen zerschlagen können.

5045

5046 Unsere Prioritäten sind vielfältig: Cybersicherheit schützt Unternehmen,  
5047 Verwaltungen und Privatpersonen vor digitalen Angriffen und wachsenden  
5048 Bedrohungen aus dem Netz. Bei der Wirtschaftskriminalität brauchen wir mehr  
5049 Personal bei Staatsanwaltschaften und Schwerpunktstaatsanwaltschaften für  
5050 die Arbeit an komplexen Verfahren. Hasskriminalität wird durch spezialisierte  
5051 Ansprechpartner:innen in jeder Polizeibehörde und jedem Landkreis bekämpft –  
5052 damit Opfer von Hass und Hetze ernst genommen werden.

5053

### 5054 **Bürgerrechte als Bürgermacht – Sie bestimmen mit**

5055 Sicherheitspolitik darf nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Wir  
5056 schaffen echte Bürger:innenbeteiligung bei sicherheitspolitischen Fragen:  
5057 Öffentliche Anhörungen zu neuen Sicherheitsgesetzen, Bürger:innenforen zur  
5058 Polizeiarbeit vor Ort und transparente Rechenschaftsberichte aller  
5059 Sicherheitsbehörden ermöglichen es, dass Bürger:innen mitgestalten können.

5060

5061 Ihre Rechte werden gestärkt durch eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle  
5062 mit eigenen Ermittlungsbefugnissen und ausreichender Ausstattung, damit  
5063 Beschwerden nicht zu den Akten gelegt werden. Informationsfreiheit ist nicht  
5064 verhandelbar: Alle relevanten Polizeistatistiken und Lagebilder werden  
5065 veröffentlicht. Wir bauen die Rechte der Parlamente bei der Kontrolle der  
5066 Sicherheitsbehörden aus, damit demokratische Kontrolle nicht nur theoretisch  
5067 besteht.

5068

5069 **Vertrauen durch Transparenz**

5070 Eine starke Demokratie hat keine Angst vor kritischen Fragen. Wir evaluieren  
5071 regelmäßig alle Sicherheitsgesetze und schaffen sie ab, wenn sie sich als  
5072 wirkungslos oder grundrechtswidrig erweisen. Sicherheitspolitik wird messbar  
5073 und kontrollierbar – nicht als Versprechen, sondern als gelebte Praxis.

5074  
5075 Wir setzen auf eine Sicherheitspolitik, die Vertrauen schafft statt Angst säht –  
5076 eine Politik, die Menschen schützt und stärkt, statt sie zu kontrollieren und zu  
5077 verdächtigen.

5078  
5079 **Sicherheit durch Solidarität**

5080 Wahre Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und Abschreckung,  
5081 sondern dort, wo Menschen Perspektiven haben, wo Zusammenhalt gelebt wird  
5082 und wo alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

5083  
5084 **Eine Polizei, die den Menschen dient – mehr Sicherheit durch mehr**  
5085 **Menschlichkeit**

5086 Wir schaffen eine Polizei, die das Vertrauen der Bürger:innen genießt. 500 neue  
5087 Polizeistellen bis 2030 bedeuten nicht nur mehr Präsenz auf der Straße,  
5088 sondern vor allem mehr Zeit für echte Bürger:innennähe. Unsere Polizist:innen  
5089 sollen Ansprechpartner:innen sein, die helfen und beraten, statt nur zu  
5090 kontrollieren und zu bestrafen.

5091  
5092 Wir ermöglichen echte Arbeitsplätze: Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund  
5093 das Beamtengesetz reformiert und eine Arbeitszeitreduktion für Polizeikräfte  
5094 auf 38 Stunden eingeführt werden kann, damit sie Zeit für Familie und Erholung  
5095 haben. Wir stärken die Präventionspolizei mit spezialisierten Beamt:innen, die in  
5096 Schulen, Vereinen und Gemeinden langfristig Vertrauen aufbauen. Besondere  
5097 Aufmerksamkeit legen wir auf demokratische Professionalität durch regel-  
5098 mäßige Fortbildungen zu Menschenrechten und interkultureller Kompetenz, um  
5099 eine demokratische Alltagskultur in der Polizei zu stärken.

5100  
5101 **Transparenz schafft Vertrauen**

5102 Eine demokratische Polizei hat nichts zu verbergen. Die individuelle Kennzeich-  
5103 nungspflicht und der automatische Einsatz von Bodycams beim Schusswaffen-  
5104 gebrauch oder beim Einsatz von Tasern schützen Bürger:innen ebenso wie  
5105 Polizeikräfte vor falschen Anschuldigungen. Wir beenden die Kultur des  
5106 Wegschauens bei rechtsextremen Umtrieben in den Sicherheitsbehörden –  
5107 nicht durch Generalverdacht, sondern durch ein unabhängiges Meldesystem  
5108 und klare demokratische Standards, die Transparenz und Rechenschaftspflicht  
5109 sicherstellen.

5110

5111 **Digitale Grundrechte – Freiheit in der digitalen Welt**

5112 Während andere Parteien immer neue Überwachungsinstrumente fordern,  
5113 machen wir den Schutz der digitalen Privatsphäre zum Grundrecht des  
5114 21. Jahrhunderts. Wir verhindern den gläsernen Bürger und schaffen  
5115 stattdessen digitale Teilhabe für alle.

5116  
5117 Gesichtserkennung zur Massenüberwachung lehnen wir ab – Polizeiarbeit ja,  
5118 Überwachungsstaat nein. Verschlüsselung wird nicht geschwächt, sondern in  
5119 Sachsen-Anhalt, in Deutschland und in der EU gefördert. Menschen haben das  
5120 Recht zu erfahren, welche Daten über sie gespeichert sind und wie sie diese  
5121 wieder löschen lassen können. Transparente Datennutzung ist nicht  
5122 verhandelbar.

5123

5124 **Innovation für Sicherheit, nicht gegen Freiheit**

5125 Moderne Technologie kann Sicherheit schaffen, ohne Grundrechte zu opfern.  
5126 Wir setzen auf smarte Lösungen: Künstliche Intelligenz soll zur Aufklärung von  
5127 Cyberkriminalität beitragen, aber nicht zur Überwachung unschuldiger  
5128 Menschen eingesetzt werden. Gerade bei der Sichtung von Darstellungen  
5129 sexualisierter Gewalt gegen Kinder kann KI die Arbeit der Ermittler:innen  
5130 erleichtern. Wir befürworten den Einsatz funktionstüchtiger Endgeräte, mit  
5131 denen die Digitalisierung der Polizeiarbeit die Effizienz erhöht, ohne Massen-  
5132 daten zu sammeln. Die Einführung einer automatisierten Datenanalysesoftware  
5133 wie Palantir lehnen wir konsequent ab – das ist eine rote Linie für den Schutz  
5134 von Grundrechten.

5135

5136 **Demokratie verteidigen statt Geheimdienst ausbauen**

5137 Ein Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ist überflüssig. Er muss seine  
5138 Prioritäten neu setzen. Statt auf intransparente V-Leute-Netzwerke und  
5139 Bespitzelung zu setzen, wollen wir langfristig eine Agentur für Demokratie und  
5140 Menschenrechte, durch die vor allem die Demokratiearbeit und politische  
5141 Bildung gestärkt werden soll. Damit bekäme Sachsen-Anhalt eine transparente  
5142 Institution, die Vertrauen in demokratische Strukturen aufbaut – nicht durch  
5143 Geheimhaltung, sondern durch Klarheit und Offenheit.

5144

5145 Damit schützen wir die Verfassung durch eine Bildungsoffensive statt  
5146 Bespitzelung: Wir wollen aktive Aufklärungsarbeit an Schulen, in der  
5147 Erwachsenenbildung und in Kommunen über verfassungsfeindliche Tendenzen  
5148 und die Werte unserer Demokratie. Wir setzen unter Wahrung des Quellen-  
5149 schutzes auf transparente Öffentlichkeitsarbeit durch regelmäßige öffentliche  
5150 Berichte über verfassungsfeindliche Tendenzen, um das Vertrauen der  
5151 Bevölkerung in demokratische Institutionen zu stärken. Professionelle  
5152 Ausstiegsberatung für Menschen, die sich radikalisiert haben, ersetzt die  
5153 fragwürdige Praxis bezahlter Spitzel. Wir folgen dem Beispiel Thüringens, in  
5154 dem V-Personen systematisch abgeschaltet wurden und keine tätigkeits-

5155 bezogenen Straftaten begehen dürfen. Frühe Prävention durch Zusammen-  
5156 arbeit mit Schulen, Jugendarbeit und Sozialarbeit ist zentral, um Radikalisie-  
5157 rungsprozesse frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenwirken zu können.

5158 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**  
5159

## 5160 **Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz**

5161

5162 **Feuerwehr, THW und Rettungsdienste sind unsere Rettungsanker**

5163 Echte Sicherheit entsteht durch funktionierende Notfallstrukturen. Wir stärken  
5164 Hilfswerk und Rettungsdienste mit modernem Equipment, ausreichend Personal  
5165 und regelmäßiger Schulung, weil diese Institutionen das Vertrauen und die  
5166 Ressourcen verdienen, die wir ihnen geben.

5167

5168 Dezentrale Leitstellen mit kurzen Entscheidungswegen und regionaler Expertise  
5169 sind essentiell – nicht zentralisiert von weit entfernten Behörden, die lokale  
5170 Besonderheiten nicht kennen. Ein neues Trainings- und Einsatzgelände am  
5171 Institut für Brand- und Katastrophenschutz in Heyrothsberge ermöglicht  
5172 spezialisierte Ausbildung für Fachkräfte in Katastrophenschutz und  
5173 Bevölkerungsschutz. Die Lebensleistung unserer Feuerwehrkamerad:innen  
5174 verdient höchste Anerkennung für ihren Einsatz rund um die Uhr – sie schützen  
5175 Leben und geben Sicherheit, ihre Arbeit ist für unsere gesamte Gemeinschaft  
5176 unverzichtbar.

<b>ÄA-Nr. 58.2.</b>
---------------------

Antragsteller:innen: Kay Lorenz (Kreisverband Salzlandkreis)
--

Nach Zeile 5175
-----------------

folgenden Text einfügen:
--------------------------

<i>Wir stärken die notfallmedizinische Kompetenz im Umgang mit seltenen, lebensbedrohlichen Erkrankungen durch verbindliche Fortbildungsstandards, klare Handlungsleitlinien und die verpflichtende Anerkennung von Notfallausweisen im Rettungsdienst.</i>
---

<b>Der Landesvorstand übernimmt.</b>
--------------------------------------

5177

5178 Gleichzeitig wollen wir die Kommunen von unfairen Kostenlasten befreien.  
5179 Wenn Feuerwehren und Rettungsdienste an ihre Grenzen kommen und  
5180 Kommunen um Amtshilfe bitten – etwa bei Hochwasser, Sturmschäden und  
5181 schwierigen Waldbrandlagen –, drohen ihnen derzeit massive Kosten. Das ist  
5182 ungerecht: Bundeswehr und THW sind steuerfinanziert, Naturkatastrophen sind  
5183 gesamtgesellschaftliche Herausforderungen. Wir wollen die Amtshilfekosten-  
5184 regelung reformieren und langfristig abschaffen. Die Kosten für Rettung und  
5185 Katastrophenschutz müssen solidarisch auf starke Schultern verteilt werden –  
5186 nicht auf den Rücken ohnehin unterfinanzierter Kommunen, die bereits mit  
5187 leeren Haushalten kämpfen.

5188

5189 **Eigenvorsorge und kommunale Vorsorge – die beste Prävention**

5190 In Krisensituationen sind gut organisierte Nachbarschaften entscheidend – oft  
5191 sind sie die erste und wichtigste Anlaufstelle. Wir investieren in Aufklärung und  
5192 Vorbereitung: THW und Land informieren regional in Veranstaltungen über  
5193 Selbstvorsorge für 72 Stunden – Wasser, Lebensmittel, Erste Hilfe, Verhalten  
5194 bei Stromausfall. Jeder Haushalt soll wissen, wie man sich und die Familie in  
5195 einer Krise selbst versorgt. Kostenlose Erste-Hilfe-Kurse werden gefördert und  
5196 ausgebaut, damit mehr Menschen wissen, wie sie sich und anderen helfen  
5197 können – weil erste Hilfe ein demokratisches Gut ist, kein Privileg.

5198  
5199 Die flächendeckende Planung und der Ausbau von Katastrophenschutz-  
5200 Leuchttürmen in den Wohnorten werden verstetigt und ausgebaut, damit  
5201 Menschen schon in Nichtkrisenzeiten wissen, wo sie im Krisenfall Hilfe und  
5202 Informationen erhalten. Das schafft nicht nur praktische Sicherheit, sondern  
5203 auch das psychologische Wissen, dass jemand für sie da ist.

5204  
5205 **Transparente Koordination mit Infrastrukturbetreibern**

5206 Das Land koordiniert sich regelmäßig mit Betreibern kritischer Infrastrukturen –  
5207 Energieversorgern, Telekommunikationsunternehmen, Wasser- und Abwasser-  
5208 betrieben – und macht diese Koordination öffentlich. Öffentliche Berichte  
5209 zeigen, welche Sicherheitsstandards für Krisenfestigkeit gelten, wie oft  
5210 Betreiber Notfallpläne testen und wo es Schwachstellen gibt. Von privaten  
5211 Betreibern fordern wir, dass sie ihren Selbstschutz ernst nehmen – mit  
5212 redundanten Systemen, Notstromversorgung und regelmäßigen Übungen –  
5213 denn Gewinnmaximierung darf nicht zu Lasten der Sicherheit aller gehen.

5214  
5215 Das ist keine Geheimsache: Kommunen und Rettungskräfte müssen wissen, wie  
5216 die Systeme funktionieren. Öffentliche, regionalisierte Risikoabschätzungen  
5217 zeigen, wo Hochwassergefahren lauern, wo Stromnetze verwundbar sind und  
5218 wo es kritische Abhängigkeiten gibt. Dieses Wissen gehört der Öffentlichkeit,  
5219 nicht in geheime Aktenordner – Transparenz ist die Voraussetzung für  
5220 demokratische Vorsorge.

5221  
5222 **Besonders schutzbedürftige Menschen schützen**

5223 Schulen, Kliniken, Altenheime, Behinderteneinrichtungen und Obdachlosen-  
5224 unterkünfte sind besonders verletzlich bei Ausfällen der Infrastruktur. Diese  
5225 Einrichtungen erhalten spezielle Unterstützung: Schulung des Personals für  
5226 Krisensituationen, Planung von Evakuierungsrouten und Sicherung einer  
5227 Notstromversorgung. Hier trägt das Land besondere Verantwortung – für  
5228 Menschen, die sich nicht selbst helfen können und auf staatliche Unterstützung  
5229 angewiesen sind.

5230  
5231 **Feuerwehren stärken – Rückgrat des Bevölkerungsschutzes**  
5232

5233  
5234

## **Verlässliche Finanzierung statt Förderlotterie**

### **ÄA-Nr. 14.7.**

Antragsteller:innen René Schernikau (Kreisverband Stendal), Kreisvorstand Stendal

Nach Zeile 5232

folgenden Text einfügen:

*Wir setzen uns dafür ein, dass ein erhöhter Anteil der Brandschutzsteuer als zweckgebundene Zuweisung direkt an die Kommunen ausgeschüttet wird. Die Mittel müssen dort ankommen, wo der vorbeugende Brandschutz konkret geleistet wird. Die von Unternehmen entrichtete Brandschutzsteuer ist konsequent zur Stärkung der kommunalen Feuerwehren und ihrer Ausstattung einzusetzen.*

#### Wirkung der Ergänzung

- Stärkung der kommunalen Ebene
- Klarer Bezug zur Zweckbindung der Brandschutzsteuer
- Argumentative Verbindung zwischen Steueraufkommen und örtlicher Aufgabenwahrnehmung
- Keine strukturelle Veränderung des Kapitels

### **Der Landesvorstand übernimmt.**

5235 Feuerwehren in Sachsen-Anhalt brauchen kein Förderlotto, sondern ein  
5236 verlässliches Finanzierungssystem, das es Kommunen ermöglicht, mittelfristig  
5237 zu planen. Wir führen zweckgebundene Landeszuweisungen an die Kommunen  
5238 ein nach transparenten Schlüsseln wie aktive Einsatzkräfte, Standortanzahl und  
5239 Einsatzzahlen, planbar über Jahre hinweg und mit der Möglichkeit, Mittel  
5240 anzusparen. So können Kommunen selbst entscheiden, ob sie Fahrzeuge  
5241 beschaffen, Gerätehäuser modernisieren oder Ausrüstung und Schutzkleidung  
5242 erneuern. Statt Bürokratie und Gnadenbrot schaffen wir Eigenverantwortung  
5243 und echte Planungssicherheit für die Kommunen.

5244

### **Kleine Wehren schützen – Strukturen im ländlichen Raum erhalten**

5246 Während große Städte oft besser ausgestattet sind, kämpfen kleine  
5247 Feuerwehren ums Überleben. Wir schaffen ein Landesprogramm „Kleine  
5248 Wehren – Bestand sichern“, das gezielt Engpässe behebt: Stellplätze,  
5249 Sanitäreinrichtungen, Umkleieräume, fahrzeugtechnische Mindestausstattung.  
5250 Keine Feuerwehr darf schließen, weil das Land spart. Eine flächendeckende,  
5251 lebendige Feuerwehrlandschaft ist Daseinsvorsorge, nicht Luxus, und wir  
5252 sichern sie ab.

5253

### **Feuerwehr braucht Menschen – Ehrenamt und Berufsfeuerwehr attraktiv gestalten**

5256 Technik ohne Einsatzkräfte ist wertlos – daher stärken wir Ehrenamt und  
5257 Berufsfeuerwehr durch verbesserte Rahmenbedingungen. Wir garantieren  
5258 verlässliche Arbeitgeberfreistellung für ehrenamtliche Kamerad:innen, vollen  
5259 Lohnersatz bei Einsätzen – auch für Selbstständige – und unbürokratische

5260 Kostenerstattung. Ausbildungskapazitäten in Feuerweherschulen werden  
5261 ausgebaut, damit niemand auf Wartelisten sitzt.

5262

5263 Die Lebensleistung unserer Einsatzkräfte verdient Anerkennung:

5264 Feuerwehrdienstzeiten sollen bei der Rente berücksichtigt werden – ein

5265 wichtiger Schritt, um die Gerechtigkeit gegenüber denen zu wahren, die Leben

5266 retten. Besonderes Gewicht legen wir auf Nachwuchsgewinnung: Jugendfeuer-

5267 wehren stärken, mehr Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte für den

5268 Dienst gewinnen, damit die Feuerwehr die ganze Gesellschaft widerspiegelt.

5269 Psychosoziale Unterstützung nach belastenden Einsätzen bleibt nicht die

5270 Ausnahme, sondern wird zum Standard, denn Einsatzkräfte, die traumatisiert

5271 sind, können nicht helfen. Feuerwehr ist gelebte Solidarität – das muss sich in

5272 der Unterstützung der Einsatzkräfte widerspiegeln.

5273

### 5274 **Praxisnahe Ausrüstung und solide Standards**

5275 Zentrale Beschaffung muss die Expertise der Praxis einbeziehen – Fehlent-

5276 scheidungen bei Fahrzeugausstattung oder Technik zeigen, wie wichtig

5277 Rückkopplung mit den Einsatzkräften ist. Wir setzen auf transparente,

5278 realistische Beschaffungsprozesse und überprüfen Ausstattungsvorgaben auf

5279 ihre Verhältnismäßigkeit. Sicherheit bleibt der Maßstab, aber Anforderungen

5280 müssen finanzierbar und an tatsächliche Belastungen orientiert sein – nicht an

5281 Prestigeprojekten oder überteuerten Sonderlösungen, die am Ende im Etat

5282 versanden.

5283

### 5284 **Klimagerechte Feuerwehr – fit für Extremwetter und neue Brandsituationen**

5285 Waldbrände, Hochwasser, Hitzeperioden: Die Feuerwehr wird zum Krisen-

5286 manager im Klimawandel – das ist nicht dramatisch überspitzt, sondern

5287 nüchterne Analyse. Wir investieren in Prävention und Ausstattung:

5288 Löschwasserbrunnen, befahrbare Waldwege für Einsatzfahrzeuge,

5289 spezialisierte Technik und eine landesweite Waldbrandvorsorge. Feuerwehren

5290 werden eng mit Katastrophenschutz, THW und kommunalen Krisenstäben

5291 vernetzt, damit Ressourcen effizient genutzt werden können. Wer Klimaschutz

5292 ausbremst, gefährdet die Menschen, die in der Krise Leben retten müssen – das

5293 ist der politische Zusammenhang, den wir laut aussprechen.

5294

### 5295 **Landeseinheitliche Standards für Bedarfsplanung**

5296 Gute Bedarfsplanung ist rechtssicher und gerecht. Wir entwickeln verbindliche

5297 Mindeststandards für den kommunalen Brandschutz – nicht als Maximal-

5298 forderung, sondern als realistischen Grundbedarf, der überall in Sachsen-Anhalt

5299 vergleichbare Sicherheit gewährleistet. So erhalten Kommunen und Wehren

5300 Verlässlichkeit statt Planung im Nebel und garantierte Fairness gegenüber

5301 anderen Kommunen.

5302

5303 **Soziale Sicherheit als Fundament – Prävention ist die**  
5304 **beste Polizei**

5305

5306 Jeder Euro, den wir in Bildung, Jugendarbeit und soziale Programme  
5307 investieren, spart später Kosten für Polizei und Justiz. Wir bekämpfen  
5308 Kriminalität dort, wo sie entsteht: in sozialer Ungerechtigkeit und  
5309 Perspektivlosigkeit. Das ist nicht sentimentale Sozialpolitik – es ist harte,  
5310 rationale Kriminalpolitik.

5311

5312 Unsere Investitionen sind gezielt: Jugendarbeit statt Jugendknast – mehr  
5313 Streetwork, offene Jugendtreffs und Jugendzentren, die jungen Menschen  
5314 einen Halt und eine Perspektive bieten. Gewaltprävention durch Programme  
5315 gegen häusliche Gewalt und verlässliche Schutzräume für Betroffene schützen  
5316 Familien. Gemeinschaftsprojekte wie Nachbarschaftshilfe und interkulturelle  
5317 Begegnungen schaffen das Vertrauen, das dann auch Kriminalität vorbeugt.

5318

5319 **Ländliche Räume stärken**

5320 Sicherheit bedeutet auch, dass Menschen überall in Sachsen-Anhalt gut leben  
5321 können – nicht nur in den Städten. Mobile Polizeistationen, regelmäßige  
5322 Bürger:innensprechstunden und der Ausbau mobiler, professioneller  
5323 Hilfsangebote vor Ort schaffen Sicherheit durch Solidarität, auch in kleineren  
5324 Gemeinden, damit die ländliche Bevölkerung nicht das Gefühl hat, verlassen zu  
5325 sein.

5326

5327 Professionelle Hilfe vor Ort ist essentiell: Sozialarbeiter:innen und Familienhelfer  
5328 müssen in ländlichen Gebieten verfügbar sein. Mobile Beratungsstellen für  
5329 Schulden-, Sucht- und Familienprobleme beugen Krisen vor.

5330 Konfliktmediator:innen für Nachbarschaftsstreitigkeiten helfen, Eskalationen zu  
5331 vermeiden – eine präventive Kultur, die Sicherheit durch Verständnis schafft.

5332

5333 **Begegnungen fördern**

5334 Wo Menschen Perspektiven haben, sich ernst genommen fühlen und am  
5335 Gemeinschaftsleben teilhaben können, entstehen weniger Konflikte, die später  
5336 polizeiliche Eingriffe erfordern. Das ist echte präventive Sicherheitspolitik –  
5337 nicht durch Kontrolle, sondern durch Teilhabe und Solidarität. Interkulturelle  
5338 Feste und Projekte schaffen Verständnis und Austausch, Partnerschaften  
5339 zwischen Stadtteilen und Dörfern stärken den Zusammenhalt, generationen-  
5340 übergreifende Projekte verbinden Menschen verschiedener Altersgruppen und  
5341 schaffen gegenseitiges Verständnis.

5342

5343 **Unser Versprechen: Eine andere Sicherheitspolitik ist möglich**

5344 In unserem Sachsen-Anhalt haben Menschen keine Angst vor der Polizei,  
5345 sondern vertrauen ihr. Grundrechte werden nicht abgebaut, sondern

5346 ausgebaut. Sicherheit entsteht nicht durch Kontrolle, sondern durch Teilhabe  
5347 und Gerechtigkeit.  
5348 Wir bieten eine Alternative zu Angstmacherei und Überwachung. Wir schaffen  
5349 Sicherheit durch Solidarität, Vertrauen durch Transparenz und Perspektiven  
5350 durch Prävention.

5351 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

5352

5353

5354

5355

5356

5357

## 5358 **17. Justiz**

5359

### 5360 **Sachsen-Anhalts Justiz bürgernah**

5361

#### 5362 **Sachsen-Anhalts Justiz unter Druck**

5363 Sachsen-Anhalts Justiz steht vor tiefgreifenden strukturellen Heraus-  
5364 forderungen. Die Zahl der Verfahren wächst, Bearbeitungszeiten verlängern  
5365 sich, und Rückstände nehmen zu. Für viele Bürger:innen bedeutet das lange  
5366 Wartezeiten auf Entscheidungen, die oft existenzielle Fragen betreffen –  
5367 besonders für Menschen mit geringem Einkommen, die auf einen schnellen und  
5368 verlässlichen Rechtsschutz angewiesen sind.

5369

5370 Gleichzeitig arbeitet das Justizpersonal vielerorts am Limit: hohe Fallzahlen,  
5371 dauerhafte Überstunden und steigende Krankenstände verschärfen die  
5372 Situation zusätzlich. Diese Überlastung wirkt sich unmittelbar auf die  
5373 Funktionsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus und verstärkt  
5374 einen Teufelskreis aus Personalmangel, Verzögerungen und einem weiter  
5375 anwachsenden Druck.

5376

5377 Diese Entwicklung nehmen wir nicht hin. Wir wollen den Kreislauf aus Über-  
5378 lastung und Verzögerung durchbrechen und die Justiz in Sachsen-Anhalt  
5379 zukunftsfest aufstellen. Unser Anspruch ist eine Justiz, die für alle Menschen  
5380 erreichbar ist, die ihre Beschäftigten schützt und stärkt und die nicht allein auf  
5381 Strafe setzt, sondern ebenso auf Prävention, Opferschutz und Resozialisierung.

5382

5383 Wir stehen für eine Justizpolitik, die Rechtsschutz unabhängig von Einkommen,  
5384 Wohnort oder sozialem Status garantiert. Zugänglichkeit, gute Arbeitsbe-  
5385 dingungen, wirksamer Opferschutz sowie Prävention und Wiedereingliederung  
5386 sind für uns keine Gegensätze, sondern zentrale Voraussetzungen für einen  
5387 funktionierenden Rechtsstaat.

5388

5389 **Rechtsschutz sichern – bürgernah und gerecht**

5390 In Sachsen-Anhalt stauen sich Verfahren, die Dauer von Gerichtsprozessen  
5391 steigt und immer neue Fälle kommen hinzu. Daher heißt es für uns: Verfahren  
5392 verkürzen, Hürden abbauen und besonders Menschen mit geringem  
5393 Einkommen einen fairen Zugang zum Recht sichern.

5394  
5395 Wir wollen:

- 5396 • Rechtsschutz unabhängig vom Einkommen **gewährleisten, ohne**  
5397 Einschränkungen bei Beratungs-, Prozess- und Verfahrenskostenhilfe,

**ÄA-Nr. 10.9.**

Antragsteller:innen:

Die Linke Kreisverband Wittenberg

Nach Zeile 5395 neuen Anstrich einfügen

- *die vollständige Kostenerstattung bei erfolgreichen Klagen gegen die öffentliche Hand sowie ein Regressmodell, um unterlegene Behörden an den Verfahrenskosten zu beteiligen,*

Begründung

Wer gegen den Staat sein Recht sucht und gewinnt, darf am Ende nicht ärmer sein als vorher!

Aktuell zahlen Bürger trotz Sieg oft hunderte Euro drauf, weil die erstatteten Gebühren (RVG) nicht für den Anwalt reichen. Wir fordern die volle Erstattung der realen Kosten. Wenn fehlerhafte Bescheide das eigene Budget der Behörde über den Regress belasten, wird im Rathaus endlich sorgfältiger gearbeitet.

Niemand darf aus Angst vor Anwaltskosten davor zurückschrecken, seine demokratischen Rechte gegen die Verwaltung wahrzunehmen!

Wir bitten euch daher um die Zustimmung zu dieser Ergänzung.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 5398 • Uns für sozial angemessene Gebühren auf Bundesebene einsetzen,  
5399 • den Erhalt und die Stärkung bürgerfreundlicher Standorte durch  
5400 wohnortnahe Gerichte,  
5401 • bürgernahe Justizzentren,  
5402 • die Stärkung des Justizstandorts Dessau durch das zentrale  
5403 Mahngericht.

5404  
5405 Unser Ziel ist eine bürgernahe und gerechte Justiz, damit alle Menschen  
5406 schnellen, fairen und wirksamen Zugang zum Recht erhalten.

5407  
5408 **Mehr Personal für eine funktionsfähige Justiz**

5409 Hohe Arbeitsbelastung, Überstunden und steigende Krankenstände belasten  
5410 die Gerichte und verlängern Verfahren. Für Beschäftigte wie für Bürger:innen  
5411 braucht es daher eine moderne Personal- und Einstellungspolitik.

5412  
5413 Wir wollen:

- 5414 • eine langfristige Personalstrategie, die Altersabgänge und demografische  
5415 Entwicklungen frühzeitig berücksichtigen und den Nachwuchs gezielt  
5416 fördert,  
5417 • Neu- und Nachbesetzungen schnell und konsequent durchführen,  
5418 • eine Entlastung des Fachpersonals durch mehr Assistenzkräfte und IT-  
5419 Fachpersonal,  
5420 • attraktive Arbeitsbedingungen durch Mobile Arbeit, flexible  
5421 Arbeitszeitmodelle, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,  
5422 moderne Ausstattung und klare Beförderungswege,  
5423 • Coaching- und Gesundheitsprogramme für Beschäftigte.  
5424 Unser Ziel ist eine leistungsfähige Justiz mit ausreichend und gut ausgebilde-  
5425 tem Personal, die Verfahren beschleunigt, gerecht entscheidet und Vertrauen  
5426 schafft.

5427

### 5428 **Digitalisierung der Justiz**

5429 Eine moderne Justiz braucht digitale Strukturen, die Verfahren beschleunigen,  
5430 den Zugang zum Recht erleichtern und Beschäftigte entlasten. Die Digitalisie-  
5431 rung muss daher konsequent vorankommen.

5432

5433 Wir wollen:

- 5434 • eine funktionstüchtige und flächendeckende E-Akte,  
5435 • Videokonferenzen im Gerichtssaal für verkürzte Wegezeiten und  
5436 effizientere Anhörungen,  
5437 • Homeoffice-fähige Fachprogramme für Richter:innen und Justizpersonal,  
5438 • leistungsstarke Datennetze, Hardware und IT-Infrastruktur für moderne  
5439 digitale Ausstattung,  
5440 • digitale Verfahren, Online-Anträge und automatisierte Fristenkontrollen,  
5441 • bürgerfreundliche Online-Dienste wie z.B. Terminvereinbarung,  
5442 mehrsprachige Informationsportale oder Online-Streitbeilegung,  
5443 • Weiterbildung für digitale Kompetenz in Ausbildung und Referendariat.

5444

5445 Ziel ist eine effiziente, transparente und bürgerfreundliche Justiz, die digitale  
5446 Möglichkeiten voll ausschöpft.

### 5447 **Mediation statt langer Gerichtsverfahren**

5448 Viele Konflikte ziehen sich heute unnötig in die Länge, weil Gerichte überlastet  
5449 sind und Verfahren immer mehr Zeit in Anspruch nehmen. Dabei könnten  
5450 zahlreiche Streitigkeiten schneller, fairer und für alle Beteiligten schonender  
5451 gelöst werden. Mediation bietet hier eine echte Alternative.

5452

5453 Wir wollen:

- 5454 • eine staatlich finanzierte „Mediationshilfe“, damit Bürger:innen Mediation  
5455 kostenfrei oder stark vergünstigt in Anspruch nehmen können,

- 5456 • landesweite Beratungsstellen mit einheitlichen Qualitätsstandards und  
5457 zentraler Koordination sowie ergänzenden Online- und Telefon-  
5458 angeboten,  
5459 • professionell ausgebildete Mediator:innen, die Konflikte neutral begleiten  
5460 und konstruktive Lösungen ermöglichen.

5461

5462 Unser Ziel sind schnelle und faire Lösungen durch Mediation, die das Recht  
5463 flächendeckend zugänglich macht, Eskalationen vermeidet und unsere Gerichte  
5464 nachhaltig entlastet.

5465

### 5466 **Neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften**

5467 Wir setzen uns für die konsequente Strafverfolgung schwerer Straftaten und  
5468 den Schutz aller Menschen vor Gewalt ein. Dabei haben wir besonders  
5469 rechtsextremistische Straftaten und geschlechtsspezifische Gewalt,  
5470 insbesondere Femizide, im Blick.

5471

5472 In Sachsen-Anhalt erreichte die politisch motivierte Kriminalität 2024 einen  
5473 neuen Höchststand, vor allem durch einen starken Anstieg rechtsextremer  
5474 Straftaten. Diese gefährden die Demokratie, den gesellschaftlichen  
5475 Zusammenhalt und die Sicherheit von Menschen vor Ort.

5476

5477 Wir wollen:

- 5478 • Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten, die rechtsextrem  
5479 motivierte Straftaten überregional bündeln und effektiv bearbeiten,  
5480 • spezialisierte Fortbildungen für Justizpersonal, um Täterstrukturen,  
5481 Radikalisierungsdynamiken und Netzwerke rechtsextremistischer Gewalt  
5482 besser zu erkennen und gezielt zu verfolgen,  
5483 • eine enge Zusammenarbeit mit Polizei, Verfassungsschutz und  
5484 zivilgesellschaftlichen Initiativen, um Frühwarnsignale zu erkennen und  
5485 Tendenzen wirksam entgegenzuwirken,  
5486 • bessere statistische Erfassung, ebenfalls im digitalen Raum,  
5487 • Öffentlichkeitsarbeit und Präventionsprogramme, die über rechtsextreme  
5488 Gefährdungen, Warnsignale und Unterstützungsangebote informieren.

5489

5490 Gleichzeitig kommt es immer wieder zu tödlicher Gewalt gegenüber Frauen.  
5491 Femizide müssen als solche anerkannt, systematisch erfasst und gezielt  
5492 juristisch verfolgt werden.

5493

5494 Wir wollen:

- 5495 • Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Fälle geschlechtsspezifischer  
5496 Gewalt etablieren, um effektive Strafverfolgung sicherzustellen,  
5497 • spezialisierte Fortbildungen für Justizpersonal, um Opferlagen,  
5498 Täterdynamiken und Risikofaktoren bei häuslicher Gewalt und Femiziden  
5499 zu erkennen,

- 5500 • Kooperation mit Opferschutzorganisationen und zivilgesellschaftlichen  
5501 Initiativen, um Betroffene frühzeitig zu schützen,  
5502 • Öffentlichkeitsarbeit und Präventionsprogramme, die über Femizide,  
5503 Warnsignale und vorhandene Hilfsangebote informieren,  
5504 • eine Bundesratsinitiative für Femizide als neues Mordmerkmal im § 211  
5505 StGB, um geschlechtsspezifische Gewalt juristisch stärker zu verankern.  
5506

5507 Unser Ziel ist eine effektive, moderne und rechtsstaatliche Strafverfolgung, die  
5508 schwere Straftaten konsequent verfolgt, demokratiefeindlichen Tendenzen  
5509 entgegenwirkt und besonders gefährdete Gruppen schützt.

5510

### 5511 **Reform des Strafrechts**

5512 Wir setzen uns für ein modernes, bürgernahes Strafrecht ein, das Frauen,  
5513 Kinder und besonders gefährdete Menschen schützt, aber gleichzeitig Polizei,  
5514 Staatsanwaltschaften und Gerichte entlastet.

5515

5516 Wir wollen auf Bundesebene anstoßen:

- 5517 • eine Reform des Umgangsrechts, um Femizide, Stalking und häusliche  
5518 Gewalt zu verhindern und den Schutz von Frauen und Kindern zu stärken,  
5519 • die gezielte Verschärfung des Strafrechts nur dort, wo es zur effektiven  
5520 Verfolgung schwerer Straftaten nötig ist,  
5521 • bessere entlastende Maßnahmen, darunter Entkriminalisierung von  
5522 „Containern“ zur Nutzung von weggeworfenen Lebensmitteln,  
5523 • die Abschaffung der Straffälligkeit von Fahren ohne gültigen  
5524 Fahrausweis, um unverhältnismäßige Verfahren zu vermeiden,

#### **ÄA-Nr. 6.3.**

Antragstellerin: Dr. Viola Schubert Lehnhardt (Stadtverband Halle)

Zeile 5523/5524

wie folgt ergänzen:

die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 12. Woche als Teil eines selbstbestimmten Rechts auf körperliche Unversehrtheit.

- 5525 • die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen als Teil eines  
5526 selbstbestimmten Rechts auf körperliche Unversehrtheit.

5527

5528 Unser Ziel ist ein Strafrecht, das wirksam schützt, gesellschaftliche Probleme  
5529 klar adressiert und gleichzeitig Justizressourcen schont.

5530

### 5531 **Opferschutz und Opferhilfe**

5532 Wir stehen für schnellen, unbürokratischen Schutz und gezielte Hilfe für Opfer.  
5533 Jede Person, die Gewalt erfährt, muss sich darauf verlassen können, dass sie  
5534 sicher und professionell unterstützt wird.

5535 Wir wollen:

- 5536 • eine Aufstockung des Opferhilfefonds Sachsen-Anhalt, um kurzfristige  
5537 finanzielle Unterstützung für Betroffene sicherzustellen,

- 5538 • die Finanzierung von Opferschutzeinrichtungen in Trägerschaft durch
- 5539 Geldauflagen aus Strafverfahren,
- 5540 • kostenlose Untersuchungen in Opferschutzambulanzen, inklusive
- 5541 gerichtsverwertbarer Dokumentation,
- 5542 • den Erhalt und Ausbau der Opferschutzambulanzen in Halle und
- 5543 Magdeburg sowie die Schaffung zusätzlicher Angebote bei Bedarf,
- 5544 • eine verbesserte Anonymisierung von Opfer- und Zeugendaten zum
- 5545 Schutz der Betroffenen,

**ÄA-Nr. 5.5.**

Antragsteller:innen: Eva von Angern (KV Salzlandkreis), Noah Biswanger (Delegierter SV Magdeburg)

In Zeile 5543 nach „[...] Betroffenen,“ ergänzen:

[...] dies gilt im besonderen Maße für die Vorgänge von Anzeigenerstattungen von Geschädigten, um ihre privaten Meldeadressen zu schützen,

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 5546 • feste Ansprechpartner:innen in Staatsanwaltschaften speziell für Fälle
- 5547 häuslicher Gewalt.

5548  
 5549 Unser Ziel ist der effektive Schutz und die gezielte Hilfe für Opfer, damit sie  
 5550 schnell Sicherheit und Unterstützung erhalten.

5551  
 5552 **Täter-Opfer-Ausgleich und Resozialisierung**

5553 Wir setzen auf eine präventive und resozialisierende Strafverfolgung, die Straf-  
 5554 täter:innen die Möglichkeit gibt, Verantwortung zu übernehmen, ohne eine  
 5555 Haftstrafe antreten zu müssen. Rückfälle sollen verhindert, Resozialisierung  
 5556 gefördert und Opfer aktiv in den Wiedergutmachungsprozess einbezogen  
 5557 werden. Resozialisierung senkt Rückfallquoten, schützt also auch Opfer vor  
 5558 Wiederholungstaten.

5559  
 5560 Wir wollen:

- 5561 • die Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen durch eine Bundesrats-
- 5562 initiative, um unverhältnismäßige Haft zu vermeiden,
- 5563 • den Ausbau gemeinnütziger Arbeitsstellen statt Ersatzfreiheitsstrafen,
- 5564 • eine Verbesserung der Unterbringung im Strafvollzug, insbesondere
- 5565 durch angemessene Betreuung, Bildung und therapeutische Angebote,
- 5566 • die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs zur Wiedergutmachung und
- 5567 Versöhnung, wo es die Opfer zulassen,
- 5568 • ein professionelles Übergangsmanagement für Haftentlassene, um den
- 5569 Wiedereinstieg in die Gesellschaft zu erleichtern,
- 5570 • eine Erhöhung der Gefangenenvergütung, damit Gefangene Schulden
- 5571 abbauen können und nach der Haft nicht durch Armut erneut straffällig
- 5572 werden,
- 5573 • die Integration in soziale Sicherungssysteme wie die Rentenversicherung
- 5574 während des Vollzugs, um langfristige Perspektiven zu schaffen.
- 5575

5576 Unser Ziel ist eine moderne Strafverfolgung, die Resozialisierung und  
5577 Prävention in den Mittelpunkt stellt, Straftäter:innen konstruktiv integriert und  
5578 gleichzeitig die Interessen und Sicherheit der Opfer wahrt. Haft soll nicht  
5579 Selbstzweck sein, sondern ein Mittel, um gesellschaftliche Sicherheit zu  
5580 gewährleisten und Rückfälle zu verhindern.

5581

### 5582 **Jugendstrafrecht und Jugendarrest**

5583 Wir setzen auf präventive und erzieherische Ansätze im Jugendstrafrecht, die  
5584 junge Menschen stärken, statt sie durch unverhältnismäßigen Freiheitsentzug  
5585 zu kriminalisieren. Ziel ist es, Rückfälle zu vermeiden, soziale Integration zu  
5586 fördern und gleichzeitig schnell auf Straftaten reagieren zu können.

5587

5588 Wir wollen:

- 5589 • erzieherische Wirkung statt Freiheitsentzug in den Mittelpunkt stellen  
5590 und alternative Maßnahmen bevorzugen,
- 5591 • die Ablehnung unverhältnismäßiger Sanktionen, wie z.B.  
5592 Warnschussarrest, die den erzieherischen Effekt verfehlen,
- 5593 • ein Modellprojekt „Strafvollzug in freien Formen“, bei dem die Jugend-  
5594 lichen in betreuten Wohngruppen eingebunden werden, um soziale  
5595 Kompetenzen zu stärken und persönliche Verantwortung zu fördern,
- 5596 • die Einrichtung von „Häusern des Jugendrechts“, um schnelle,  
5597 behördenübergreifende Reaktionen zu ermöglichen und eine zentrale  
5598 Anlaufstelle für Jugendliche, Familien und Behörden zu bieten,
- 5599 • Aufklärungskampagnen an Schulen, um junge Menschen frühzeitig zu  
5600 informieren, was strafbar ist und was nicht, um so Straftaten präventiv zu  
5601 verhindern.

5602

5603 Unser Ziel ist ein modernes Jugendstrafrecht, das junge Menschen erzieht,  
5604 Rückfälle verhindert und sie in die Gesellschaft integriert, ohne sie durch  
5605 unverhältnismäßigen Freiheitsentzug zu stigmatisieren.

5606

### 5607 **Justizvollzugsstandorte und Rechtsmedizin**

5608 Wir setzen auf sichere, humane und leistungsfähige Justizvollzugsstandorte  
5609 sowie eine gut ausgestattete Rechtsmedizin, um rechtsstaatliche Standards,  
5610 Sicherheit und Effizienz zu gewährleisten.

5611

5612 Wir wollen:

- 5613 • den Neubau der JVA Weißenfels kritisch begleiten, um sicherzustellen,  
5614 dass Sicherheit, Resozialisierung und humane Bedingungen gewährleistet  
5615 sind,
- 5616 • die Ablehnung von Privatisierungen und stattdessen eine Stärkung des  
5617 öffentlichen Dienstes, um staatliche Verantwortung, Kontrolle und  
5618 Qualität zu sichern,

- 5619 • eine Stärkung des offenen Vollzugs als Regelvollzug, um Resozialisierung  
5620 und gesellschaftliche Integration zu fördern,
- 5621 • flächendeckende und gut ausgestattete forensische Spurensicherung,  
5622 um effektive Ermittlungen zu gewährleisten,
- 5623 • die personelle und finanzielle Ausstattung der rechtsmedizinischen  
5624 Institute, damit sie fachlich leistungsfähig bleiben,
- 5625 • die Bekämpfung personeller Unterbesetzung im Justizvollzug, um  
5626 sichere, humane und ressourcenstarke Einrichtungen zu gewährleisten.

5627  
5628 Unser Ziel ist eine moderne rechtsstaatliche Justizinfrastruktur, die Sicherheit,  
5629 Resozialisierung und Effizienz vereint und humane Standards im Strafvollzug  
5630 garantiert.

5631  
5632 Mit all diesen Maßnahmen gestalten wir eine moderne, bürgernahe und  
5633 leistungsfähige Justiz in Sachsen-Anhalt, die Rechtsschutz garantiert, Opfer  
5634 schützt, Straftaten konsequent verfolgt und zugleich Prävention, Resozia-  
5635 lisierung und Chancengleichheit in den Mittelpunkt stellt.

5636 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

5637  
5638

## 5639 **18. Digitalisierung**

5640

### 5641 **Für eine sichere und gemeinwohlorientierte Digitalisie-** 5642 **rung**

5643

#### 5644 **Cybersicherheit statt Überwachung**

5645 Der Cyberangriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Jahr 2021 hat gezeigt,  
5646 wie verwundbar die Verwaltung sein kann. Wochenlang waren Behörden  
5647 lahmgelegt, Bürger:innen konnten keine Anträge stellen, keine Ausweise  
5648 beantragen. Die Folgen waren dramatisch: Millionenschäden, ausgefallene  
5649 öffentliche Dienstleistungen und verunsicherte Menschen. Statt in eine  
5650 wirksame Strategie für Informationssicherheit sowie in Personal zu investieren,  
5651 wird von der CDU die Beschaffung von Überwachungssoftware forciert.

5652

5653 Die Sicherheit von Bürger:innendaten und die Verfügbarkeit von Verwaltungs-  
5654 leistungen müssen absolute Priorität haben. Die Mitarbeitenden in den  
5655 Verwaltungen brauchen das Know-how, um Sicherheitsrisiken zu erkennen und  
5656 richtig zu reagieren. Ohne gut ausgebildetes Personal und moderne Sicher-  
5657 heitsinfrastruktur bleiben unsere Verwaltungen angreifbar und damit auch die  
5658 sensiblen Daten aller Bürger:innen.

5659

5660 Wir unterstützen Kommunen und Landesverwaltungen bei der Absicherung  
5661 ihrer IT-Systeme, basierend auf den Anforderungen des Bundesamts für  
5662 Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Personal wird systematisch in IT-

**ÄA-Nr. 68.1.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf  
Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 5661f wie folgt ändern:

Personal wird systematisch in den *Grundlagen der Informationssicherheit und IT-Hygiene sowie in der Ordnungsgemäßen Anwendung des Datenschutzes* aus- und weitergebildet.

Begründung:

Die Aus- und Weiterbildung in der IT-Sicherheit kann man nicht einfach wahllos an irgendwen verteilen. Um diese durchzuführen, benötigt man mindestens Kenntnisse in der Serverwartung und der Interpretation von Netzwerkanalysen. Deshalb ersetzen wir dieses, um auch Professionalität auszudrücken die Richtigen Bezeichnungen und vor allem auch möglichen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

5663 Sicherheit aus- und weitergebildet. Wir lehnen den Einsatz von datenschutz-  
5664 rechtlich bedenklicher Software wie Palantir ab.

5665

5666

5667 Wir wollen:

5668 • die Einrichtung einer Anlaufstelle für alle Kommunen, um auf Sicher-  
5669 heitsvorfälle zu reagieren. Erste Hilfe soll vom Land finanziert werden.

5670 Außerdem werden Expert:innen bereitgestellt.

5671 • Notfallpläne für Cyberangriffe in allen Verwaltungen verbindlich machen,

**ÄA-Nr. 68.2.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf  
Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 5670 soll wie folgt gestrichen werden:

~~Schulungen von Verwaltungsmitarbeitenden in IT-Sicherheit~~

**Der Landesvorstand übernimmt.**

5672 • Schulungen von Verwaltungsmitarbeitenden in IT-Sicherheit,

5673 • die Verdoppelung des Personalstands im Bereich IT-Sicherheit auf  
5674 Landesebene,

5675 • finanzielle Unterstützung für kommunale IT-Sicherheitsbeauftragte,

**ÄA-Nr. 68.3.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf  
Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 5674f wie folgt ersetzen:

~~Eine Etablierung von Cybersicherheit als Pflichtqualifikation für alle Verwaltungsleitungen~~

Ersetzen durch:

- *Verpflichtende Schulungen für Verwaltungspersonal und Verwaltungsleitungen in den Grundlagen der Informationssicherheit, der IT-Hygiene und der ordnungsgemäßen Umsetzung der DSGVO.*

Begründung:

Verwaltungspersonal und Verwaltungsleitungen in der IT stellen aufgrund ihrer Unkenntnis von IT-Systemen ein Sicherheitsrisiko dar. Selbst wenn wir diese Schulungen in der IT-Sicherheit umsetzen haben sie am Ende immer noch keine ausreichenden Kenntnisse darüber Server zu verwalten, Virtualisierungen durchzuführen oder Netzwerkmitschnitte zu interpretieren. Die oben genannten Schulungen sind Spezialisierungen für IT-Personal, das hat auch einen guten Grund.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- eine Etablierung von Cybersicherheit als Pflichtqualifikation für alle Verwaltungsleitungen.

5676  
5677  
5678  
5679

**Verwaltungsdigitalisierung braucht konsequentes Umdenken**

5680 Technologien machen unser Leben einfacher. Wir können mit einem Wisch über  
5681 den Bildschirm einkaufen gehen, Termine machen oder Nachrichten versenden.  
5682 Es ist also nachvollziehbar, dass dieser Wunsch nach Vereinfachung auch an  
5683 die Verwaltung gerichtet wird. Doch damit die Verwaltung fit für Technologien  
5684 und die Zukunft wird, braucht es einen Wandel im Denken der Verwaltung, denn  
5685 aus schlechten analogen Prozessen dürfen keine schlechten digitalen Prozesse  
5686 werden. Wir müssen Digitalisierung dafür nutzen, kritisch auf Abläufe und  
5687 Verordnungen zu blicken. Ziel sind Entscheidungen, die keine Fragezeichen  
5688 aufgrund widersprüchlicher Aussagen hinterlassen, sondern im Gegenteil das  
5689 tun, was vom Staat erwartet wird: Verlässlich sein!

5690  
5691 Wir wollen Untersuchungen in allen Verwaltungsbereichen durchführen, bevor  
5692 digitalisiert wird. Überflüssige Aufgaben werden gestrichen, komplizierte und  
5693 widersprüchliche Verfahren vereinfacht. Erst danach halten wir den Einsatz von

**ÄA-Nr. 68.4.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf  
Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 5692 wie folgt ergänzen:

*Geprüfte und Transparente KI wird dort eingesetzt, wo sie wirklich hilft:*

Begründung:

Ungeprüfte und Intransparente KI birgt ein hohes Risiko, denn oft Geben Daten weiter, welche nicht weitergegeben sollten beispielweise Sensible Firmen oder Kundendaten. Deshalb ist es enorm wichtig das auch zu spezifizieren.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

5694 Technologien für sinnvoll. KI wird dort eingesetzt, wo sie wirklich hilft: bei sich  
5695 wiederholenden und wenig komplexen Aufgaben wie etwa der  
5696 Vollständigkeitsprüfung von Anträgen. Die freiwerdende Zeit nutzen  
5697 Mitarbeitende für persönliche Beratung.

5698  
5699

Wir wollen:

- den Aufbau von KI-Anwendungsfällen mit dem Fokus auf einen großen Entlastungseffekt für die Verwaltung,
- eine systematische Prozessanalyse in allen Fachbereichen der Landesverwaltung mit der Zielstellung, widersprüchliche und doppelte Prozesse zu identifizieren,

5700  
5701  
5702  
5703  
5704

5705  
5706  
5707  
5708  
5709  
5710  
5711

- die systematische Überprüfung von Verordnungen und Gesetzen, die widersprüchlich oder doppelt sind,
- die Einführung eines verbindlichen Digital-Checks für alle neuen Gesetze und Verordnungen nach dem Vorbild der Bundesregierung,
- eine spürbare Entlastung in den Abläufen der Verwaltung und mehr Zeit für die Anliegen von Bürger:innen.

**ÄA-Nr. 18.1.**

Antragsteller:innen: Michael Scholz (BO Naumburg), Kreisverband Burgenlandkreis, Kreisverband Saalekreis

Zeile 5710

Nach dem Part Verwaltungsdigitalisierung und vor dem Part Digitalisierung für Menschen – nicht gegen Beschäftigte soll folgender neuer Absatz eingefügt werden:

**Verpflichtende KI-Folgenabschätzung bevor der Algorithmus entscheidet**

KI-Systeme sind mit großen Risiken verbunden. Der EU AI Act schafft einen europäischen Rahmen - aber die konkrete Umsetzung liegt bei den Ländern. Sachsen-Anhalt muss sicherstellen, dass die Auswirkungen auf betroffene Menschen, die Verantwortung bei Fehlentscheidungen und Diskriminierungsrisiken vor jedem Einsatz geklärt sind.

Wir wollen:

- eine verpflichtende KI-Folgenabschätzung vor jedem Einsatz in öffentlich finanzierten Landeseinrichtungen — analog zur Datenschutz-Folgenabschätzung, mit halbjährlicher Überprüfung aller eingesetzten Systeme,
- ein öffentlich zugängliches KI-Register zur Dokumentation von Zweck, Datengrundlage und Prüfergebnis der eingesetzten KI-Systeme,
- die Einrichtung einer unabhängigen KI-Prüf- und Beschwerdestelle auf Landesebene,
- den Einsatz quelloffener KI-Modelle — keine proprietären Black-Box-Systeme ohne überprüfbare Funktionsweise. Wo KI in der Verwaltung eingesetzt wird, setzen wir auf europäische Dienstleister oder eigenes Hosting durch das Land,
- eine Kennzeichnungs- und Begründungspflicht für alle KI-gestützten Verwaltungsentscheidungen — transparent und in verständlicher Sprache,
- Transparenzpflichten für den Energieverbrauch von KI-Systemen sowie ökologische Kriterien bei öffentlichen Vergaben.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

**ÄA-Nr. 18.2.**

Antragsteller:innen: Michael Scholz (BO Naumburg), Kreisverband Burgenlandkreis, Kreisverband Saalekreis

Zeile 5710

Nach dem Part Verwaltungsdigitalisierung bzw. Änderungsantrag bzw. ÄA 18.2. und vor dem Part Digitalisierung für Menschen – nicht gegen Beschäftigte soll folgender neuer Absatz eingefügt werden:

**KI im Sozialstaat – Automatisierung darf nicht Entrechtung bedeuten**

Die Bundesregierung plant den massiven Einsatz von KI in der Sozialverwaltung und die Einschränkung des Vier-Augen-Prinzips. Für Sachsen-Anhalt – ein Land mit überdurchschnittlich vielen Sozialleistungsempfänger:innen – birgt das besondere Risiken. Algorithmische Systeme können diskriminieren, wenn ihre Trainingsdaten

historische Ungleichheiten widerspiegeln. Gleichzeitig droht digitale Ausgrenzung, wenn Sozialleistungen nur noch über Portale beantragt werden können, die viele, besonders ältere, Menschen nicht nutzen können.

Denn Algorithmen können durch das unwidersprochene Wiederholen von Ungleichheiten diskriminieren. Gleichzeitig droht die Ausgrenzung von vielen, besonders älteren Menschen im ländlichen Raum, wenn Sozialleistungen nur noch digital beantragt werden können.

Wir wollen:

- ein Verbot vollautomatisierter Entscheidungen bei existenzsichernden Leistungen - sie gehören in Menschenhand und deren Verantwortung,
- den Erhalt des Vier-Augen-Prinzips bei Sozialleistungsbescheiden,
- ein Recht auf menschliche Überprüfung und verständliche Begründung bei jeder KI-gestützten Verwaltungsentscheidung – Widerspruch muss einfach und kostenfrei möglich sein,
- eine Beweislastumkehr: Wenn ein Algorithmus eine Leistung verweigert, muss die Behörde nachweisen, dass die Entscheidung korrekt war – nicht die betroffene Person,
- regelmäßiges Diskriminierungsmonitoring für KI-Systeme in der Sozialverwaltung,
- den Erhalt und Ausbau physischer Anlaufstellen in allen Landkreisen – verbindlich finanziert, nicht unter Haushaltsvorbehalt,
- einen proaktiven Sozialstaat: Wer Anspruch hat, wird automatisch informiert – Digitalisierung muss verdeckte Armut bekämpfen, nicht mit Formularen abschrecken.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

## 5712 **Digitalisierung für Menschen – nicht gegen Beschäftigte**

5713 Mit Blick auf die deutsche Verwaltungslandschaft wissen wir mittlerweile, dass  
5714 Maßnahmen zur Digitalisierung und zum Bürokratieabbau in umfangreichen  
5715 Maßstäben nötig sind. Jedoch darf dies nicht zu Forderungen nach dem Abbau  
5716 von Stellen führen. Vielmehr muss der bestehende Personalkörper effizient  
5717 eingesetzt werden.

5718 Die Debatte um Bürokratieabbau wird oft missbraucht, um Personalabbau zu  
5719 rechtfertigen. Dabei waren es gerade CDU und Co., die über Jahrzehnte immer  
5720 mehr Vorschriften und Bürokratie geschaffen haben. Die Menschen, die in  
5721 unseren Ämtern arbeiten, geben ihr Bestes unter oft schwierigen Bedingungen.  
5722 Sie sind nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Digitalisierung und der  
5723 Einsatz Künstlicher Intelligenz müssen als Chance begriffen werden,  
5724 Ressourcen besser einzusetzen.

5725  
5726 Wenn durch Digitalisierung und Technologie wie KI-Aufgaben automatisiert  
5727 werden, bedeutet das nicht, Stellen streichen zu müssen. Im Gegenteil: Die  
5728 freiwerdenden Kapazitäten brauchen wir dringend an anderen Stellen. Vor Ort  
5729 in den Bürgerbüros, um ansprechbar zu sein für Bürger:innen, die Hilfe  
5730 brauchen. In den Ausländerbehörden, wo menschliche Entscheidungen gefragt  
5731 sind. Das ständige Schimpfen auf „die Bürokratie“ vergiftet das gesellschaft-  
5732 liche Klima und demotiviert engagierte Beschäftigte.

5733

### 5734 **Digitalisierung als Chance für besseren öffentlichen Dienst begreifen**

5735 Wir verbinden Digitalisierung mit einer Personalgarantie. Wir stärken die  
5736 Service-Orientierung der Verwaltung durch mehr Personal in Bürgerbüros und  
5737 Beratungsstellen und stellen damit sicher, dass der menschliche Kontakt zur  
5738 Verwaltung und zum Staat nicht verlorenggeht. Außerdem stellen wir sicher,  
5739 dass digital weniger technikgeübte Bürger:innen weiterhin alle Leistungen in  
5740 Anspruch nehmen können – vor Ort. Das schafft Vertrauen zwischen  
5741 Bürger:innen und dem Staat.

5742

5743 Wir wollen:

- 5744 • keine Kündigungen wegen Digitalisierung,
- 5745 • ein Umschichtungsprogramm: freiwerdende Stellen aus Automatisierung  
5746 in direkten Bürgerservice,
- 5747 • den Ausbau mobiler Verwaltungsangebote für den ländlichen Raum.

5748

### 5749 **Kompetente und neugierige Verwaltungsmitarbeitende gestalten aktiv den** 5750 **digitalen Wandel**

5751 Die Digitalisierung geht auch an den Verwaltungen nicht vorbei. Wer heute im  
5752 öffentlichen Dienst arbeitet, muss mit ständig neuen Technologien umgehen  
5753 können. Das erfordert kontinuierliche Weiterbildung und die Bereitschaft, Neues  
5754 zu lernen. Viele Verwaltungsmitarbeitende bringen diese Neugier mit, aber oft  
5755 fehlen Zeit und systematische Weiterbildungsangebote. Gleichzeitig gelingt es  
5756 kaum noch, junge IT-Talente für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, weil die  
5757 Bezahlung nicht konkurrenzfähig ist.

5758

### 5759 **Die Verwaltung durch Anschluss an den technologischen Wandel nicht** 5760 **verlieren**

5761 Wenn wir unsere Verwaltungen fit für die Zukunft machen wollen, brauchen wir  
5762 gezielte Investitionen in Aus- und Weiterbildung, ein neues Laufbahnver-  
5763 ständnis und Einstellungskriterien für IT-Fachpersonal. Jede Mitarbeiterin und  
5764 jeder Mitarbeiter muss Zugang zu digitalen Kompetenzkursen haben – nicht als  
5765 einmalige Pflichtveranstaltung, sondern als kontinuierliches Angebot. Wir  
5766 müssen die individuellen Stärken fördern und Menschen ermöglichen, sich in  
5767 Bereichen weiterzuentwickeln, die ihnen liegen. Der öffentliche Dienst muss  
5768 attraktiver werden für IT-Expert:innen und digitale Talente.

5769

### 5770 **Systematischer Kompetenzaufbau und attraktive Arbeitsbedingungen für IT-** 5771 **Personal**

5772 Wir führen ein Recht auf digitale Weiterbildung für alle Beschäftigten im  
5773 öffentlichen Dienst ein: mindestens sieben Tage Bildungsurlaub pro Jahr für  
5774 digitale Kompetenzen. Wir schaffen spezielle IT-Karrierepfade im öffentlichen  
5775 Dienst mit besserer Bezahlung und mehr Entwicklungsmöglichkeiten. Junge IT-

5776 Talente können durch Stipendien und duale Studiengänge für den öffentlichen  
5777 Dienst gewonnen werden.

5778  
5779 Wir wollen:

- 5780 • ein Weiterbildungsbudget für digitale Kompetenzen,
- 5781 • die Einführung von IT-Zulagen für digitale Schlüsselpositionen,
- 5782 • den Start eines Mentoring-Programms zwischen IT-affinen und digital  
5783 unsicheren Beschäftigten,
- 5784 • die Sensibilisierung der Personalabteilung für das Erkennen und die  
5785 Gewinnung von Fachkräften,
- 5786 • die Einführung spezieller IT-Karrierepfade mit höheren Gehaltsstufen  
5787 (Veränderung Laufbahnrecht),
- 5788 • Stipendienprogramm für IT-Studierende mit Verpflichtung im öffentlichen  
5789 Dienst mit mindestens 100 Stipendien jährlich nach dem Vorbild von Work  
5790 for Germany,
- 5791 • den Aufbau einer bundesweiten Wissensplattform, um digital verfügbare  
5792 Weiterbildungen zertifiziert allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes  
5793 zur Verfügung zu stellen,
- 5794 • allen Verwaltungsmitarbeitenden Grundkompetenzen in digitalen  
5795 Anwendungen vermitteln.

5796  
5797 **Digitale Souveränität ist eine Frage der Zukunft von Verwaltungen**

5798 Fast jeder Arbeitsplatz in unseren Verwaltungen ist mit amerikanischer  
5799 Software ausgestattet: Microsoft Office, Windows, Adobe, Zoom. Unsere E-  
5800 Mails laufen über Server von Google oder Microsoft, unsere Daten liegen in  
5801 Clouds, deren Rechenzentren vielleicht teilweise in Deutschland stehen, aber  
5802 rechtlich vollständig US-amerikanischen Konzernen gehören. Das bedeutet: Ein  
5803 Fingerzeig aus Washington, und unsere Programme könnten down sein,  
5804 Mailkonten gesperrt, sensible Bürger:innendaten nicht mehr sicher. Die  
5805 Abhängigkeit von großen Tech-Konzernen ist nicht nur ein technisches,  
5806 sondern ein politisches und sicherheitspolitisches Risiko. Der US Cloud Act  
5807 erlaubt US-Behörden Zugriff auf Daten, auch wenn sie auf europäischen  
5808 Servern liegen.

**ÄA-Nr. 14.8.**

Antragsteller:innen René Schernikau (Kreisverband Stendal), Kreisvorstand Stendal

Nach Zeile 5806

folgenden Text ergänzen:

*Bei allen künftigen Softwarebeschaffungen und IT-Ausschreibungen des Landes soll grundsätzlich der Einsatz von Open-Source-Lösungen Vorrang haben. Sofern eine Open-Source-Lösung im Einzelfall wirtschaftlich nicht darstellbar ist, müssen proprietäre Lösungen verpflichtend über offene, dokumentierte und standardisierte Schnittstellen verfügen. Diese müssen einen vollständigen, strukturierten Datenexport ermöglichen, um jederzeit einen Systemwechsel ohne Datenverlust oder Abhängigkeiten sicherzustellen.*

Wirkung der Ergänzung

- Klare Priorisierung von Open Source
- Realistische Öffnungsklausel bei Wirtschaftlichkeitsprüfung
- Verbindliche Anforderung offener Schnittstellen
- Sicherstellung von Datenportabilität und Anbieterwechsel
- Praktisch umsetzbare, vergaberechtsfähige Formulierung

**Der Landesvorstand übernimmt.**

5809

5810 **Eigene souveräne digitale Infrastrukturen für Verwaltungen**

5811 Digitale Souveränität ist eine Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat.

5812 Wir müssen raus aus der totalen Abhängigkeit von amerikanischen IT-

**ÄA-Nr. 68.5.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf

Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 5811 wie folgt ändern:

Das ist nicht antiamerikanisch, sondern gesunder Menschenverstand.

Begründung:

Wir möchten doch niemanden auf Ideen bringen, die sie nicht von allein hätten, oder? Diese Erwähnung macht diesen Teil zu Zielscheibe

5813 Großkonzernen. Das ist nicht antiamerikanisch, sondern gesunder Menschen-

5814 verstand. Große Tech-Konzerne müssen Grenzen aufgezeigt bekommen.

5815

5816 Wir werden in europäische Lösungen investieren, die nach europäischen

5817 Datenschutzstandards funktionieren. Das ist die Grundlage für digitale

5818 Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Sachsen-Anhalt fördert die Entwick-

5819 lung und Anpassung quelloffener Software und setzt auf Nachnutzung

5820 bestehender souveräner Lösungen, die bereits in Deutschland im Verwaltungs-

5821 kontext entstanden sind. Wir setzen auf europäische Anbieter mit Datenschutz-

5822 garantien. Wir bauen eigene Cloud-Infrastrukturen auf Basis europäischer

5823 Rechenzentren und Technologien. Keine Verwaltungsdaten dürfen mehr auf

5824 Servern liegen, die dem US Cloud Act unterliegen. Sachsen-Anhalt unterstützt

5825 die Entwicklung europäischer Alternativen zu Microsoft, Google & Co.

5826

5827 Wir wollen:

5828 • die Initiierung einer Souveränitätsstrategie für Sachsen-Anhalt mit

5829 Handlungsempfehlungen,

5830 • eine Förderung und enge Kooperation mit dem Zentrum für Digitale

5831 Souveränität (ZenDis) sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die die

5832 Souveränität stärken,

5833 • die Bestandsaufnahme aller in Verwaltungen genutzter US-Software,

**ÄA-Nr. 68.6.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf

Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 5832f wie folgt ergänzen:

Verbot der Neuanschaffung von Software, die de US Cloud Act *oder ähnlichen Ge-*  
*setzen* unterliegt

Begründung:  
Das schafft Sicherheit für die Zukunft und auch vor Dingen, die noch kommen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 5834  
5835  
5836
- Verbot der Neuanschaffung von Software, die dem US Cloud Act unterliegt,
  - Aufbau eigener Landesplattformen und IT-Infrastrukturen,

**ÄA-Nr. 68.7.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf  
Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 5835 wie folgt ändern:

Einsicht in den Quellcode und ~~sein Besitz~~ als Vergabekriterium

Begründung:

Der Besitz ist oft in öffentlicher Hand und wird auch nachvergeben. Es reicht, nur in den Quellcode zu schauen

- 5837  
5838
- Einsicht in den Quellcode und sein Besitz als Vergabekriterium,
  - die bevorzugte Verwendung von Open-Source-Software,

**ÄA-Nr. 68.8.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf  
Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 5837 wie folgt ändern:

Die Migration aller E-Mail-Systeme auf *eigene europäische*, datenschutzkonforme Lösungen.

Begründung:

Das Land Sachsen-Anhalt unterhält bereits ein eigenes Rechenzentrum. Es empfiehlt sich, das Mailsystem selbst zu verwalten, um Abhängigkeiten zu verhindern.

- 5839  
5840
- die Migration aller E-Mail-Systeme auf europäische, datenschutzkonforme Lösungen,

**ÄA-Nr. 68.9.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf  
Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeilen 5839/5840 wie folgt ändern:

Die Ablösung von Microsoft Office durch souveräne *Open-Source* Alternativen ~~wie den Open Desk~~,

Begründung:

Die Auswahl der richtigen Lösung sollten Fachkräfte in Zusammenarbeit mit den Benutzer\*innen durchführen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 5841  
5842
- die Ablösung von Microsoft Office durch souveräne Alternativen wie den Open Desk,

**ÄA-Nr. 68.10.**

Antragsteller:innen: Riley Pätzold, Nox-Eden Großkopf  
Unterstützende: Die Linke Dessau-Roßlau

Zeile 5841f streichen:

~~Sachsen-Anhalt zum führenden Bundesland bei digitaler Souveränität machen.~~

Begründung:

Wir müssen nicht zum führenden Bundesland werden wir sollten als Ziel haben hierbei alle ins Boot zu holen.

**Der Landesvorstand übernimmt.**

- 5843           • Sachsen-Anhalt zum führenden Bundesland bei digitaler Souveränität  
5844           machen.

5845

### 5846 **Geld sparen – Bestehende Lösungen nachnutzen**

5847   Deutschlands digitale Verwaltung ist ein Flickenteppich. Jedes Bundesland  
5848   entwickelt eigene Lösungen, jede Kommune kauft andere Software, nichts  
5849   passt zusammen. Das ist ineffizient, teuer und führt dazu, dass Bürger:innen je  
5850   nach Wohnort völlig unterschiedliche digitale Services erleben, sofern sie  
5851   vorhanden sind. Daten können nicht zwischen Behörden ausgetauscht werden,  
5852   weil die Systeme nicht kompatibel sind. Es mangelt bei den Entwicklungen an  
5853   Interoperabilität.

5854

### 5855 **Gemeinsame Standards, offene Schnittstellen, zentrale Plattformen**

5856   Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Weg vom digitalen Flickenteppich, hin  
5857   zu interoperablen Lösungen, die miteinander harmonieren. Das geht nur, wenn  
5858   Bund, Länder und Kommunen bei der Entwicklung souveräner digitaler  
5859   Lösungen zusammenarbeiten. Es geht um die Entwicklung gemeinsamer  
5860   Plattformen und Fachverfahren, die überall funktionieren und miteinander  
5861   kommunizieren können. Aufträge müssen an Unternehmen gehen, die  
5862   nutzerfreundliche und durchdachte Lösungen entwickeln. Wirtschaftliche  
5863   Partikularinteressen und Silolösungen müssen zurückgestellt werden für das  
5864   Allgemeinwohl.

5865

5866   Sachsen-Anhalt setzt sich auf Bundesebene noch stärker für verbindliche  
5867   Interoperabilitätsstandards ein. Wir nutzen und entwickeln gemeinsame Open-  
5868   Source-Plattformen mit anderen Ländern, statt eigene Insellösungen zu bauen.  
5869   Wir nutzen bereits entwickelte Lösungen anderer Länder nach. Bei Ausschrei-  
5870   bungen bevorzugen wir Anbieter, die offene Schnittstellen und Interoperabilität  
5871   garantieren. Die Anschlussfähigkeit an die deutschlandweite Cloud-Infra-  
5872   struktur (den sogenannten Deutschland-Stack) und die Deutschlandarchitektur  
5873   muss gewährleistet sein.

5874

### 5875 **Digitale Teilhabe für alle**

5876   Digitalisierung der Daseinsvorsorge bedeutet mehr als eine Digitalstrategie auf  
5877   dem Papier. Schnelles Internet allein reicht nicht, wenn Menschen es sich nicht  
5878   leisten können oder nicht wissen, wie sie es nutzen können. Eine alleiner-  
5879   ziehende Mutter mit drei Kindern braucht nicht nur einen Internetanschluss,  
5880   sondern auch Tablets für die Hausaufgaben und Hilfe beim Einrichten. Ältere  
5881   Menschen brauchen niederschwellige Unterstützung, um digitale Behörden-  
5882   gänge zu bewältigen. Menschen mit Behinderungen stoßen auf digitale  
5883   Barrieren. Menschen, die nicht digital affin sind, benötigen Unterstützung vor  
5884   Ort, ohne dafür in die nächste große Stadt fahren zu müssen. Digitale Daseins-  
5885   vorsorge bedeutet für uns die Unterstützung von Menschen, die keinen Zugang

5886 zu Internet oder Technik haben. Es braucht niederschwellige Angebote für alle  
5887 Menschen, um den Digital Gap zu verkleinern.

5888

### 5889 **Schluss mit der digitalen Spaltung nach Geldbeutel, Wissen und Alter**

5890 Niemand darf vom digitalen Leben ausgeschlossen werden, weil er sich kein  
5891 Smartphone leisten kann oder nicht weiß, wie man eine App bedient.

5892 Gleichzeitig lehnen wir Digitalzwang ab: Wer Behördengänge analog erledigen  
5893 möchte, muss das auch weiterhin können.

5894

5895 Wir führen einen Rechtsanspruch auf bezahlbaren Internetzugang ein und  
5896 deckeln die Preise. Empfänger:innen von Sozialleistungen erhalten Sozialtarife  
5897 für Internet und vergünstigte oder kostenlose Endgeräte. In allen Kommunen  
5898 richten wir an zentralen Stellen wie etwa in Bürgerämtern oder in kleineren  
5899 Orten im Tante-Emma-Laden Digital-Points mit Geräten, WLAN und fachkun-  
5900 diger Beratung ein. Wir statten die Bürgerämter mit Personal aus, das dort hilft,  
5901 wo das Wissen fehlt, einen Antrag digital auszufüllen. Volkshochschulen bieten  
5902 kostenlose Kurse zum Erlernen digitaler Kompetenzen für den Alltag an. Alle  
5903 öffentlichen digitalen Angebote müssen barrierefrei sein.

5904

5905 Wir wollen:

- 5906 • die Entwicklung einer Strategie für barrierefreie digitale Teilhabe,
- 5907 • die Einführung eines Sozialtarifs: Maximum 20 Euro/Monat für 100 Mbit/s  
5908 für Empfänger:innen von Sozialleistungen;
- 5909 • ein Startkapital von 20 Millionen Euro für Geräteförderung (Tablets,  
5910 Laptops) für bedürftige Familien sowie finanzielle Förderung von  
5911 Initiativen wie Hardware for Future zur Schonung von Ressourcen, indem  
5912 ausrangierte Geräte von Firmen oder der Verwaltung wieder aufbereitet  
5913 und zur Verfügung gestellt werden,
- 5914 • die Einrichtung öffentlicher Digital-Points mit Geräten und Beratung in  
5915 großen und kleinen Orten Sachsen-Anhalts,
- 5916 • flächendeckende kostenlose VHS-Kurse,
- 5917 • Beibehaltung analoger Alternativen bei allen Behördengängen,
- 5918 • alle öffentlichen digitalen Angebote barrierefrei machen.

5919

### 5920 **Digitale Gesundheitsvorsorge**

5921 Digitalisierung muss auch die gesellschaftlich relevanten Bereiche umfassen,  
5922 wie etwa die Gesundheitsversorgung. Durch den Mangel an medizinischen  
5923 Angeboten auf dem Land und ein zunehmend überlastetes Gesundheitssystem  
5924 kann Digitalisierung etwa durch Telefonsprechstunden oder die Durchsetzung  
5925 einer sicheren digitalen Patientenakte Entlastung bringen.

5926

### 5927 **Entwicklung einer Sachsen-Anhaltinischen Strategie für eine digitale 5928 Gesundheitsversorgung**

5929 Wir wollen:

- 5930 • Standards zum Datenaustausch in der Gesundheitsministerkonferenz,  
5931 der Digitalministerkonferenz und im IT-Planungsrat etablieren,  
5932 • in der Telemedizin digitale Sprechstunden in mindestens 50 Prozent aller  
5933 Hausarztpraxen ausbauen,  
5934 • Gesundheitseinrichtungen zur verbesserten Patient:innenversorgung  
5935 miteinander vernetzen.

5936  
5937 Unsere Vorschläge zielen darauf, dass alle am digitalen Leben teilhaben  
5938 können, unabhängig vom Alter oder Geldbeutel.

5939 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

5940

5941

**ÄA-Nr. 51.**

Antragsteller:in: Jacob Pfeifer (Kreisverband Die Linke Wittenberg)

*Die Zeilen 5940 – 5948 sollen wie folgt geändert werden:*

~~Sachsen-Anhalt ist mehr wert~~

~~Unser Land darf nicht in Unsicherheit verharren. Es braucht Investitionen in soziale Sicherheit, eine starke öffentliche Infrastruktur, eine demokratische Kultur der Beteiligung und Zukunftsperspektiven. Und eine Regierung, die sich den Herausforderungen des Landes endlich stellt.~~

~~Sachsen-Anhalt kann mehr – wenn die Politik es endlich möglich macht. Wir sind bereit.~~

***Wir wollen Veränderung***

*Wir versprechen: Wir bringen frischen Wind in den Landtag, wir werden eine Opposition, die sich diesen Namen verdient. Wir wollen aus der Opposition Druck machen, auf kapitalistische Widersprüche hinweisen, die Regierung kontrollieren und Transparenz schaffen.*

*Die Linke versteht sich als moderne sozialistische Partei der arbeitenden Klasse. Wir haben den Anspruch, die Interessen all jener zu vertreten, die dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten – also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft.*

*Nur eine Linke, die bedingungslos die Interessen von Schüler\*innen, Studierenden, Erwerbslosen, Lohnabhängigen, Geflüchteten und Rentner\*innen vertritt, kann damit erfolgreich sein. Die Stärke all dieser Menschen liegt darin, sich zusammenzuschließen im Bewusstsein ihrer gemeinsamen Interessen.*

*Wir können also im Landtag nicht ohne unsere gemeinsamen Kräfte außerhalb des Landtags das kapitalistische System überwinden.*

*Wir brauchen uns alle, jede und jeden von euch:*

*Wir rufen euch alle auf, nicht nur Die Linke zu wählen, sondern mit uns gemeinsam für eurer Interessen zu kämpfen.*

*Wir wollen gemeinsam die Macht der 99% aufbauen gegen die Herrschenden in diesem Land!*

*Alle wollen in den Landtag. Wir wollen das Land verändern – mit euch!*

**Begründung:**

Auch die letzten Worte eines so umfangreichen Wahlprogramms sollten inhaltlich nicht zu kurz kommen und klar benennen, worum es uns geht.

Dabei sollten die Worte nicht wie die einer Partei gewählt sein, die einen klaren Regierungsanspruch erhebt, sondern wie die einer Oppositionskraft.

Uns ist klar, dass tiefgreifende Veränderungen, wie sie nötig sind, in einer Koalition nicht möglich sind. Da Die Linke auch erstmal keine absolute Mehrheit stellen wird, ist es wichtig, glaubwürdig zu bleiben und die Menschen nicht zu enttäuschen, indem man nur versucht an die Regierung zu kommen, wo schlussendlich faule Kompromisse entstehen.

Daher sagen wir klar: Wir wollen Veränderung, und das geht nicht mit faulen Kompromissen. Unser Ziel ist nicht nur minimale Änderungen, sondern ein besseres Leben für alle Menschen.

Dies ist, wie in unserem Grundprogramm, nur in einem demokratischen Sozialismus möglich.

Gleichzeitig endet politische Partizipation nicht mit dem Kreuz auf dem Stimmzettel.

Wir müssen deutlich machen, dass Menschen aktiv werden und sich in Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlich einbringen müssen. Denn nur gemeinsam mit vielen Akteuren können wir wirkliche Veränderungen schultern.

Niemals allein – immer gemeinsam!

## 5942 **Sachsen-Anhalt ist mehr wert**

5943

5944 Unser Land darf nicht in Unsicherheit verharren. Es braucht Investitionen in  
5945 soziale Sicherheit, eine starke öffentliche Infrastruktur, eine demokratische  
5946 Kultur der Beteiligung und Zukunftsperspektiven. Und eine Regierung, die sich  
5947 den Herausforderungen des Landes endlich stellt.

5948

5949 Sachsen-Anhalt kann mehr – wenn die Politik es endlich möglich macht. Wir  
5950 sind bereit.

5951

5952 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**